

DER SPIEGEL

Nr. 41/10.10.11

Deutschland: 4,- €



4 190700 704004

41

PRINTED
IN GERMANY

Spanien € 5,20
Spanien / Kanaren € 5,40
Thailand Bait 430,-
Ungarn Ft 1.550,-

Portugal (cont.) € 5,20
Schweden sk 61,-
Slowakei € 6,20
Slowenien € 5,20

Japan (inkl. Tax) Yen 1.680,-
Malta € 5,60
Norwegen NOK 60,-
Polen (ISSN 00387452) Zl 29,-

Griechenland € 5,70
Großbritannien £ 4,89
Hongkong HK\$ 79,-
Italien € 5,20

BeNeLux € 4,50
Dänemark kr 43,-
Finland € 6,70
Frankreich € 5,20

Österreich € 4,30

Schweiz sfr 7,30

Steve Jobs Der Mann, der die Zukunft erfand



www.spiegel.de

Hausmitteilung

10. Oktober 2011

Betr.: Apple, Stoltenberg, Panzer

Der Mann, der am vergangenen Mittwoch starb, galt als Genie, als iGott, Verführer, Menschenschinder – aber wer war er? An Steve Jobs, Gründer und Kopf hinter der Computerfirma Apple, kam man immer schon schwer heran, auch Ende der Neunziger. Also mischte sich SPIEGEL-Redakteurin Rafaela von Bredow, 44, damals Korrespondentin in San Francisco, unter die Mitarbeiter einer Software-Firma, um ihn zu erwischen. Jobs mochte den SPIEGEL, doch ein Interview gab er nicht – während seiner ganzen Karriere hat der Mann mit dem schwarzen Rolli seine Geheimnisse verteidigt, und davon gab es viele. Umso größer nun die Herausforderung für das Team um Titelautor Klaus Brinkbäumer, 44: Sie sprachen mit Jobs' Freunden und mit Feinden, mit Mitarbeitern des coolsten Konzerns der Welt. Exklusiv druckt der SPIEGEL auch ein Kapitel einer von Jobs selbst noch initiierten Biografie über ihn, geschrieben von dem US-amerikanischen Autor Walter Isaacson. „Daraus fügt sich das Bild eines Mannes“, sagt Brinkbäumer, „der bestimmen wollte, wie wir leben – und der damit erfolgreich war“ (Seite 68).



Jobs, Bredow 1998



Brinkbäumer



Doerry, Stoltenberg, Traufetter

Die SPIEGEL-Leute wollten taktvoll sein. Für das Gespräch mit dem norwegischen Premierminister Jens Stoltenberg, 52, das in dessen privatem Amtssitz stattfand, hatten die Redakteure Martin Doerry, 56, und Gerald Traufetter, 38, sich ein paar vorsichtige einleitende Fragen zurechtgelegt, bevor sie das heikle Thema ansprechen wollten – wie Stoltenberg den wohl schrecklichsten Tag seiner Regierungszeit erlebt hatte. Doch Stoltenberg kam sofort zur Sache: „Hier war es“, sagte er, kaum dass Doerry und Traufetter sein Arbeitszimmer betreten hatten, und dann schilderte er ihnen, wie er genau an diesem Schreibtisch saß, am 22. Juli dieses Jahres, wie er die Explosion hörte, die im nahen Regierungsviertel stattfand, wie Kabinettskollegen, Mitarbeiter eintrafen und von dem Attentat berichteten, blutbespritzt, verletzt. Und wie immer mehr Fakten über den mörderischen Anschlag auf Utøya bei Stoltenberg einliefen – und er eine der dramatischsten Krisen seines Landes managen musste (Seite 102).

Im Café war es überfüllt, laut, fröhlich; aber SPIEGEL-Redakteur Holger Stark, 41, musste sich auf die Details eines heiklen Deals konzentrieren: Seinen wohl wichtigsten Informanten traf Stark hier, beim Latte macchiato im Starbucks im Berliner Regierungsviertel. So erfuhr Stark Hintergründe einer geplanten Panzerlieferung vom Typ „Leopard 2“ an das autoritäre Regime in Saudi-Arabien. Bereits im Juli dieses Jahres hatte der SPIEGEL eine Meldung dazu gedruckt. Die Entscheidung, schweres Kampfgerät in ein Krisengebiet zu exportieren, ist ein Paradigmenwechsel deutscher Außen- und Rüstungspolitik. Eine Debatte brach aus, quer durch die Parteien. Die Kanzlerin ordnete eine Untersuchung an, wie die Interna aus dem Kanzleramt gelangen konnten. Und die Informanten gingen in Deckung – aber nicht alle. „Die, die mit dem SPIEGEL reden“, sagt Stark, „finden, dass dies eine wichtige Debatte ist“ (Seite 20).

In diesem Heft

Titel

- Apple-Gründer Steve Jobs – der Erfinder des 21. Jahrhunderts 68
Jobs-Biograf Walter Isaacson über die Design-Philosophie des Ausnahme-Unternehmers 78

Deutschland

- Panorama:** Sicherheitsbedenken gegen Wulffs Afghanistan-Besuch / CDU will EU-Verträge ändern / Türkische Eltern kritisieren mangelnde Chancengleichheit 15
Bundessicherheitsrat: Panzer für die Saudis – die Chronik eines Paradigmenwechsels deutscher Außenpolitik 20
FDP: SPIEGEL-Gespräch mit Generalsekretär Christian Lindner über die Krise seiner Partei und den Umgang mit Euro-Skeptikern 26
Piratenpartei: Wie die Politik-Neulinge mit dem Thema Frauen umgehen 30
CDU: Wolfgang Bosbach und Volker Kauder ringen um ihre Freundschaft 34
Diplomatie: Die Freilassung eines mongolischen Geheimdienstmannes empört die Bundesanwaltschaft 36
Umwelt: Die Energiewende der Bundesregierung kommt nicht voran 38
Zeitgeschichte: Wie der NS-Verbrecher Franz Rademacher aus Damaskus für den BND spionierte 40
Internet: Europäische Netzaktivisten unterstützen Blogger und Dissidenten des arabischen Frühlings 42
Linke: Oskar Lafontaine protegiert Sahra Wagenknecht 46
Strafjustiz: Eine Frau tötete den Vater der fünf gemeinsamen Kinder 48
Beschäftigung: Der Ansturm polnischer Arbeiter blieb aus 52

Gesellschaft

- Szene:** Therapie durch musizierende Mediziner im Krankenhaus / Bildband über Opfer des Klimawandels 55
Eine Meldung und ihre Geschichte – eine Hausfrau aus Ohio gerät unter Terrorverdacht 56
Gastronomie: Wie der Leibkoch von Idi Amin den Diktator erlebte 58
Ortstermin: Verleihung des „Internationalen Volksmusikpreises“ im bayerischen Tittling ... 65

Wirtschaft

- Trends:** Ist die Brennlementestuer rechtswidrig? / Daimler und Berlin streiten über Verkauf der EADS-Anteile / Air Berlin ködert Geschäftspartner 66
Finanzkrise: Angst vor einem neuen Bankenbeben 82
Die risikanten Geschäfte der deutschen Dexia-Tochter 84
Währung: Das Euro-Rettungskonzept des Ex-Staatssekretärs Otremba 86
Affären: Der Formel-1-Krimi um den BayernLB-Banker Gerhard Gribkowsky 88
Computer: Beim Internetunternehmen Hetzner waren hochsensible Daten frei zugänglich 95

Ausland

- Panorama:** Die Jemenitin Tawakkul Karman über ihre Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis / Internationaler Strafgerichtshof ermittelt in der Elfenbeinküste 96



Schwarz-gelbes Panzermanöver

Seite 20

Bis heute verschweigt die Bundesregierung, warum sie dem möglichen Export von bis zu 270 Panzern nach Saudi-Arabien zugestimmt hat. Der Bundessicherheitsrat wird sich nun erneut mit dem Deal befassen.

Piratinnen unerwünscht

Seite 30

Die Piraten erklären die alten Geschlechterdebatten für überholt. Doch die Führungsziegel werden weitgehend von Männern dominiert. Frauen, die das Problem zum Thema machen, fühlen sich ausgesetzt.

Scheitert die Energiewende?

Seite 38

Nach dem Reaktorunglück von Fukushima ist die Bundesregierung mit dem Atomausstieg vorgeprescht. Nun gefährden Widerstände aus den Ländern, Gerichtsprozesse und mangelnde Koordination die ehrgeizigen Öko-Ziele.

Millionengeschäft mit der Formel 1

Seite 88



Gribkowsky, Ecclestone 2005

Ein Zufall verhalf Gerhard Gribkowsky zu einem lukrativen Geschäft mit der Formel 1. Der Risiko-Vorstand der BayernLB verkaufte 2005 die Anteile der Bank an der Rennserie; bald danach kassierte er heimlich 44 Millionen Dollar von Formel-1-Boss Bernie Ecclestone. Jetzt beginnt in München sein Prozess. Neue Indizien bestärken den Verdacht, dass er Ecclestone erpresst haben könnte.



Tage des Zorns in den USA

Seite 106

Unter der Parole „Besetzt die Wall Street“ entwickelte sich in Manhattan eine Protestbewegung, die nun das Land ergreift. Die Demonstranten glauben nicht mehr, dass die Politik die Banken bändigen kann.

MARIO TAMA / AFP

Österreich: Die verkaufte Republik

Seite 108

Altkanzler, Ex-Minister, aber auch amtierende Regierungsmitglieder stehen in Österreich unter Verdacht, Millionen abgezweigt zu haben. Die diversen Affären offenbaren Einblicke in eine höchst fragwürdige politische Kultur.

Die Lust am Drill

Seite 118

Viele Freizeitsportler meiden inzwischen edle Fitnessstudios. Stattdessen schleppen und stemmen sie in alten Industrieanlagen Sandsäcke, Eisenketten oder Lkw-Reifen. Manche bringen sich sogar mit militärischem Drill in Form.

Veruschka, ein deutsches Model

Seite 150

In den sechziger Jahren war sie das berühmteste Model der Welt, blond, langbeinig und mit einem ungewöhnlich einprägsamen Gesicht: Veruschka, geboren in einem Schloss in Ostpreußen als Vera Gräfin von Lehndorff. Auf der Frankfurter Buchmesse, die am Mittwoch beginnt, stellt sie ihre Biografie vor – Erinnerungen an ein Leben voller Widersprüche, Glanz und Verletzungen.



Lehndorff um 1967

FRANCO BURARTELLI / CONDE NAST ARCHIVE / CORBIS

Tunesien: Der Wahlkampf der Islamisten 98
Norwegen: SPIEGEL-Gespräch mit Premierminister Jens Stoltenberg über die Anschläge im Juli und deren Folgen für sein Land 102
USA: Aufstand gegen die Banken 106
Österreich: Die Affären-Republik und ihre Protagonisten 108
Global Village: Wie der spanische Starkoch Ferran Adrià Google-Mitarbeiter in London begeistert 114

Sport

Szene: Radsport-Manager Dominik Schmengler über das wichtigste Rennen Afrikas / Ein historisches Dokument über den deutschen „Jahrhundertläufer“ Rudolf Harbig 117
Fitness: Freizeitsportler suchen sich neue Reviere 118
Verbände: Uefa-Präsident Michel Platini über die Eindämmung der finanziellen Exzesse bei Europas Spitzenclubs 120

Wissenschaft · Technik

Prisma: Atlas der europäischen Tagfalter / Nadelbäume als Feinstaubfilter für die Großstadt 124
Umwelt: Wie die Ausbeutung der kanadischen Ölsande unberührte Wildnis zerstört 126
Bildung: An den Universitäten entstehen die Bibliotheken der Zukunft 132
Luftfahrt: Kann der Mensch bald fliegen wie ein Vogel? 134
Zeitgeschichte: Verschollenes Agenten-Handbuch der CIA wieder aufgetaucht 136

Kultur

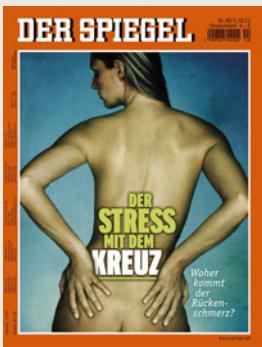
Szene: Die Popgruppe Kraftwerk wird museal / Elmar Wepper über seine Filmrolle als Taxifahrer 138
Literatur: Viele Romanautoren befassen sich in diesem Herbst mit der untergegangenen DDR 140
Intellektuelle: Der todkranke Publizist Christopher Hitchens, einst links, nun anarcho-konservativ, resümiert sein Leben 144
Lebensläufe: Veruschka Lehndorff, Deutschlands erstes Topmodel, veröffentlicht eine Interview-Biografie 150
Bestseller: 153
Essay: Michael Jürgs über Ronald Pofalla und den Verfall der Sitten 154
Literaturkritik: Die Filmmacherin Sonja Heiss debütiert mit komisch-einprägsamen Erzählungen 156

Medien

Trends: Fußballrechte bleiben weiter geschützt / ARD-Gremien beklagen fehlende Jugend-Strategie 159
Dynastien: Der Verleger Alfred Neven DuMont und seine Familie 160

Briefe 8
Impressum, Leserservice 168
Register 170
Personalien 172
Hohlspiegel / Rückspiegel 174

Titelbild: Foto Frederic Neema/laif



SPIEGEL-Titel 40/2011

„Es wäre interessant zu sehen, wie viele Rückenkranken nach dem Lesen Ihres hervorragenden Titels wieder aus den Wartezimmern gehen würden, anstatt sich den Behandlungen mit den beschriebenen Folgen zu unterziehen.“

Bernhard Mackowiak aus Berlin zum Titel: „Der Stress mit dem Kreuz – Woher kommt der Rückenschmerz?“

Nr. 40/2011, Der Stress mit dem Kreuz – Woher kommt der Rückenschmerz?

Leben auf Sparflamme

Zu schnell zu viel Diagnostik, das macht krank! Überflüssige, teure und dazu häufig noch fehlinterpretierte, dramatisierende Bilder bahnen dem Schmerz den Weg, leider häufig in die falsche Richtung. Dabei reichen primär ein aufklärendes und beruhigendes Gespräch, die schnelle Schmerzbekämpfung und die Ermunterung zur Bewegung sowie etwas Geduld in aller Regel aus, um einer endlosen Leidensgeschichte vorzubeugen.

STADE DR. MED. HANS-HILMER VON DER WENSE

Ihr Fazit „wer selber aktiv wird, kann Pein besiegen“ ist gut gemeint, aber zu platt. Es unterschätzt erheblich das komplexe Gewebe persönlicher Befindlichkeiten, die den chronischen Rückenschmerz beeinflussen. Da braucht es mehr als nur ein paar Übungen, so wichtig sie als Baustein der Therapie auch sind.

BERLIN DR. MED. HELMUT ALBRECHT

Als Hausarzt habe ich für (Schmerz-)Patienten im Quartal insgesamt 8000 Euro für Krankengymnastik und Bewegungsübungen zur Verfügung, für Medikamente 90 000 Euro, für eine Überweisung zum Orthopäden oder Neurochirurgen gibt es keine Begrenzung. Es fehlen mir schlicht die Mittel für eine vernünftige Therapie.

WEHRHEIM (HESSEN) DR. MED. JOACHIM SCHNELL

Wenn Sie über ein halbes Jahr einen einklemmten Ischiasnerv gehabt haben und keine manuelle Therapie geholfen hat, sind Sie froh, wenn es eine Operationsmöglichkeit gibt. Und das hat nichts mit Psyche oder Stress zu tun.

BONN VERA ZUMPE

Prima, dass Forscher so viele Studien anstellen, um Dinge zu erfahren, mit denen wir Krankengymnasten schon lange arbeiten – welch Banalitäten im Technogewand. Die zitierte Studie in Zürich, dass gerade Aerobic besser sein soll als Krankengym-

nastik, sollte doch noch mal mit charismatischen Krankengymnasten und langweiligen Aerobic-Trainern wiederholt werden.

ADENSEN (NIEDERS.)

ANKA GIMBER

Dass so viele Ärzte nicht wissen, woher die Kreuzschmerzen et cetera kommen, liegt an mangelnden Grundkenntnissen der Kinesiologie des Bewegungsapparates. Mindestens 85 Prozent sind durch Fehlstellungen im Kreuzbein-Darmbein-Gelenk



MICHAEL TRAMM

Bandscheibenoperation mit Lasersonde
Dramatisierende Bilder

bedingt – und dies lässt sich durch einfache manuelle Mobilisation und therapeutische Lokalanästhesie sehr gut beheben.

BERLIN DR. MED. ROLF FÖRSTER

Die steigenden OP-Zahlen lassen sich nicht allein mit der „Geldgier“ der Operateure erklären, sondern oft genug mit dem Druck, der von den Patienten ausgeht – wohl auch, um die rasche Wiedererlangung ihrer Arbeitsfähigkeit zu erzwingen.

KIPPENHEIM (BAD.-WÜRTT.) DR. JOCHEN DIETZ

Training mag bei simplen Verspannungsbeschwerden auch wirken, hat andererseits viele wirkliche Patienten in unsere Akutambulanz befördert oder ihnen erst recht langfristig geschadet. Dass Symptome kaum mit diagnostizierten Pathologien korrelieren, kann ich auch nicht bestätigen. Und psychische Probleme sind oft nicht die Ursache, sondern die Folge einer Schmerzkarriere: Wer fühlt sich schon gut, wenn das Leben auf Sparflamme laufen muss?

MURAU (ÖSTERREICH) CHRISTOPH MEISTERL

Alles habe ich probiert. Tausende von Euro, Kilometern und Stunden habe ich verschwendet aus Angst vor einer OP. Vor kurzem wurde das herauslippende Stück Bandscheibe entfernt. Gestern machte ich meinen ersten schmerzfreien Spaziergang seit zwei Jahren. Gäbe es eine effektive Alternative zur OP, hätte ich sie entdeckt.

KIEL TIMM KRUSE

Solange Ärzte derart wenig von ihren sachverständigen Kollegen und den Gerichten befürchten müssen, werden weiterhin teure, überflüssige, riskante Operationen durchgeführt werden. Nur aufgeklärte Patienten können sich dem entziehen.

BAD MALENTE-GREMSMÜHLEN JENS POEPPEL

Nr. 39/2011, Mannschaftsarzt Thorsten Rarreck über den Burnout von Ralf Rangnick

Überzogene Sorge?

Der Beruf des Bundesliga-Trainers bietet Freizeit, soziale Sicherheit, Abwechslung – und natürlich auch Stress. Die Sorge ums wirtschaftliche Wohlergehen ist den Trainern jedenfalls genommen. Der vielbeachtete und vieldiskutierte Burnout von Ralf Rangnick hat sicher mehr in seiner Persönlichkeitsstruktur als in diesem Beruf seine Ursache. Ich habe viele sehr erfolgreiche Trainer kennengelernt, die ihren Beruf als Geschenk des Himmels bezeichnen. Der Kollege Rarreck überzieht hier in seiner Sorge um diese Berufsgruppe – da gibt es andere Schicksale in dieser Gesellschaft, die das Bekümmern von uns Sport- und sonstigen Ärzten deutlich mehr verdient hätten.

BOCHUM DR. JOACHIM SCHUBERT
EHMALIGER MANNSCHAFTSARZT VFL BOCHUM

Diskutieren Sie im Internet

www.spiegel.de/forum und www.facebook.com/DerSpiegel

► **Titel** Beendet der Tod von Steve Jobs die Erfolgsgeschichte von Apple?

► **Rüstung** Soll Deutschland Panzer nach Saudi-Arabien liefern?

► **Parteien** Haben die Piraten ein Frauenproblem?



Nr. 39/2011, Piraten – Der Berliner Überraschungserfolg der Polit-Neulinge

Amüsantes Strohfeuer

Die Forderungen der Piraten im Berliner Wahlkampf als „verrückt oder links“ zu bezeichnen, „je nachdem, wie gut man es mit ihnen meint“, halte ich für eine Diffamierung. So ist die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens weder verrückt noch links. In Zeiten, in denen sämtliche bisherigen Mechanismen unseres Gesellschaftsgefüges in Frage gestellt werden, muss man auch anderen Ideen gegenüber aufgeschlossen und bereit sein, wirklich neu zu denken.

BAD HERSFELD

STEFAN KÖRBE
MITGLIED DER PIRATENPARTEI



Mitglieder der Berliner Piratenfraktion
Lassen wir sie das System bereichern!

Das ist SPIEGEL at it's best! Ja, auch die Piraten fangen holprig an. Aber auch: Ja, sie könnten den Muff aus der Politik vertreiben. Die Ansätze erscheinen mir neu, nicht dumm und sehr demokratisch. Lassen wir doch hier einfach mal einen neuen politischen Zyklus zu. Lassen wir sie das System lernen und bereichern!

DORTMUND

OLIVER WIENZEK

Zum Regieren gehören Kenntnisse der Gesetze und Verordnungen und noch dazu akribische Kleinarbeit nebst Organisation. Liebe Piraten, ich glaube nicht, dass ihr das könnt – oder auch nur wollt. Für mich deshalb: ein amüsantes Strohfeuer unter dem Hintern der etablierten Politik.

BERNAU (BRANDENB.)

HARTMUT B. SCHWARZ

Nr. 39/2011, Essay – Stefan Berg über sein Leben mit der Parkinson-Krankheit

Respekt und Hochachtung

Noch nie habe ich als „Grüner-Krüppel-Pass-Besitzer“ meine Angst, Ohnmacht, Hoffnung und meine Einsamkeit so treffend in Worte gefasst vorgefunden.

EBHAUSEN (BAD.-WÜRTT.)

BRIGITTE BRAUN

Sensibel und ungeschönt zugleich, ohne Verbitterung, aber auch ohne Selbstüberhöhung wird hier „Tiefe“ im doppelten Sinne eröffnet. So manche gesellschaftliche

Leitbilder und Wertvorstellungen erweisen sich danach als wahrhaft ver-rückt. Was ist schwach, was ist stark? Gesundheit ist die Abwesenheit von Krankheit? Nein.

BAMBERG

REGINE REMPE

Ihr großartiger Essay trägt dazu bei, das Verständnis für die Betroffenen zu fördern, Mut zu machen, sich ins Unausweichliche zu fügen und dennoch am Leben teilzunehmen.

LANGNAU AM ALBIS (SCHWEIZ)

ERIKA BLASS

Der Essay ist eine Aufforderung an alle, der Kultschnäuzigkeit im Miteinander zu widerstehen. Respekt und Hochachtung.

HIRSCHBERG (BAD.-WÜRTT.) ULRICH WIEDEMANN

Nr. 39/2011, Kommunen entdecken die Temposünder-Jagd als Einnahmequelle

Primärer Anarchismus

Zehntausende Bußgeldverfahren geben den Blick frei auf ein grundlegendes Problem: den primären Anarchismus der Autofahrer. Technische Mittel oder – schlimmer noch – gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Blitzerwarnungen schaffen ein Klima von augenzwinkerndem Laissez-faire.

KASSEL

CHRISTOF SPERL

Man muss sich ja nur grob an die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit halten, und schon braucht man auch keinen Radarwarner. Um in den schmerhaft teuren Geschwindigkeitsbereich zu kommen, muss man fahren wie ein Schwein.

MANNHEIM

HORST REIMER

„Mit der Jagd auf Temposünder verdienen deutsche Kommunen Millionen“, damit waren Sie bezogen auf Lübeck wohl etwas schnell. Wir wollen zwar 28 neue Säulen aufstellen, diese dann aber abwechselnd nur mit zwei „Blitzern“ bestücken.

LÜBECK

BERND MÖLLER
INNENSENATOR HANSESTADT LÜBECK

Gern möchte ich mal mit einem „Blitzengegner“ über Geschwindigkeitsbegrenzungen debattieren, wenn er von der Feuerwehr aus dem Auto gerettet wird oder dem „Raser“ zuhören, wie er Angehörigen eines verstorbenen Verkehrsteilnehmers erklärt, dass ihn die Schilder nicht interessieren.

BONN

OLAF KRAUS

Korrektur

zu Heft 38/2011

Seite 50, „Ein merkwürdiges Land“: Ein Recht auf Internetzugang ist in Estland nicht in der Verfassung verankert, wie von uns berichtet. Ein Gesetz regelt den freien Internetzugang in den öffentlichen Bibliotheken.

Nr. 40/2011, Wolfgang Schäuble macht der Kanzlerin das Leben schwerer als nötig

Nie öffentlich geäußert

Sie berichteten, der künftige EZB-Präsident Mario Draghi hätte nichts dagegen, der EFSF Zugang zu Zentralbankgeld zu gewähren. Hiermit möchte ich richtigstellen, dass Herr Draghi diese Ansicht weder öffentlich vertreten noch sich entsprechend geäußert hat.

ROM

PAOLA ANSUINI
PRESSESPRECHERIN DER BANCA D'ITALIA

Nr. 39/2011, Regisseur Lars von Trier im SPIEGEL-Gespräch

Herzerfrischendes Interview

Das Interview war durch seine provokante Offenheit herzerfrischend. Als es aber interessant wurde, stoppte leider die Feigheit der Interviewer die Rasanz der Provokation! Diese furchtbare Angst des deutschen Journalisten, auch ja nicht als Nazi interpretiert zu werden! Und das war doch gerade die Absicht von Lars von Trier, dieses Kopf-in-den-Sand-Stecken zu entlarven.

HAMBURG

GERALD BÖHNE

Sonst eher eine hochnäsige Attitüde von Ihnen gewohnt, war ich erstaunt über die ergebnisoffene Fragehaltung und berührt von dem erschütternden Gespräch.

BREMEN

RUTH HUNFELD



Regisseur Trier

Als Mensch sichtbar geworden

Das Interview ist so niveaulos und zeigt nur, dass Herr von Trier sehr krank ist. Aber muss der SPIEGEL so etwas drucken?

HANNOVER

MOIKEN WOLF

Lars von Trier wird hier als Mensch sichtbar.

BERLIN

JOHANNES SCHNEIDER

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In dieser Ausgabe befindet sich im Mittelbund ein achtseitiger Beiheft der Firma Silhouette, Ludwigsburg.



Wulff vor Ehrenformation der Bundeswehr



Opfer nach Taliban-Angriff im Diplomatenviertel von Kabul

AFGHANISTAN

Staatsbesuch abgesagt

Wegen akuter Sicherheitsbedenken hat Bundespräsident Christian Wulff Mitte September einen Staatsbesuch in Afghanistan kurz vor dem Abflug absagen müssen. Das Bundespräsidialamt hatte monatlang streng geheim eine Visite Wulffs in der Hauptstadt Kabul vorbereitet; dort sollte der Präsident mit seinem afghanischen Amtskollegen Hamid Karzai zusammentreffen. Der erste Besuch eines deutschen Staatsoberhaupts im Palast in Kabul wurde nur Stunden vor der Abreise aus Berlin abgeblasen, nachdem ein Terrorkommando am 13. September die US-Botschaft und das Nato-Hauptquartier angegriffen und sich in einem Hochhaus in der Stadt verschanzt hatte. Als die ersten Meldungen über

die Attacke Deutschland erreichten, entschied sich Wulff nach Beratungen mit seinem Sicherheitsstab und Diplomaten im Auswärtigen Amt, den Staatsbesuch kurzfristig abzusagen. Deutsche Behörden fürchteten, dass der Präsident durch die Kämpfe im Herzen Kabuls gefährdet sein oder die Visite bei Karzai platzen könnte. Tatsächlich zogen sich die Gefechte in der afghanischen Hauptstadt bis in den Morgen des nächsten Tages, für den die Ankunft Wulffs geplant war. Die hektische Absage, bisher strikt unter Verschluss gehalten, illustriert die fragile Lage in der afghanischen Hauptstadt zehn Jahre nach der Invasion westlicher Truppen. Die letzte Visite eines Bundespräsidenten in Afghanistan fand im Mai 2010 statt; Horst Köhler allerdings hatte damals ausschließlich die deutschen Truppen im Feldlager Mazar-i-Scharif in Nordafghanistan besucht. Aus Sicherheitsgründen werden Besuche von deutschen Politikern bis zur Reise stets geheim gehalten.

PARTEITAG

CDU will „mehr Europa“

Als Reaktion auf die Euro-Krise will die CDU die europäischen Verträge grundlegend ändern. Das Ziel sei, möglichst schnell einen „Konsens in Europa herzustellen und dann einen neuen Europakonvent einzuberufen“, heißt es im Entwurf des entsprechenden Leitantrags für den CDU-Parteitag im November. Dabei gehe es um „die Vollendung der Währungsunion“ durch eine Verstärkung der Wirtschaftsunion. „Wir brauchen in wichtigen Politikfeldern mehr Europa“, heißt es in dem Papier. Die CDU will die

wirtschaftliche Integration des Euro-Raums stärken. Dazu soll ein neues, mehrstufiges Restrukturierungsverfahren für Euro-Staaten geschaffen werden, „die trotz einer verschärften Überwachung und neuer Anreize nicht in der Lage sind, dauerhaft die Vorgaben für eine stabile gemeinsame Währung einzuhalten“. Sollte ein Land seine Schulden dennoch nicht zurückzahlen können, müsse „dem jeweiligen Euro-Staat zudem ein EU-Sparkommisar an die Seite gestellt werden, der die Verwendung der staatlichen Mittel sowie die Umsetzung der erforderlichen Restrukturierungsmaßnahmen überwacht“, heißt es in dem Entwurf mit dem Titel „Stabiler Euro – Starkes

Europa“. Außerdem will die Partei den deutschen Einfluss in der Europäischen Zentralbank (EZB) stärken. Bislang hat dort jedes Mitgliedsland eine Stimme: „Darin sehen wir eine Benachteiligung großer Länder wie Deutschland.“ Deshalb sollten die Stimmrechte im EZB-Rat künftig „an den Umfang der Kapitaleinlagen angepasst werden“. Für einen noch deutlicheren Pro-Europa-Kurs plädieren die EU-Parlamentarier Elmar Brok und Werner Langen. Sie fordern in einem eigenen Antrag für den Parteitag, die EU „bis 2020 in eine Europäische Konföderation weiterzuentwickeln“ und den EU-Präsidenten künftig über ein Wahlmännergremium zu wählen.

MIGRATION

Unzufriedene Eltern

Die Mehrheit der Eltern türkischstämmiger Kinder ist unzufrieden mit den Leistungen der Lehrer an deutschen Schulen. 59 Prozent der türkischstämmigen Eltern gaben bei einer repräsentativen Befragung durch das Allensbach-Institut an, sie hätten nicht den Eindruck, dass ihre Kinder in der Schule die gleichen Chancen haben wie deren deutsche Klassenkameraden. Die Eltern machten dafür in hohem Maß die Pädagogen verantwortlich: So sagten 63 Prozent zur Begründung, viele Lehrer hätten Vorurteile gegenüber Migrantenkindern. Zudem würden die Schüler aus Zuwandererfamilien von den Pädagogen zu wenig gefördert (54 Prozent). Bei gleichen Leistungen würde diese Gruppe schlechter beurteilt, außerdem halten die Eltern mit Migrationshintergrund die Lehrer beim Umgang mit ihren Kindern für überfordert (jeweils 51 Prozent). Eine große Mehrheit der Eltern sah aber auch in mangelnden Sprachkenntnissen eine Ursache für ungleiche Chancen. Für die Studie im Auftrag der Vodafone Stiftung wurden 1256 Eltern von Kindern im Alter von 3 bis 18 Jahren in direkten Gesprächen befragt, davon 214 türkischstämmige. Die deutschen Eltern urteilten deutlich positiver über Chancengleichheit an den Schulen.

CHRISTOPH GOEDAN / LAIF



Nachhilfeunterricht an Berliner Gesamtschule

UMWELT

Müllgesetz scheitert

Eine Einigung mit den Bundesländern über das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz hält die Bundesregierung für wenig wahrscheinlich. Die Positionen liegen zu weit auseinander, als dass mit einer Zustimmung des Bundesrats zu rechnen sei, heißt es in der Regierung. Das neue Gesetz soll dazu dienen, noch mehr Abfälle als bisher wiederzuverwerten. Dazu wollte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) kommunale und private Abfallentsorger gleichrangig behandeln. Die Länder hingegen halten daran fest, dass die Abfallbetriebe der Kommunen entscheiden sollen, was mit dem Müll passiert. Dahinter steckt auch die Sorge, dass zu viel Recycling die Auslastung kommu-

naler Müllverbrennungsanlagen gefährden könnte. Die Anlagen arbeiten nur dann rentabel, wenn sie in großen Mengen Reststoffe verbrennen. Ein stärkerer Zugriff von Privatfirmen auf Wertstoffe könnte dazu führen, dass Müllverbrennungsanlagen in kommunaler Hand Verluste schreiben. Bereits vor der Sommerpause hatte der Bundesrat in scharfer Form gegen Röttgens Kreislaufwirtschaftsgesetz opponiert.



Müllverbrennungsanlage in Hamburg

ODENWALDSCHULE

Lehre der Vergangenheit

Nach dem Austritt aus der traditionsreichen Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime wird die Odenwaldschule möglicherweise einen neuen Zusammenschluss von Schulen gründen. Es gebe Überlegungen, „einen Arbeitskreis für innovative Schulen, die aus der Vergangenheit lernen, aufzubauen“, sagte Philip von Gleichen, Vorstandsmitglied der Odenwaldschule. Diese hatte am Freitag die Vereinigung verlassen, der bis vor kurzem 21 Internate angehörten. In einer internen E-Mail beklagte die Leitung der Odenwaldschule unter anderem „mangelnde Solidarität innerhalb der Landerziehungsheime und die entsetzliche Blindheit gegenüber den institutionellen Missbrauchsgefahren in den eigenen Einrichtungen“. An der Odenwaldschule waren über Jahre viele Schüler missbraucht worden. Die Vereinigung der Landerziehungsheime verlor damit innerhalb kurzer Zeit ein zweites Mitglied. Zuvor war die Schule Schloss Salem ausgetreten. Ihre Begründung: Die unzureichende Aufklärung an der Odenwaldschule habe das Internat in Salem sehr belastet, erklärte der Vorsitzende Robert Leicht.

BERLIN-WAHL I

Angst vor Abweichlern?

In der SPD wird über die Motive von I Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) spekuliert, der vergangene Woche die Gespräche mit den Grünen abbrach und nun eine rot-schwarze Koalition anstrebt. Er habe Angst vor dem „Simonis-Effekt“ gehabt, lautet eine Erklärung aus dem Führungszipfel der Partei. Die SPD-Politikerin Heide Simonis war 2005 bei der Wahl zur Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein durchgefallen, weil ihr eine Stimme aus dem eigenen Lager fehlte. Die rot-grüne Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus wäre mit zwei Stimmen ebenfalls knapp gewesen. Da Wowereit dafür bekannt ist, eigene Fraktionsmitglieder herablassend zu behandeln, sei die Majorität bei jeder Abstimmung in Gefahr gewesen. Andere glauben, Wowereit habe ohnehin nicht mit den Grünen koalieren wollen. Mit dem Verhandlungsführer der CDU, Frank Henkel, werden unkomplizierte Gespräche erwartet. Die Union will nicht auf einer paritätischen Aufteilung



CLEMENS BLAN / DPA

Wowereit, Henkel

der Kabinettsmitglieder beharren und anders als die Grünen sich mit drei der acht zu vergebenden Senatorenposten zufriedengeben. Die Berliner Christdemokraten legen auf das Innenressort keinen gesteigerten Wert; auf ihrer Wunschliste stehen der Bereich Stadtentwicklung, das Bildungsressort und der Senatorenposten für Arbeit und Soziales. „Alle Symbolthemen wurden bei uns schon im Vorwege abgeräumt“, sagt einer aus der Führungsspitze, ein Streit wie über den Ausbau der A 100 werde es mit den Christdemokraten nicht geben. Sozialdemokraten glauben indes, die Koalition mit der Union würde schwerer als die der vergangenen Legislatur mit der handzahmen Linken.

BERLIN-WAHL II

Grüne streiten über „Selbstfesselung“

Das Scheitern der rot-grünen Koalitionsverhandlungen in Berlin hat bei den Grünen eine Debatte über den Umgang mit Großprojekten wie Autobahnen, Kraftwerken und Bahnhöfen ausgelöst. Der schleswig-holsteinische Fraktionschef Robert Habeck warnt seine Partei vor „Selbstfesselungen“, die „allen Beteiligten schaden“. Als grüner Spitzenkandidat für den Landtagswahlkampf im nächsten Frühjahr betreibe er „keine Ausschließeritis“ bei Infrastrukturprojekten, genauso wie wir keine Koalitionen ausschließen“. Die Berliner Grünen hatten dagegen eine Koalition mit der SPD vom Stopp des Ausbaus der A 100 abhängig gemacht. Habeck wirft seinen Berliner Parteidurchsetzer vor, sie hätten es dem SPD-Regierungschef Klaus Wowereit „leichtgemacht“, seine „Sozis-haben-Benzin-im-Blut-Politik“ durchzusetzen.



Habeck

zen: „Jetzt bleiben die Grünen in Berlin in der Opposition, und die A 100 wird trotzdem ausgebaut“, sagt er. Habeck attackiert zwar die Fixierung der SPD auf Großprojekte; sie sei „abhängig von den Drogen Benzin und Beton“. Zugleich warnt er jedoch die eigene Partei: „Wir sind auch selbst schuld, wenn Geschichten kommen, wir wären eine Dagegen-Partei.“ Die Nord-Grünen unterstützen in ihrem

Programm sogar den Ausbau der A 21 in Ostholstein. Die Fehmarnbelt-Querung und die Verlängerung der A 20 nach Westen lehnen sie zwar ab, machen dies aber nicht zu einer Bedingung für Bündnisse.

Gegen eine Festlegung auf die SPD spricht sich die grüne nordrhein-westfälische Bildungsministerin Sylvia Löhrmann aus: „Unser Erfolgsrezept ist die Eigenständigkeit. Wir gewinnen Wahlen wegen unserer Inhalte und nicht für irgendwelche Koalitionen.“ Es sei in NRW richtig gewesen, weder Rot-Grün-Rot noch Schwarz-Grün von vornherein auszuschließen. Nur so funktionierten Verhandlungen auf Augenhöhe.

gewinnen Wahlen wegen unserer Inhalte und nicht für irgendwelche Koalitionen.“ Es sei in NRW richtig gewesen, weder Rot-Grün-Rot noch Schwarz-Grün von vornherein auszuschließen. Nur so funktionierten Verhandlungen auf Augenhöhe.

S C H U L D E N

Niebel attackiert Italien

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel hat Italien in ungewöhnlich scharfer Form kritisiert. Ausgerechnet Italien, das seine eigenen Schulden in den Griff bekommen müsse, habe Ecuador zugesagt, 35 Millionen Euro an Schulden zu erlassen, kritisierte Niebel. „Die europäische Solidarität würde es erwarten lassen, dass Italien erst mal die eigenen Finanzen in den

Griff bekommt“, sagte der FDP-Politiker. „Soll Berlusconi das Geld doch aus seinem Privatvermögen bezahlen.“ Niebels Zorn bezieht sich auf die Beteiligung Italiens an dem Yasuní-Fonds, mit dem Ecuador eine Kompensation dafür erhalten soll, dass es Erdölvorkommen im Yasuní-Regenwald nicht ausbeutet. Deutschland soll sich nach Niebels Willen nicht daran beteiligen. „Ich zahle nicht für Unterlassen“, sagte Niebel. „Wenn wir uns in Ecuador beteiligen, schaffen wir einen Präzedenzfall mit unabsehbaren Weiterungen.“



Pilger vor der Kaaba

Auftrag aus Mekka

In Sachen exotischer Aura galt das Berliner Dienstleistungsunternehmen Dussmann bislang als hoffnungsloser Underperformer. Die Geschäftsfelder der Firmengruppe, die voriges Jahr über 1,5 Milliarden Euro umsetzte, beschränkten sich auf attraktionsarme Aktivitäten wie das Reinigen von Gebäuden, den Wachschutz oder die Altenpflege. Das allerdings könnte sich jetzt ändern: Dussmann will ins Morgenland expandieren – nach Mekka. Bereits am 15. August unterzeichnete das Unternehmen einen nach eigenen Angaben „millionenschweren“ Beratervertrag mit der saudischen Firma Hijaz Catering. Die Berliner sollen eine „breitangelegte Machbarkeitsstudie“ zu Planung, Bau und Betrieb einer Produktionsanlage für die Verpfle-

gung der Pilger erstellen, die Jahr für Jahr zu den heiligen Stätten des Islam nach Mekka und Medina reisen. Der Auftrag stellt Dussmann indes vor ungewöhnliche Probleme. Zunächst, so ein Firmensprecher, müsse man an Rezepturen für Pilgermahlzeiten tüfteln, die den islamischen Speiseregeln entsprechen und die unterschiedlichen Geschmäcke von Muslimen aus aller Welt treffen. Auch der geplante Produktionsort der Pilgerspeise im saudischen Wüstenland birgt logistische wie klimatische Herausforderungen: Anders als am Berliner Stammsitz herrschen dort oft Tagestemperaturen von 45 Grad Celsius und mehr. Ob sich Dussmann später noch an der geplanten Produktionsanlage beteiligen wird, ließ der Sprecher offen.

E N B W

„Teures Erbe“

Der baden-württembergische Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident Nils Schmid, 38 (SPD), über das Urteil des Staatsgerichtshofs zum Kauf von EnBW-Anteilen durch die Vorgängerregierung. Das Gericht hatte am Donnerstag festgestellt, dass der damalige Finanzminister und heutige Landtagspräsident Willi Stächele, 59 (CDU), die Landesverfassung gebrochen hat. Die schwarz-gelbe Regierung hätte den Deal Ende 2010 nicht unter Berufung auf ein Notbewilligungsrecht am Landtag vorbei abwickeln dürfen.



FRANZiska KRAUFMANN / DPA

SPIEGEL: Wird dem Parlament in Baden-Württemberg in Zukunft ein Präsident vorsitzen, dem der Staatsgerichtshof gerade einen Verfassungsbruch bescheinigt hat?

Schmid: Die Landesverfassung sieht es leider nicht vor, dass man den Landtagspräsidenten in so einem Fall einfach abwählen kann.

SPIEGEL: Muss Stächele zurücktreten?

Schmid: Darüber entscheidet allein der Landtag und das Präsidium. Aber auch die CDU-Fraktion sollte sich überlegen, ob Stächele als ihr oberster Vertreter noch tragbar ist.

SPIEGEL: Der Vater des EnBW-Deals, Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus, ist gerade aus dem Landtag ausgeschieden und in die Wirtschaft gewechselt. Ist er fein raus?

Schmid: Das Urteil muss Konsequenzen haben. Die politische Höchststrafe hat Herrn Mappus ja schon ereilt: Er wurde abgewählt. Aber er hat uns ein teures Erbe hinterlassen. Natürlich prüfen wir nach diesem Urteil die Möglichkeit zivilrechtlicher Schadensersatzansprüche.

SPIEGEL: Die Vorgängerregierung wurde bei dem Milliardengeschäft immerhin prominent beraten, von der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz und der Bank Morgan Stanley ...

Schmid: ... und diese Beratung war ganz offensichtlich nicht besonders viel wert. Wenn wir daher über Schadensersatzforderungen nachdenken, muss man in einem solchen Fall auch fragen: Welche Verantwortung tragen die beratenden Unternehmen? Schließlich haben die an dem Deal gut verdient.

BUNDESSICHERHEITSRAT

Merkels Geheimnis

Bis heute verweigert die Regierung jede Auskunft, warum sie den Export von Panzern nach Saudi-Arabien zulässt. Die Entscheidung fiel einstimmig, unter größter Geheimhaltung. Chronik eines Paradigmenwechsels der deutschen Außenpolitik.

Die Wände des Kleinen Kabinettaals im Kanzleramt sind mit Holz aus rötlicher Buche vertäfelt, der Boden ist mit türkisfarbenem Teppich ausgelegt. Acht Zentimeter dickes Panzerglas schützt die deutsche Regierungschefin vor Attentaten. Der Raum hat etwas Gesichtsloses, er atmet Diskretion, er ist wie gemacht dafür, Geheimnisse zu bewahren. So soll es auch am 27. Juni 2011 sein.

An jenem Montag sitzt Angela Merkel vor einem Stapel Unterlagen, sie sitzt an einem neun Meter langen ovalen Tisch aus Buchenholz, den 16 schwarz gepolsterte Lederstühle umstellen. In der Tischmitte erinnert ein vergoldeter Uhrenwürfel daran, dass die Zeit der Regierungschefin knapp bemessen ist.

Bei Merkel haben eine Frau und vierzehn Männer Platz genommen. Sie sind zur Sitzung des Bundessicherheitsrats geladen und werden in den nächsten einhalb Stunden eine historische Entscheidung treffen. Die Runde wird zustimmen, dass mehr als 200 der modernsten deutschen Kampfpanzer vom Typ „Leopard 2“ nach Saudi-Arabien geliefert werden dürfen. Erstmals wird Deutschland damit ein arabisches Land mit schweren Kriegswaffen aufrüsten, dessen Regierung angekündigt hat, die Opposition „mit eiserner Faust“ zu bekämpfen, das Panzer gegen Demonstranten in einem Nachbarland eingesetzt und das im Demokratie-Index des „Economist“ auf Platz 160 rangiert; nur ein paar Plätze vor dem Schlusslicht Nordkorea.

Die Entscheidung, die Merkel und ihre wichtigsten Minister im Kleinen Kabinettaal treffen, ist ein Tabubruch. Sie bricht mit der Entscheidung ihrer Vorgängerregierungen, prinzipiell kein schweres Kampfgerät nach Saudi-Arabien zu liefern. Und sie ist ein Paradigmenwechsel der deutschen Außenpolitik.

Bislang galt die Leitlinie, für die wie kein anderer der langjährige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) stand. Kriegswaffen durften nicht in Krisenregionen exportiert werden, das war die deutsche Haltung. Daran haben sich Merkels Vorgänger gehalten, egal ob

Helmut Schmidt, Helmut Kohl oder Gerhard Schröder.

Merkel hat mit dieser Leitlinie gebrochen, sie hat Genschers Prinzip umgekehrt. Trotz Zweifeln darf geliefert werden, wenn es geostrategischen Interessen und der Wirtschaft dient. Das ist die neue deutsche Rüstungspolitik.

Der Export von Panzern wird zum Mittel deutscher Machtpolitik. Es ist auch eine Entscheidung, die die außenpolitischen Interessen über Menschenrechte in einem Land stellt, in dem Männer zwar Panzer, Frauen aber nicht Auto fahren dürfen.

Dieser Tabubruch fand hinter den verschlossenen Türen des Kleinen Kabinettaals statt. Bis heute versucht die Bundesregierung, dieses Geheimnis zu bewahren. Als der SPIEGEL Anfang Juli erstmals über die Entscheidung berichtete, wollte Merkel wissen, wie die Interna bekannt wurden. Die Debatte, die nach der Veröffentlichung ausbrach, war ungewöhnlich leidenschaftlich: Die Opposition geißelte das Geschäft, auch viele Konservative reagierten verstört. Der frühere Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) forderte, „dieses Waffengeschäft muss gestoppt werden“. Kohls ehemaliger außenpolitischer Berater Horst Teltschik warnte, die gesamte Region sei instabil: „In einer solchen Situation möglicherweise deutsche Panzer zu liefern, halte ich für absolut falsch.“ Er glaubte, „dass in der heutigen politischen Situation Helmut Kohl eine solche Entscheidung mit Sicherheit abgelehnt hätte“. Ähnlich äußerten sich Ruprecht Polenz, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, und Erika Steinbach, die Menschenrechtsbeauftragte der Union.

Und die Kanzlerin? Schwieg. Ihr Sprecher Steffen Seibert verweist stereotyp darauf, dass alles, was im Bundessicherheitsrat besprochen werde, geheim sei. Selbst die Tagesordnung.

Vielelleicht gibt es gute Gründe für einen Export von deutschem Kriegsgerät nach Saudi-Arabien, aber die Öffentlichkeit kennt diese Gründe nicht. Sicher ist, dass es gute Gründe gibt, dem Deal nicht zuzustimmen. In einem wirklich demokra-



Kanzlerin Merkel, König Abdullah am 25. Mai 2010



GUIDO BERGMANN / DAPD / DDP IMAGES



JOERG SARRABACH / AP

in Saudi-Arabien, Kampfpanzer „Leopard 2“: Bruch mit Genschers Erbe

tischen Verfahren würden die Argumente abgewogen, um den besseren zu folgen. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf zu erfahren, welchen sicherheitspolitischen Leitlinien die Bundesregierung folgt und in welche Länder deutsche Waffen geliefert werden. Wie kam der Entschluss zustande? Wer hat dafür gestimmt, wer dagegen? Und wie begründet die Regierung ihren Kurswechsel?

Die Rekonstruktion dessen, was an jenem 27. Juni entschieden wurde, ist eine Reise ins Zentrum der Regierung. Wer über die Sitzung des Sicherheitsrats spricht, riskiert bis zu fünf Jahre Haft. Deswegen sind es vor allem vertrauliche Gespräche und der Inhalt als geheim eingestufter Dokumente der Bundesregierung, auf die sich diese Rekonstruktion stützt.

Der Paradigmenwechsel verlief in drei Phasen.

Die erste Phase beginnt im zweiten Halbjahr 2010, es ist eine Noch-Zeit: Guido Westerwelle ist noch Vizekanzler und Karl-Theodor zu Guttenberg noch Verteidigungsminister. In Tunesien herrscht noch Zine el-Abidine Ben Ali, in Ägypten regiert noch Husni Mubarak, die Welt im Nahen Osten scheint stabil zu sein wie ehedem. Aus Berliner Perspektive sieht es so aus, als sei die Zeit reif, um einen Wunsch des greisen Regenten von Riad, König Abdullah, 85, zu erfüllen. Frank Haun bittet deshalb um Termine bei mehreren Ministern.

Haun ist Vorsitzender der Geschäftsführung von Krauss-Maffei Wegmann, einem Münchner Rüstungskonzern mit 3500 Mitarbeitern. Der Manager will neue Märkte erschließen: Krauss-Maffei Wegmann leidet unter der Griechenland-Krise und unter Budgetkürzungen bei der Bundeswehr; die Auftragseingänge brechen ein, Ende des Jahres wird der Jahresumsatz unter die Milliardenschwelle gerutscht sein. Haun klagt gern über „enorme Wettbewerbsnachteile“, weil die Rüstungsindustrie „in keinem Land der Welt stärkeren Exportbeschränkungen“ unterliege als in Deutschland. Saudi-Arabien als neuer Absatzmarkt für den „Leoparden“ käme da gerade recht.

Der „Leopard 2“ ist das Juwel des Unternehmens, ein mächtiger Kampfpanzer, der in seiner neuesten Variante 67,5 Tonnen schwer und 10,97 Meter lang ist, bestückt mit einer Glattrohrkanone des Kalibers 120 Millimeter, die vier Kilometer weit schießen kann. Der „Leopard 2“ kann zwei Meter tiefe Gewässer durchqueren und ist ein Glanzstück deutscher Wehrtechnik.

Haun beginnt eine Roadshow der besonderen Art. Er spricht im Verteidigungsministerium vor, im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt und berichtet von dem großen Interesse aus Riad. Für die deutsche Rüstungsindustrie und ganz besonders für Krauss-Maffei Wegmann wäre es



THOMAS GRÄFKA / LAIF

Demonstranten vor dem Berliner Reichstag*: „Dieses Geschäft muss gestoppt werden“

ein Mega-Deal, der nicht nur die Panzer umfasste, sondern auch Wartung, Schulung und die Lieferung von Ersatzteilen. Die Saudis wollen 200 Panzer kaufen, es können aber bis zu 270 werden, das sind die Signale aus Riad. Das Geschäft ist bis zu fünf Milliarden Euro schwer.

Im Auswärtigen Amt trifft Haun mit Außenminister Westerwelle (FDP) zusammen. Die Diplomaten gehören in der Bundesregierung traditionell dem rüstungskritischen Lager an, zusammen mit dem Entwicklungshilfeministerium. Auf der anderen Seite stehen das Wirtschafts-, das Innen- und das Verteidigungsministerium. Wenn es Haun gelingt, das Auswärtige Amt auf seine Seite zu ziehen, wäre das ein großer Schritt in Richtung Export.

Unter den Diplomaten gibt es Befürworter und Gegner. Der Außenminister spricht mit der Kanzlerin über Hauns Anliegen. Merkel und ihr Außenminister verständigen sich, das Geschäft nicht zu blockieren – unter einem Vorbehalt: Keine deutsche Regierung verkauft schweres Kriegsgerät made in Germany an ein arabisches Land, wenn dies den Sicherheitsinteressen Israels widerspricht. Das ist einer der wichtigsten Merksätze deutscher Rüstungspolitik.

Helmut Kohl hatte 1983 den Export von „Leopard“-Panzern nach Saudi-Arabien gestoppt, „nicht zuletzt aufgrund der Interessenslage unseres engen Partners Israel“, wie sich Horst Teltschik erinnert. 1991 ließ Kohl zwar 36 deutsche „Fuchs“-Spürpanzer nach Riad liefern, aber diese sollten die Saudis gegen mögliche Giftgasangriffe aus dem Irak schützen. Merkel genehmigte eine Fabrik zur Lizenzfertigung des deutschen Sturmgewehrs

„G36“, einer leichten Waffe. Aber Panzer, ohne Zustimmung aus Jerusalem? Niemals.

Anfang 2011, noch bevor das Anliegen offiziell in den Bundessicherheitsrat wandert, sondiert die Bundesregierung, wie der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu über die Anfrage denkt. Die Gespräche finden auf mehreren Ebenen statt, mit dem Außenministerium ebenso wie mit Uzi Arad, Netanjahus damaligem Nationalen Sicherheitsberater.

Die Israelis haben diesmal keine Einwände: Die Kontakte zwischen Jerusalem und Riad sind in den vergangenen Jahren gewachsen, im Kampf gegen das iranische Atomprogramm haben sich die Saudis zu einem der wichtigsten Verbündeten des Judenstaates entwickelt. Auch die US-Regierung signalisiert Zustimmung.

Frank Haun, der Chef von Krauss-Maffei Wegmann, kann zufrieden sein. Die Kanzlerin und ihr Außenminister machen keinen Hehl daraus, dass sie dem Deal offen gegenüberstehen.



HANS-BERND HUBER / LAIF

Konzernchef Haun
Roadshow der besonderen Art

* Bei Protesten gegen die Regierungsentscheidung für Panzerlieferungen am 6. Juli.

Im Frühjahr erreicht das arabische Beben auch das saudische Königshaus. Ermutigt von den Erfolgen der Demonstranten in Tunis und Kairo hat die Bevölkerung des Nachbarstaats Bahrain zu protestieren begonnen. Der König von Bahrain fürchtet um seine Macht und bittet um Hilfe. Am 14. März rollen 150 saudi-arabische Panzer über den König-Fahd-Damm nach Bahrain, begleitet von tausend saudi-arabischen Soldaten. Die Panzer beziehen Stellung in der Hauptstadt Manama, in der Nähe des Königspalasts.

Die Soldaten aus Riad sind offiziell Teil einer schnellen Eingreiftruppe des Golfkooperationsrats, eines Zusammenschlusses der Golfstaaten, die sich gegenseitig unterstützen. Die saudischen Militärs verfügen über knapp tausend Panzer, die meisten davon uralt. Nur ein Drittel hat eine moderne Ausstattung, es sind „M1A2 Abrams“ aus den Vereinigten Staaten.

Auch die deutschen „Leopard 2“ eignen sich für die Aufstandsbekämpfung, sie lassen sich mit einem Räumschild ausrüsten, sie scheinen wie gemacht für die Modernisierung der saudischen Panzerstreitmacht. Das nächste Mal könnten es die deutschen „Leos“ sein, die durch Arabien rollen, das ist die Botschaft von Bahrain.

In Berlin leitet Frank Haun die zweite Phase mit einer sogenannten Voranfrage des Rüstungskonzerns beim Wirtschaftsministerium ein. Damit begeht Krauss-Maffei Wegmann Auskunft darüber, ob die Bundesregierung den Verkauf der Panzer genehmigen würde, wenn der Auftrag aus Riad tatsächlich eingehen sollte. Die Panzer sind jetzt ein Fall für den Bundessicherheitsrat.

Die Runde ist eine Art verkleinertes Kabinett für sicherheitspolitische Fragen, das über Rüstungsexporte befindet und zwei- bis dreimal im Jahr tagt. Die Führung hat die Kanzlerin inne, ständige Mitglieder sind die Ressortchefs von Innen, Außen, Wirtschaft, Finanzen, Verteidigung, Justiz und Entwicklungshilfe sowie der Chef des Kanzleramts.

Vorbereitet werden die Sitzungen des Bundessicherheitsrates durch ein Treffen auf Arbeitsebene, das ein paar Wochen vor den Ratssitzungen stattfindet und bei dem die beteiligten Ministerien die Entscheidungen vorbesprechen. Doch diesmal wollen die Ministerialen keine Vorentscheidung treffen, dafür ist der Deal zu heikel.

Das Vorbereitungstreffen findet am 24. Mai statt, einem Dienstag, und wie später die Minister treffen sich auch ihre Mitarbeiter im Kleinen Kabinettsaal des Kanzleramts. Christoph Heusgen, Merkels außenpolitischer Berater, leitet die Sitzung. Er eröffnet die Runde mit einem Vorschlag. Sämtliche zur Diskussion stehenden Waffenexporte in arabische Länder sollten nicht in diesem Kreis besprochen,

sondern direkt den Ministern im Bundes sicherheitsrat vorgelegt werden. Als Chef entscheidung. Wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung.

In der Runde herrscht Einigkeit, dass die Frühlingsrevolution die Lage verändert hat. Ben Ali ist ins Exil geflohen, ausgerechnet nach Saudi-Arabien. Mubarak wartet in einem schwerbewachten Krankenhaus in Scharm al-Scheich darauf, dass ihm das Volk den Prozess macht. Von einer „maßgeblich veränderten geopolitischen Situation“ ist an diesem Tag im Kanzleramt die Rede. Peter Ammon, der als Staatssekretär im Auswärtigen Amt zum letzten Mal eine Sicherheitsratssitzung vorbereitet, bevor er als deutscher Botschafter nach Washington wechselt, schließt sich Heugens Vorschlag an. Damit ist die Entscheidung vertagt.

Für ihre Waffenlieferungen hat die Bundesregierung Rüstungsexportrichtlinien formuliert. Es sind politische Grundsätze, die der Maxime folgen, lieber einmal zu wenig als einmal zu viel zu liefern.

Einer der Leitsätze lautet, die Bundesregierung folge „dem Bestreben, ihre Rüstungspolitik restriktiv zu gestalten“; diese Zurückhaltung soll dazu führen, „einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt zu leisten“. Es klingt, als sei der wohl dosierte Export eine Art bewaffnete Entwicklungshilfe. Zu den allgemeinen Prinzipien zählt auch, dass „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungsland“ bei der Entscheidung „besonderes Gewicht beigemessen“ wird.

Generell unterscheidet die Bundesregierung zwischen Waffenlieferungen in EU-Mitgliedstaaten und Nato-Länder sowie Exporten in den Rest der Welt. Die Verbündeten werden bewaffnet, das ist die Essenz der Richtlinien. Für alle anderen Länder gilt: „Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen.“

Wie also rechtfertigt die Kanzlerin diese Ausnahme angesichts der restriktiven Richtlinien?

Mit der Vorbereitung der Sitzung beginnt die dritte, entscheidende Phase. Das Auswärtige Amt verschickt ein Bündel vertraulicher Unterlagen, die neben einer kurzen Projektbeschreibung auch das Pro und Contra des Geschäfts aufzählen.

Die aktuelle Lage am Golf und der mögliche Einsatz gegen oppositionelle

Demonstranten des arabischen Frühlings, heißt es in dem Kurzdossier, sprächen gegen einen Export. Die veränderte Rolle der Saudis in der Region als Sicherheitsgarant und Verbündeter des Westens sowie als Partner im Kampf gegen den Terrorismus werden von Westerwelles Leuten als Argument für das Geschäft genannt. Die Diplomaten enthalten sich einer Empfehlung. So ist es üblich.

Die Sitzung des Bundessicherheitsrats beginnt am 27. Juni um 16 Uhr, draußen dampft die Hauptstadt bei sonnigen 28 Grad. Neben der Kanzlerin und ihrem Kanzleramtschef Ronald Pofalla haben die Minister Guido Westerwelle (Außen), Thomas de Maiziére (Verteidigung), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Justiz), Dirk Niebel (Entwicklungshilfe),

Jahre alt. Der Vortrag über die Türkei ist schon mehrmals verschoben worden, weil wichtigere Themen dazwischenkamen.

Als Westerwelle fertig ist, ergänzt Uhrlau, wie der BND die Türkei betrachtet. Beide zeichnen das ambivalente Bild einer Nation im Aufbruch, die bereit ist, für ihren Aufstieg politische Risiken in Kauf zu nehmen, und die nicht mehr auf den Westen allein angewiesen sein will. Am Ende des Vortrags, gegen 16.30 Uhr, schiebt Uhrlau seine Unterlagen zusammen und verlässt den Saal. Das ist das vereinbarte Verfahren. Bei der Abstimmung soll der BND-Präsident nicht mehr dabei sein.

Als sich die Tür wieder geschlossen hat, sind die Exporte an der Reihe. Rösler beginnt, weil der Antrag offiziell vom Wirtschaftsministerium auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Er schildert die Eckpunkte des geplanten Geschäfts und wirbt für den Export. Es folgt eine engagierte Debatte. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, so schildern es Teilnehmer, widerspricht und stemmt sich gegen die Entscheidung. Sie zitiert Genscher, der einem solchen Deal niemals zugestimmt hätte. Es sei ja kein abschließendes Votum, sondern nur eine Voranfrage, halten die Befürworter der Justizministerin entgegen. Westerwelle müsste ihr jetzt beispringen, wenn er das Votum stoppen wollte, aber er tut es nicht. Er weiß, dass die Kanzlerin sich festgelegt hat.

Merkel ist an diesem Nachmittag die leidenschaftlichste Fürsprecherin. Sie führt die Zustimmung der Israelis an, damit ist aus Sicht der Union ein zentrales Hindernis ausgeräumt.

Schließlich fällt ein Argument, das auch im Sinn der israelischen und der amerikanischen Regierung ist: Ein aufgerüstetes Saudi-Arabien wirke als Gegengewicht zu Iran und dessen atomaren Ambitionen.

Dazu sitzen am Tisch Merkels außenpolitischer Berater Christoph Heusgen, ihr Geheimdienstkoordinator Günter Heiß, der Generalinspekteur der Bundeswehr Volker Wieker, der Präsident des Bundesnachrichtendienstes Ernst Uhrlau, der Chef des Bundespräsidialamts Lothar Hagebölling, Regierungssprecher Steffen Seibert sowie Erich Vad, der im Kanzleramt als Sekretär die Arbeit des Bundessicherheitsrats koordiniert und das Protokoll führen wird.

Merkel erteilt ihrem Außenminister das Wort. Westerwelle referiert über die Türkei und ihre politischen Ambitionen als aufstrebende Regionalmacht. Die Idee, im Bundessicherheitsrat nicht nur über Waffendeals abzustimmen, sondern auch strategisch zu diskutieren, stammt von Thomas de Maiziére und ist erst ein paar

sunnitischen Saudis sind am arabischen Golf der einflussreichste Gegenspieler der schiitischen Führung in Teheran. Merkel und Westerwelle wissen, wie kritisch die Scheichs, besonders König Abdullah, über Ahmadinedschad denken, dem sie vorwerfen, die Lage in Saudi-



Minister Westerwelle, Prinz Saud Ibn Faisal: Wichtiger Partner?

SPA (SAUDI PRESS AGENCY) / DPA

Arabien zu destabilisieren. Iran sei „ein Nachbar, den man gern vermeiden würde“, soll der König intern geäußert haben. Die Iraner feuerten „Raketen ab in der Hoffnung, den Menschen und der Welt Angst einzuflößen“. Die Deutschen kennen auch die Zusage aus Washington, der Regierung in Riad Kampfflugzeuge zu verkaufen.

Wenn die Amerikaner Flugzeuge liefern und die Israelis nichts gegen eine Aufrüstung einzuwenden haben, warum soll Deutschland dann keine Panzer exportieren dürfen? Im Kanzleramt wird noch ein weiteres Argument vorgebracht: Der Deal bedeute ein komplettes Paket, keine einmalige Lieferung. Techniker, Logistiker und Ausbilder wären Teil der Abmachung. Deutschland hätte einen dauerhaften Einfluss, das Kriegsgerät wäre ein Entree zur saudischen Führung.

Die Entscheidung fällt einstimmig. Auch Leutheusser-Schnarrenberger verzweigt sich nicht, offenbar um die liberalen Minister Rösler, Westerwelle und Niebel nicht bloßzustellen. Nur Ole Schröder, der Bundesinnenminister Friedrich vertritt, stimmt nicht mit, weil das Votum personengebunden ist. Das als „geheim“ eingestufte Protokoll führt die verschiedenen Rüstungsvorhaben, die an diesem Tag Thema sind, tabellarisch auf. Hinter dem Tagesordnungspunkt „Saudi-Arabien“ ist lediglich ein Wort vermerkt: „Zustimmung“. Gegen 17.25 Uhr beendet die Kanzlerin die Sitzung. Die Minister haben in weniger als einer Stunde Geschichte geschrieben.

Ein Teil der Runde trifft sich am Abend wieder, beim Empfang des israelischen Botschafters Joram Ben-Seev in seiner Residenz in Berlin-Charlottenburg. Der Kurswechsel ist kein Thema. Die Israelis kennen das Geschäft ja.

Die israelische Haltung bringt die Bundesregierung in Erklärungsnot. Nachdem der SPIEGEL eine Woche nach der Sitzung des Sicherheitsrats das Geschäft enthüllt hat, bricht ein Mediengewitter über die Regierung herein. Zur Verteidigung lanciert das Kanzleramt über den CDU-Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter eine Lesart, die die Regierung in Jerusalem als die eigentlich treibende Kraft darstellt. Kiesewetter behauptet in der Plenardebatte des Bundestags Anfang Juli, dass „Israel diese Panzerlieferungen nicht nur wünscht, sondern ausdrücklich unterstützt“. Das gefällt der israelischen Regierung nicht, die zwar ihr Einverständnis signalisiert hat, aber nicht als heimliche Strippenzieherin dastehen will. Deshalb sorgen der stellvertretende israeli-

sche Außenminister Dani Ayalon und der Botschafter Ben-Seev dafür, dass sich in Berlin bald herumspricht, dass die israelische Regierung nicht zu den Betreibern zählte.

Berlin, ein Freitagmittag Anfang September, das Konzerthaus am Gendarmenmarkt. Die Körber-Stiftung hat zum Jubiläum des 50-jährigen Bestehens des „Bergedorfer Gesprächskreises“ geladen. Merkel sitzt in der ersten Reihe, rechts neben ihr Richard von Weizsäcker und Helmut Schmidt. Es ist für die Kanzlerin auch eine Begegnung mit einer Vergangenheit, in der ein solches Waffengeschäft undenkbar war.

Merkel hat seit dem 27. Juni geschwungen, als hingen Wohl und Wehe des Vaterlandes davon ab. Heute will sie sich

Saudi-Arabien, ohne das Land direkt anzusprechen.

Der zweite Schlüsselsatz umfasst die Skizze einer neuen, international vernetzten Rüstungspolitik. „Wir sollten aber versuchen, einen Schritt weiterzugehen“, hebt Merkel an. „Wenn wir uns im atlantischen Bündnis einig sind, dass die Nato nicht alle Konflikte lösen kann und dass den aufstrebenden Schwellenländern und Regionalorganisationen mehr Verantwortung zukommt, dann sollten wir im Bündnis bei den Rüstungsexporten auch schrittweise zu einer gemeinsamen Politik kommen.“

Die Rede ist eine verkappte Regierungserklärung zur Außen- und Sicherheitspolitik, für die Merkel sich nicht das Parlament, sondern das Konzerthaus am

Gendarmenmarkt ausgesucht hat. Sie erklärt, wie sich diese Regierung die Zukunft von Waffenexporten vorstellt: Rüstungspolitik wird anderen, neuen Leitlinien folgen als in den Jahrzehnten zuvor. Saudi-Arabien war kein Ausrutscher, sondern ein Anfang.

Eine grundsätzliche Debatte steht der Kanzlerin noch bevor. Die neue deutsche Rüstungspolitik ist auch in der Regierung umstritten. Mehrere Minister haben Zweifel, im Auswärtigen Amt mehren sich die Stimmen, die von einem Verrat an Genschers Erbe sprechen. Auch in der Union gibt es Widerstand. Der Bundesicherheitsrat wird sich noch einmal mit den Panzern beschäftigen, wohl bei seiner nächsten Sitzung zum Jahresende. Dann könnte die endgültige Entscheidung fallen.

Möglicherweise wird Merkel ihre Politik künftig ohnehin offener vertreten müssen. Der grüne Abgeordnete Hans-Christian Ströbele hat den Fall nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht getragen, er begeht Auskunft darüber, was wirklich im Bundesicherheitsrat geschehen ist. Ströbele begründet das damit, dass die Regierung dem Parlament gegenüber auskunfts-pflichtig sei. Folgen ihm die Verfassungsrichter, würde das den Schleier der Geheimhaltung lüften. Es wäre eine gute Lösung, weil die Regierung ihre Entscheidungen zu Rüstungsfragen öffentlich zur Diskussion stellen müsste, ähnlich wie Entscheidungen zur Atomkraft oder zum Euro. Eine solche Lösung würde den Kleinen Kabinettssaal weniger hermetisch und die Arbeit des Bundesicherheitsrats transparenter machen.

Bis zur nächsten Sitzung werden die Verfassungsrichter allerdings wohl nicht entschieden haben. Das Treffen wird wieder im Kanzleramt stattfinden, wieder gemeinsam.

HOLGER STARK



Kleiner Kabinettssaal im Kanzleramt: Vertrauliche Beratung

erklären, sie wird nicht über die Panzer reden, aber über ihre Vorstellung von Rüstungspolitik. Sie blättert in einer schwarzen Ledermappe, auf ihrem Redemanuskript klebt ein gelber Post-it-Zettel. In der Reihe hinter ihr sitzt Christoph Heusgen, ihr Berater, der wichtige Passagen der Rede mit entworfen hat.

Merkel entfaltet eine Weltsicht, in der Schwellenländern eine neue, größere Bedeutung zukommt und der Westen die globalen Probleme nicht mehr allein lösen kann. Die Rede hat zwei Schlüsselelemente. Der erste lautet, dass es richtig sei, andere Länder zu bewaffnen, damit diese in Deutschlands Sinn agieren. Wenn die Bundesrepublik davor zurückschrecke, militärisch zu intervenieren, „dann reicht es in der Regel nicht, an andere Länder und Organisationen Worte der Ermutigung zu richten. Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein“. Der Satz zielt auf



WERNER SCHUERING / DER SPIEGEL

Politiker Lindner

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Man kann von den Piraten lernen“

FDP-Generalsekretär Christian Lindner, 32, über neue Konkurrenz im deutschen Parteiensystem, den Umgang mit Europa-Kritikern im Bundestag und staatsfreundlichen Liberalismus

SPIEGEL: Herr Lindner, die Piratenpartei tritt für Bürgerrechte ein und spricht freiheitsliebende, moderne Menschen an. Das gilt als Revier der FDP. Haben Sie Angst, dass die Piraten Ihre Partei überflüssig machen könnten?

Lindner: Ich fürchte den Wettbewerb nicht. Spannend sind ja nicht die Piraten selbst, sondern ihre Wählerinnen und Wähler. Eine neue Debattenlinie in der Gesellschaft wird mächtig. Es gab immer Konfliktlinien wie Ökonomie und Ökologie, Kapital und Arbeit oder Stadt und Land. Nun kommt eine Differenz zwischen Offline- und Online-Politik dazu. Digitale Medien sind für viele Menschen nicht nur Mittel der Kommunikation, sondern auch persönlicher Lebensraum. Die neue Frage an Parteien ist, ob sie Sensibilität für die Bedürfnisse dieser Menschen haben oder nicht.

SPIEGEL: Die Piratenpartei scheint die digitale Welt besser zu verstehen als die FDP. In Berlin hat sie knapp neun Prozent geholt, Ihre Partei nicht einmal zwei. Hat die FDP die neue Welt verschlafen?

Das Gespräch führten die Redakteure Dirk Kurbjuweit und Merlind Theile.

Lindner: Das ist eine Herausforderung an alle. Die FDP ist eine Partei mit großer Tradition, die immer wieder schwierige Phasen hatte. Die Piraten sind ein Phänomen, das mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit flüchtig ist, wenn man es besser kennt. Mir geht es um die darunterliegende Tiefenströmung. Es wächst ein Wunsch nach Privatheit und Freiheit im Internet, den wir teilen. Viele wollen mehr Transparenz im politischen System und finden den anderen Stil, den die Piraten verkörpern, charmant.

SPIEGEL: Was ist das für ein Stil?

Lindner: Herkömmliche Parteien sind organisiert wie ein Rudel. Die Piraten wirken eher wie ein Schwarm.

SPIEGEL: Wie funktioniert denn ein Parteischwarm?

Lindner: Es gibt wenige Festlegungen und kaum bekannte Köpfe. Die Probleme werden online diskutiert. Dabei werden die Mitglieder, die am Laptop sitzen, in Echtzeit einbezogen. Das erscheint auf den ersten Blick erfrischend, kann aber irgendwann nervtötend sein.

SPIEGEL: Die FDP bleibt also eine Rudelpartei?

Lindner: In der Organisation von Parteien steckt die Weisheit von Jahrzehnten. Wenn jede Entscheidung einer zufällig zusammengesetzten Internetgemeinde unterworfen wird, kann man ein Land nicht mit Stetigkeit führen. Man kann manches von den Piraten lernen, aber kopieren sollte man sie besser nicht.

SPIEGEL: Was haben Sie für ein Bild von den Wählern der Piratenpartei?

Lindner: Das Bild ist noch uneinheitlich, weil die Partei eine Projektionsfläche ist. Mich interessieren diejenigen, die technikaffin sind und Neuem gegenüber aufgeschlossen. Da sind Menschen, die sich etwas zutrauen, die nicht an letzte Wahrheiten oder die grünen Machbarkeitsphantasien glauben, sondern pragmatische Problemlösungen wollen. Das sind Leute, die ihre persönliche Freiheit leben wollen, zum Beispiel dadurch, dass das Internet nicht zum Spielfeld konservativer Law-and-Order-Politik oder das Leben nicht vom moralisch erhobenen Zeigefinger der Grünen gelenkt wird. Um diese Wählerinnen und Wähler kämpfen wir. Da haben wir einen Kompetenzvorsprung.

SPIEGEL: Die FDP hat doch gar keinen Kompetenzvorsprung. Sie hat bislang Politik vor allem in Hinterzimmern gemacht.

Lindner: In der Netzpolitik hat Sabine Leutheusser-Schnarrenberger einen guten Namen, weil die FDP eine Internetzensur verhindert hat und die Speicherung von Kommunikationsdaten der Bürger auf Vorrat kritisch sieht. Beim geistigen Eigentum sind die Piraten auf einem granatenfalschen Weg. Wenn man das Urheberrecht aufhebt, dann wird es bald keine hochwertigen Inhalte mehr geben. Irgendwie muss ja auch der SPIEGEL leben. Was die Parteiorganisation angeht, bin ich, wie gesagt, nur für vorsichtige Reformen.

SPIEGEL: Tritt die FDP nun auch für mehr direkte Demokratie ein?

Lindner: Wir leben nicht mehr in einem Obrigkeitstaat, in dem die Bürger Mündel der Regierung sind, sondern wir haben es mit Menschen zu tun, die teils über besseres Wissen als mancher Politiker verfügen. Ich glaube, dass wir uns durchaus mehr Bürgerdemokratie zutrauen sollten, im Sinne der Selbstregierung von Bürgern durch Bürger. Eine Volksgesetzgebung auf Bundesebene passt nicht in das Grundgesetz, auch wegen des Föderalismus. Die Möglichkeit von Volksbefragungen halte ich aber für diskussionswürdig.

SPIEGEL: Kanzleramtsminister Ronald Pofalla von der CDU hat gesagt, er könne



THOMAS TRUTSCHEL / PHOTOTHER

Euro-Skeptiker Schäffler
„Kollegialer Umgang“

die „Fresse“ des Parteikollegen Wolfgang Bosbach nicht mehr sehen, weil der gegen die Aufstockung des provisorischen Euro-Rettungsschirms EFSF gestimmt hat. Wie ist es bei Ihnen und Ihrem Parteifreund Frank Schäffler? Er hat durchgesetzt, dass die FDP-Mitglieder über den dauerhaften Rettungsschirm ESM abstimmen können.

Lindner: Wir haben da einen kollegialeren Umgang.

SPIEGEL: Aber er könnte die FDP aus der Regierung katapultieren, wenn er sich durchsetzt. Die Kanzlerin will den ESM.

Lindner: Wir auch. Ich bin mir sicher, dass viele Unterstützer des Mitgliederentscheids im Ergebnis gar keinen anderen Kurs wollen, sondern eine offene Diskussion. Wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht selbst über Europa entscheiden können, müssen die Parteien ihre Mitglieder beteiligen. Warum machen das die anderen Parteien nicht auch? Europa-Gegner gibt es in der FDP jedenfalls keine. Deshalb sehe ich darin eine Chance für die FDP, über die Europa-Politik auch öffentlich sichtbar zu sprechen und unsere Position zu verdeutlichen.

SPIEGEL: Was ist Ihre Position?

Lindner: Wir wollen eine Stabilitätsunion mit einer Wirtschaftsverfassung. Also mehr Europa, aber im Sinne der ursprünglichen Idee des Stabilitätspaktes mit klaren Regeln, die nicht wie damals von Rot-Grün gebeugt werden können, sondern die automatisch greifen. Wir sind nicht der Auffassung der CSU, die weniger Europa will. Wir sind aber auch nicht der Meinung, dass wir im Zuge einer gesamtschuldnerischen Haftung in Europa eine Art Zinssozialismus einführen sollten, wie er von SPD, Grünen und Linkspartei gefordert wird.

SPIEGEL: FDP-Chef Philipp Rösler hat von einer „geordneten Insolvenz“ für Griechenland geredet. Wollen Sie die Griechen nicht mehr dabeihaben?

Lindner: Im Gegenteil könnte eine Umschuldung zum richtigen Zeitpunkt den Griechen helfen. Es ist im fiskalischen und geostrategischen Interesse Deutschlands, dass die Griechen in der Euro-Zone bleiben. Wir dürfen nicht zulassen, dass es an der Südostflanke von Nato und EU einen instabilen Staat geben könnte, den chinesische Fonds finanzieren. Wenn Griechenland aus der Euro-Zone fällt, könnte es einen Dominoeffekt geben.

SPIEGEL: Es ist absehbar, dass auch der erweiterte Rettungsschirm nicht reicht. Wird die FDP einer erneuten Ausweitung zustimmen?

Lindner: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat ja vor der FDP-Bundestagsfraktion klargestellt, dass es keine Ausdehnung des Garantierahmens von 211 Milliarden Euro geben wird.

SPIEGEL: In den zwei Jahren, in denen Sie mitregieren, ist die FDP vom besten Wahlergebnis aller Zeiten auf ein historisches Umfrageziel abgestürzt. Was haben Sie falsch gemacht?

Lindner: Es gibt enttäuschte Erwartungen, und wir haben vielleicht nicht zu jedem Zeitpunkt erkannt, dass die politischen Magnetfelder sich verändert haben. Da muss man neu auf den Kompass schauen.

SPIEGEL: Was haben Sie nicht erkannt?

Lindner: Viele Menschen sagen mir, dass sie die Steuern immer noch als zu hoch

und zu kompliziert empfinden, aber Angst um den Euro und vor der Schuldenlast ihrer Kinder haben. Das sind die Prioritäten. Wir müssen uns schneller aus der Abhängigkeit von den Finanzmärkten befreien. Deshalb hat die Entschuldung der öffentlichen Haushalte Priorität. Die Entlastung, über die wir in diesem Herbst sprechen, wird sich genau in dem Rahmen bewegen, den die Schuldenbremse erlaubt.

SPIEGEL: Sehen Sie da schon eine Zahl?

„Es gibt Produkte, von denen mir sogar Banker sagen, dass sie den Sinn nicht vollständig verstehen.“

Lindner: Nein, ich sehe noch keine Zahl. Philipp Rösler und Rainer Brüderle haben bereits sehr früh klargemacht, dass es eher keine breitflächige Entlastung geben kann. Wir werden uns darauf konzentrieren, bei kleinen und mittleren Einkommen die kalte Progression oder die Wirkung des Solidaritätszuschlags zu reduzieren. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

SPIEGEL: Wenn Wahlen verlorengehen, könnte das auch am Generalsekretär einer Partei liegen. Fehlt Ihnen die Erfahrung für diesen Job?

Lindner: Als Jüngerer kann man kraft Natur der Sache nicht über so viel Erfah-

rungswissen verfügen wie ein Mittfünfziger oder über Sechzigjähriger. Vielleicht haben aber jüngere Politiker eine andere Sensibilität für neue Themen. Es geht also um die beste Teamaufstellung. Und mit Philipp Rösler an der Spitze von Regierungsmannschaft und Partei und Rainer Brüderle an der Spitze der Fraktion haben wir eine gute Kombination.

SPIEGEL: Wofür wird die FDP in der Regierung noch gebraucht?

Lindner: Wir sind die Partei der sozialen Marktwirtschaft. In Deutschland wissen wir aus Erfahrung, dass transparente Märkte, auf denen Wettbewerb herrscht, für die Menschen Wohlstand und Aufstiegschancen schaffen. Diese soziale Marktwirtschaft muss aber verteidigt werden.

SPIEGEL: Gegen wen?

Lindner: Sie muss verteidigt werden, weil die Tugenden des ehrlichen Kaufmanns nicht überall gelebt werden. Wir haben ein Jahrzehnt entfesselter Finanzmarktkökonomie hinter uns, in dem die Grundregeln der sozialen Marktwirtschaft teilweise gebrochen wurden. Das heißt, ein Thema für uns muss die Neudurchsetzung der sozialen Marktwirtschaft sein. Nur so schützen wir sie auch gegen die altilne Kritik, die im Windschatten der Krise fröhliche Urständ feiert.

SPIEGEL: Wie wollen Sie die soziale Marktwirtschaft verteidigen?

Lindner: Eine der größten Herausforderungen ist die Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Denkbar wäre ein Börsenzwang für Geschäfte am Kapitalmarkt. Das erhöht Liquidität und Transparenz der Märkte. Wir müssen auch die Hedgefonds regulieren. Die agieren außerhalb der Bankenaufsicht und sind immer noch in der Lage, mit einem Euro Eigenkapital 50 Euro Fremdkapital aufzubauen. Risiko und Haftung müssen aber zusammenbleiben. Es gibt zudem einzelne Produkte, von denen mir sogar Banker sagen, dass sie Sinn und Wirkung nicht vollständig verstehen. Wenn man uns also nicht bald die Notwendigkeit von Wetten auf den Kreditausfall erklärt – verbieten.

SPIEGEL: Geht mit diesen Entwürfen auch die Phase eines staatsskeptischen, wirtschaftsverherrlichen Liberalismus zu Ende? Ist dieser Liberalismus gescheitert?

Lindner: Gescheitert sind der Schuldenstaat und die Politik des billigen Zentralbankgelds. Wir setzen in der Wirtschaftspolitik weiter auf den Liberalismus eines Otto Graf Lambsdorff. Wir brauchen einen Rechtsstaat, der stark ist, der oberhalb des Getümmels steht und die Regeln des Spiels bestimmt. Wir brauchen einen Staat, der seinen Aufgaben nachkommt, der auch Autorität hat und geschätzt wird wegen der Effizienz seiner Ergebnisse.

SPIEGEL: Was unterscheidet Sie dann noch von der CDU?

Lindner: Bei der CDU sehe ich einen Staat, der Daten unbescholtener Bürger speichern würde. Bei der CDU sehe ich einen Staat, der Opel ohne weiteres Milliardenbeträge überwiesen hätte. Bei der CDU sehe ich einen Staat, der mit der Frauenquote tief in die private Vertragsfreiheit eingreifen würde. Das ist nicht der Staat der FDP.

SPIEGEL: Den Staat der FDP wollten in Berlin nicht mal zwei Prozent der Wähler. Haben Sie sich schon bei dem Gedanken ertappt, es ist Bundestagswahl, und die FDP landet bei zwei Prozent?

Lindner: Noch nie. Ich bin mir sicher, dass die FDP bei der nächsten Bundestagswahl ein ordentliches Ergebnis bekommen wird, weil wir als politischer Faktor gebraucht werden. Stellen Sie sich mal vor, es gäbe die FDP nicht!

SPIEGEL: Eine Vorstellung, die man aus halten kann.

Lindner: Wer behält dann die Grenzen der Wirksamkeit des Staats im Blick? Wo gibt es das Argument, auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu achten? Welche Partei stellt dann noch das Individuum in das Zentrum ihrer Politik und nicht Klasseninteressen oder die Umwelt oder den Staat oder die Tradition? Niemand! Selbst wer unsere Überzeugungen nicht teilt, müsste eine Verarmung der politischen Landschaft einräumen. Deshalb braucht Deutschland eine liberale Partei. Kein Zweifel.

SPIEGEL: Herr Lindner, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Piraten Baum, Weisband, Nerz: Absage an alte Kämpfe

PIRATENPARTEI

Kein Geschlecht, kein Problem

Die Piraten wollen modern wirken, aber sie haben kaum weibliche Mitglieder. Gleichberechtigungsdebatten halten sie für überholt. Wer das Problem in der Partei benennt, bekommt Ärger.

Marina Weisband sollte heute gar nicht hier sein. Die Bundespresskonferenz hat die Führung der Piratenpartei eingeladen, im Terminplan stehen nur der Parteivorsitzende Sebastian Nerz und der Berliner Fraktionschef Andreas Baum, aber jetzt sitzt auch noch diese Frau vor der blauen Wand im Berliner Pressehaus. Weisband hat sich schick gemacht, sie trägt ein Kleid mit passendem Blazer, ihr Haar hat sie zu einer aufwendigen Zopffrisur geflochten, wie Julija Timoschenko, das Gesicht der ukrainischen Revolution.

Weisband hat ihren Stuhl vor der blauen Wand nachträglich erkämpft. Sie ist die Bundesgeschäftsführerin der Piratenpartei, es ist ihre Aufgabe, die bundespolitische Richtung zu erklären, aber die Hauptstadtjournalisten wollten eigentlich nur die beiden Männer befragen, es hätte wohl besser ins Bild gepasst.

Nach einer Weile kommt die Frage, auf die Weisband keine Lust hat. Warum sind die Piraten vor allem eine Männerpartei? „Ja, die Frauenfrage“, sagt Weisband und guckt genervt. „Wir erheben bei unseren Mitgliedern nicht das Geschlecht. Wir glauben, dass echte Gleichberechtigung anfängt, wenn man aufhört, Frauen zu zählen.“

Mit ihrem Wahlerfolg in Berlin haben sich die Piraten als neue Kraft ins politische Bewusstsein der Republik katapultiert. In der Hauptstadt holten sie aus dem Stand fast neun Prozent der Stimmen, in bundesweiten Umfragen kommen sie zurzeit auf acht Prozent. Die Piraten wollen einen neuen Politikstil verkörpern, sie fordern mehr Transparenz und Mitbestimmung, Basisdemokratie, Politik mit den Möglichkeiten des Internets. Alles soll frisch und modern wirken, auch die Absage an die alten Geschlechterkämpfe.

Wie viele Frauen es in der Partei gibt, weiß niemand genau, aber es sind wenige. Auf den Parteitagen sitzen fast nur Männer vor ihren Laptops, unter den 15 Berliner Abgeordneten findet sich eine einzige Frau, im Bundesvorstand sind es zwei. Aber anders als die etablierten Parteien finden es die Piraten gar nicht nötig, daran etwas zu ändern.

Eine Frauenquote, die es inzwischen sogar in der CSU gibt, lehnen die Piraten ab. Sie wollen „post-gender“ sein. In dieser Weltsicht kann es keine Benachteiligung von Frauen geben, weil das Geschlecht egal sein soll. Keine Unterschiede, keine Ungleichbehandlung – kein Problem. Und so nehmen die Piraten ihren

Frauenmangel hin. „Wir sind aus der Internetszene entstanden, und die ist eben männerdominiert“, sagt Parteichef Nerz. Aber warum ist das so? Ist die Haltung der Piraten wirklich modern, einfach naiv oder fürchterlich gestrig?

Marina Weisband hat ihre erste große Pressekonferenz überstanden, jetzt muss sie zu einem Treffen der Berliner Piraten, erschöpft sinkt sie ins Taxi. „Mir kommt das alles noch ziemlich absurd vor“, sagt sie. „Ich wollte ja nie ein Parteiamt.“ Weisband ist 24 Jahre alt, sie studiert in Münster Psychologie, für Politik hatte sie sich nicht interessiert. Bis die Piraten auftauchten. „Ich hatte intuitiv das Gefühl, dass sie Antworten auf die drängenden Fragen haben: die Umgestaltung der Demokratie im Hinblick auf neue Techniken und gesellschaftliche Entwicklungen.“

Vor zwei Jahren wird sie Mitglied, im Mai 2011 geht sie das erste Mal auf einen Parteitag. In ihrem Kreisverband ist Weisband durch kluge Wortbeiträge aufgefallen, nun werden Kandidaten für den Bundesvorstand gesucht, irgendjemand schlägt sie vor. Weisband hält eine geschliffene Rede, in der sie auch sagt, dass sie einfach als Mensch wahrgenommen werden möchte. „Bitte wählt mich nicht, weil ich eine Frau bin!“, ruft sie. Die Piraten jubeln, Weisband schlägt acht Genkandidaten.

Ein Gespräch mit Marina Weisband über die Frauenfrage ist seltsam, weil es so widersprüchlich ist. Sie sagt, sie sei sehr feminin, niemals trage sie Hosen, nur Kleider und Röcke, sie zeige sich gern als Frau. Gleichzeitig ist sie Bundesgeschäftsführerin einer Partei, die keinen Unterschied zwischen Geschlechtern machen will. Dass sie als junge Frau in einer männerdominierten Partei vielleicht auch deshalb wohlgelitten ist, weil sie eine junge Frau ist, sieht sie nicht. „Es ist ja nicht so, dass mir die Piraten alle nur auf den Arsch gucken.“

Wie viele Frauen ihrer Generation glaubt Weisband, dass Männer und Frauen überall die gleichen Chancen haben, sie hat es selbst noch nicht anders erlebt. Geschlechterdebatten wirken auf sie zöpfig, sie findet, dass Diskriminierung erst dann manifest wird, wenn Frauen aufgrund des Geschlechts bevorzugt werden. „Ich will keine Quotenfrau sein“, sagt Weisband. Auf die Frage, wie die Politik bestehende Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft beseitigen könnte, sagt sie, dass es eben Aufklärung brauche, „zum Beispiel mit Bildungsprogrammen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen“.

Ankunft in der Berliner Piratzentrale, Weisband geht ins Hinterzimmer und legt ihre Tasche ab. Nebenan wird es

plötzlich laut, ein paar Piraten streiten über den jüngsten Eklat. Parteichef Nerz hat in einem Interview bundespolitischen Ehrgeiz erkennen lassen, zwei Berliner Piraten haben ihm öffentlich widersprochen und Bescheidenheit gefordert. Es ist ein Streit um die Deutungshoheit, wie er oft entsteht, wenn es plötzlich um Macht geht. Weisband verdreht die Augen. „Da gucken halt ein paar Leute, wer den Lägeren hat“, sagt sie.

Leena Simon sieht das alles nicht so gelassen. Im vergangenen Jahr forderte sie öffentlich ein „Piratinnen“-Netzwerk, um etwas gegen die Bevormundung

„Geflame“, das Nachtreten im Internet, höre nicht auf: Es gibt immer noch böse Mails und Beiträge in Foren, in denen Simon für ihren Vorstoß beschimpft wird, in der Mehrzahl vermutlich von Männern.

„Die Meinungsmacher im Netz sind Männer“, sagt Constanze Kurz. Sie sitzt in der Cafeteria der Technischen Universität Berlin, dort tagt heute die Gesellschaft für Informatik, Kurz hat als Vertreterin des Chaos Computer Clubs teilgenommen. Als eine von wenigen Frauen hat sie sich in der Hackerszene etabliert, sie ist 37 und unterrichtet inzwischen selbst Studenten. Studentinnen sind kaum dabei.

Deutschlandweit sind bloß 19 Prozent aller Informatik-Erstsemester Frauen. „Die interessieren sich nicht so fürs Programmieren“, sagt Kurz. „Man müsste die ganze Lehre verändern, um Frauen stärker anzusprechen, aber eigentlich fängt es ja schon bei der Erziehung an.“ In den meisten Kinderzimmern lebten die alten Geschlechterstereotype fort: Puppen für die Mädchen, Bauklötze für die Jungs. Es liege auch an dieser Sozialisation, dass technikaffine Berufe immer noch Männerbastionen sind.

Mit der wachsenden Bedeutung des Internets wird dieses Phänomen für Frauen zum Problem. Sie verpassen in einem immer wichtigeren Teil der Welt die Definitionsmacht. Im Netz seien Frauen durchaus aktiv, sagt Kurz, aber eher auf Facebook oder in anderen Foren, wo es um soziale Bindungen geht. „Frauen nutzen das Netz zwar, aber sie gestalten es nicht.“

In der Piratenpartei, die aus der Netzwerlk entstanden ist, pflanzt sich diese Struktur fort. Kurz findet, dass die Piraten selbst das Problem erkennen und lösen müssten. „Eine demokratische Partei muss da einen anderen Anspruch haben, sie kann ja die Hälfte der Wählerschaft nicht einfach ausblenden“, sagt sie. „Die Piraten können sich nicht ewig mit postgender rausreden. Im Kern ist ihre Haltung total gestrig.“ Solange sie das nicht einsehen, sagt Kurz, werde ihnen die Frauenfrage immer wieder vor die Füße fallen.

Marina Weisband, die Bundesgeschäftsführerin, glaubt eher, dass sich das Problem von selbst erledigen wird. „Das ist der Zeitgeist“, sagt sie, „die Unterschiede zwischen Männern und Frauen schmelzen dahin.“

Als sie die Berliner Geschäftsstelle ihrer Partei erreichte, nach der großen Pressekonferenz, standen vor der Tür ein paar Piraten herum und rauchten. Weisband ging auf sie zu, sie riss die Arme hoch und rief: „Ich hab's überlebt!“ Die Piraten grinsten, einer sagte: „Guter Mann.“

MERLIND THEILE



Männerwelt Piratenpartei: „Abgeschreckt vom Rüpelton“

durch männliche Parteikollegen zu tun. Ihr Landesverband Berlin verwarnte Simon wegen parteischädigenden Verhaltens. Als sie auf dem nächsten Parteitag für den Vorstand kandidierte, wurde sie ausgebuht, auch von Frauen.

„Ich bekam immer zu hören: Dein Problem gibt es gar nicht, wir sind doch postgender“, sagt Simon. „Das ist natürlich sehr bequem.“ Was genau sie störte, kann Simon nicht sagen, es gab nicht die eine Eskalation. Es waren lauter Kleinigkeiten, die zusammen ein Bild ergaben, in dem Simon sich nicht wohl fühlte. Die ständigen Annachen der Männer. Der Moderator des Parteitags, der bei der Kandidatenaufstellung rief: „Kommt rauf, wenn ihr Eier habt!“

„Es zermürbt“, sagt Simon. „Es ist so was wie die gläserne Decke. Deswegen führen andere Parteien ja die Quote ein. Damit diese männlichen Strukturen überhaupt mal durchbrochen werden.“ Simon vermutet, dass viele Frauen der Piratenpartei deshalb fernbleiben, als Mitglieder und Wählerinnen. „Man ist abgeschreckt von der Ignoranz und dem Rüpelton“, sagt sie. Ausgetreten ist sie nicht, sie sagt, die Atmosphäre in der Partei sei inzwischen etwas besser geworden, aber das

**CDU-Politiker Bosbach**

„Ich möchte kein Problembär sein“

Merkel erstritten hat, sitzt Bosbach im Frühstücksraum des Hotels Malerwinkel in Bensberg, in seinem Wahlkreis. Er hat seinen Terminkalender mitgebracht, Tag für Tag will er belegen, wie er aus dem Herzen der Fraktion an ihren Rand gedrängt wurde. Wie er bei der Entscheidung über die Euro-Rettung seinem Gewissen folgte und damit zum Außenseiter bei seinen Parteifreunden wurde – und zum Gegner seines Freundes.

Bosbach ist schwer krank. Er hat seit Jahren einen Herzschrittmacher und kämpft gegen den Krebs. Aber jetzt ist noch ein politisches Leiden hinzugekommen. Er steht am Rande seiner Fraktion, in Isolationshaft. Es ist, als wenn man einen Lebensnerv abgezwackt hätte.

Anfang Juni meldet sich Bosbach in der Sitzung der Unionsfraktion zu Wort: „Ich habe erhebliche Zweifel, dass immer größere Rettungsschirme immer größere Probleme dauerhaft lösen können.“ In Griechenland könne man sehen, dass diese Strategie nicht aufgehe. „Stattdessen verlagern wir gigantische Risiken auf zukünftige Generationen, ohne dass wir die Probleme dauerhaft lösen und die wirklich entscheidenden Fragen beantworten.“ Er bekommt kräftigen Applaus.

Ende August kommt die Fraktion zu einer Sondersitzung zusammen. Die Abstimmung zum Rettungsschirm rückt näher. Nun drehen sich die Debatten nicht mehr um den Euro, jetzt geht es um die Regierung – und damit um die Abweichler. Der Applaus für Bosbach wird dünner. „Ab dann ging es kaum noch um die richtige Strategie zur Lösung der Staats schuldenkrise“, erinnert sich Bosbach. „Die Frage lautete: eigene Mehrheit, Kanzlermehrheit – ja oder nein.“

Volker Kauder erhöht den Druck auf die Abweichler, höflich, aber energisch. Anfang September eröffnet er eine Fraktionssitzung mit dem Hinweis auf die Ergebnisse einer Umfrage der Meinungsforscherin Renate Köcher: Das Wichtigste im bürgerlichen Lager sei die Geschlossenheit. „Ab diesem Moment wurden wir Kritiker zu Problemfällen, denn wir störten ja diese Geschlossenheit“, sagt Bosbach. Er fühlt sich als Störfall.

Eine Sitzung später sagt Kauder: „Diejenigen, die meinen, nicht zustimmen zu können, sollten auch mal an einem Mikro vorbeigehen.“ Er denkt dabei an alle Abweichler, vor allem aber an den Haushälter Klaus-Peter Willsch. Es gibt viel Applaus, Bosbach bezieht den Satz auf sich.

Kauder und Bosbach verabreden sich zum Gespräch, in der Woche vor der Abstimmung. Kauder zückt eine Ausgabe des „Stern“. Willsch darf dort seitenlang seine Ansichten verbreiten. Muss es denn jede Talkshow sein?, fragt Kauder seinen

CDU

In Isolationshaft

Die Union ist Wolfgang Bosbachs politische Heimat, mit Fraktionschef Volker Kauder ist er eng befreundet. Doch bei der Euro-Rettung finden sich beide auf gegnerischen Seiten.

Wolfgang Bosbach sitzt im Auto und greift zum Handy. Er ist aufgewühlt, er kann nicht fassen, was passiert ist. Eben hat ihm Kanzleramtsminister Ronald Pofalla an den Kopf geworfen, er könnte seine „Fresse“ nicht mehr sehen. Bosbach muss das loswerden, und deshalb schreibt er eine SMS an einen Mann, der ein Freund ist, Volker Kauder, Chef der Unionsfraktion im Bundestag. Bosbach ist Mitglied dieser Fraktion. „Ich bin gerade auf ganz üblem Niveau beleidigt worden“, schreibt er. Kurz darauf liest er Kauders Antwort: „Wir bleiben doch Freunde.“

Geht das? Können sie noch Freunde bleiben, nach all dem, was passiert ist?

Bosbach, 59, und Kauder, 62, sind seit langem befreundet, sie sind aus dem gleichen Holz geschnitten, beides Typen, wie sie die Union nicht mehr oft hat. Konservativ und christlich, in der Mitte der CDU zu Hause, bei schwierigen Themen wie der Patientenverfügung oder der Forschung an embryonalen Stammzellen standen sie auf derselben Seite. Doch jetzt sind sie an einem Punkt, wo der eine in seiner Cheffunktion der Kanzlerin folgen will und der andere seinem Gewissen.

Es geht um den Euro. Bosbach hat gegen den erweiterten Rettungsschirm EFSF gestimmt und damit gegen die Bundesregierung. Auf der großen Ebene bringt die Währungskrise Regierungen gegenein-

ander auf, zum Teil auch Bevölkerungen, Franzosen gegen Deutsche, Deutsche gegen Griechen. Aber Politik ist oft auch eine Prüfung für die Freundschaft von Politikern. Manche sagen, es könne sie auf Dauer nicht geben.

Bosbach und Kauder streiten über die Frage, ob ein Abgeordneter bei einer wichtigen Abstimmung seiner Überzeugung folgen darf oder sich der Linie seiner Fraktion unterordnen muss. Verzweifelt versuchen sie zu verhindern, dass es über dem Streit in der Sache zum persönlichen Bruch kommt.

Knapp eine Woche nachdem Volker Kauder die Kanzlermehrheit für Angela



Fraktionschef Kauder, Abgeordnete
Das Wichtigste ist Geschlossenheit

ANATOL KOTTE / DIE ZEIT / LAF

KRONPHOTO.DE

Freund. „Ich war doch nur bei Maybrit Illner“, sagt Bosbach. Er hat einen Zettel dabei, auf dem notiert ist, welchen Fernsehsendungen er abgesagt hat. Kauder sagt: Wolfgang, du bringst die Kollegen in Schwierigkeiten. Bosbach weiß das. Die anderen Abgeordneten werden in ihrem Wahlkreis gefragt, warum sie so folgsam sind, der Bosbach traue sich doch auch.

Kurz vor der Abstimmung spricht ihn ein Kollege an: „Du hast jetzt vier Wochen deine Show gehabt, aber jetzt stimmst du doch zu?“ – „Nein“, sagt Bosbach. Die Stimmung wird feindselig.

Bosbach will bei seinem Nein bleiben, aber nicht zum Oppositionsführer innerhalb der eigenen Fraktion werden. Notfalls will er sich auf die Innenpolitik beschränken, sein Thema, und 2013 nicht mehr kandidieren. „Sollte ich auf Dauer das Gefühl haben, eigentlich ist deine Meinung und Überzeugung nicht gefragt, denn oberstes Ziel ist die Geschlossenheit, muss ich daraus Konsequenzen ziehen“, sagt er. „Ich möchte nicht auf Dauer der Problembär sein.“

In der Woche vor der Abstimmung schließen Kauder und Bosbach eine Art

se im Fernsehen. Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen.“ Pofalla packt seine Akten, strebt zum Ausgang. Bosbach ist verdattert, ruft dann: „Ronald, bleib doch mal stehen.“ Pofalla bleibt nicht stehen, ruft im Gehen: „Du machst mit deiner Scheiße alle Leute verrückt.“ Bosbach: „Ronald, warte mal, hast du mal ins Grundgesetz geschaut, das ist für mich eine Gewissensentscheidung.“ Pofalla hat die Tür erreicht, eilt zum Wagen: „Ich kann deine Scheiße nicht mehr hören.“

Bosbach fährt nach Hause, schreibt die SMS an Kauder.

Am Tag darauf erreicht ihn am Nachmittag eine SMS Pofallas. Vierdürre Worte des Bedauerns. Kleiner, unpersönlicher kann man sich nicht entschuldigen.

„Ich kann mir das nur mit diesem enormen Druck erklären, unter allen Umständen die Regierungsmehrheit zu schaffen“, sagt Bosbach im Hotel Malerwinkel.

Nach der Abstimmung über den Rettungsschirm ruft ihn die Kanzlerin an. „Hör mal, Wolfgang, das sind jetzt schwierige Tage“, sagt sie. Der Name Pofalla fällt nicht, aber für Bosbach ist klar: Merkel will ihn in der Unionsfamilie halten. „Lass uns treffen“, sagt Merkel. „Sofort“, sagt Bosbach. Nein, das gehe nicht. „Nächste Sitzungswoche?“, fragt Bosbach. Nee, sagt Merkel, lieber früher. Der Termin ist an diesem Freitag.

Bosbach will in der Fraktion bleiben, aber da sind auch seine Überzeugungen. „Ein großer Teil der Bevölkerung zweifelt stark daran, dass der eingeschlagene Weg zum Erfolg führt, und an der Parteibasis hält sich die Begeisterung auch in Grenzen. Da kann man nicht die Haltung einnehmen, weil die Bürger nicht alle Details kennen, müssen sie sich halt auf die Regierung verlassen.“

Merkel, Kauder, sie alle müssten mehr für ihren Kurs werben, sagt er. Wenn man schon weitere Souveränitätsrechte an Europa abgeben wolle, „geht das nicht ex cathedra und auch nicht hau ruck wie bei der Abschaffung der Wehrpflicht oder der Energiewende. Da muss man die ganze Partei überzeugen, nicht nur auf Regionalkonferenzen.“

Donnerstag, wenige Stunden nach der Abstimmung über den Rettungsschirm, steht Bosbach wieder im Dienst seiner Fraktion. Die Opposition will Arbeitsministerin Ursula von der Leyen ins Parlament zitieren, die Union will das verhindern. Es kommt zum Hammelsprung, bei dem die Abgeordneten den Plenarsaal verlassen und dann an unterschiedlichen Eingängen wieder reingehen, um gezählt zu werden.

Bosbach ist da, natürlich, wie in alten Zeiten stimmt er mit seiner Partei. Eine Hand schlägt ihm von hinten auf die Schulter. Es ist die Hand des Freundes. „Na, geht doch“, sagt Kauder. Bosbach sagt nichts.

PETER MÜLLER



DIPLOMATIE

Karlsruher Grabenkriege

Diese Woche kann Angela Merkel unbeschwert in die Mongolei reisen. Ein in Berlin angeklagter Geheimdienstmann des Landes ist längst auf freiem Fuß.

Staatsbesuche unterliegen weltweit strengen, lange vorher festgelegten Zeremonien. Deswegen auch ist bekannt, welches Programm die Bundeskanzlerin am Donnerstag dieser Woche in der Mongolei, dem Zentrum des alten Dschingis-Khan-Reichs, absolvieren wird: Empfang in der Hauptstadt Ulan Bator mit militärischen Ehren durch den Ministerpräsidenten, Gespräch mit dem Staatspräsidenten, dann Mittagessen mit dem Ministerpräsidenten.

Zwischendurch, exakt um 10.15 Uhr, soll ein Handelsabkommen unterzeichnet werden. Die Mongolei gilt als hochattraktives Schwellenland, arm an Menschen zwar, aber reich an Kohle, Eisenerz, Kupfer oder Gold, entsprechend großzügig leistet Berlin Entwicklungshilfe: Pro Jahr sind es etwa 25 Millionen Euro.

Viel Gesprächsstoff also für die wenigen Stunden Aufenthalt, keine Zeit wahrscheinlich für den Fall Khurts. Dabei ist dieser Fall, der in der Mongolei spielt sowie in Frankreich, Belgien, Großbritannien und in Deutschland, ein veritable Polit-Krimi, der im Streit zwischen hochnoblen Institutionen deutschen Rechtswesens mündet: der Bundesanwaltschaft und dem Bundesgerichtshof.

Und der, wie bei einem Krimi üblich, mit einem Mord beginnt.

Ulan Bator, 2. Oktober 1998. Ein maskiertes Duo, vielleicht auch ein ganzes Kommando, dringt in das Haus von Sanjasuuren Zorig ein, dem jungen Infrastrukturminister und führenden Mitglied der Nationaldemokraten, mit bester Aussicht auf den Posten des Regierungschefs. Mit Messerstichen und Axthieben wird Zorig getötet. Das brutale Verbrechen ist ein



Kanzlerin Merkel, Helfer Pofalla
„Enormer Druck“

Waffenstillstand. „Weißt du was, Volker, bis Donnerstag mache ich nichts mehr. Ich will dann aber auch in Ruhe gelassen werden.“ Sie geben sich die Hand darauf. Eine Anfrage des „Morgenmagazins“ lehnt Bosbach ab.

Am Montag vor der Abstimmung tagt die NRW-Landesgruppe der Bundestagsfraktion. Es gibt eine Probeabstimmung zum Rettungsschirm, drei Gegenstimmen. Die Sitzung ist zu Ende, einige sitzen noch zusammen, auf einmal hört Bosbach seinen Kollegen Carsten Linnemann, auch einen Abweichler. „Was ist denn jetzt los“, fragt Linnemann Kanzleramtschef Pofalla recht laut. „Du bist doch gar nicht gemeint“, blafft Pofalla und zeigt auf Bosbach, „sondern der da.“

Dann geht er Bosbach frontal an. „Jeden Abend sehe ich dich mit deiner Fres-



Konsul Altansukh (r.)*
„*Erfundene Anschuldigungen*“

tersuchte, kam zum gleichen Ergebnis, mit anderer Wertung indes: Die Anklage sei fallengelassen worden, „weil die Anschuldigungen offensichtlich erfunden waren“.

Damiran blieb in Haft, denn nach der TV-Sendung wurde er des Verrats von Staatsgeheimnissen beschuldigt. Dafür bekam er drei Jahre Gefängnis. Am 17. April 2006 wurde er schwerkrank entlassen, fünf Tage später starb er.

Seine Familie hatte zwischenzeitlich Strafanzeige bei der französischen Polizei gestellt, die den Fall ans BKA weiterreichte. In Karlsruhe schaltete sich die Bundesanwaltschaft ein. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof stellte einen Haftbefehl aus, der bald europaweit galt.

Damit wurde der Geheimdienstmann Khurts zum deutschen Fall, Aktenzeichen 1 BGs 13/2006. Am 17. September 2010 traf er, mittlerweile in einer Chefposition tätig, auf dem Londoner Flughafen Heathrow ein – und wurde bei der Passkontrolle verhaftet. Er sei in eine Falle gelockt worden, behauptete er, außerdem genieße er als Diplomat Immunität. Zwei Gerichtsinstanzen akzeptierten weder die eine noch die andere Behauptung, nach zehn Monaten Haft wurde er nach Deutschland ausgeliefert, am 19. August dieses Jahres traf er in Berlin ein.

Schon bald allerdings setzte ihn der Bundesgerichtshof auf Antrag seiner Verteidiger, des Frankfurter Rechtsanwalts Egon Geis und dessen Berliner Kollegen Rolf-Werner Bock, auf freien Fuß; Geis sagt, sein Mandant habe Damiran „ausguckt und nach Berlin gebracht, mehr war nicht“. Die Richter des 3. Strafsenats erklärten, Damirans Abgriff sei keine Verschleppung, denn der „Geschädigte“ sei „nicht der Gefahr politischer Verfolgung ausgesetzt“ gewesen. Selbst dann liege eine solche nicht vor, wenn die „Gefahr besteht, der fremde Staat werde ... zu Mitteln greifen, die aus rechtsstaatlicher Sicht zu missbilligen sind und das Opfer an Leib und Leben gefährden“.

Seit langem schon registrieren Justizbeobachter einen Grabenkrieg zwischen dem für Staatsschutzsachen zuständigen Senat und der Bundesanwaltschaft. Diese Entscheidung sei nicht nur „weltfremd“, heißt es in Ermittlerkreisen, sie sei auch „kontraproduktiv“.

Bei seiner Ankunft in Ulan Bator vor zwei Wochen wurde der so lange vermisste Geheimdienstler von Fernsehtteams empfangen, der stellvertretende Außenminister schüttelte ihm die Hand. Hämischi kommentierte der britische „Economist“, viele Mongolen glaubten vermutlich, die Freilassung sei eine „Geste des guten Willens“ der Kanzlerin gewesen – um ihr in der Mongolei den „Weg zu ebnen“. GEORG BÖNISCH, SVEN RÖBEL

Rückschlag für die junge Demokratiebewegung. Die ehemalige Staatspartei MRVP kommt wieder an die Macht, sie verspricht, die Mörder zu jagen – wohl in der Hoffnung, damit bei den Bürgern zu punkten. Jemand musste also als Täter her.

Der Mann, auf den der Verdacht fällt (oder gelenkt wird), heißt Enkhbat Damiran, 43. Er hat, glaubt man mongolischen Behörden, schon als Jugendlicher in einer Strafkolonie gesessen, später im Gefängnis: wegen Diebstahls, Körperverletzung, Betrugs. Ende Juli 1998, zwei Monate vor dem Mord an Zorig, sei er aus der Haft entlassen worden. Im Jahr 2000, dies jedenfalls ist gesichert, reiste Damiran mit seiner Familie nach Deutschland aus, 2002 zog er nach Frankreich und beantragte hier Asyl, unter einem Aliasnamen. Etwa zu diesem Zeitpunkt fahndete die mongolische Interpol-Dependance schon wieder nach ihm – nicht wegen des Falls Zorig, wie es deutsche Ermittler ausdrücklich festgestellt haben.

Die Polizeiaktion blieb ohne Erfolg, und so verfielen die Mongolen auf eine andere Idee: Entführung, um Damiran dann in der Heimat den politischen Mord anzulasten. Wer genau den Auftrag dazu gab, ist ungeklärt. Später behaupteten der mongolische Generalstaatsanwalt und der frühere Botschafter der Mongolei in Berlin, es sei ausschließlich der Geheimdienst gewesen, der hier tätig geworden sei. Eine merkwürdige Einlassung angesichts der Faktenlage. Denn jetzt kommt Khurts ins Spiel, Bat Khurts.

Der ist, dem Ermittlungsergebnis von Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft zufolge, Agent ebendieses Geheimdienstes. Im Hauptberuf firmiert er freilich als Erster Sekretär an der mongolischen Botschaft in Budapest. Zwei Frauen, eine von ihnen kennt Damiran persönlich, führen Khurts im Mai 2003 zu ihm, ins nordfranzösische Le Havre.

Damiran wird in eine Falle gelockt, überwältigt, betäubt und erst nach Brüssel, dann nach Berlin geschafft. Am 18. Mai wird der Entführte mit einem Jet der Staatslinie MIAT ausgeflogen. Den Grenzschatzern am Flughafen wird Damiran vorgestellt als mongolischer Minister, der in Brüssel in eine Schlägerei geraten sei

und dringend nach Hause müsse. Nach Zeugenaussagen hatte dies Konsul Shirbazar Altansukh eingefädeln. Später wird er abgezogen; die Botschaft wollte sich gegenüber dem SPIEGEL nicht äußern.

Rein rechtlich gesehen ließe sich Damirans Leidensweg bis hierhin als Freiheitsberaubung und Körperverletzung definieren. Was jedoch nun folgte, in Ulan Bator, werteten die Bundesanwälte als Verschleppung, bei der politische Motive ausschlaggebend sein müssen – als Staatschutzdelikt fällt es in die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft.

Denn Damiran soll gestehen, den Mord an Zorig begangen zu haben, und er soll Auftraggeber und Hintermänner benennen – etwa einen prominenten Politiker aus Zorigs Partei. Damiran beteuert, er habe nichts mit dem Verbrechen zu tun, er beteuert es einmal, zweimal, dreimal.

Vor ihm hätten die Maskierten gesessen, berichtete er über eine Vernehmung,



Opfer Damiran, Geheimdienstler Khurts
In die Falle gelockt

„hinter mir standen zwei Zivilisten mit Waffen. Ich zitterte“. Immer wieder sei er vor Schwäche vom Stuhl gefallen. Auch schilderte er eine Scheinhinrichtung in einem Waldstück nahe der Hauptstadt.

Dass Damirans Aussagen überliefert sind, hat er seinem Verteidiger Lodoisambuu Sanjaasuren zu verdanken. Der hatte in die Zelle ein Videogerät eingeschmuggelt und alles aufgezeichnet, knapp 40 Minuten lang ist der Film. Am 27. September, gut vier Monate nach der gewalttamen Verbringung in die alte Heimat, wurde das Video im mongolischen Privatfernsehen Kanal 25 ausgestrahlt.

Wenig später stellte der mongolische Generalstaatsanwalt das Mordverfahren ein, da es keine belastenden Beweismittel gebe. Der Wiener Juraprofessor Manfred Nowak, der im Uno-Auftrag den Fall un-

* Im Schloss Bellevue im Januar 2003.



Bau einer Höchstspannungsleitung Gute Ziele, schwächernde Umsetzung

gen. Bei den Länderchefs geht die Angst vor Bürgerprotesten um. Ohne diese Möglichkeit wird es in Zukunft aber problematischer, nach dem Atomausstieg jenen Energiebedarf mit fossilen Brennstoffen zu decken, für den der Ökostrom noch fehlt. Weil es der Regierung nicht gelungen ist, die CO₂-Erlagerung zu regeln, hat die EU-Kommission nun ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, das Deutschland viel Geld kosten könnte.

Die nächste Attacke kam vom Hamburger Finanzgericht. Es gab einen Eilantrag des Stromkonzerns E.on gegen die Brennelementesteuer statt und zweifelte ganz grundsätzlich an, ob der Bund die Steuer erheben darf. Das Bundeskanzleramt hielt es anfangs für undenkbar, dass die Stromkonzerne es wagen würden, gegen die „Atomsteuer“ zu klagen – und irrte. Auch das Finanzgericht München äußerte nun Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Steuer (siehe Seite 66).

Bekommen die Konzerne recht, würden im Bundeshaushalt 2,3 Milliarden Euro pro Jahr fehlen, mit denen die Energiewende mitfinanziert werden sollte. Schon ist davon die Rede, dass die Konzerne als Nächstes für die staatlich verordnete Schnellabschaltung von sieben Reaktoren Schadensersatz verlangen. Auch das könnte teuer werden.

Obendrein wackeln drei wichtige Versprechen: „Die Umlage, die jeder Stromverbraucher für die erneuerbaren Energien zahlt, soll unverändert die Größenordnung von 3,5 Cent pro Kilowattstunde nicht überschreiten“, heißt es im Energiekonzept. Doch schon bald wird die sogenannte EEG-Umlage auf 3,8 Cent steigen.

Kanzlerin Merkel hat zugesagt, dass Deutschland trotz der Energiewende nicht von Atomstromimporten abhängig werde. Doch während deutsche Erzeuger im vergangenen Jahr sechs Prozent des produzierten Stroms exportierten, haben sie seit der Schnellabschaltung von sieben Kernkraftwerken im Frühjahr zwei Prozent des Verbrauchs importieren müssen. Das Umweltministerium beteuert, darunter sei kein Atomstrom, obwohl über den Umweg Österreich Elektrizität aus dem tschechischen Kernkraftwerk Temelin in Deutschland landet (SPIEGEL 37/2011).

Auch dass der Klimaschutz nicht unter dem Atomausstieg leiden werde, versprach die Kanzlerin. Gutachter haben dem Wirtschaftsministerium aber vorgerechnet, dass die deutschen CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Millionen Tonnen zunehmen, weil mehr Kohlestrom genutzt wird. Das wären fünf Prozent mehr. Es gibt noch keinen Plan, sie an anderer Stelle, etwa im Autoverkehr, auszugleichen.

Umweltexperten warnen vor einem Fehlstart. „Wer A sagt und noch schneller

U M W E L T

Wacklige Wende

Keine andere Industrienation hat sich in der Energiepolitik so hohe Ziele gesteckt wie Deutschland. Doch den Ankündigungen folgen zu wenige Taten.

Norbert Röttgen hat sich noch nicht sattgeehrt am Lob aus aller Welt für die deutsche Energiewende. Wenn er ausländischen Politikern erklärt, dass die Industrienation Deutschland bis 2022 alle Kernkraftwerke stilllegt und bis 2050 mindestens 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen will, dann stößt er zum ersten Mal auf blanke Ablehnung. Die Reaktionen schwanken zwischen ungläubigem Staunen, echter Begeisterung und Neid für so viel Mut.

Am vergangenen Freitag konnte Röttgen sich mal wieder über Lob freuen. Die Bundesregierung hat Energieexperten aus aller Welt bei Bonn zusammengeholt, um eine Zweigstelle der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (Irena) einzuführen. Es handelt sich zwar nur um ein paar Büros in einem Seitenflügel des früheren Bundespostministeriums, doch ist das Anlass genug, internationale Vertreter im Bankettsaal des Hotels auf dem Petersberg zu versammeln. „Deutschland hat in der Nachhaltigkeit eine globale Führungsrolle“, schwärmt der Chef von Irena, der Kenianer Adnan Amin.

Fragt sich nur, ob das so bleibt. Der Vorreiter könnte rasch zum Verlierer werden, falls die Energiewende schiefgeht, etwa wenn die Preise explodieren, der Strom ausfällt oder die Umweltziele verfehlt werden. Dann stünde Deutschland

in aller Welt als abschreckendes Beispiel dafür da, dass es trotz Klimawandels und Nukleargefahren unmöglich ist, eine Industrienation umweltfreundlich mit Energie zu versorgen.

Schon in den ersten Wochen seit dem Bundestagsbeschluss Ende Juni ist einiges schiefgegangen. Ein Gericht legte sich quer, Regierungsvorhaben stießen auf Widerstand, Kalkulationen gingen nicht auf. Ist die Energiewende ein Krisenfall?

Der Bundesrat kippte gleich zwei strategisch wichtige Gesetze. Die Bundesländer weigern sich seit Anfang Juli, Zuschüsse für Gebäudeeigentümer mitzufinanzieren, um Häuser energetisch zu sanieren. Das sabotiert den Plan, den Energieverbrauch von Gebäuden, der 40 Prozent des gesamten Verbrauchs ausmacht, zu senken. Ein „wichtiger Baustein im Energiekonzept“ sei in Gefahr, warnt Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Das ist kein gutes Zeichen für das Energiesparziel“, kritisiert Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamts (UBA).

Im September blockierte der Bundesrat außerdem ein Gesetz für Pilotvorhaben, das Treibhausgas Kohlendioxid im Untergrund statt in der Atmosphäre zu entsor-



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Umweltminister Röttgen
„Großes Gemeinschaftsprojekt“

aussteigt, muss auch B sagen und die Voraussetzungen für den beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien schaffen“, fordert Unionsenergieexperte Pfeiffer. „Die Ziele der Energiewende sind gut definiert, aber die Umsetzung schwächelt“, kritisiert Stephan Kohler, Chef der halbstaatlichen Deutschen Energie-Agentur (Dena). Er sieht ein großes Versäumnis der ersten Monate darin, dass die geplanten neuen Regeln für mehr Energieeffizienz nicht vorankommen.

Umweltminister Röttgen ist trotz der vielen Probleme bester Dinge. Beim Festakt in Bonn sprach er am Freitag in staatsmännischem Habitus davon, dass die Energiewende „ein großes Gemeinschaftsprojekt“ geworden sei und helfen werde, „ökologische Schulden“ zu vermeiden. In Deutschland, jubelte er, werde weltweit am zweitstärksten in erneuerbare Energien investiert, mehr als in den USA.

Tatsächlich hat die Energiewende dem Markt der erneuerbaren Energien einen Boom beschert. US-Großinvestoren wie Blackstone stecken Milliarden in Offshore-Parks. Und nach jahrelangem Abwarten tritt nun Bayerns CSU-geführte Regierung mit dem grün-roten Baden-Württemberg in einen Wettbewerb, wer schneller Windräder baut und die Dächer mit Solarmodulen pflastert.

Doch zugleich macht der rasante Anstieg sichtbar, dass zentrale Fragen nicht beantwortet sind. Niemand weiß derzeit, wie die deutschen Stromnetze ausgebaut und die Bürger vor Ort von den nötigen Projekten überzeugt werden können. Geklärt werden muss auch, ob Betreiber von Kohle- und Gaskraftwerken künftig eine eigene Prämie dafür erhalten sollen, ihre Anlagen betriebsbereit zu halten. Denn je mehr Ökostrom mit Vorrang in die Leitungen drängt, desto häufiger werden Fossilkraftwerke zwangsweise abgeschaltet. Das kann sie unrentabel machen.

Bis Jahresende sollen für diese Fragen Entscheidungen fallen. Von einem Fehlstart oder Untätigkeit wollen die Umweltstrategen der Regierung nichts wissen. „Es ist bei der Energiewende doch alles noch druckfrisch, und viele Maßnahmen brauchen Zeit, um zu wirken“, sagt UBA-Präsident Flasbarth.

Dena-Chef Kohler dagegen packt die Ungeduld. Dass auf vielen Baustellen der Energiewende Durcheinander herrscht, macht seiner Ansicht nach ein neues Amt nötig: „Es fehlt in Deutschland an einem Energieminister, der die neue Politik strategisch durchdenkt und entschieden umsetzt“, sagt er.

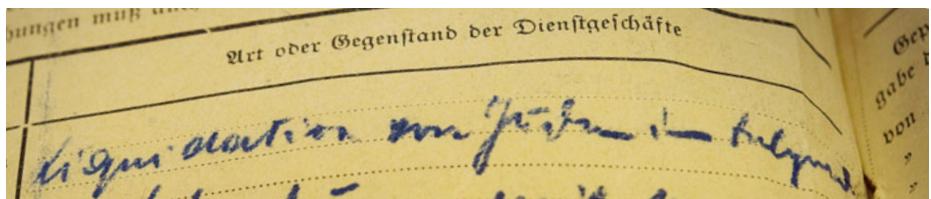
Minister Röttgen glaubt weiter an den Erfolg. Deutschland habe gegenüber dem Ausland in Sachen Energiepolitik „keinen missionarischen Ehrgeiz“, sagte er auf dem Petersberg, „aber wir könnten als Beispiel für andere Länder interessant sein.“

LAURA GITSCHEI, CHRISTIAN SCHWÄGERL



BND-Agent Rademacher vor Gericht 1968: „Große Verbrechen begangen“

PICTURE ALLIANCE / DPA



Reisekostenabrechnung Rademachers 1941: „Liquidation von Juden in Belgrad“

MICHAEL KAPPEL / DPA

ZEITGESCHICHTE

Auf Pullachs Lohnliste

Mit einem Lauschangriff auf den BND kam die CIA 1962 einem prominenten NS-Verbrecher auf die Spur: In Damaskus spionierte Franz Rademacher für den deutschen Geheimdienst.

Von Franz Rademacher stammt die wohl berüchtigste Reisekostenabrechnung der Weltgeschichte. Im Oktober 1941 hatte sich der Referatsleiter aus dem Auswärtigen Amt (AA) nach Belgrad aufgemacht, weil der dortige AA-Bevollmächtigte verlangte, Juden zu deportieren. Rademacher wollte prüfen, ob das sogenannte Problem „an Ort und Stelle erledigt werden könne“. Da SS und Wehrmacht darauf drängten, die Menschen umzubringen, war man sich schnell einig. 1300 Juden wurden erschossen, und Diplomat Rademacher notierte nach seiner Rückkehr als Reisegrund: „Liquidation von Juden in Belgrad“.

Das unter Experten seit langem bekannte Dokument erregte im vergangenen Jahr große Aufmerksamkeit; eine Historikerkommission zur Geschichte des AA in der Nazi-Zeit und in den Nachkriegsjahrzehnten hatte den Beleg prominent präsentiert. Entsetzt erklärte Außen-

minister Guido Westerwelle, das Spesenpapier beweise, im Amt habe man „Mord als Dienstgeschäft abrechnen“ können.

Vermutlich wäre Westerwelles Entsetzen noch größer gewesen, wenn ihm jene Unterlagen der US-Geheimdienste in den National Archives in Washington bekannt gewesen wären, die der SPIEGEL nun ausgewertet hat. Die CIA hatte Anfang der sechziger Jahre Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) abgehört. Danach war der flüchtige Rademacher ein deutscher Agent und lieferte Berichte aus Syrien. Vermutlich bezog er dafür sogar Geld vom Steuerzahler. Die Lauschprotokolle deuten ferner darauf hin, dass der BND den Mann davon abhielt, sich zu stellen. Es wäre nach dem Gaswagen-Erfinder Walther Rauff ein weiterer Fall, bei dem der Dienst die Strafverfolgung von NS-Verbrechern aktiv behinderte (SPIEGEL 39/2011).

Dabei zählte Rademacher zu den wenigen Diplomaten, gegen die sofort nach Kriegsende ermittelt worden war. Der ehrgeizige Sohn eines Bahnschaffners aus Neustrelitz in Mecklenburg hatte 1940 das sogenannte Judenreferat „Deutschland III“ im AA übernommen. Er besorgte sich kistenweise antisemitische Literatur und galt bald als „Judenexperte“.

In seiner neuen Funktion arbeitete der Jurist maßgeblich am Madagaskar-Plan mit: Rund vier Millionen Juden sollten auf die afrikanische Insel verschleppt werden und dort unter Aufsicht von SS und Polizei dahinvegetieren, doch die Idee wurde fallengelassen.

Später war er dann an Deportationen von Juden aus Frankreich, Belgien oder den Niederlanden in Vernichtungslager beteiligt. Mal verlangte das AA von verbündeten Regierungen die Preisgabe ihrer jüdischen Bürger, mal fragte die SS beim Amt an, ob dieses außenpolitische Bedenken gegen bestimmte Deportationen habe; Rademacher trug wesentlich zur reibungslosen Kooperation seines Ministeriums mit den Akteuren des Holocaust bei.

Nach Kriegsende erwogen die Alliierten daher, den Referatsleiter in einem der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse auf die Anklagebank zu setzen. 1952 verurteilte dann ein deutsches Gericht den untersetzten Mann mit der hohen Stirn zu drei Jahren und fünf Monaten Gefängnis. Allerdings entließen ihn die Richter aus der Haft, weil sie angeblich keine Fluchtgefahr sahen und die Revisionsverhandlung abwarten wollten. Rademacher nutzte die Chance und setzte sich über Frankreich nach Syrien ab.

Spätestens 1957 nahmen ihn dort die US-Geheimdienste ins Visier, aber auch deutsche Behörden kannten den Aufenthaltsort. Der US-Historiker Christopher Browning fand schon vor Jahren heraus, dass Rademacher über einen Mittelsmann signalisiert hatte, er erwäge, sich zu stellen. Er schien zwischen Reue und Uneinsichtigkeit zu schwanken; gegenüber einem alliierten Vernehmer hatte er einmal eingeräumt, er habe „große Verbrechen begangen“ und wisse nicht, wie er diese „je wieder gutmachen“ könne.

Einer US-Geheimdienst-Quelle zufolge hoffte er auf den Einfluss von Hans Globke, enger Berater von Kanzler Konrad Adenauer und als Chef des Kanzleramts dem BND vorgesetzt. Globke hatte vor 1945 im Innenministerium an antisemitischen Gesetzen mitgewirkt, und Rademacher behauptete, mit Globke in Verbindung zu stehen. Am Ende blieb er dann doch in Damaskus.

Möglicherweise handelte er schon damals im Auftrag des BND, der gerade sein Agentennetz im arabischen Raum ausbaute und dabei auch auf Alt-Nazis setzte. Einem Bericht der Agency zufolge interessierte sich der deutsche Dienst je-

denfalls „viele Jahre“ für Rademacher, ehe er ihn schließlich im Frühjahr 1962 offenbar fest anheuerte.

In Algerien tobte der Befreiungskrieg, und manche Alt-Nazis teilten mit den Führern der algerischen Revolutionäre den Hass auf den Westen und natürlich auf Israel. Rademacher zählte zu einem Kreis alter Kameraden, der Waffen an die Aufständischen lieferte. Einige arbeiteten auch für den BND und wurden ihrerseits, zumindest teilweise, von der CIA überwacht.

Am 21. Mai 1962 meldete die CIA aus München: „Vor kurzem geführte Telefon Gespräche haben enthüllt, dass Franz Rademacher seit kurzem auf der Gehaltsliste von Uphill (*Deckname für den BND –Red.*) steht.“

Die Anwerbung hatte den CIA-Unterlagen zufolge der BND-Mitarbeiter Hans Rechenberg übernommen, auch er ein ehemaliger NS-Funktionär mit besten Kontakten nach Algerien. Offenbar bat er Rademacher zunächst um eine entlastende Aussage zu Adolf Eichmann, den Cheflogistiker des Holocaust, der zu diesem Zeitpunkt in Israel vor Gericht stand. Auf Referentenebene hatten Eichmann und Rademacher bei der Judenvernichtung zusammengearbeitet.

Allerdings fürchtete Rademacher, ihm könne ein ähnliches Schicksal wie Eich-

mann widerfahren, den der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad aus Argentinien entführt hatte. Er erwog daher erneut, sich der deutschen Justiz zu stellen, was nach Ansicht Rechenbergs nicht im Interesse des BND lag. Rademacher wäre dann „doch wertlos“, erklärte Rechenberg in einem abgehörten Telefonat gegenüber seinem Vorgesetzten.

O-Ton des Abhörprotokolls:

„Rechenberg: ... ich habe eigentlich den Gedanken, wir wollen doch immer noch mal einen großen Wälzer über die Endlösung der Judenfrage schreiben – dass wir den Rademacher das machen lassen, von dort aus. Dann hat er eine Beschäftigung ‚Rademacher über Eichmann‘, das ist sogar ein ganz guter Buchtitel.
Chef: Aha.

Rechenberg: Und ich schicke ihm das ganze Material ... Dann haben wir den beschäftigt und der bleibt unten.“

Ob Rademacher jemals im Auftrag des BND eine Geschichte des Holocaust geschrieben hat, ist nicht bekannt. Den – allerdings unvollständigen – US-Unterlagen zufolge beschränkte er sich darauf, Berichte über Syrien zu liefern.

Viele können es nicht gewesen sein, denn bereits im Juli 1963 verhafteten die Syrer Rademacher wegen Spionageverdachts. Später nahm der israelische Inlandsgeheimdienst Shin Bet für sich in

Anspruch, dem syrischen Feind Dokumente zugespielt zu haben, die Rademacher belasteten. Vermutlich wollte man auf diese Weise den Nazi-Mörder bestrafen, was auch gelang.

Über zwei Jahre saß Rademacher in einem syrischen Gefängnis ein, nach eigenen Angaben davon gut sieben Monate in einer dunklen Zelle. Er erlitt zwei Herzinfarkte und wollte danach nur noch zurück in die Heimat.

1966 flog Rademacher in Begleitung eines Beamten des AA nach Nürnberg, bei seiner Ankunft nahm ihn die Polizei fest. Bald stand er wieder vor Gericht, doch vor dem Ende des Verfahrens starb er 1973.

Manchem Beobachter fiel auf, dass die Staatsanwaltschaft schlampig recherchiert hatte und das Gericht erkennbar bemüht war, Rademacher von möglichst vielen Anklagepunkten freizusprechen.

Ob dahinter der BND steckte, der seinen Ex-Agenten vom Reden abhalten wollte, weiß heute wohl nicht einmal der Dienst selbst. Beträchtliche Teile seines Archivs werden nach Angaben aus Pullach gerade erst erschlossen. Auf Anfrage erklärte der Geheimdienst kürzlich, zu Rademacher seien im BND-Archiv „aktuell keine einschlägigen Akten“ rechcherierbar“.

Das könnte sich also noch ändern.

ALEXEL FROHN, KLAUS WIEGREFE



Anti-Assad-Proteste im syrischen Amuda

Berichte über Gräueltaten

Mubaraks technische Gegenattacke rüttelte Internetaktivisten und Hacker weltweit auf – für viele war sie der Weckruf, den Ausgeschlossenen konkret zu helfen. Daraus ist mittlerweile eine sehr lebendige Bewegung entstanden, Telecomix ist eine von mehreren Initiativen.

Aktivisten des Anonymisierungsdienstes Tor beispielsweise geben arabischen Bloggern in Workshops und online schon seit Jahren Hinweise, wie sie sicher surfen und unentdeckt Videos und Fotos außer Landes schicken können. Und auch das Hackerkollektiv Anonymous will verstärkt Ziele in autoritären Staaten ins Visier nehmen, in denen sich Protestbewegungen formieren.

Was als Solidaritätsaktion für die ausgeschlossenen Ägypter begann, hat Telecomix zu einer ausgefeilten Strategie entwickelt – insbesondere ihr Syrien-Einsatz sorgt spätestens seit voriger Woche für internationale Aufmerksamkeit. In der Nacht zu Mittwoch veröffentlichte das Kollektiv ein riesiges Datenkonvolut, aus dem nicht nur hervorgeht, wie das Assad-Regime das Internet überwacht. Es legt auch nahe, dass die Syrer, wie so viele ihrer autoritären Nachbarn, dafür Technologien westlicher Firmen nutzen.

Im Fall Ägypten, sagt Stephan Urbach, sei die Sache noch recht einfach gewesen. Getreu dem Telecomix-Motto „we rebuild“ („Wir bauen wieder auf“) habe man ägyptische Aktivisten auf Umleitungen wieder ans Netz gebracht. Dazu organisierten die Telecomix-Agenten zuerst sogenannte Modem-Pools in Ländern, in denen besonders viele ihrer Gesinnungsgenossen aktiv sind, also in Schweden, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland.

Dann suchten sie über den Zwischen speicher von Suchmaschinen Faxnummern von ägyptischen Bibliotheken, Hotels und IT-Firmen heraus und verschickten darauf Telefonnummern, über die sich Ägypter an ihren dienstverweigerten Internetanbietern vorbei ins Netz einwählen konnten – eine davon war die Nummer des Telecomix-Agenten Urbach.

Der Berliner ist einer der wenigen, die für die digitale Hilfstruppe auch mit ihrem Klarnamen auftreten, viele seiner Mitstreiter kennt auch Urbach nur vom Monitor und unter ihrem Pseudonym.

Spätestens seit Beginn der Operation Syrien ist die Zurückhaltung verständlich. Das Assad-Regime hat nach jüngsten Zahlen der Vereinten Nationen seit Beginn der Protestbewegung Mitte März rund 2900 Landsleute getötet. Mindestens 88 Aktivisten starben nach Amnesty-Recherchen in Haft, viele sind offenkundig zuvor gefoltert worden. Die Menschenrechtsorganisation schränkte ein, es handle sich notgedrungen um eine Fehldiagnose –

INTERNET

Revolutionshilfe aus Berlin

Netzaktivisten unterstützen seit Monaten die arabische Freiheitsbewegung. Sie sorgen für sichere Verbindungen ins Internet – auch wenn autoritäre Regime es blockieren.

Ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft in Berlin-Friedrichshain, ein winziger Tisch, ein Notebook, davor ein Schlaks mit blauer Haartolle und eckiger Hornbrille. So sehen sie also aus, die elektronischen Hilfstruppen des arabischen Frühlings, der Revolutionen in Tunesien, Ägypten und anderswo.

Stephan Urbach hat kleine Augen, mal wieder zu kurz geschlafen, sagt er, deshalb gönnt er sich jetzt erst mal einen Schluck Club-Mate. Die süße und sehr koffeinhaltige Brause ist das Lieblingsgetränk vieler nachtarbeitender Aktivisten.

Bis Ende letzten Jahres führte Urbach noch ein Angestelltenleben beim Online-Unternehmen AOL. Im „Technik Support“ unterstützte er dort Werbekunden in aller Welt.

Im Technik-Support ist er immer noch, gewissermaßen, nur heißen seine „Kunden“ jetzt Mohammad oder Ahmad. Und anders als früher ist er in seinem Berliner WG-Zimmer elektrisiert, wenn ihre Botschaften aufblinken. Erleichtert ist er dann auch, denn jede Botschaft bedeutet, dass sie noch online gehen können und nicht gerade gefoltert werden oder in Haft sitzen. So wie es vielen Bloggern und digitalen Dissidenten ergeht oder ergangen ist, selbst in angeblich post-revolutionären Regimen wie in Ägypten.

Urbach, 31, trägt ein schwarzes, mit Blitzen bedrucktes T-Shirt. Es zeigt das Symbol von „Telecomix“, einem losen Netzwerk von internationalen Computer-freaks, das in Schweden entstanden ist. Ihr Grundanliegen ist ein freies, unzensiertes Internet. Das erste Projekt der Aktivisten zielte vor rund drei Jahren darauf, die schwedische Umsetzung der EU-Telekom-Gesetzgebung zu beeinflussen. So entstand der Name.

Während der Protestbewegung in Iran 2009 und der Jasmin-Revolution in Tunesien fungierte Telecomix noch hauptsächlich als Nachrichtenagentur. Die Netzaktivisten verlinkten die Seiten von Dissidenten und kritischen Bloggern, die ihre autoritären Regime herausforderten und als Bürgerjournalisten auch die gleichgeschalteten Staatsmedien. Doch spätestens seit dem 27. Januar war Telecomix das Multiplizieren kritischer Stimmen nicht mehr genug. Das war der Tag, an dem das Mubarak-Regime Ägypten vom Netz nahm. Der Internet-Blackout dauerte mehrere Tage.

Die hilflose und verzweifelte Aktion zeigte, dass der autoritäre Herrscher seine aufmüpfigen Web-Bürger und deren Medium als Bedrohung erkannte; dass sein Regime vor den Mobilisierungsaufrufen über soziale Netzwerke und vor den kritischen Beiträgen vieler Blogger zitterte.

auch auf Basis von aus dem Land geschmuggelten Fotos und Videos.

Um Urbachs Partner zu treffen, muss man reisen, sie sind über die Welt verstreut, der Telecomix-Aktivist mit dem Pseudonym „Okhin“ beispielsweise lebt in Paris. Tagsüber arbeitet der 30-Jährige als Systemadministrator bei einer Internetfirma. Seine Abende und Nächte verbrachte er in den vergangenen Monaten meist in einem besetzten Haus nicht weit von der Place de la République. Er und seine Freunde haben sich zwei Etagen eines ehemaligen Bürogebäudes gesichert und zum Hackertreff umfunktioniert. In der Ecke stehen ausgeweidete Computer, ein Spaßvogel hat alte Computermäuse in einen Vogelkäfig gehängt, Mitstreiter fläzen sich auf alten Sofas. Die schnellen Datenleitungen der Vermieter funktionieren noch, erzählt Okhin schmunzelnd.



OLE REISSMANN / SPIEGEL ONLINE

Telecomix-Aktivist Urbach

Nachrichten von Mohammad oder Ahmad

Auch über diese Netze läuft der elektronische Hilfseinsatz für Syrien, der deutlich schwieriger sei als die Unterstützung, die Ägypten oder Tunesien erfuhren, sagt Okhin. Das liegt zunächst einmal an der technischen Ausstattung: Das Internet ist in Syrien geringer verbreitet als in anderen Ländern der „Arabellion“, es gibt kein ausgebautes „3G“-Mobilfunknetz und weniger Smartphones, mit denen sich Übergriffe unauffällig dokumentieren lassen.

Es liegt aber auch an der erschwerten Kommunikation, weil viele der Protestler im Land ausschließlich Arabisch sprechen. Und nicht zuletzt ist das Assad-Regime ziemlich gut ausgerüstet. Es blockiert das Internet und einzelne Seiten nicht nur bisweilen nach Belieben, sondern überwacht sie mittels modernster Filtertechnologien westlicher Unternehmen; davon haben Okhin und Co. sich bei nächtlichen Hackerfeldzügen selbst überzeugt.

Rund 54 Gigabyte Daten konnten die Telecomix-Agenten bei ihrem Angriff auf das syrische Zensurwesen erbeuten. Damit wollen sie nun konkret nachvollziehen,

wie der staatliche syrische Internetanbieter unter Einsatz von US-Technik seine Bürger ausspioniert und ihnen beispielsweise den Zugang zu Kommunikationsdiensten wie Skype versperrt.

Seit dem Sommer versuchen die Aktivisten bereits, Syrern mit Netzzugang sichere Alternativen aufzuzeigen. Zunächst verschickten sie Mitte August eine kurze E-Mail an insgesamt 6000 ausgewählte Adressen. Das Massenschreiben war an „die Kämpfer für Demokratie im syrischen Volk“ gerichtet. Betreff: „Wie man die Internetüberwachung der Regierung umgeht“. Es waren nur ein paar Zeilen auf Englisch und Arabisch, mit detaillierten Sicherheitsinstruktionen gegen die Zensur im Anhang und einem Link auf den eigenen sicheren Computerchat.

Anfang September schaltete das Kollektiv zusätzlich eine Website mit Anonymisierungssoftware und weiteren Si-



MARCEL ROSENBACH / DER SPIEGEL

Hacker Okhin

Angriff auf die syrische Zensur

cherheitshinweisen; seither mehren sich in den Chatkanälen die arabischen Stimmen und Pseudonyme.

Manche der Besucher sind nur neugierig, doch immer mehr nutzen den Kanal, um sich untereinander und mit Telecomix-Aktivisten auszutauschen. Sie berichten über Gräueltaten, Bewegungen der syrischen Armee und Aktionen des gefürchteten Geheimdienstes Muchabarat. Ein Besucher etwa schreibt, jemand mit Geheimdienstkontakte habe ihn ausdrücklich vor allzu viel Offenheit auf Facebook und Co. gewarnt. Andere weisen auf neue Protestaktionen hin, so wie zuletzt, als Aktivisten in Damaskus offenbar Brunnenwasser rot einfärbten.

Wie viele Syrer auf die Telecomix-Angebote zugreifen, ist unklar. Okhin zufolge wurde aber allein der französische Einwahl-Service ins Netz bis zu 9000-mal genutzt; auch die Zahl der arabischsprachigen Unterstützer, die bei Übersetzungen helfen, sei zuletzt stark gestiegen.

In der vorigen Woche konnte man die Zielgruppe der Telecomix-Bemühungen auch direkt nach ihrer Meinung zur „Tech-

nik-Hotline“ aus dem Westen befragen. In Tunis tagte die dritte Konferenz arabischer Blogger, unter anderem auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung. Es waren szenebekannte Namen vertreten, der Ägypter Wael Abbas beispielsweise, dessen Videos von Polizeiübergriffen und Folter in den letzten Jahren international Aufsehen erregt und zu Prozessen und Verurteilungen geführt haben. Abbas, der für seine Arbeit schon mehrfach Preise erhielt, beurteilt die Arbeit von Telecomix und den Netzaktivisten von Tor als „wertvoll“, besonders in Ländern wie Iran und Syrien. Aber auch in seiner Heimat Ägypten sei die Revolution keineswegs zu Ende, wie das Schicksal des Bloggers Maikel Nabil Sanad zeige – der wurde vom aktuell regierenden Militärrat in Haft genommen und begann vor mittlerweile über sechs Wochen einen Hungerstreik.

Treffen wie das in Tunis haben für die meist eigenbrötlerisch agierenden Blogger auch eine soziale Funktion. Denn das Leben als Revolutionshelfer verändert die Menschen, selbst wenn sie wie der Berliner Stephan Urbach Tausende Kilometer vom eigentlichen Geschehen entfernt sind. Vor ein paar Wochen nahmen sich die Telecomix-Aktivisten eine Auszeit. Urbach konnte die Fotos und Videos nicht mehr ertragen, und er hatte mit Verwandten von inhaftierten und gefolterten Syrern in Deutschland gesprochen, die Schicksale hätten ihn überwältigt.

Seine Rettung sei das Chaos Computer Camp im August gewesen, das erste reale Treffen mit anderen Telecomix-Agenten wie Okhin. Und die Veröffentlichung der syrischen Schnüffelprotokolle und die Entdeckung, dass dafür offenbar ein amerikanisches Überwachungssystem im Einsatz ist, haben ihnen neuen Auftrieb gegeben. „Es kann nicht sein, dass westliche Überwachungstechnik zu Folter, Verhaftungen und Schlimmerem führt“, sagt Urbach. „Wir brauchen dafür ebenso strenge Exportauflagen wie für Waffen.“

Jetzt sitzt er, frisch aufgeladen mit Motivation, also wieder in seinem WG-Zimmer, zahlt von seinem Arbeitslosengeld weiter monatlich rund 400 Euro für seine Telecomix-Aktivitäten und wartet gespannt auf neue Nachrichten von Muhammad oder Ahmad. Manchmal muss er auch schmunzeln, wie neulich, als er bei Wartungsarbeiten ausnahmsweise einmal mitbekam, wofür seine Server so alles genutzt werden. Ein Mensch aus Ägypten lud gerade eine Folge der US-Comedy-Serie „How I Met Your Mother“ herunter. „Na ja“, sagt Urbach, „Revolution muss auch ein bisschen Spaß machen.“

OLE REISSELMANN, MARCEL ROSENBACH

LINKE

Kurs statt Konkurs

Oskar Lafontaine will die Partei aus der Krise führen – gemeinsam mit Sahra Wagenknecht.

Der Realo-Flügel hat auf diesen Schachzug keine Antwort.

Die Begegnungen liegen erst wenige Wochen zurück. Zu Hause an der Saar und am Rande von Funktionärtreffen empfing ein sichtlich erholter Oskar Lafontaine Abgesandte der Linken aus Berlin. Gemeinsam rätselten die Ossis und der Wessi über den Niedergang ihrer Partei. Umfragewerte, Wahlergebnisse, Führungschaos – dramatischer konnte die Lage kaum sein.

„Und die Finanzkrise?“, polterte Lafontaine vor seinen Besuchern. Wer hatte denn vor dem Börsencrash gewarnt? Vor der dunklen Macht der Märkte, den bitteren Folgen für die Arbeitnehmer? Und worüber diskutiert seine Partei? Über Fidel Castro und die Mauer.

In solchen Momenten ist der 68-Jährige, der sich im Herbst 2009 an die Saar zurückgezogen hatte, wieder ganz in seinem Element. Hochroter Kopf, die Arme wild gestikulierend, die Sätze im Stakkato-Takt: So erleben ihn seit einiger Zeit hilfesuchende Genossen. Er werde da nicht mehr länger zuschauen, haben sie in mehreren Gesprächen von ihrem früheren Parteichef erfahren. Er sei wieder fit. Und noch etwas war ihm wichtig: Sahra Wagenknecht. Sie solle im Herbst neben Gregor Gysi Co-Fraktionschefin werden.

Die diskreten Treffen haben sich unter den Genossen herumgesprochen. Kein Thema, weder Euro-Krise noch Atomausstieg, elektrisiert sie so sehr wie die Aussicht auf ein neues Spitzenduo: Lafontaine als Zugpferd bei der Bundestagswahl und Wagenknecht, 42, als kommunistische Kronprinzessin. Linke aus der Parteispitze kalkulieren: Allein Lafontaines Name bringe mindestens zwei Prozent Stimmenzuwachs.

Zumindest vorübergehend scheint der Dauerstreit zwischen Fundis und Realos nun vergessen. Denn Lafontaines mögliches Comeback brachte nicht nur Unterstützer wie Diether Dehm zum Jubeln. Es blieb auch, was erstaunlicher ist, der Proteststurm der ostdeutschen Pragmatiker aus. Kaum ein Mucks von den ewigen Reserve-Chefs Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow oder vom sonst so selbstbewussten Nachwuchs.

Der Grund dafür ist simpel. Die Partei ist angeschlagen, frustriert und orientie-



ENGELHARDT / IMAGO

Aufsteigerin Wagenknecht: Erhard statt Ulbricht

rungslos. Das politische Duo verspricht endlich wieder Aufmerksamkeit in einem politischen Betrieb, in dem erstarke Grüne und neue Piraten die Linken alt ausspielen lassen. Rasch könnte das schillernde Ost-West-Gespann die ungeschickten Parteichefs Klaus Ernst und Gesine Lötzsch vergessen machen.

Politisch ist die Botschaft von Lafontaine und Wagenknecht eindeutig. „Kurs halten“ lautet das Motto, unter dem sie bereits gemeinsam öffentlich auftreten, fest davon überzeugt, mit radikaler Abgrenzung den Konkurs der Linken verhindern zu können. Auf dem Programmabend am 20. Oktober werden beide Hauptdarsteller sein. Mit scharfen Reden wider den Raubtierkapitalismus werden sie versuchen, die müde Partei wachzurütteln. Im November hätten sie dann leichtes Spiel – wenn die Personalfragen geklärt werden sollen.

Ein weiterer Aufstieg Wagenknechts könnte sogar den langwierigen Führungs-

und Programmstreit der Linken in eine neue Richtung steuern. Die stellvertretende Parteichefin hat sich geschickt von ihren früheren Lobgesängen auf die DDR und Walter Ulbricht verabschiedet: „Wer mit 40 noch genau das Gleiche vertritt wie mit 20, muss ziemlich lernresistent sein.“

Heute will sie „Ludwig Erhard zu Ende denken“, sie sitzt bei Harald Schmidt in der Talkshow und schreibt Essays über Goethe. Damit hat sie inzwischen auch Fans im Pragmatiker-Lager. Sie habe dazugelernt, urteilt Gysi, der sie einst scharf bekämpfte.

Kurioserweise gilt die gebürtige Ostdeutsche in der Partei nun als West-Frau, ihr Wahlkreis liegt in Düsseldorf. Folglich könnte sie in einer Doppelspitze den West-Frauen-Platz neben dem Ost-Mann Gysi beanspruchen. Ihr Vorteil: Anders als Gysi verfügt sie über Kenntnisse in Ökonomie. Vereint sie die Stimmen der Frauen und der Fundamentalisten auf sich, ist ihr Aufstieg kaum zu stoppen.

Während Lafontaine eher im Hintergrund für die Genossin wirbt, plädiert Wagenknecht offen für ein bundespoltisches Comeback des jetzigen Saar-Fraktionschefs. Er könnte Spitzenkandidat zur Bundestags- oder Europawahl werden. Oder auch wieder Linken-Chef – wenn die Partei nach einem Retter ruft.

Für den pragmatischen Flügel der Linken wäre ein Duo Wagenknecht/Lafontaine eine erneute Schlappe. Aber den Realos fehlt jene Entschlossenheit, die Lafontaine auszeichnet. Ostdeutsche Genossen hatten zwar gedroht, die Fraktion zu spalten, falls Wagenknecht aufsteigt. Doch davon will niemand mehr etwas wissen. Und Gysi, dessen Veto Wagenknecht noch stoppen könnte, will seine Karriere 2013 nicht mit einem schlechten Wahlergebnis beenden; also wird er wohl Lafontaine als Retter akzeptieren und mit ihm die knallrote Genossin.

Die Helfer von Fraktionsvize Bartsch basteln zwar noch an geheimen Plänen. Sie hoffen auf eine Urwahl des Parteichefs im kommenden Jahr, bei der Bartsch womöglich kandidieren würde. Doch der Weg zu einer Urwahl ist weit: Die Satzung sieht diesen basisdemokratischen Akt nicht vor.

STEFAN BERG



Maja Hitij / DAPD

Überalter Lafontaine: Rückkehr als Spitzenkandidat?



mit der Familie zu tun hatten, sagen übereinstimmend, den Kindern habe jede Struktur gefehlt. Von konsequenter Erziehung keine Spur. „Sie war wie eine Glucke auf die Kinder fixiert und extrem fürsorglich. Die Kinder durften alles.“

Der Vater war damit nicht einverstanden. Das Durcheinander nervte den peinlichen Techniker. Er sprach aber kein Machtwort. „Kinder haben die Macht“, habe die Devise der Mutter gelautet, beschreibt eine Zeugin das Familienleben.

Der Zweijährige, ein besonders lautes und ungebärdiges Kind, liebte es zum Beispiel, volle Gläser auf dem Tisch umzuwerfen. Die Mutter fand dies liebenswert. Bei den Großeltern schnappte sich der Kleine die Gießkanne vom Blumenfenster und goss den Teppich. „Und sie stand daneben und lachte!“ Der Großvater schüttelt noch heute den Kopf.

Erst in letzter Zeit ging Thomas W. auch mal dazwischen, wenn es ihm zu bunt wurde. Seine Frau stellte sich dann sofort auf die Seite der „hilflosen“ Kinder. Der Papa sei „böse“, hieß es so oft, bis die Kinder glaubten, sie müssten Angst vor ihm haben. Das ging so weit, dass behauptet wurde, der Vater habe die beiden Jüngsten in der Badewanne zu ertränken versucht. War es so?

War Thomas W. ein Wolf im Schafspelz? Einer, der nach außen so tat, als könne er keiner Fliege etwas zuleide tun, in Wirklichkeit aber Mordgedanken gegen Weib und Kinder hegte? Nie war er gewalttätig gewesen, weder gegen seine Frau noch die Kinder. Oder ging mit Sabine W. die Phantasie durch? Zuletzt muss sich der Mann wie ein Fremder in der eigenen Familie gefühlt haben.

Dabei hatte er mit sich selbst genug zu tun. Viele Jahre lang war er ein starker Raucher gewesen, bewegte sich viel zu wenig. Im Jahr 2009, in dem der von Geburt an anstrengende Zweitjüngste zur Welt kam, erlitt er einen schweren Herzinfarkt. Eine Kur fernab der Familie, wie sie ihm Ärzte rieten, nahm er nicht in Anspruch. Er rauchte zwar fortan nicht mehr und achtete auf seine Gesundheit.

Doch die Angst um sein Leben war allgegenwärtig.

Er hatte den qualvollen Krebstod seiner Mutter mit erlebt, als er 13 war. Über ihren Verfall, ihr langes Leiden, ihre Schmerzen war der ängstliche Junge nie hinweggekommen. Eine Stiefschwester starb an Krebs, ein Stiefbruder kam ums Leben. Die Angst vor dem Tod begleitete auch den erwachsenen Mann auf Schritt und Tritt.

Er nahm Medikamente, die Potenzstörungen verursachten, fühlte sich schlecht,

DANIEL KOPATSCH / DPA / DDP / IMAGES

Tatort in Plochingen: „Kinder haben die Macht“, lautete die Devise der Mutter

STRAFJUSTIZ

Am Ende ihrer Kräfte

Eine Ehefrau erschießt den Vater der gemeinsamen fünf Kinder.

Nun steht sie wegen Mordes vor Gericht. Dabei wollte sie eine „ganz arg glückliche Familie“. Von Gisela Friedrichsen

Der Nachbar erinnert sich seiner als eines eher weichen und stillen Menschen „ohne Ecken und Kanten“. Mit diesem Nachbarn hatte er sich ab und zu über seine Arbeit als Software-Entwickler unterhalten und über die schwere Zeit nach der Kündigung 2004. Es ging ihm damals nicht gut. „Das Herumsitzen und Sich-Bewerben war nichts für ihn. Er wollte Projekte entwickeln und Kontakt zu Kunden haben. Ich meine aber“, sagt der Nachbar, „auch die Einarbeitung in der neuen Firma, bei der er zuletzt war, fiel ihm nicht leicht.“

Die Ermittlungen ergaben, dass Thomas W., Jahrgang 1963 und Diplomingenieur für Elektrotechnik, an diesem neuen Arbeitsplatz in Stuttgart-Zuffenhausen wegen seiner hohen Ansprüche an die Qualität der Arbeit häufig Kritik erntete: zu teuer, zu aufwendig, nicht schnell genug. Man wies ihn zurecht, entzog ihm Aufgaben, an denen er hing. „Zuletzt musste er wohl eine Arbeit machen, die ihn runterdrückte“, berichtet der Nachbar. Glücklich sei W. nicht gewesen.

Freundlich-korrekt, gutmütig und zurückgezogen lebend – das sind Prädikate, die den Außenstehenden zu W. einfallen. Und dass er sich offensichtlich zu viel zumeute. „Morgens um 4.15 Uhr musste er

raus“, sagt der Nachbar, „dann eineinhalb Stunden Fahrt, zehn Stunden im Betrieb, und eineinhalb Stunden, bis er wieder daheim war. Das schlauchte ihn.“

Daheim: Das hieß im eigenen Haus in Plochingen, bei seiner Frau Sabine, 41, und den fünf gemeinsamen Kindern. Nach der ersten Geburt vor bald 13 Jahren hörte sie als Zahnärzthelferin auf, um, ganz traditionell, für die Familie da zu sein. Das letzte Mal entband sie 2010.

Daheim: Das bedeutete aber auch Unordnung, wie bei so vielen Kindern nicht anders zu erwarten ist. Und Radau, Streit, Geheul, Unruhe. Spielzeug, wohin man trat. „Als wir kamen“, sagt ein Kriminalbeamter als Zeuge vor der 1. Schwurgerichtskammer des Landgerichts Stuttgart, „das war vielleicht ein Chaos! Nicht Müll, aber eine Küche, die überquoll von Lebensmitteln und Süßigkeiten.“ Sabine W. überschüttete die Kinder mit Kram, den sie weder brauchten noch wertschätzten.

Andere Zeugen, die zu unterschiedlichen Anlässen



Psychiater Marneros
Zustand zur Tatzeit?



Man kann fragen, warum sie, wenn die Gefahr so bedrängend war, nicht mit den Kindern aus dem Haus geflüchtet oder warum sie dem Mann nicht in den Arm gefallen ist. Man kann immer fragen, ob es nicht etwas Besseres gegeben hätte als das Töten.

Andreas Marneros, Leiter der psychiatrischen Universitätsklinik Halle-Wittenberg, hat im September während der Mitteldeutschen Psychiatrietage in Magdeburg über die Typologisierung des „Intimizids“ referiert, also die Tötung des Intimpartners. Dabei beschrieb er die verschiedenen Stadien des Weges, der einen Menschen in einer festen Partnerschaft bis zur „finalen Bankrotterklärung“ führen kann. Marneros bezeichnete den „Intimizid aus Erschütterung der Selbstdefinition des Täters“ als Prototyp einer Affektat. Wo Psychiater Winckler „keinen Anhalt für den Verlust des Realitätsbezugs“ fand, spricht Marneros etwa vom „Erleben einer endgültigen Zerstörung des Selbstkonzeptes und Lebensentwurfs“ des Täters. Trifft das hier zu?

Winckler, der Sabine W. sechs Stunden lang exploriert hatte, dann brach das Gespräch ab, sagte vor Gericht, der Fall bereite ihm „Kopfzerbrechen“. Nicht nur ihm. Auch Staatsanwaltschaft und Gericht lassen erkennen, dass er wohl nur über die psychische Befindlichkeit der Angeklagten zur Tatzeit zu lösen ist. „Man wurde nicht warm mit ihr“, sagt ein Verwandter. Zeichen von Reue, von Erschütterung – Fehlanzeige. Tränen fließen nur, wenn es um die Kinder geht.

Sie schaffte es nicht, das Neugeborene selbst zu beruhigen.

Eine der wichtigsten Zeuginnen in dem Prozess war die Hebamme, die Sabine W. nach den letzten schweren – ambulanten – Geburten täglich besucht hat. „Alle Kinder haben viel geschrien, waren oft krank und haben schlecht geschlafen, zum Teil extrem schlecht“, sagte sie. Frau W. habe sie beim letzten Kind fünfmal in zwei Wochen nachts zu Hilfe geholt, weil der Junge bis zu 18 Stunden wach gewesen sei und sich nicht habe beruhigen lassen. Die übernervöse Frau sei „am Ende ihrer Kräfte“ gewesen.

Auf diesen Zustand der Angeklagten ging Winckler nicht ein. Lag vielleicht schon eine psychotische Symptomatik vor, als sie, und nur sie, bei Thomas W. „ein böses Gesicht“ sah? „Entweder hat sie die Situation so erlebt, oder sie behauptet etwas, von dem sie weiß, es war so nicht“, so Gutachter Winckler.

Ein Satz von Sabine W. wird jedem, der den Fall mitverfolgt hat, im Gedächtnis bleiben: „Ich wollte immer eine ganz arg glückliche Familie.“ ♦

Stuttgarter Schwurgerichtskammer: Der Fall bereitet „Kopfzerbrechen“

erschöpf und reagierte gereizt. „Er fing an, nicht mehr mit uns zu essen, weil ihn die Kinder störten“, beschwerte sich die Ehefrau. Er habe sich aus allem herausgehalten und sie nie unterstützt. Am Ende hatte sich Thomas W. zum Schlafen in den Keller geflüchtet.

Seinen Rückzug empfand sie als Affront gegen sich und die Kinder. Es gab keine Sprache mehr in dieser Ehe, die der jeweils andere verstanden hätte. Jeder der Partner, die schon längst keine mehr waren, dachte offensichtlich, er gebe sein Bestes, und erwartete dafür Anerkennung. Doch die blieb von beiden Seiten aus. Interesse für die Rolle des anderen bestand entweder von Anfang an nicht oder schwand mit jeder Geburt mehr. Sabine W. empfand die einst große Liebe ihres Lebens – ihr Ehemann war der Erste gewesen und der Einzige geblieben – zunehmend als Feind und Störenfried in der „eingeschworenen Gemeinschaft“ zwischen sich und den Kindern. Und etwas anderes hatte sie nicht.

Sie beschreibt ihren Mann als rechthaberisch, stur, egoistisch und bestimmt, obwohl er ihr freie Hand ließ, was Haushalt und Kindererziehung aing. Sie nennt ihn einen Menschen, der keine andere Meinung neben der eigenen geduldet habe. Der den Kindern verboten habe, im Garten zu spielen. Der den Wasserverbrauch der Familie beim Duschen einschränkte. Der aggressiv, bedrohlich, ja schließlich lebensgefährlich für ihre Kinder geworden sei.

Am 23. Januar, einem Sonntag, vormittags gegen 11.10 Uhr, schoss sie auf ihn.

Drei Schüsse trafen, einer davon tödlich. W. hatte wohl gerade seinen Blutdruck ge-

messen und die Werte notiert. 185 zu 125 – bei seiner Vorbelastung beunruhigend.

Zuvor hatte es eine Auseinandersetzung gegeben. Der Zweijährige hatte mit einem Schrubber „Musik“ gemacht auf den Käfigen der Haustiere (ein Stallhase und ein Chinchilla) im Wohnzimmer und sich davon nicht abbringen lassen. Der Vater, so sagen es die größeren Kinder, sei schließlich auf den Kleinen losgegangen. „Papa, er ist doch noch ein Kind!“, habe der zehnjährige Sohn gerufen. Und Sabine W. will den Satz gehört haben: „Heute eliminiere ich euch alle.“

War das so? Sabine W. behauptet, sie habe in Notwehr gehandelt. Es habe keinen Ausweg gegeben. Ihr Mann hätte das Kind sonst vom Balkon geworfen.

Sie sei in den Keller gegangen, habe aus dem Waffenschrank die Pistole ihres Mannes genommen, geladen und sei ins Wohnzimmer zurückgekehrt, um die Kinder zu schützen. Sie habe den Mann nicht töten wollen, nur bremsen.

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft glaubt nicht an diese Version. Sie hat Sabine W. wegen Mordes angeklagt. Denn der Mann habe mit keinem Angriff gerechnet, er war arglos, als er aus dem Hemd schlüpfte und seinen Blutdruck maß. Der psychiatrische Sachverständige

Peter Winckler erklärte die Angeklagte für voll schuldfähig, da er weder einen Affekt noch sonst einen Umstand erkenne, der für eine Schuld minderung in Frage käme.

Man kann natürlich rätseln, um welche Impulstat es sich denn gehandelt haben soll, wenn die Frau die angeblich bedrohten Kinder mit dem Vater allein lässt, um sich erst einmal mit einer schussfähigen Waffe auszustaffieren.



Gutachter Winckler
Keine Affektat

BESCHÄFTIGUNG

Bloß nicht Deutschland

Seit Mai dürfen Polen in der Bundesrepublik unbeschränkt arbeiten. Doch der Ansturm von Fachkräften blieb aus – die Jobs gelten als wenig lukrativ.

Wenn Janusz Bielicki aus seinem Büro auf den Marktplatz von Krakau blickt, sieht er großes Potential: hunderte junger Polen, ehrgeizig, gutausgebildet. Perfekte Kandidaten für den europäischen Arbeitsmarkt.

Bielicki, 41, führt eine private Jobagentur, doch das Interesse an seiner Dienstleistung ist gering. Zwar bekommt er aus

Staaten (neben Polen sind das die baltischen Republiken, Tschechien, Slowenien, die Slowakei und Ungarn) nur 34 000 Menschen nach Deutschland; in den vier Monaten davor waren es 20 000.

Mithin suchen Agenturen östlich der Oder weiter nach Spezialisten, oft ergebnislos. Denn der Ruf deutscher Arbeitgeber ist schlecht. Jobs in Bayern, Hessen oder Niedersachsen gelten als hart, mies bezahlt und perspektivlos – wegen fehlender Aufstiegschancen.

Nun rächt sich, dass in der Europäischen Union nur Deutschland und Österreich beim EU-Beitritt ihrer östlichen Nachbarn ängstlich auf einer siebenjährigen „Schutzsperrre“ bestanden hatten, bevor sie die Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für Arbeitnehmer erlaubten. „Deutschland hat mit der späten Öffnung des Arbeitsmarkts ein Eigentor geschossen“, urteilt der Präsident einer polnischen Arbeitgeberkammer, Tomasz Major, und mag eine gewisse Genugtuung

anbiete, mit miesen Unterkünften und einer schlechten Zahlungsmoral. Polnische Krankenschwestern zum Beispiel, wegen ihrer fünfjährigen Ausbildung international geschätzt, flögen am liebsten gleich in die Schweiz. Dort gebe es 20 Prozent mehr Lohn und angenehmere Arbeitsbedingungen.

In Internetforen tauschen polnische Arbeiter ihre Erfahrungen aus. So berichtet eine Frau namens Monika aus dem Großraum Hamburg, sie habe „genug von Deutschland und von diesem angeblichen Paradies hier“. Statt dass es ihrer Familie bessergehe, sei es schlechter als in der Heimat.

Bis auf die räumliche Nähe, sagt Artur Ragan von Work Express, dem größten polnischen Leiharbeitsvermittler nach Deutschland, spreche nicht viel für das Nachbarland; außerdem erwarteten zu viele Arbeitgeber perfekte Sprachkenntnisse. Gutausgebildete Spezialisten vermittelt seine Agentur grundsätzlich nicht mehr in die Bundesrepublik. „Niemand riskiert seine feste Arbeit in Polen für eine zeitlich befristete Arbeit in Deutschland“, sagt Ragan.

Denn inzwischen werden auch in Polen angemessene Löhne gezahlt. Spätestens zum 1. Mai erhöhten viele Firmen ihre Tarife um fünf Prozent und verbesserten die Sozialleistungen – indem sie zum Beispiel Zuschüsse für private Krankenversicherungen einführten.

So gibt es immer weniger Gründe, das Land wegen eines Jobs zu verlassen. Laut Umfragen bezeichnen 97 Prozent der polnischen Arbeitgeber die Abwanderung seit dem 1. Mai als marginal. Rund 26 Prozent der Unternehmen im produzierenden Gewerbe planen in naher Zukunft Neueinstellungen, 16 Prozent aller Firmen wollen zusätzliches Verkaufspersonal beschäftigen.

Nachfrage nach Jobs in Deutschland gibt es hingegen nur am unteren Ende der Lohnskala. „Das betrifft Ungelernte, die auch hier kaum was finden“, sagt Arbeitgeberpräsident Major. Wer in Polen für zwei Euro Hilfsdienste anbieten muss, geht auch für vier Euro nach Deutschland. Die Ungelernten kommen als Scheinselbständige und arbeiten vor allem als Gebäudereiniger, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft. Auf hunderttausend schätzt Major die Zahl der Billigkräfte: „Sie konkurrieren in Deutschland mit anderen Migranten. Ein Einheimischer geht für das Geld nicht arbeiten.“

In Merseburg hat das Jobcenter bereits mit einer ungewöhnlichen Maßnahme auf die neuen Verhältnisse reagiert. Jugendliche Langzeitarbeitslose aus Sachsen-Anhalt werden neuerdings zum Training ins polnische Milicz geschickt. Dort sollen sie von den Polen frühes Aufstehen und diszipliniertes Arbeiten lernen.

MARKUS DEGGERICH



Bauarbeiter in Warschau: Erfahrungsaustausch via Internet

Deutschland immer wieder Anfragen nach polnischen Arbeitskräften; nur verschmähen diese die Offerten vom Nachbarn im Westen oft. „Bloß nicht nach Deutschland“, bekommt Bielicki dann zu hören.

Groß waren die Hoffnungen, noch größer die Ängste, als vor fünf Monaten der deutsche Arbeitsmarkt für Bürger aus acht osteuropäischen Staaten weiter geöffnet wurde. Die Wirtschaft freute sich auf dringend benötigte Facharbeiter, die Gewerkschaften schlugen Alarm: Osteuropäer würden nun zu Hunderttausenden ins Land strömen, Löhne drücken und Einheimischen die Arbeitsplätze rauben.

So ist es nicht gekommen. Von Mai bis August 2011 zogen aus diesen acht EU-

nicht verbergen. Im Wettbewerb um die besten Köpfe komme Deutschland zu spät.

In Scharen waren Polen nach dem EU-Beitritt 2004 zunächst etwa nach Großbritannien und Irland gezogen. Als dort die Arbeitsmärkte enger wurden, zogen etliche weiter nach Skandinavien oder in die Schweiz. Inzwischen sind viele wieder in ihre Heimat zurückgekehrt – weil die polnische Wirtschaft allein im vergangenen Jahr um 3,9 Prozent gewachsen ist.

Die Bundesrepublik, sagt Major, habe das „Schreckgespenst des polnischen Billiglöhners“ aufgebaut und sich den zweifelhaften Ruf eingehandelt, „ein unfreundliches Land der Lohndrücker“ zu sein, das unmenschliche Akkordarbeit

Was war da los, Herr Can?

Erol Can, 57, Anästhesist, über Traditionen: „Musik beruhigt mich, und das gilt auch für meine Patienten. Ich spiele ihnen vor und nach den Operationen auf meiner türkischen Laute vor. Manchmal auch mit Kollegen, als Band. Vor allem bei Herzpatienten wirkt sich die Musik positiv auf deren Blutdruck aus. Das haben wir in Tests am Memorial-Krankenhaus in Istanbul herausgefunden. Meist sage ich, wer es ertrage, mir zuzuhören, der könne auch weiterleben. Dann lachen die Patienten, und manche haben nicht mehr so große Angst, singen sogar mit. Letztens war ein Franzose hier, und ich habe ihm Volkslieder aus seinem Land vorgespielt. Amerikanische Pop-Musik hilft bei Depressionen. Diese Form der Heilung durch Musik ist eine orientalische Tradition. Ich beherrsche sechs Instrumente und würde nie in einem Krankenhaus arbeiten, in dem ich nicht spielen dürfte. Egal, wie viel Geld sie mir bieten würden.“

SIPA PRESS / DDP



Can (2. v. l.)

KLIMAWANDEL

„Irgendwas in den Bergen stimmt nicht“

Der Fotograf Mathias Braschler, 41, über Schicksale des Klimawandels

SPIEGEL: Herr Braschler, Sie haben zusammen mit Ihrer Partnerin Monika Fischer Menschen porträtiert, die vom Klimawandel betroffen sind. Einen Kanadier, der sein Haus an das Meer verliert. Einen Australier, der kein Wasser mehr für seine Kühe hat. Einen Mann aus Alaska, der seine Heimat verlassen muss. Wie geht es Ihnen nach so einer Reise?

Braschler: Das Schicksal dieser Menschen hat uns berührt. Wir wollten ihnen eine Stimme geben. Denken Sie an die Klimakonferenz von Kopenhagen: Die Politiker haben sich auf einen Minimalkonsens geeinigt, aber nichts Konkretes beschlossen.

SPIEGEL: Sie haben in 16 verschiedenen Ländern mit Menschen gesprochen. Welches Schicksal ist Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben?

Braschler: Das der „Tigerwitwe“, einer Mutter aus Gabura, die eine Woche, bevor wir sie fotografierten, ihren Mann verloren hatte. Er war in den

Nationalpark gegangen, um dort illegal Nahrung für seine Familie zu beschaffen: Gabura gehört zu den Gebieten im Süden von Bangladesch, die infolge des steigenden Meeresspiegels unter der Versalzung ihres Grundwassers leiden. Die Bewohner können keinen Reis mehr anbauen. Auf der Suche nach Essbarem wurde der Mann von einem Tiger getötet.



Walfänger in Kanada

SPIEGEL: Woher wussten Sie, dass die Ursache für die Situation der Menschen tatsächlich der Klimawandel war?

Braschler: Wir haben uns im Vorfeld sehr kritisch mit dem Klimawandel auseinandergesetzt, mit Wissenschaftlern gesprochen und aufwendig recherchiert. Dann sind wir nur an Orte gefahren, in denen ein konkreter Zusammenhang belegt ist.

SPIEGEL: Es gibt Wissenschaftler, die bestreiten die massiven negativen Folgen der globalen Erwärmung.

Braschler: Natürlich gibt es die. Aber es gibt auch NGOs, die alles auf den Klimawandel schieben. Beides ist falsch.

SPIEGEL: Sind Sie Menschen begegnet, die das Wort Klimawandel nicht kennen?

Braschler: Sehr oft. In den Anden haben wir eine einfache Lama-Hirtin getroffen. Die sagte uns: „Ich kann weder lesen noch schreiben, ich war nie in der Schule, und ich weiß nicht, was ihr mit dem Wort Klimawandel meint, aber es ist gut, dass ihr da seid. Denn irgendwas in den Bergen stimmt nicht mehr. Es stimmt einfach nicht.“

Mathias Braschler, Monika Fischer: „Schicksale des Klimawandels“. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern; 144 Seiten; 29,80 Euro.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Gespenster

Warum eine amerikanische Hausfrau unter Terrorverdacht geriet

Kurz bevor die Sicherheitsleute sie in Handschellen aus dem Flugzeug zerrten, erst auf den Plastiksitz eines Polizeiwagens, dann in eine Zelle, kurz vorher schrieb Shoshana Hebshi ihrem Ehemann noch eine SMS: „Das Flugzeug ist pünktlich in Detroit gelandet, werde zum Abendessen zu Hause sein.“

Hebshi, 35, Mutter von Zwillingen, Frau eines Mediziners, dunkle Augen, gelocktes Haar, hatte in San Diego ihre Eltern besucht. Sie war nun auf dem Weg nach Hause, zurück zu ihren Kindern, zu ihrem Leben als amerikanische Hausfrau, sie saß an Bord des Fluges F9 623 nach Detroit, 116 Passagiere.

Es war der 11. September 2011, zehn Jahre nach den Anschlägen auf das World Trade Center, als Terroristen Flugzeuge entführt hatten, um amerikanisches Leben zu zerstören. Hebshi hatte gedacht, an so einem Jahrestag wären die Schlangen sicher kurz am Sicherheits-Check, im Flugzeug würde man Platz haben, ein guter Tag zum Fliegen also. Sie saß neben zwei Männern, die indisch aussahen, sie las, sie schlief. Dass ihre Maschine von zwei Kampfjets begleitet wurde, ahnte sie nicht.

Shoshana Hebshi ist halb Jüdin und halb Araberin, aufgewachsen in den USA. Als die Flugzeuge ins World Trade Center flogen, war sie zu Besuch in San Diego im Haus ihrer Eltern, wie auch in diesem Jahr. Sie hatte damals gerade geheiratet und bereitete ihre Flitterwochen vor. Sie und ihr Mann schliefen noch, als es passierte, so erinnert sie sich, Hebshis Mutter weckte sie. Und dann setzten sie sich vor den Bildschirm und sahen die Bilder wieder und wieder. „Es war entsetzlich“, sagt Hebshi, wie jeder andere Amerikaner auch.

Nur, dass sie für andere jetzt nicht mehr wie andere Amerikaner waren. Ihr Vater vor allem, der arabischer Herkunft war, der arabisch aussah, fing an, sich beobachtet zu fühlen. „Nur aufgrund ihres Aussehens“, so erlebte es Hebshi, wurden Menschen verdächtigt, Terroristen zu sein.

Hebshis Flugzeug landete um 15.30 Uhr in Detroit. Es dauerte ungewöhnlich lange, die Treppe kam nicht, also

rief sie ihren Mann an und sagte ihm, sie werde sich wohl doch verspäten. Nachdem sie aufgelegt hatte, hörte sie den Kapitän über den Lautsprecher sagen, dass das Flugzeug an einen anderen Platz gebracht werden müsse. Er sagte auch: „Bleiben Sie in Ihren Sitzen, oder es wird Konsequenzen geben.“



Hebshi

Shoshana Hebshi, eine Hausfrau aus Ohio, fühlt sich wegen ihrer arabischen Gesichtszüge verfolgt. Nach Meinung der Fünfunddreißigjährigen, die am zehnten Jahrestag der Terroranschläge von New York an Bord einer Maschine im Flugzeug

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“

Und dann sah sie sie: eine Reihe Polizeiwagen, die dem Flugzeug folgten. „Was ist hier los?“, fragte sie den indisch aussehenden Mann neben sich, der nun anfing, Fotos zu machen. Auch Hebshi nahm ihr Telefon und schrieb etwas auf ihrem Twitter-Account: „Sitze im Flugzeug fest ... Überall Polizei.“ Sie musste zur Toilette, sie wollte nach Hause. Hebshi dachte jetzt, dass ein Flug am 11. September vielleicht doch keine gute Idee gewesen war.

Das Flugzeug hielt an einem abgelegenen Teil des Flughafens, die Treppen wurden herangefahren, endlich,

dachte Hebshi, doch rausgelassen wurden sie nicht.

Stattdessen öffneten sich die Türen, und Polizisten mit Maschinenpistolen stürmten herein. Jemand befahl ihnen, die Hände auf den Vordersitz zu legen, Kopf runter. Die Polizisten rannten den Gang hinunter und stoppten in Hebshis Reihe.

„Kann ich mein Telefon mitnehmen?“, fragte sie noch. „Nein“, sagte der Polizist. Dann legte er ihr Handschellen an und trieb sie aus dem Flugzeug, Hebshi, eine Hausfrau aus der Vorstadt von Toledo, Ohio, und die beiden indisch aussehenden Sitznachbarn aus der Umgebung von Detroit. Alle anderen durften sitzen bleiben.

So geriet Shoshana Hebshi in eine Gefängniszelle, mit Wänden aus Beton, mit einer Kamera an der Decke, mit einer Metallpritsche und einer harten, grünen Matratze darauf. Sie dachte an ihren Vater, der vor einiger Zeit gestorben war, sie war froh, dass er das nicht mehr erleben musste. Sie dachte auch, dass sie am besten nie wieder fliegen würde.

Vor einer Polizistin musste sie sich ausziehen, die Frau durchsuchte sie. Sie wurde in ein Verhörzimmer gebracht, zu einem Mann, der sich als FBI-Mitarbeiter vorstellte, und einer Frau von der Homeland Security. Jemand im Flugzeug habe gemeldet, dass sich die drei Passagiere in Reihe 12 verdächtig verhalten würden. Zwei indisch aussehende Männer, die angeblich sehr lange auf der Toilette waren, und die dunkelhäutige junge Frau, die in derselben Reihe saß.

„Es ist der 11. September“, sagte ein FBI-Mann entschuldigend, als Shoshana Hebshi Stunden nach ihrer Festnahme freigelassen wurde, „und die Leute sehen Gespenster.“ Gegen Hebshi lag nichts vor, gegen ihre Sitznachbarn auch nicht. Sie wusste, dass die Leute jetzt misstrauischer waren. Sie sah durchaus ein, dass die Sicherheitsbestimmungen in ihrem Land verschärft werden mussten. Aber dass jemand Kampfjets losschicken würde, nur weil sie in Reihe 12 saß und aussah, wie sie eben aussah, damit hatte sie nicht gerechnet.

Shoshana Hebshi war zu einem Gespenst geworden. Ihre Heimat ein Land der Angst.

Sie stieg in ihr Auto und fuhr nach Toledo, suchte den Weg zurück in ihr amerikanisches Vorstadtleben. Für das Abendessen war es jetzt zu spät.

DIALIKA NEUFELD

Der Schlächter und sein Koch

Otonde Odera war Leibkoch des ugandischen Massenmörders Idi Amin – und hat es erstaunlicherweise überlebt. Oderas Rezept: gut kochen und keine falschen Fragen stellen. „In unserem Kühlschrank“, sagt er, „war nie Menschenfleisch.“ Von Juan Moreno

Irgendwann Mitte des vergangenen Jahrhunderts stehen Idi Amin, der künftige Diktator Ugandas, und Otonde Odera, ein junger Bursche aus der Nähe von Kisumu in Kenia, vor wichtigen Entscheidungen.

Amin, damals noch ein unbekannter Soldat, hat den Auftrag erhalten, das Waffenlager von Viehdieben zu zerstören. Die Gefangenen weigern sich, den Standort des Lagers zu nennen. Amin soll entscheiden, wie man sie zum Sprechen kriegt. Amins weiße Kameraden von den King's African Rifles, einer Kampftruppe der britischen Kolonialmacht in Uganda, halten ihn für einen „feinen Kerl“, wenn auch, wie sie sagen, „knapp an grauen Zellen“.

Die Entscheidung ist leicht. Der feine Kerl stellt seine Gefangenen der Reihe nach auf und lässt sie die Hosen ausziehen, so wird es berichtet. Er schiebt einen Tisch vor die Männer, lässt den Penis des ersten Gefangenen auf den Tisch legen und fragt nach dem Versteck. In seiner Hand hält Amin eine Machete. Der Mann antwortet nicht. Die Klinge knallt auf den Tisch. Der Rebell fällt nach hinten um, der Penis bleibt auf dem Tisch zurück. Amin wiederholt das Ganze. Zwei-, drei-, viermal, immer weiter. Der neunte redet.

Idi Amin ist ein ehrgeiziger Mann, der Sohn eines Bauern vom Kakwa-Stamm, der nur eines will: nach oben. Ein paar Jahre später wird er der Herrscher Ugandas sein. Er wird so viele Menschen töten und den Krokodilen zum Fraß vorwerfen lassen, dass die Betreiber eines Staudamms jemanden einstellen, der die Leichen entsorgt, weil sie die Zuflüsse zum Kraftwerk verstopfen.

Der andere Mann, Otonde Odera, ist das jüngste von 14 Kindern, geboren in einer kleinen Lehmhütte unweit von Asembo. Auch er Sohn eines Bauern, auch er ohne Schulbildung, genauso wissbegierig und ehrgeizig wie Idi Amin, auch er muss sich entscheiden. Die Oderas haben so gut wie nichts, eine Hütte, etwas Land, kein Vieh. Nach und nach sterben ihre Kinder. Malaria, Masern, Tetanus, Polio. Keines wird älter als zehn. Mit einer Ausnahme: Otonde, der Jüngste. Odera verlässt früh sein Dorf und versucht



Diktator Amin 1978: „Knapp an grauen Zellen“

sich erst als Musiker, später als Fischer. Damals heißt es in Kenia, in Uganda sei das Gras grüner. Das Land ist in diesen Jahren ein Glücksversprechen, der fruchtbarste Boden Afrikas. Oderas Entscheidung steht schnell fest, er geht nach Uganda. Er findet eine Stelle als Küchenhilfe, bei einem englischen Pastor. Von einem Soldaten Idi Amin hat Odera noch nie etwas gehört.

„Mein Leben wird immer mit ihm verbunden sein“, sagt Odera. Er sitzt auf der wackeligen Holzbank in seiner Lehmhüt-

te. Am Morgen hat Odera sein weißes Hemd und seinen Anzug angezogen. Der ist aus grauem Stoff, ziemlich abgetragen und zu warm für den kenianischen Sommer. Ein schwarzer Herr mit einer Haut, die zu glänzen scheint, und einem strengen, würdevollen Gesicht.

Odera weiß, was jetzt kommt. Fragen, ein Berg von Fragen. Fragen, die alle stellen, die ihn verfolgen, als wäre nur das in seinen 74 Jahren auf dieser Welt von Bedeutung. Wie war Amin, das Monster? Warum vertraute ihm der Diktator? Amin

verdächtigte fast jeden, ihn umbringen zu wollen. Warum nicht den Leibkoch? Warum hat er es nicht getan? War er feige? Amin soll die Körper seiner revoltierenden Generäle gegessen haben. War Idi Amin Kannibale? Wie wird man nicht verrückt, wenn man weiß, dass der Mann, dem man das Essen macht, schon Leute hat umbringen lassen, weil sie seinen Wagen auf der Straße überholt haben? Was, wenn ihm nach einem Essen schlecht wird? Wurde ihm mal schlecht?

Odera ist ein Mann, der die Dinge gern ordentlich macht, also wird er alles der Reihe nach erzählen. Er möchte nicht voreignen, nichts auslassen. Die Teile sollen sich fügen, so wie sie sich ereignet haben, so dass am Ende etwas mehr von ihm bleibt, dem Bauernjungen, der es bis zum Chefkoch im Präsidentenpalast gebracht hat, mehr als die Frage: „Wie war Amin?“

Odera legt die Hände zusammen und spult im Geist 50 Jahre zurück.

Father Robertson ist ein guter Mensch. Ein Pastor, den die Anglicanische Kirche nach Uganda geschickt hat. Er liebt zwei Dinge. Die Bibel und das Essen. Odera ist sich nie sicher, was von beidem diesem Mann wichtiger ist.

Robertson findet Gefallen an Odera, der gerade bei ihm als Gartenjunge angefangen hat. Er mag es, dass der Junge genau zuhört, nie etwas vergisst und die Anweisungen immer spürsend ausführt. Nach einer Weile beordert er ihn in die Küche, eine Beförderung. Er ist jetzt im Haus, alles ändert sich dadurch.

Essen hatte bis dahin in Oderas Leben insofern eine Rolle gespielt, als es nie genug davon gab. Er hat meist Ugali gegessen. Den Getreidebrei, von dem sich die meisten hier ernähren. Maiskörner werden mit Wasser in einem Mörser zerstoßen, anschließend aufgekocht. Wenn das Ganze eine harte Konsistenz erreicht, vergleichbar mit einem Knödel, ist es fertig. Salz ist schön, es geht auch ohne.

Ab und zu hat Odera gegrillten Fisch aus dem Victoriasee gegessen, damals, als Fischer. Eher selten. Die Tage, an denen es Fleisch gab, kann er an einer Hand abzählen. Er könnte nicht sagen, wie Schwein oder Lamm schmeckt.

Father Robertson bringt Odera in den kommenden Jahren nicht nur das Kochen bei, er macht etwas viel Besseres. Er bringt ihm die Liebe zum Essen bei. Er teilt einen Schatz. Odera versteht irgendwann, dass man ein Ei nicht nur braten und Milch nicht nur trinken kann, man kann etwas Mehl und Zucker dazugeben, und plötzlich entsteht etwas Neues, etwas Leckeres, das er so noch nie gekostet hat. Verschiedene Zutaten mischen, das ist das Geheimnis. In Europa ein trivialer Gedanke, für ihn eine Offenbarung.

Sunday Roast, Yorkshire Pudding, Mince Pie, Pork Pie, Chicken Kiev, Onion Soup, Chicken Curry. Es sind die letzten



Ex-Amin-Leibkoch Odera, Ehefrau Elisabeth: „Ich war sicher, dass er mich umbringen würde“

MIRGO TALLERIO



MIRCO TALERCIO

Oderas Familienangehörige in ihrem Heimatdorf in Kenia: Knödel aus Getreidebrei

Seufzer des glorreichen britischen Empires. Noch im 19. Jahrhundert sprach man in Frankreich von der wunderbaren „cuisine anglaise“. Die Briten hatten durch ihre Kolonien Zugang zu Gewürzen, zu ungewohnten Lebensmitteln. Wer gut essen wollte, ging nach England. Lange her, aber Father Robertson klammert sich wie ein Ertrinkender an diese Tradition.

Odera lernt, Suppen zu machen, die er nicht überwürzen darf, wozu man anfangs immer neigt. Er darf Gemüse kochen, nicht zu lange, sonst verliert es seinen Geschmack. Die Zutaten in Uganda, wenn man sie denn bezahlen kann, sind sensationell.

Sechs, sieben Jahre später wird Robertson nach London berufen. Er ist froh zurückzukehren, hinterlässt aber in seinem geliebten Uganda einen der wenigen Schwarzen in der Hauptstadt Kampala, die wirklich kochen können.

Etwa zur gleichen Zeit kämpft sich ein fast zwei Meter großer Koloss an die Spitze des Staates. Amin wird von 1951 bis 1960 Boxmeister seines Landes. Er dient unter den Briten als Askari, so heißen die einheimischen Soldaten, die im Dienst der Kolonialmacht stehen. Als Stabsfeldwebel metzelt er ein Dorf mit Mau-Mau-Rebellen nieder. Seine Soldaten massakrieren Frauen und Kinder, sie vergewaltigen und plündern. Später erhält er als erster Schwarzer Ugandas einen Offiziersrang. 1967, fünf Jahre nach der Unabhängigkeit Ugandas, übernimmt Amin den Oberbefehl über die Streitkräfte. Vier Jahre darauf, im Januar 1971, putscht er sich an die Macht. Ein paar Tage später trifft er zum ersten Mal seinen Leibkoch, Otonde Odera.

Odera war es gut ergangen nach Father Robertsons Weggang. Er fand eine Anstellung bei einem Diplomaten, der es

kaum fassen konnte, dass ein Schwarzer so gut kochte. Als Milton Obote, der Vorgänger Amins, nach der Machtübernahme einen Koch suchte, kam Oderas Stunde. Der Staatschef brauchte einen Koch, der nicht nur ugandische und andere afrikanische Gerichte beherrschte, er wollte jemanden, mit dem er weiße Gäste beeindrucken konnte. Odera bewarb sich, und da niemand anderes so viele Gerichte für Weiße kannte, bekam er die Stelle. Er hatte es als Analphabet ins State House geschafft, den Präsidentenpalast.

Idi Amin stellt sich nach der Machtübernahme als unkomplizierter, sympa-

Schließlich hat der Leibkoch fünf Ehefrauen.

Idi Amin hat auch nicht mehr.

thischer Chef für seine Angestellten heraus, ein feiner Kerl. Er ist lustig, großzügig, jemand, der gern und laut lacht.

Gastronomisch betrachtet geht es aufwärts. Amins Vorgänger Milton Obote, ein ernster, gebildeter Mann, aß am liebsten Gemüse. Odera nervt der Beilagenesser, er versteht nicht, warum ein Mann, der sich alle Lebensmittel der Welt leisten kann, nur gebackene Kartoffeln und Reis möchte. Amin ist anders. Er liebt Fleisch. Bis auf Schwein, er ist Muslim, isst er alles. Am liebsten Ziege.

Für eines der ersten Bankette, die Amin organisiert, lässt sich Odera mehrere Ziegen liefern. Er nimmt sie aus, säubert sie von innen und füllt sie mit Reis, Gemüse und Kräutern. Dann näht er den Ziegen den Bauch wieder zu und schiebt sie in den Ofen. Zwei Stunden bei schwacher Hitze. Immer wieder holt er sie heraus und beträufelt sie mit Fett. Die Haut

wird zu einer festen, knusprigen Kruste. Odera richtet auf riesigen Tablets und mit Hilfe von Stützhölzern die Ziegen so an, dass sie stehend in den Speisesaal getragen werden können. Amin ist begeistert. Nach dem Essen kommt der Kellner mit einem Bündel Geldscheine in die Küche: „Das ist für dich, sagt der Präsident. Und er hat auch gesagt, dass wir alle ab morgen das dreifache Gehalt bekommen.“ Einen Tag später steht ein Mercedes vor dem Lieferanteneingang. Das neue Auto für den Koch des Präsidenten.

Odera weiß nicht, was er denken soll. Wahrscheinlich besteht der Trick von Diktaturen darin, es einem Teil der Menschen so gutgehen zu lassen, dass ihnen egal ist, was mit dem anderen Teil geschieht.

Natürlich bekommt er die Gerüchte mit. Den ganzen Wahnsinn, den man sich erzählt. Im Makindye-Gefängnis soll man die Gefangenen zwingen, einander mit Vorschlaghämtern die Köpfe einzuschlagen. Dann schneiden die Wächter Fleischstücke aus den Leichen, braten sie und geben sie den Überlebenden zu essen. Rebellen werden gefragt, ob sie eine Zigarette wollen. Ihre Antwort wartet man nicht ab. Stattdessen wird ihnen der Penis abgeschnitten und so tief in den Mund gestopft, bis sie daran erstickten. Der ehemalige Außenminister Ugandas soll am Ufer des Victoriasees in Stücken angeschwemmt worden sein.

Das sind Gerüchte, sagt sich Odera. Die Leute reden viel. Der Mercedes ist echt.

Idi Amin mag seinen neuen Koch. So sehr, dass er darauf besteht, ihn überallhin mitzunehmen. Odera fliegt in einer der beiden Boeing 707 mit, die im Ausland bald nur noch „Uganda-Whisky-Airline“ genannt werden. Zwei-, dreimal pro Woche fliegt eine Maschine nach London und holt Alkohol, Zigaretten und Mercedes-Ersatzteile.

Odera fliegt nach Pakistan, nach Saudi-Arabien, nach Kenia. Er muss nicht selbst kochen, er muss nur dafür sorgen, dass alles funktioniert. Die Dinge entwickeln sich gut. Amin zahlt pünktlich. Odera wird ein wohlhabender Mann. Er kann es sich leisten, noch mal zu heiraten. Neben Elisabeth, seiner ersten Frau, nimmt er sich eine zweite, dann noch eine, am Ende sind es fünf Ehefrauen. Amin hat auch nicht mehr.

In der Küche wird Odera mit der Zeit strenger, er duldet keine Fehler von seinen Untergebenen. Fehler sind gefährlich.

An einem Abend, Odera hat frei, stürmen zehn bewaffnete Soldaten in die Küche. Oderas Mannschaft muss sich auf den Boden werfen. Einem von Amins Söhnen ist schlecht geworden. Amin kommt wutentbrannt in die Küche. „Wenn sich herausstellt, dass ihr meinen Sohn vergiftet wolltet, dann bring ich euch alle um, alle.“ Ein Arzt untersucht den Jungen. Es stellt sich heraus, dass der

Kleine nur zu viel gegessen hat. Es geht ihm schnell besser. Am nächsten Morgen ist Amin wieder der feine Kerl.

Odera wird künftig noch genauer auf das Essen achten, noch bessere Zutaten besorgen, noch strenger mit seinen fünf Köchen und der Horde Küchenhelfer sein. Sie müssen verstehen, dass es seine Küche ist. Er ist der Chef, niemand darf ihm hier widersprechen, sein Reich, seine Regeln. Oderas ältester Sohn Edi, der mit Amins Kindern spielt, nennt Odera irgendwann einen Diktator. Es rutscht dem Kleinen raus, weil der Vater so ernst ist. Odera verprügelt ihn.

Auch Ugandas Staatspräsident findet, dass er mehr Respekt verdient. Es reicht ihm nicht, dass er Willy Brandt, Tito, Fidel Castro, Gaddafi trifft, dass er vor der Uno in New York reden wird. Er hat es geschafft, er ist jetzt oben. Die Frage ist jetzt: Was stellt man hier oben an?

Eine der ersten Amtshandlungen ist es, die ihm bis dahin wohlgesinnten Israelis zu besuchen. Er möchte 24 Kampfbomber, um sich quer durch Tansania einen Zugang zum Indischen Ozean freizubomben. Die Israelis lehnen ab. Einige Zeit darauf überlegt Idi Amin, ein Hitler-Denkmal am Victoriasee zu errichten. Der sowjetische Botschafter Alexej Scharow redet ihm die Idee aus.

Später bietet Amin der britischen Königin Elizabeth an, nach Uganda zu kommen, „falls sie einen richtigen Mann“ brauche, den tansanischen Präsidenten Julius Nyerere nennt er einen „Syphilitiker“. England bietet er während der Wirtschaftskrise Bananen gegen den Hunger an. Bei offiziellen Anlässen will er wie folgt vorgestellt werden: Seine Exzellenz, Präsident auf Lebenszeit, Feldmarschall Al Hadji Doktor Idi Amin Dada, Träger des Victoria-Kreuzes, des Militärkreuzes, Herr aller Kreaturen der Erde und aller Fische der Meere und Eroberer des britischen Empires in Afrika im Allgemeinen und Ugandas im Speziellen – und Professor für Geografie.

1978 merkt Odera, dass es wohl bald vorbei sein wird. In den Geschäften gibt es kaum Waren, Amin hat alle Inder aus dem Land geworfen, die damals den Handel dominierten. Es kommen immer weniger Staatsgäste, weil Amin international immer mehr Feinde hat. Und Odera weiß auch, dass es eben schon lange keine Gerüchte mehr sind. Er war dabei, als Amins zweite Frau Kay abgeführt wurde. Später fand man sie zerstückelt in einem Auto, man hatte ihre Gliedmaßen verkehrt wieder an den Rumpf genäht. Amin zeigte die Leiche seinen Kindern: „Seht euch das an, eure Mutter war eine böse Frau.“ Odera ahnte, es würde nicht gutgehen. Und es geht nicht gut.

Das Makindye-Gefängnis hat seinen Namen von dem Hügel, auf dem es steht, Makindye Hill. Man passiert ein Metalltor,



CORBIS

Getötete Ugander*: Seine Exzellenz, der Mörder

dann eine Schranke und steht vor einem dreistöckigen Zweckbau, dem die gelbe Außenfarbe fast ein freundliches Aussehen verleiht. Niemand kann sagen, wie viele Menschen hier abgeschlachtet wurden. Sicher Tausende.

Elisabeth, Oderas erste Frau, hatte sofort angefangen zu weinen, als sie die Männer in Uniform sah. Sie umstellten das Haus und sagten, sie würden den Leibkoch wegbringen. Er habe versucht, den Staatspräsidenten zu vergiften.

Odera wurde zusammen mit 100, vielleicht 200 anderen Gefangenen in eine Zelle geworfen. Die Wächter waren vom Kakwa-Stamm, zu dem auch Amin gehörte. An den Haltern baumelten Knüppel und Macheten. Der Boden war blutverschmiert. Alle paar Minuten machte einer der Wärter die Tür auf, packte sich einen Mann und zog ihn raus. Draußen hörte man Schreie, Klingeln, die in Körper gerammt wurden. Dumpfe Schläge. Odera hatte viele Tiere geschlachtet, er wusste, wie eine Machete klingt, die Fleisch durchtrennt, und wie sich der Klang unterscheidet, wenn man auf Knochen trifft. Jedes Mal, wenn die Tür aufging und ein anderer Gefangener geholt wurde, konnte man das Gemetzeln hören.

„Ich war sicher, dass Amin mich umbringen würde“, sagte Odera. Vier Tage

* Opfer der Geheimpolizei an ihrem Fundort in Kampala 1979, mit einem tansanischen Soldaten.

war er im Gefängnis, irgendwann hörte er seinen Namen. Draußen standen zwei Polizisten, die ihn zum Ausgang brachten. Sie machten ihm die Tür zu ihrem Polizeiauto auf und fuhren ihn ins State House. Dort warteten seine Frau Elisabeth und die Kinder. Offenbar hatte Elisabeth die letzten vier Tage geweint, so lange, bis Madina, die Amin 1974 geheiratet hatte, zu ihrem Mann ging und um Gnade bat. Sie erwischte ihn in einem guten Moment. Ein Lastwagen brachte Odera und seine Familie nach Kenia. Amin und Odera sahen sich nie wieder.

Idi Amin starb 2003 in Saudi-Arabien, als übergewichtiger, sorgenfreier Gast des saudischen Königs.

Die Mittagshitze weicht langsam aus der Hütte. Odera hat sein Jackett ausgezogen. Elisabeth hat es zusammengelegt. Sie ist die Einzige, die geblieben ist. Von den Ehefrauen aus Uganda hat er schon lange nichts mehr gehört. Er ist heute ein

armer Mann in einer Lehmhütte. Er kann sich mehrere Frauen nicht leisten. In seiner Heimat brauchte nach seiner Rückkehr niemand einen Koch, der für Weiße kochen konnte. Odera arbeitete als Fahrer, zuletzt wieder als Bauer.

Es bleiben also nur noch zwei Fragen. War Amin Kannibale, wie viele sagen?

Odera lächelt. „Ich kann versichern: In unserem Kühlschrank war nie Menschenfleisch. Das war eine Legende, die er in die Welt gesetzt hat, damit seine Feinde ihn fürchten. Er war kein Kannibale.“

Wollte er Amin vergiften, oder warum kam er ins Gefängnis?

So schnell, wie Oderas Lächeln bei der Kannibalfrage erschienen ist, so schnell ist es wieder weg. „Amin hatte damals Streit mit Kenyatta, dem Staatspräsidenten Kenias. Ich war einige Tage in meinem Dorf gewesen, und während meiner Abwesenheit muss ihm jemand erzählt haben, dass ich, sein kenianischer Leibkoch, ihn vergiften wolle. Das war Unsinn, ich hatte nie vor, ihn zu vergiften.“

Hat er mal überlegt, es zu tun?

„Ich? Warum denn? Ich war doch nur der Koch.“

„Teufelsköche. An den heißesten Herden der Welt“, von SPIEGEL-Mitarbeiter Juan Moreno, mit Fotos von Mirco Taliercio, erscheint im Piper Verlag, München. Der hier gedruckte Text ist ein Auszug aus diesem Buch.



Messias-Qualität

Ortstermin: Im niederbayerischen Tittling wird der „Internationale Volksmusiktag“ begangen.

Auf der Bühne der Böhmerwaldglashütte hält Carolin Reiber eine Laudatio auf den Preisträger, was so klingt, als veranstaltete sie ein Quiz. „Sein musikalisches Können ist herausragend“, sagt Carolin Reiber. „In Dänemark verdrängte er Lady Gaga von Platz eins der Hitparade. Fast könnte man meinen, er habe Messias-Qualitäten.“ Wer könnte das sein? Welcher Musiker hat Messias-Qualitäten und ist in Dänemark erfolgreicher als Lady Gaga? „Sein Lieblingsbuch ist der ‚Kleine Prinz‘“, sagt Carolin Reiber. „Und bittet man ihn um eine gute Sache, ist er unser Hansi.“

Dann tritt ein blonder, braungebrannter Mann auf die Bühne. Hansi Hinterseer.

Er kommt aus Tirol und war in den siebziger Jahren ein erfolgreicher Skifahrer. Sechs gewonnene Weltcuprennen. Später entdeckte ihn der Produzent Jack White, und Hinterseer wurde volkstümlicher Sänger. Carolin Reiber überreicht Hinterseer einen Glasblock, in dem ein Notenschlüssel steckt, ähnlich einem von Bernstein umschlossenen Dinosaurierzahn. Das ist sein Preis – der „Internationale Volksmusikpreis“ in der Kategorie „Volkstümliche Musik“.

Der Internationale Volksmusikpreis wird im Rahmen des Internationalen Volksmusiktages verliehen, der wiederum Teil der Aktion „Meine Heimat – Unser Europa“ ist. Das alles findet statt in Tittling, Niederbayern, im Museumsdorf Bayerischer Wald, mit 28 Musik- und Volkstanzgruppen aus elf Ländern.

Die meisten Musik- und Tanzgruppen kommen aus Deutschland. Das ist womöglich ein pädagogisches Konzept, denn Volksmusik hat es, anders als die volkstümliche Musik, nicht leicht in Deutschland. Volkstümliche Musik ist, kurz gesagt: Schlager plus Dialekt plus Fröhlichkeit. Hansi Hinterseer sagt es noch präziser: „Ich spiel, damit die Leut' a Gaudi haben.“ Mit volkstümlicher Musik verkauft Hansi Hinterseer über fünf Millionen Platten.

Mit Volksmusik sitzt man an der Harfe oder der Drehorgel, so wie hier im Mu-

seumsdorf, und wird belächelt oder beaufsichtigt. Deutsche, das ist das Problem, sprechen gern ironisch über deutsche Volksmusik und schauen neidisch auf die Welt. Gott gab den Brasilianern den Samba, den Portugiesen den Fado, den Ungarn den Csárdás, den Amerikanern den Country, den Afrikanern einen Haufen Trommeln. Und was gab Gott uns? Den Marsch und den Tusch. Insofern ist ein Volksmusiktag eine gute Gelegenheit zur

Monika. Leider kann man auch zum Jodeln nicht tanzen. Das ist ein Kernproblem der deutschen Volksmusik. Sie ist oft untanzbar. Deutsche Volksmusik brauchte mehr Groove.

Geht man durch das bayerische Museumsdorf, dann kann man Gruppen wie „Danzlmusi“, hören, „Heibod'n-Musi“, „Hoizbach-Musi“, „Holzkastl-Musi“ und „Kreuzstraßler Stubnmusi“. Der Zusatz „Musi“ scheint in der deutschen Volks-

musik so beliebt zu sein wie das „The“ bei den Popbands der sechziger Jahre. Bei den Musi-Gruppen sitzen oft drei, vier, fünf junge Leute an traditionellen Instrumenten, die sie virtuos beherrschen. Aber man ahnt, dass die Musi-Gruppen es nie schaffen werden ins richtige Leben. In einen Club nach Gelsenkirchen, Leipzig oder Köln. Ins Herz der Gesellschaft. Sie sitzen im bayerischen Traditionsdorf wie in einem India-

nerreservat. Echte Volksmusik ist auch zeitgenössische Musik. Sie verbindet die guten alten Zeiten mit den wilden neuen Zeiten. Aus irgendwelchen Gründen scheint das in Deutschland nicht zu klappen.

Oft heißt es, die Nazis hätten Schuld. Die deutsche Volksmusik sei damals missbraucht worden. Davon habe sie sich nie erholt. Das mag stimmen, ist aber schon rund 70 Jahre her. Und die Nazis können nicht immer an allem schuld sein.

Auf der Bühne in der Böhmerwaldglashütte, wo gerade Hansi Hinterseer geehrt wurde, steht nun Thomas Goppel, ehemaliger bayerischer Staatsminister und amtierender Präsident im Bayerischen Musikrat. Ein Förderer also, jemand, der den großen Volksmusik-Plan haben könnte. Goppel erklärt, was wichtig ist in der deutschen Volksmusik: „Schwung, Takt und ordentliche Stimmung“. Er erklärt auch, was die deutsche Volksmusik in Zukunft braucht. Eine Art 68? Revolution? Reformation? Mehr Groove?

„Pflege“, sagt Goppel.

JOCHEM-MARTIN GUTSCH



Volksmusiker Hinterseer: Kein Samba, kein Fado, kein Csárdás

Bestandsaufnahme. In welchem Zustand ist die Volksmusik im Jahre 2011?

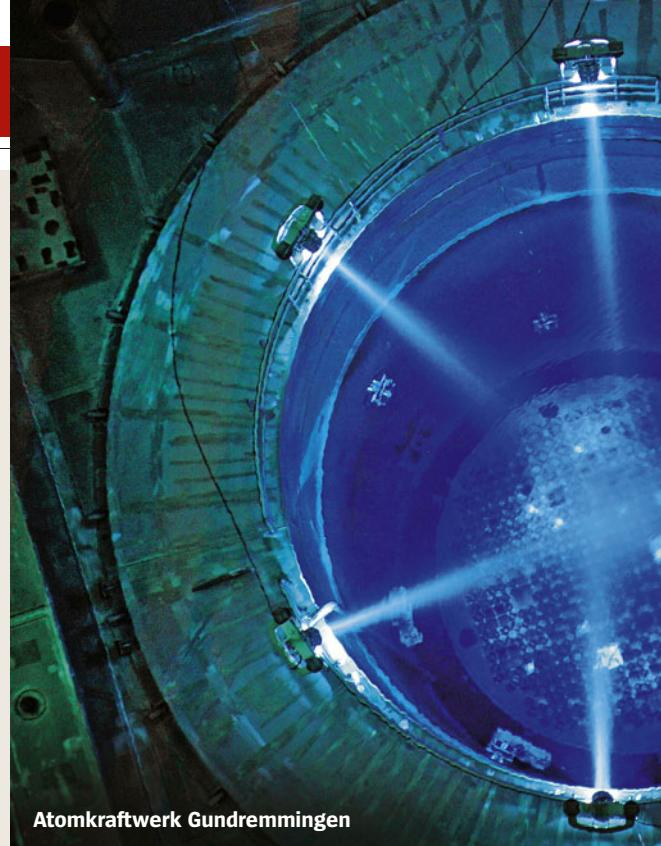
Durchlüftung tätigt sicherlich gut. Und weniger Kostüme.

Auf einer Bühne spielt die „Original Tiroler Kaiserjägermusik“, ein Männerorchester in Uniformen. An den Uniformen stecken Orden, unter anderem ein Orden von Otto von Habsburg, wie der Obmann der Kaiserjäger erklärt. Otto von Habsburg ist der verstorbene älteste Sohn des letzten regierenden Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn, und man hat den Eindruck, dass die Kaiserjäger bereitstehen, falls sich das Blatt doch noch mal wendet zugunsten der Monarchie. Nach den Kaiserjägern kommt der Jodelkurs „mit und vom Bayerischen Hias“. Der Kurs ist gar nicht schlecht. Jodeln ist sinnlicher als all die Blechbläser in der Volksmusik oder die Steirische Har-

BRENNELEMENTE

Zweifel an der Steuer

An der Rechtmäßigkeit der sogenannten Brennelementesteuern hat das Finanzgericht München ernsthafte Zweifel geäußert. Das geht aus einem Beschluss vom vergangenen Mittwoch hervor. Darin weist das Gericht einen Steuerbescheid über 74 Millionen Euro für den Austausch der Brennelemente im RWE-Atomkraftwerk Gundremmingen zurück. In seiner Begründung bezweifelt es, ob der Bund überhaupt die Gesetzgebungscompetenz für eine solche Steuer besitzt und ob es sich – wie das Bundesfinanzministerium meint – tatsächlich um eine Verbrauchsteuer handelt. Schon vor drei Wochen hatte das Finanzgericht Hamburg in einem ähnlichen Fall beim RWE-Konkurrenten E.on eine entsprechende Steuerforderung zurückgewiesen. Zwar können die Finanzbehörden gegen die Urteile Berufung einlegen. Doch mit dem zweiten Urteil schwanden die Chancen für Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die von ihm bis 2016 jährlich eingeplanten 1,3 Milliarden Euro verbuchen zu können. Schäuble hatte die Steuer vor dem Reaktorunfall in Fukushima eingeführt und wollte bei den Betreibern ursprünglich 2,3 Milliarden Euro pro Jahr abschöpfen. Nach Stilllegung von 8 der 17 deutschen Atomkraftwerke hatten die Konzerne angekündigt, gegen die Steuer juristisch vorzugehen.



Atomkraftwerk Gundremmingen

AIR BERLIN

Köder für Kunden?

Die Fluglinie Air Berlin hat offenbar nicht nur Prominente mit VIP-Karten zur kostenlosen Nutzung ihres Service beglückt. In den Genuss von Freiflügen sollen auch Geschäftspartner des Unternehmens gekommen sein, was bei Juristen als äußerst problematisch gilt. Wie Insider berichten, wurden unter dem Ende August zurückgetretenen Firmenchef Joachim Hunold unter anderem Top-Manager von großen Flughäfen oder Reiseveranstaltern mit der sogenannten Counter Card Premium Plus ausgestattet, darunter auch Angestellte des Tourismuskonzerns TUI. Der Konzern ist an Air Berlin nicht nur mit knapp sieben Prozent beteiligt, sondern kauft in den Chartermaschinen auch regelmäßig Sitzplatzkontingente für seine Feriengäste ein. Normalerweise wird bei derartigen Verhandlungen von Fluglinien mit Veranstaltern oder Airports hart gefeilscht. Mit der Premiumkarte wollten die Air-Berlin-Manager ihre Gesprächspartner womöglich milde stimmen. Die Fluglinie selbst lehnte einen Kommentar ab und verweist darauf, dass Air Berlin zu einzelnen Kunden oder Kundengruppen generell keine Auskunft gibt. Ein TUI-Sprecher erklärt, ihm sei nicht bekannt, ob Mitarbeiter oder Führungskräfte über eine Air-Berlin-Premiumkarte verfügen.

METRO

Verhärtete Fronten

Vor dem entscheidenden Gerichtstermin an diesem Dienstag ist eine gütliche Einigung zwischen der Metro AG und dem Media-Markt-Gründer Erich Kellerhals in weite Ferne gerückt. Bereits in den Schriftsätzen, die dem Landgericht Ingolstadt vorliegen, lassen beide Parteien keinen Zweifel daran, wie zerstritten sie sind. Das von „großem Medienspektakel“ begleitete



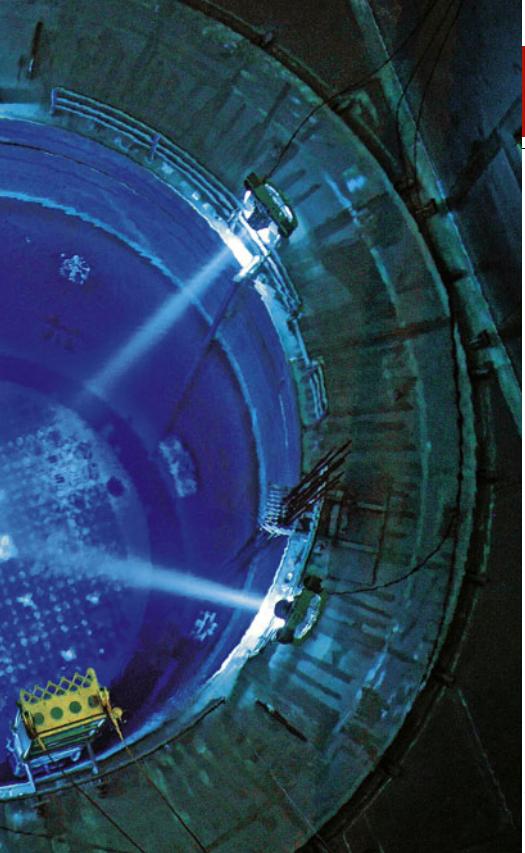
Media-Markt-Filiale in Berlin

Verfahren diene nur den „eigensüchtigen wirtschaftlichen Interessen“ von Kellerhals, heißt es in dem knapp 80-seitigen Schriftsatz der Metro. Durch diese „destructive Strategie“ wolle Kellerhals seinen „Lästigkeitswert“ steigern, um den Preis für seine Minderheitsanteile in die Höhe zu treiben. Außerdem habe er in der Presse „der Wahrheit zuwider“ Aussagen über angeblich unsichere Anlagegeschäfte der Metro gemacht. Ebenso unversöhnlich zeigt sich die Kellerhals-Seite: Der Metro-Schriftsatz enthält „offenkundig unwahre Behauptungen“. Man wolle auf die „unsubstantiierten“ Anschuldigungen deshalb nicht im Einzelnen eingehen. Hintergrund des Streits sind eine Passage des Gesellschaftervertrags und die Frage, ob Kellerhals seine Sperrminorität behalten kann, obwohl die Metro 75 Prozent an der Media-Saturn-Holding besitzt. Im Juli hatte das Landgericht Ingolstadt bereits anklingen lassen, dass es Alteigentümer Kellerhals im Recht sieht, den beiden Parteien aber empfohlen, sich außergerichtlich zu einigen.

ZAHL DER WOCHE

8 Mio.

der knapp 82 Millionen Einwohner Deutschlands könnten 100 Jahre alt werden: 5,3 Millionen Frauen und 2,8 Millionen Männer. Das geht aus Berechnungen des Kölner Ökonomen Eckart Bomsdorf hervor. Demnach werden, von möglichen Zu- und Auswanderungen abgesehen, von den Bürgern, die heute älter als 50 sind, rund zwei Millionen dieses Alters erreichen, von den unter 50-Jährigen sogar sechs Millionen.



VERKEHR

FDP für Kleinlaster-Maut

Die FDP fordert von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) Klarheit über seine Pläne für eine Pkw-Maut und sendet erstmals Kompromisssignale. „Bevor wir Autofahrer mit der Debatte über eine Pkw-Maut verrückt machen, sollten wir überlegen, wie kleine Lastwagen, wie beispielsweise der Mercedes Sprinter, in das System der Lkw-Maut integriert werden können“, sagt der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Patrick Döring. Bislang fallen die Maut-Gebühren auf Autobahnen nur für Lastwagen an, die mehr als zwölf Tonnen wiegen. Döring schlägt vor, diese Grenze im Rahmen der Neuaußschreibung der Toll-Collect-Verträge bis zum Jahr 2015 auf 3,5 Tonnen zu reduzieren. Kleinere Handwerkerfahrzeuge oder Familienkombis würden dann

immer noch nicht erfasst, wohl aber größere Umzugstransporter. Die CSU drängt seit längerem auf die Einführung einer Pkw-Maut auf Bundesautobahnen, konkrete Konzepte blieb Verkehrsminister Ramsauer bislang jedoch schuldig. Derzeit sind bei Toll Collect etwa 900 000 Lkw registriert, rund die Hälfte davon deutscher Herkunft. Mit Dörings Vorschlag würde sich nach seiner Rechnung die Zahl der mautpflichtigen Fahrzeuge um 350 000 erhöhen.



KLAUS-DIETMAR GABBERT / DAPD

LEBENS MITTEL

Industrienahe Aufsicht

Erneut steht die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im Verdacht, es mit ihrer Unabhängigkeit nicht so genau zu nehmen. Zwei Experten, die das Kontrollgremium demnächst beraten werden, sollen entgegen der EFSA-Regeln ihre zurückliegenden Tätigkeiten nicht komplett offengelegt haben. Nach Recherchen der belgischen Organisation Corporate Europe Observatory haben beide Wissenschaftler in den vergangenen Jahren für die industrienahe Denkfabrik und Lobbyorganisation ILSI gearbeitet. Die versteht sich nach eigenen Angaben als „wichtigster Partner der Industrie“ und wird unter anderem von den Großkonzernen Coca-Cola, Danone, Unilever, Nestlé und Monsanto getragen. Erst im Juni waren vier ähnliche Fälle bei der EFSA bekannt geworden. Dabei wurde die Behörde 2002 von der Europäischen Union mit dem Ziel gegründet, die Politik unabhängig von den Interessen der Lebensmittelhersteller zu beraten. Die EFSA-Chefin Catherine Geslain-Lanéelle weist die Vorwürfe zurück. Beide Wissenschaftler hätten in Bereichen gearbeitet, die inhaltlich nichts mit ihrer künftigen Tätigkeit bei der EFSA zu tun hätten, argumentiert Geslain-Lanéelle. Von einem Interessenskonflikt könne deshalb keine Rede sein.

AIRBUS

Angst ums Gleichgewicht

Zwischen dem Daimler-Konzern und dem Bundeswirtschaftsministerium wird um den geplanten Verkauf jener Aktien gestritten, die Daimler an EADS hält. Daimler will seinen 15-Prozent-Anteil an dem Luft- und Raumfahrtkonzern loswerden. Das Ministerium verhandelt jetzt mit dem Emirat Katar als möglichem Investor. Die Daimler-Führung aber hält nichts von einem Verkauf an Katar. Das Gleichgewicht zwischen Deutschen und Franzosen als Eigentümer von EADS könnte damit nicht gehalten werden, sagt ein hochrangiger Daimler-Manager. Die Franzosen, die 22,5 Prozent an EADS besitzen, wären künftig der stärkste Aktionär und damit in der Lage, die Geschicke des Unternehmens zu steuern. Sie könnten beispielsweise bei der Aufteilung der Airbus-Produktion deutsche Standorte wie Hamburg-Finkenwerder benachteiligen. Daimler bevorzugt deshalb einen Verkauf seiner EADS-Aktien an die staatliche Förderbank KfW, um die deutschen Interessen zu

wahren. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der einstige Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) waren damit einverstanden. Nachfolger Philipp Rösler will diese Lösung noch verhindern. Er möchte den Staatseinfluss auf EADS zurückdrängen. „Katar wäre dafür der falsche Käufer“, sagt ein Daimler-Manager. Die Aktien übernehmen ein Staatsfonds aus Katar.



Airbus-Produktion in Hamburg-Finkenwerder



Apple-Chef Jobs in seinem Büro in Palo Alto 2004: Einen Bedarf zu decken, den man selbst geschaffen hat, klingt nicht nur nach einer Formel



DIANA WALKER / C. BERTELSMANN

für den perfekten Kapitalismus, es ist sie

Er hat die Schönheit der Verknappung in das moderne Leben gebracht, seine Läden sind Kirchen der kapitalistischen Welt. Steve Jobs, an Krebs gestorbener Apple-Gründer, war der Prophet unserer Zeit und einer ihrer Mächtigen, ein Verkäufer, ein Visionär, aber kein netter Mensch.

Wer kann das von sich behaupten: eine Gruppe von Menschen verändert zu haben, eine Stadt, ein Land, die Welt?

Und wenn so einer stirbt, wie nennt man ihn dann? Wenn alle Begriffe zu Lebzeiten schon verbraucht wurden? „iGod“ hatte das „New York Magazine“ ihn getauft, scheinspöttisch und in Wahrheit anbetend.

Mit einem fleischgewordenen amerikanischen Traum hat Barack Obama diesen Steve Jobs früher verglichen, „er schaffte eine der seltensten Leistungen in der Menschheitsgeschichte“, das schrieb der amerikanische Präsident am vergangenen Mittwoch, „er veränderte unseren Blick auf die Welt“.

Und darum sagte die republikanische Präsidentschaftsbewerberin Michele Bachmann, es sei „ein Teil des amerikanischen Genius“ gestorben. Darum lagen vor den Apple-Tempeln im ganzen Land Blumen aus und kleine Schreine und angebissene Äpfel. Leute hielten Mahnwachen, indem sie ihre erleuchteten iPhones wie virtuelle Kerzen in die dunkle Nacht reckten. Auf Twitter gingen nach Jobs' Tod am Mittwoch vergangener Woche 10 000 Nachrichten ein, pro Sekunde. Eine Mutter schrieb, sich für das beste Apple-Produkt zu entscheiden sei wie die Wahl, welches der eigenen Kinder man am liebsten habe.

Das alles erinnerte an die Stimmung nach den Anschlägen vom 11. September 2001, alle Amerikaner waren FOS, Friends of Steve.

Aber auch als die Nachricht längst um die Welt gegangen, als die Apple-Fahne in Cupertino im Silicon Valley auf Halbmast gesenkt war, tappten die Kommentatoren, die nahen und fernen Freunde von Steve, all die Redner und Blogger dieser hektischen Zeit noch nach Bildern und Vergleichen, um die historische Bedeutung dieses Steve Jobs zu würdigen.

Sie verglichen ihn mit Henry Ford und Walt Disney, mit Thomas Alva Edison und Albert Einstein – angemessen bombastisch und doch sachlich falsch.

Steve Jobs, geboren 1955, gestorben 2011, war kein Erfinder und kein Schöp-

fer, und auch ein Forscher war er nur im weitesten Sinne. Er war ein Vollender, Perfektionierer und Perfektionist, Designer und Verkäufer.

Früher, vor Steve Jobs, war Technik das andere gewesen. Fremd, unheimlich. Früher war Technik zwar vom Menschen erschaffen worden und doch vom Menschen getrennt gewesen. Durch hartes Metall, durch Mechanik, durch Komplexität. Technik war, früher, laut und hässlich gewesen. Steve Jobs hat das beendet.

Heute sind Mensch und Technik versöhnt und vereint. Die Technik ist eine Freundin. Technik sind wir, bin ich, auf Englisch: „i“. Wie in „iMac“, „iPod“, „iPhone“ und „iPad“. Denn Technik, wie Jobs sie verstand, ist zugleich warm und cool, ebenso Mainstream wie Rebellion. Sie hilft uns, liebt uns, ist bei uns, beim Gehen, Fahren, Arbeiten, auf dem Sofa und sogar im Bett. Technik bedeutet nach dem Evangelium des heiligen Steve: Rettung, das Gute. Seine Technik ist schön.

Steve Jobs hat sich seine Jünger erzogen; sie konnten ja gar nicht wissen, was sie haben wollten, weil sie es nicht kamen. So funktionierte Apple unter Steve Jobs, Jahr für Jahr. Dieser hagere Mann in Jeans und Rollkragenpullover präsentierte etwas, und die halbe Menschheit, jedenfalls ein Großteil der westlichen Welt, dachte: „Das ist es.“

Jobs war der Mann, der die Zukunft erfand, er hat die Bewegungen und das Denken des Menschen verändert. Die Distanz, die Mensch und Technik getrennt hatte, ist durch den Touchscreen aufgehoben worden. Vermutlich hatten viele Leute vom Fach eine solche Moderne kommen sehen, Computer baut ja nicht nur Apple, aber kein anderer hat wie Steve Jobs diese Moderne gestaltet.

Früher streichelte der Mensch andere Menschen, und hin und wieder streichelte er Tiere, heute streichelt er Maschinen. Er arbeitet am iMac, hört Musik über den iPod, telefoniert und organisiert das Leben mit dem iPhone, und mit dem iPad geht er schlafen. Morgens dann, wenn er erwacht, wischt die dreijährige Tochter mit dem Zeigefinger über den Bildschirm



Computerfachmann Jobs in seinem Haus in Cupertino 1982: Er war ein despotscher Chef, launisch, cholerisch, und verklärte das gern

von Papas Computer, weil sie weiß, dass man das so macht: wischen, schmusen, die haptische Erfahrung ist etwas grundsätzlich Neues im Umgang mit Technik.

Einen Bedarf zu decken, den man selbst geschaffen hat, das klingt nicht nur nach einer Formel für den perfekten Kapitalismus, das ist sie. In Apples Produkten offenbart sich der Zeitgeist; dies war die Gabe von Steve Jobs, die ihn mit Künstlern verbindet: dass in seinen Werken Form und Ausdruck wurde, was zuvor Ahnung gewesen war, ein Gefühl, die Zeitstimmung.

Er war nicht nett. Die ehemalige Freundin Chris-Ann und seine Tochter Lisa lebten von staatlicher Unterstützung, bis ein Gericht Jobs zwang, 385 Dollar Unterhalt im Monat zu zahlen. Er war bereits Millionär, zuletzt besaß er rund sieben Milliarden Dollar.

Er war gnadenlos. Wer ihn verehrt wie der Deutsche-Telekom-Chef René Obermann, preist Jobs' „unnachgiebige Konsequenz“; das trifft es bedingt. Jobs befahlte eine mehr als 46 000 Mann starke Apple-Armee, die von vielen tausend Fußsoldaten in China unterstützt wurde. Für umgerechnet ein paar Dollar arbeiteten dort Kinder und manchmal deren Mütter für Apple, bessere Löhne, menschliche Arbeitsbedingungen hätten Jobs nicht viel gekostet.

Er war ein despotscher Chef, launisch, cholerisch. Er verklärte das gern: Er müsse streng sein, sagte Steve Jobs, er müsse seine Leute fordern, die Leistung des Konzerns spreche für sich.

Wahr ist das Gegenteil: Apple wurde absurd geführt und war dennoch gut. All die Teams der Firma, diese 8, manchmal 10, manchmal 25 Leute, die an einem Projekt arbeiteten, warteten ständig auf

Rauchzeichen von Steve. Lobte der? Hasste der? Keiner wusste, was kommen würde, „manchmal duschte Steve zu heiß“, sagt der ehemalige Apple-Mann David Sobotta, „danach verdammte er das, was er gestern gefeiert hatte“. Zwischen „Genie“ und „Arschloch“ lag wenig und selten etwas, das die Angestellten hätten nachvollziehen können. Wie gut hätte Apple sein können, wenn es auch noch gut geführt worden wäre?

Und doch: General Jobs und seiner Armee gelang es einmal, mehrmals und immer wieder, den Stand von Forschung und Entwicklung in das eine schlüssige, begehrnswerte Ding zu überführen. Der Macintosh von 1984 war nicht der erste Computer mit Bildschirm und Maus, aber er war der erste Apparat des Digitalzeitalters, der nicht grau und klobig nach Industrie roch, sondern beige und schlank aussah. Der iPod war nicht der erste digitale Musikspieler, aber in seiner Einfachheit sah er wie der beste aus. So edel. Das iPhone war nicht der Welt ers-

tes Smartphone, aber es verband die Stärken und eliminierte die Schwächen seiner Konkurrenz – und es transportierte die Schönheit der Moderne, klassisch und karg.

Wie das geht, darauf hat ein weißgekleideter deutscher Herr in Kalifornien die Antworten. Gutes Design, sagt Hartmut Esslinger, der jahrelang für Apple und Jobs arbeitete, müsse „die exakte Balance zwischen Provokation und Vertrautheit oder zwischen absurd und langweilig“ finden. Provozierend waren die iProdukte in ihrer Reduktion immer, manchmal auch ein wenig seltsam wie das orangefarbene oder das tintenblaue iPad, ein Laptop, der in Werbespots und Fernsehserien der Zeit als Symbol für Fortschritt und Kühnheit verwendet wurde. Vertraut? Vertraut wirkt die Bedienung der Geräte schon nach Sekunden, schon beim ersten Mal.

Und all das ist aufregend, so sehr, dass erwachsene Menschen es in vollem Ernst als Triumph empfinden, wenn sie ein neu-



Kind Jobs mit Adoptivvater Paul 1956, Pioniere Wozniak, Jobs 1976: Woher kommt Genie?

es Apple-Produkt kaufen dürfen, so sehr, dass nur wenige Kunden sich fragen, ob es nicht schlicht idiotisch ist, alle zwei Jahre ein neues Gerät zu erwerben, obwohl beim alten nichts kaputt ist, und damit Millionen einem Konzern verfallen, der es verhindert, dass man einen Akku austauschen oder Dienstprogramme der Konkurrenz benutzen kann.

Es gibt gewiss nicht das eine Geheimnis für Jobs' Erfolg, aber eine Erklärung: Die Produkte im Apple Store sind wie geschaffen für den weitgehend individualisierten, hochgradig globalisierten, durch und durch ästhetisierten Menschen des 21. Jahrhunderts, und wem das zu viele komplizierte Wörter sind, der kann auch sagen: Es sind zeitgemäße Produkte für den Menschen von heute, der zeigen will, dass er auf dem Laufenden ist, kein Technikfreak, aber auch kein Technikfeind, der einen Sinn für Qualität, Schönheit und die seltsame Erotik hat, die von Objekten mit runden Ecken und glatten Oberflächen ausgeht.

Betrachtet man das Leben des Steve Jobs vom Ende her, vom 5. Oktober 2011 aus, dann fügen sich dessen Phasen, als hätten sie nur so aufeinander folgen und ebendieses Leben, ein einzigartiges, ergeben können: Als Baby wurde er von seinen leiblichen Eltern verstoßen. Das Studium brach er ab. Es folgten die Computerbasteleien, der Aufstieg mit Apple und der Rausschmiss, die geschäftlichen Triumphe und das körperliche Drama, der Kampf gegen scheinbar übermächtige Konkurrenten und gegen den Krebs.

Als Fügung, als große Geschichte hat Jobs das alles selbst gesehen. Er hat dies im Juni 2005 offenbart, als er eine Rede vor Studenten in Stanford hielt und so etwas wie den Code seiner persönlichen Programmierung offenlegte.

Die Zusammenhänge, sagte Jobs, erkenne man erst in der Rückschau. Die Menschen müssten darauf vertrauen, dass sich die Mosaiksteinchen ihres Lebens in ihrer Zukunft zu einem Gesamtbild zu-

sammenfügen. „Lebt nicht das Leben eines anderen“, rief Jobs den Studenten zu, „bleibt hungrig, bleibt tollkühn.“

Wenn es das Gegenteil eines Wunschkindes gibt, dann war es Steve Jobs. „Es begann schon, bevor ich geboren wurde“, sagte er. Die Mutter, eine amerikanische Studentin, und der Vater, ein syrischer Politologe, gaben das Baby vor der Geburt zur Adoption frei. Immerhin, die Mutter willigte erst in die Adoption ein, als Paul und Clara Jobs, sie ohne College- und er ohne Highschool-Abschluss, versprachen, Steve werde eine Universität besuchen dürfen. „Und 17 Jahre später besuchte ich tatsächlich ein College.“

Aber er gab auf. Er übernachtete bei Freunden, sammelte Cola-Flaschen, um sich vom Pfandgeld Essen zu kaufen, und nahm LSD. Einer dieser lässigen Kalifornier der frühen siebziger Jahre, langhaarig, frei, ziellos.

Woher kommt Genie? Warum Steve Jobs? Wie fand zur selben Zeit ein Schüchterner namens Bill Gates seinen Weg? Oder Bill Joy, der Mitgründer von Sun Microsystems, der zusammen mit seinen Freunden nicht weniger als das Internet mit erschuf und das Betriebssystem Unix, auf dessen Grundlage heute jeder Apple-Rechner läuft? Gibt es etwas, was diese Helden der Computerrevolution eint? Eine Formel für Größe?

Alles angeboren, so lautet die gewöhnliche Erklärung. In einer Meritokratie, wo der Beste siegt und nicht der Typ mit den reichsten Eltern, in einer neuen Welt, welche die Eltern nicht mehr verstehen, kommt eben ein superintelligenter Junge wie Jobs ans Ziel, den keiner je förderte.

Dem jungen Bill Gates haben Mama und Papa durchaus geholfen. Dessen Eltern, er Rechtsanwalt, sie Bunker-Tochter, gehörten zur High Society Seattles. Selbstverständlich musste der Junge auf eine schicke Privatschule! Nicht selbstverständlich: Diese Privatschule erkaufte sich 1968, mit Hilfe großzügiger Elternspenden, Zugang zu einem Computer.

Malcolm Gladwell, Autor des Buches „Überflieger. Warum manche Menschen

erfolgreich sind – und andere nicht“, hat nach der Formel für den Aufstieg in den Olymp der Erfolgreichen gesucht. Es scheint eine verrückte Kombination aus Fähigkeit, Gelegenheit und Glück zu sein, die Stars hervorbringt. Bill Gates, Bill Joy, Mozart und die Beatles haben mit Steve Jobs einiges gemeinsam: Sie lebten zur richtigen Zeit mit dem richtigen Talent am richtigen Ort. Sie bekamen die Gelegenheit zu üben. Exzessiv zu üben. Gladwell fand: die 10 000-Stunden-Formel, 10 000 frühe Trainingsstunden machen wahre Meister aus.

Die Beatles bekamen Hamburg, sie spielten zwischen 1960 und 1962 an sieben Tagen pro Woche fünf oder mehr Stunden am Stück live auf der Bühne, weil die Clubs der Reeperbahn das verlangten.

Bill Gates nutzte als Achtklässler den Rechner, den der „Mütterfonds“ seiner Schule gekauft hatte. Gates war nicht einfach ein Genie, er hatte Glück: Bevor er seine Firma gründete, hatte er sieben Jahre lang programmiert. Tag und Nacht. „Erfolg ist Talent plus Ausbildung“, sagt Gladwell – nur sei die Ausbildung das Entscheidende.

Steve Jobs „stammt nicht aus einer wohlhabenden Familie wie Bill Gates“, so Gladwell, „aber auch er hatte sein Hamburg“. Jobs wuchs in Mountain View auf, im Epizentrum des Silicon Valley. Als Teenager filzte er die Flohmärkte der Elektronik-Freaks nach Bauteilen, und legendär ist sein Anruf bei Bill Hewlett, Mitgründer von Hewlett-Packard: Er braucht Elektronikbauteile. Er bekam sie, und dazu ergatterte Steve sich einen Ferienjob. Das war, laut Gladwell, „als würden Sie sich für Mode interessieren, und Ihr Nachbar heißt zufällig Giorgio Armani“.

Dieser Steve Jobs spaltete die Computerwelt über Jahrzehnte in zwei Lager. Für die einen ist er Philosoph, für die anderen ein Diktator. Dieses einzigartige Kapitel der Technikgeschichte begann vor rund 40 Jahren, als die politisierte Hippie-Bewegung sich in die innere Emigration begab, um ihr Ich zu erkunden. „Me



DIANA WALKER / C. BERTELSMANN (L.) QUELLE: C. BERTELSMANN (R.)

Privatmann Jobs mit Frau Laurene 1997, mit Freunden bei der Feier zu seinem 50. Geburtstag 2005: „Lebt nicht das Leben eines anderen“

Decade“ taufte Tom Wolfe die Siebziger. Steve Jobs kultivierte dieses Gefühl, das sein Gefühl war, und formte daraus iPod, iPhone – seine iDeologie.

„Bluebox“ hieß das erste Gerät, das Jobs Anfang der Siebziger auf den Schwarzmarkt brachte. Gemeinsam mit seinem Freund Steve Wozniak, dem anderen Steve, verkaufte er kleine Elektronikkisten, mit denen sich kostenlos telefonieren ließ. Der Trick: Hacker hatten bemerkt, dass die Telefonkonzerne zum Freischalten eines Ferngesprächs ein Steuersignal mit einer bestimmten Frequenz verwendeten; der Pfeifton von genau 2600 Schwingungen pro Sekunde ließ sich auch einfacher erzeugen, dafür musste man nur Frühstücksflocken der Marke „Cap'n Crunch“ kaufen, denen

Apfels steht im christlichen Amerika für den Sündenfall, und die Zahl 666 ist das Symbol des Teufels.

Tatsächlich stand der Apple I für Aufklärung, er war ein erschwingliches Gerät, der Apple I sollte die unverschuldete Unmündigkeit der Computernutzer beenden. Der Apple I war nicht viel mehr als eine Platine in einem liebevoll zusammengeschraubten Holzgehäuse, an die die Nutzer einen Bildschirm und eine Tastatur anschließen mussten. Mit dem Apple II konnte man bereits farbige Bilder malen. Der Apple III wurde ein Flop, nicht kompatibel mit dem Vorgänger, die Kunden zogen nicht mit.

Es war Jobs’ erstes Scheitern und nicht sein letztes, wahrscheinlich war ja dies die Eigenschaft, die ihn wirklich auszeich-

Dann der Einbruch: Mitte der achtziger Jahre verzettelte sich Apple mit seinen Produkten, der Verwaltungsrat stellte Jobs einen neuen Manager für das Tagesgeschäft an die Seite, John Sculley. Doch die beiden harmonierten nicht. Einer musste gehen. Sculley blieb.

Als der Mann, der meist in Jeans und schwarzem Pullover zur Arbeit erschien, Apple verließ, sagte er: „Ich trage nicht die richtigen Hosen, um diese Firma zu leiten.“ Und, später: „Das, worum sich während meines gesamten Erwachsenenlebens alles gedreht hatte, war weg. Ich wusste monatelang nicht, was ich tun sollte.“

Er fing mit 100 Millionen Dollar, die er für den Verkauf von Apple-Aktien bekommen hatte, neu an. Jobs gründete eine Firma namens Next, die Rechner herstellte, und investierte zehn Millionen Dollar in die Graphics Group von George Lucas, die Spezialeffekte für Filme fabrizierte; und auch in der Filmindustrie setzte Steve Jobs sein Konzept durch: Avantgarde für die Massen.

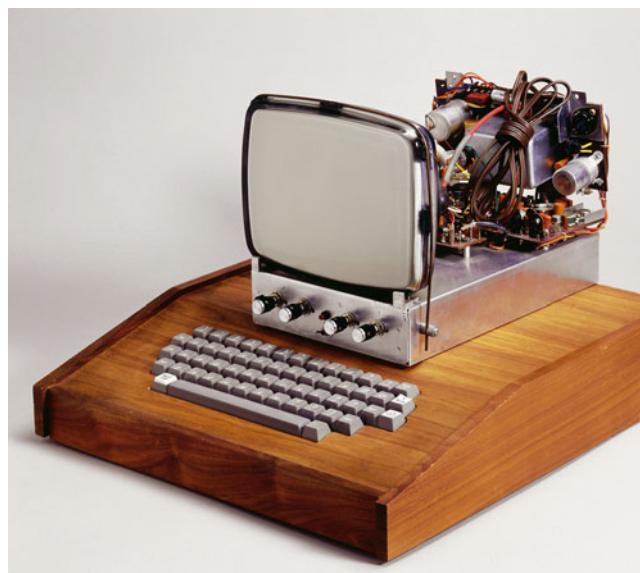
Jobs war der Erste, der das besondere Potential der Computer-technik für die Filmproduktion erkannte. Es war ein zähes Geschäft, es waren zähe Jahre, aber zäh war auch Jobs. 1991 schloss er einen Vertrag mit dem Disney-Konzern: Pixar, wie die Firma inzwischen hieß, begann mit der Produktion eines Animations-films in Spielfilmlänge, Disney übernahm Marketing und Vertrieb. „Toy Story“ hieß das Werk, das 1995 in die Kinos kam, technisch und inhaltlich ein Genie-

streich. Pixar-Filme erzählen, anarchisch und clever, von alleinerziehenden Fischen und verliebten Robotern. Steve Jobs wurde dank seiner Pixar-Aktien zum Milliardär. 2006 kaufte Disney Pixar, für 7,4 Milliarden Dollar. Steve Jobs wurde im Gegenzug der größte Einzelaktionär von Disney.

Jobs heiratete Laurene Powell, 1991, sie bekamen drei Kinder. Und dann kam jene Wende im Leben des Steve Jobs, die seiner Lehre zufolge logisch ist, wenn man den eigenen Überzeugungen folgt: Die Mosaiksteinchen fügten sich zu einem Bild. 1996 kaufte Apple Jobs’ Firma Next, und der Gründer kehrte zurück, zunächst als Berater.

Apple ging es schlecht. Die Produktpalette war zu groß, um gezielt investieren zu können; 1997 wurde ein Verlust von einer Milliarde Dollar erwirtschaftet, und so wurde Jobs wieder Chef. In Jeans und Rollkragen.

Und er schaffte es, das Wunder aus der Gründerzeit zu wiederholen. Er verknappete das Angebot. „Sich zu fokussie-



Apple I 1976, iPad 2010: Die Distanz, die Mensch und Technik trennte, wurde aufgehoben

eine Spielzeugpfeife als Werbegeschenk beigelegt war.

Steve und Steve waren Wasser und Feuer, Wozniak der Tüftler, Jobs der Anstreiber, der, wenn’s finanziell eng war, sogar den Freund um einen Honoraranteil betrog. Als ein paar junge Hacker um Steve Wozniak im Schlafzimmer von Steve Jobs’ Adoptiveltern Platinen zusammenlötzten, schaute Jobs nur ab und zu vorbei, aber natürlich gab er strenge Gesmacksurteile ab. „Viele Leute glauben, dass wir den Apple-Computer 1975 ausschließlich in einer Garage entwickelt haben. Aber die verwechseln wahrscheinlich die Geschichte von Apple mit der Geschichte von Bill Hewlett und David Packard, die tatsächlich 1939 in Palo Alto in einer Garage anfingen“, sagt Steve Wozniak, „wahrscheinlich sind wir nicht ganz unbeteiligt an dem Missverständnis, es passte uns ganz gut in den Kram.“

Am 1. April 1976 war es so weit, der Apple I kam auf den Markt, zum Preis von 666,66 Dollar. Es war eine Provokation, denn das Symbol des angebissen-

nene: Furchtlosigkeit. Jede seiner Maschinen steht für einen Wagemut, der die Möglichkeit des Scheiterns beinhaltete.

Lisa hieß das nächste Gerät, das Jobs vorantrieb, Lisa war eine Sensation: Der Computer hatte eine grafische Benutzeroberfläche, welche die Nutzer mit freundlichen Fenstern und übersichtlichen Ordnern begrüßte und nicht mehr mit kalten Kommandozeilen. Die Idee dafür stammte aus dem Xerox-Labor, das Jobs mit seinen Mitarbeitern 1979 besucht hatte. Dort nahmen sie auch die Idee der Maus mit. Die Entwicklung war teuer, das Gerät verfehlte den Markt.

Jobs lernte. Er ließ Lisa weiterentwickeln. Das Jahr 1984 brachte den Durchbruch: Der erste Macintosh kam auf den Markt, bedient wurde das Gerät per Tastatur und Maus.

Denn Jobs schaffte es, technisch nicht Versierte, die sogenannten Clueless Newbies, beherzt bei der Hand zu nehmen, ihnen neue technische Möglichkeiten zu eröffnen und ihnen beherzt in die Tasche zu greifen.

ren bedeutet nicht, ja zu sagen, sondern nein zu sagen“, sagte Jobs. „Ich war damals wie ein Papa, und das war hart.“

Daddy No sanierte das Unternehmen, und er baute in den USA, dann in Europa und Asien die exklusiven Apple Stores auf, und Apple brachte jene Produkte auf den Markt, auf die die Gläubigen gewartet hatten: iPod, iPhone, iPad.

Das Pokémon hatte Nähe und Zärtlichkeit zwischen Mensch und Maschine suggeriert. Das iPhone erfüllte dieses Versprechen. Es ist der radikale Ausdruck einer Hybridkultur, es hat unser Verhältnis zur Welt revolutioniert, weil auf einmal alles verfügbar war: Nachrichten, Musik, Menschen, echte Wirklichkeit, künstliche Wirklichkeit, Spiele, Filme, alles, alles, alles sofort und jederzeit. Dieses Gerät schien die anthropologische Konstante aufzulösen, dass Fleisch weich und Metall hart ist, dass der Mensch ein Wesen hat und die Maschine nicht.

Dieses Gerät ist animiert, es wird durch Zärtlichkeit gleichsam Teil der Familie. Es verändert, wie wir uns bewegen, auf der Straße etwa, wo nun gebeugte Machtmenschen wandeln, die auf Empfang oder E-Mails warten, eine Ikonografie dieser Zeit. Dieses Ding bedeutet beinahe schon eine Erweiterung von Körper und Geist. Und dass sich das für seine Besitzer so anfühlt, liegt daran, dass es sich so schlicht bedienen lässt: in einer Hand liegend, per Daumendruck.

Das iPhone ist eine kapitalistische Waffe, die sich tarnt, indem sie cool ist. Es vergisst nicht, es speichert und verknüpft – du bist, was du kaufst, weil die Maschine dich besser kennt als du selbst. Darum symbolisieren Apple als Firma, das iPhone als Gerät und Steve Jobs als Person die Jahre, in denen sich die Welt öffnete und wieder verschloss.

TERRY SCHMITT / PICTURE ALLIANCE / LANDOV



Unternehmer Jobs 1999: Er war kein Erfinder und Schöpfer, er war ein Perfektionierer

Es war ja immer um Offenheit gegangen im Silicon Valley; lange her. Um Austausch von Daten und Programmen war es gegangen, um Spaß und Fortschritt für alle, Apple war die Heldenfirma gewesen. Die Realität der vergangenen zehn Jahre aber war Umgrenzung, auch die Abkoppelung der Ideologie des Konsums von der Idee der Freiheit. Apple 2011 schützt sich, seine Apps stehen vor dem Internet wie eine Gated Community vor der Stadt, und Apple ist ein wenig wie China.

Die Reise des Steve Jobs machte ihn vom Nerd zum Magier, da erging es ihm wie Bill Gates von Microsoft und Mark Zuckerberg von Facebook. Aber er wurde auch vom Außenseiter zum symboli-

schen Alleinherrschер. All dies bestimmt das Verhältnis von Apple zum Menschen; dann gibt es da noch das Verhältnis von Apple zur Kultur.

Steve Jobs war immer schon Musik-Fan gewesen. Apple hatte er auch nach Apple Records benannt, der Plattenfirma der Beatles. Dass die ihn 1978 verklagten, ist eine Ironie der Apple-Geschichte, Beatles-Apple wollte Jobs-Apple verbieten lassen, den Namen zu benutzen. Nach vielen Gerichtsstreitereien siegte Apple 2006, und erst 2010 gaben die Beatles ihre Songs zum legalen Download frei, als letzte große klassische Band.

Auf den ersten Blick war das Geniale des iPods seine Einfachheit. 1000 Songs, die man in die Tasche stecken kann. So stellte Jobs ihn im Oktober 2001 vor, ein kleines weißes Ding mit fünf Tasten und einem Display, groß genug, eine CD-Sammlung aufzunehmen.

Meilensteine Steve Jobs' wegweisende Entwicklungen

1984 Macintosh
Jobs stellt den unter seiner Projektleitung entwickelten Apple Macintosh vor. Das Konzept einer grafischen Benutzeroberfläche mit Maussteuerung wird Standard für die gesamte PC-Welt.



DER SPIEGEL

1985 Next
Nach seiner Trennung von Apple gründet Jobs die Firma Next. Das dort entwickelte zukunftsweisende, auf Unix basierende Betriebssystem NextStep soll sich später als vielleicht bedeutendste Entwicklung unter Jobs' Führung erweisen. Nach dessen Rückkehr zu Apple 1997 wird das neue Mac-Betriebssystem OS X auf der Grundlage von NextStep vorangetrieben, dessen Weiterentwicklung heute auch iPhone und iPad steuert.



1986 Pixar
Steve Jobs kauft das Animationsstudio Pixar. Dort treibt er die Entwicklung der Animations-Software Renderman voran, die später auch Bestandteil von NextStep wird. Heute gilt Renderman als Industriestandard in der 3-D-Computergrafik.



1995 „Toy Story“
Der erste komplett computergestaltete Spielfilm „Toy Story“, eine Co-Produktion mit Disney, wird ein Kinoerfolg. 2006 verkauft Jobs Pixar an Disney und zieht als größter Einzelaktionär in den Disney-Verwaltungsrat ein.



Darum ging es damals noch: CD-Sammlungen. Auch lange her.

Aber der iTunes Store, den Apple im April 2003 eröffnete, war der eigentliche Coup. Alle großen gebeutelten Plattenfirmen waren bereit, ihre Musik zum legalen, bezahlten Download bereitzustellen, mit einem einheitlichen Preis: ein Song für 99 Cent. 200 000 Songs waren es zum Start.

Deshalb lag das Revolutionäre des iPods unter seiner weißen Oberfläche. Nicht das Gerät war entscheidend. Jobs und Apple bewiesen, dass im Internet viel Geld durch die Vertriebskanäle fließen kann. Der Buchmarkt, die Filmindustrie, Medien aller Art folgen langsam ihrem Beispiel, all das ist längst Alltag, aber das System ist noch nicht einmal zehn Jahre alt. 16 Milliarden Songs sind bis heute weltweit über den iTunes Store heruntergeladen worden.

Es sind schnelle Zeiten, manches, was im 20. Jahrhundert unvorstellbar war, ist normal geworden. Die Shuffle-Funktion des iPods, die Zufallstaste, löste jene Verbindungen auf, die die Lieder zuvor im Rahmen eines Albums festgehalten hatten. Heute kann jeder in seiner Musiksammlung herumspringen, es muss keine Platte mehr umgedreht, keine CD mehr gewechselt werden. Die Plattensammlung, jahrzehntelang Distinktionsmerkmal, hat als Erkennungszeichen ausgedient; die Suche nach Geheimwissen, die den Pop angetrieben hatte, ist beendet, Musik ist nur noch Musik, zufällig und bunt wie die menschlichen Silhouetten mit den weißen Kabeln, die auf den iPod-Werbeplakaten tanzen.

Und das Design von Apple ist so sehr Inbegriff von Coolness, dass man leicht vergisst, dass die Firma auch das vermeintliche Gegenteil in die Technikwelt gebracht hat: Freundlichkeit, Zugänglichkeit, Menschlichkeit. Macintosh-Computer begrüßten in den frühen achtziger Jahren ihre Benutzer beim Einschalten mit

einem lächelnden Gesicht. Das Symbol war nur 32 mal 32 schwarz-weiße Pixel groß, aber es war ja tatsächlich ein Symbol: für ein Gerät, das eine Beziehung zu seinem Benutzer herstellt, das diesem zu Diensten ist, das das Leben und die Arbeit leicht und zur Lust macht.

Dieser Happy Mac erfüllte beide Bedeutungen des Wortes „Icon“: als Piktogramm, aber auch als Ikone eines neuen Computerzeitalters; und viele Benutzer erinnern sich noch heute mit warmen Gefühlen an diesen Computer, der sie anlächelte oder, im Falle eines Problems, traurig schaute.

Dieser Anthropomorphismus hätte nicht funktioniert, er hätte keine Wirkung haben können, wenn er nicht eine Entsprechung im Wesen des Computers gehabt hätte: Dass Apple es geschafft hat, Technik begehrswert zu machen, lässt sich nicht davon trennen, dass Apple es geschafft hat, Technik begreifbar zu machen. Der Nutzer sollte nicht mehr die Sprache des Gerätes lernen müssen; die Geräte lernen die Sprache des Nutzers.

Die Spracherkennung des neuen iPhone 4S, das am Tag vor Jobs' Tod vorgestellt wurde, ist ein vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung und die Verwirklichung des Traums, dass wir mit Geräten reden können wie mit Menschen. Dass wir ihnen sagen können: „Rufe Mutter an“ oder „Wie wird das Wetter am Wochenende in München?“ – und sie verstehen uns und erledigen das. Das Hauptproblem im Umgang mit Computern ist ja schon lange nicht mehr, dass sie etwas nicht könnten; es war nur so kompliziert, ihnen mitzuteilen, was wir von ihnen wollen.

Steve Jobs war vom ersten Tag bis zum vergangenen Mittwoch angetrieben vom Wunsch, die Verständigung zwischen Mensch und Maschine zu erleichtern. Ein frühes Beispiel war die Technologie des „Drag & Drop“, die von Apple bei den

frühen Macintosh-Computern implementiert wurde: Ein Benutzer nimmt eine Datei durch einen Klick mit der Maus auf und zieht sie an einen anderen Ort, wo er sie fallen lässt – um sie zu löschen, in den „Papierkorb“ oder auf den „Schreibtisch“ zu legen. All das ist inzwischen so normal, dass wir längst vergessen haben, diesen Schreibtisch und diesen Papierkorb als virtuell zu begreifen.

Heute ist die Unmittelbarkeit der Verbindung zwischen den Bewegungen des Nutzers und den Bewegungen im Gerät noch weiter fortgeschritten: Auf dem berührungssempfindlichen Bildschirm eines iPhones oder iPads manipuliert der Mensch scheinbar unmittelbar den Inhalt. Dinge, die nur in digitaler Form vorhanden und durch Pixel repräsentiert sind, werden real, angeblich.

Das betrifft auch Manipulationen, die keine unmittelbaren Entsprechungen in der analogen Wirklichkeit haben: Das Vergrößern von Bildern, Karten, Inhalten jeglicher Art durch das Spreizen zweier Finger, ist für jeden Smartphone-Besitzer eine so intuitive und alltägliche, fast zwingende Geste geworden, dass es vorkommt, dass Menschen vor gedruckten Fahrplänen in Bahnhöfen stehen und vergebens versuchen, die kleine Schrift mit den Fingern zu vergrößern.

Geht nicht? Geht doch sonst immer!

Es gibt viele Gründe, warum das iPad die Augen von Verlegern zum Strahlen bringt, und einige haben mit der eingebauten Registrierkasse zu tun. Aber einer ist zweifellos auch die Faszination dafür, dass man digitale Versionen von realen Dingen wie Zeitungen und Magazinen mit den Fingern steuern kann, als wären sie körperlich vorhanden. Und vielleicht sogar: noch strahlender, echter als auf Papier, ruckelfrei und hochauflösend. Selbst ein schnödes PDF, der Inbegriff eines spießigen Dokuments, wird in diesem Gerät lebendig – dank der brillanten Darstellung und der Manipulierbarkeit





POLARIS / LAF

Ehepaar Jobs im Juni: „Sogar Menschen, die in den Himmel kommen wollen, wollen dafür nicht sterben“

durch den Betrachter, der ja eben Benutzer ist.

Das wird bleiben von Steve Jobs und Apple, was auch immer aus seiner Firma und ihren Produkten nun werden wird: Er hat Technologie begreifbar und begehrenswert gemacht. Den Traum hatten die Menschen schon lange; in jeder Folge von „Raumschiff Enterprise“ gibt es Beispiele für solche Wünsche.

Nun ist es möglich. Für zukünftige Generationen wird es selbstverständlich sein, dass sie Dinge anfassen können, obwohl diese digital sind.

Und so hat Steve Jobs das Problem der Vereinzelung gelöst, das der Moderne immer anhing: Er hat das „i“, das „Ich“ zum positiven Signet gemacht.

Die Frage ist, wie individuell dieses „Ich“ noch ist. Ist das frei oder doch eher heimatlos, wenn jeder, der in diesem ewigen Überall mit trennt, sein Büro und seinen Alltag selbst gestalten muss? Und was bedeutet es, wenn dieses „Ich“ ein Maximum an Einheitlichkeit spiegelt? Gab es in der Produktgeschichte jemals zuvor ein Gerät, das so schlicht und uniform war wie Apple-Computer? Wer nicht zur digitalen Boheme gehört, wer von außen auf diese globalisierten Nomaden blickt, dürfte es ganz schön befremdlich finden, dass all die tollen Ideen und Designs so oft den immer gleichen Geräten entspringen.

Apple-Computer sind, ganz wörtlich, ein Spiegel, wir sehen uns im Bildschirm, wenn er schwarz ist, und wenn er eingeschaltet ist, sehen wir uns in den Brechungen, Reflexen, Referenzen, die wir Apps nennen.

Apple-Computer sind Narzissmus-Instrumente, die paradox funktionieren: Sie schließen uns ab von der Welt und eröffnen sie uns.

Offen ist, wie all das nun weitergehen wird. Vor allem vier Konzerne ringen um die kommerzielle Herrschaft im Internet: Apple, Google, Amazon und Facebook. Bislang hatte jeder der Giganten sein eigenes Revier. Google regierte über die Suche im Netz, Facebook über die soziale Interaktion, Amazon über den digitalen Handel, und Apple verkaufte die Geräte. Doch sie alle wildern in den Revieren der anderen, sie alle wollen den Konsum im Netz kontrollieren, und jeder will jeden besiegen.

Längst kopieren Facebook und Google das Prinzip Jobs und verschaffen sich Platz im Leben der Kunden. Mit der Zusammenführung von E-Mail, Chat, sozialem Netzwerk, Musikbörse, Nachrichtensammelstelle oder Freundschaftsverwaltung werden sie für die Nutzer ebenfalls zum Teil von deren Lebenswelt.

Google will in riesigen Rechenzentren bald die Geschicke von einer Milliarde Menschen steuern, die einer virtuellen Wolke ihre Termine, Adressen, Bankdaten, Videos, Fotos oder Musik anvertrauen. Das Facebook-Imperium hat Timeline geboren, eine Mischung aus Kalender und Tagebuch, die das ganze Leben protokollieren soll; das wird Geld wert sein, viel Geld: Das Kaufverhalten, die Wünsche, das Lebensgefühl der Kunden werden erfasst werden.

Apples Erfolg wird mit dem Erfolg seiner Geräte stehen und fallen. Die Kunden sind treu und leidensfähig, das iPhone 4 wurde trotz seiner Empfangsprobleme zum Verkaufsschlager; aber Apple ist sei-

nen Konkurrenten technisch nicht mehr weit voraus. Andere Telefone bieten inzwischen mehr Speicherplatz und Kamerafunktion als das iPhone, aber noch immer weniger Image. Kann das lange gutgehen? Nachdem Apples neuer Boss Tim Cook das Nachfolgemodell des iPhone 4 vorgestellt hatte, sackte Apples Börsenkurs zeitweise um fünf Prozent ab.

Kartellvorwürfe, Datenschützärger und der Kampf um Patente machen Apple zu schaffen. Die Android-Software von Google gewinnt Marktanteile. Apple ist zur Sensation verdammt.

Junge Menschen, die bei Apple arbeiten und wegen scharfer Schweigeklauseln in ihren Verträgen nur anonym von ihrer Firma erzählen, sagen, dass vieles passieren könne: Ein Ausbruch von Kreativität, das Ende der Angst und eine effektive Füh-

Der Technologie-Trendsetter ...

Apple: eine der wertvollsten Marken der Welt. Vom reinen Computerhersteller hat sich Apple zu einem Medienkonzern entwickelt und kassiert selbst beim Verkauf von fremden Inhalten. Mit iCloud, iPad und iPhone versucht Apple, beim mobilen Internet neue Standards zu setzen.



PAUL SAKUMA / DAPD

Unternehmenswert
Marktkapitalisierung am 7. Oktober

344 Mrd. \$

Gewinn
Geschäftsjahr 2010 *

14 Mrd. \$

Mitarbeiter
Ende 2010

46 600

* endet September



rung könnten den Konzern stärken; der blasse Tim Cook könnte Apple zu einer Marke ohne Glanz machen; der gesättigte Markt könnte Apple zur ganz normalen Firma werden lassen. Was kann noch kommen, was braucht der Mensch noch?

Kann Apple ihn auch künftig noch überraschen?

Nicht zu unterschätzen ist, dass Apple eine Menge Hasslieben hat: die Musikwirtschaft, Großverlage oder Hollywood-Studios. Eine Geschäftsbeziehung auf Augenhöhe war Jobs fremd. Apple wirft schon mal digitale Medien aus dem iTunes Store hinaus, wenn nackte Haut zu sehen ist; das passierte dem „Stern“. Bernd Buchholz, Vorstandschef des Verlagshauses Gruner + Jahr, das auch am SPIEGEL beteiligt ist, schrieb einen Brief an die Apple-Zentrale: „I am writing to you as the CEO of Gruner + Jahr, one of Europe's largest magazine publishers ...“

Die Antwort: keine Antwort.

Und dann droht da noch der große Feind Amazon, der schon bald Tablet-Computer für 199 Dollar vertreiben will – ein Spottpreis im Vergleich zum iPad. Branchenkenner gehen davon aus, dass Amazon jedes Gerät bezuschussen muss; der Verkauf von E-Books, Filmen oder Musik soll das Geld bringen.

Wird irgendjemand helfen, wenn die Trauerwochen vorbei sind, wenn Apple dereinst Hilfe gebrauchen könnte? Im Silicon Valley hat ein Krieg um Köpfe und Ideen begonnen. Die nächste Innovation mit der Kraft eines iPhones könnte digitales Papier sein, faltbar, jederzeit verfügbar. Es wird darum gehen, wer das Fernsehen der Zukunft beherrscht. Und darum, wer die Kreditkarte ablösen kann und die perfekte digitale Art des Bezahlens anbietet.

Dunkle Wolken lagen Ende vergangener Woche über One Infinite Loop, Cupertino, Kalifornien, dem Hauptquartier. Regelmäßig gingen Schauer nieder. Die Trauernden ließen sich nicht abschrecken.

Dutzende von ihnen standen mit bunten Regenschirmen vor der kleinen Gedenkstätte neben der kalifornischen Apple-Zentrale. Ein Pappschild mit einem Foto des jungen Jobs überragte das Blumenmeer. Jobs-Zitate sind dort festgehalten: „Those people, who are crazy enough to think they can change the world are the ones who actually do.“

Steve Jobs war wieder oben, 2004, als ihm die Ärzte erklärten, dass er Krebs habe. Bauchspeicheldrüsenkrebs, wissenschaftlich Pankreaskarzinom genannt, ist eine seltene, eine besonders aggressive Krankheit mit schlechten Heilungsaussichten, oft ist der Tumor schon bei Entdeckung nicht operabel.

Ende 2008 kam es zu Komplikationen. Er benötigte eine neue Leber, schnell, um weiterleben zu können. Damals suchten 3400 Kalifornier nach einem solchen Transplantationsorgan, und es war Jobs klar, dass die meisten nicht rechtzeitig eines finden würden. Und so machte Jobs, was sich nur Millionäre leisten können: Er bereiste Amerika, um nach einer Leber zu suchen, überall ließ er sich untersuchen, auch mit dem Ziel, sich auf möglichst viele Wartelisten für Spenderorgane setzen zu können.

Im März 2009 fand Jobs seine Leber in Memphis, Tennessee, wo er vier Stunden später mit dem Privatjet landete und wo ihm die Leber eines Unfalltoten, Mitte zwanzig, eingesetzt wurde.

Jobs erholte sich schnell, und als er, wieder bei Kräften, im Dezember 2009 auf einer Weihnachtsfeier neben Maria Shriver saß, der Ehefrau des damaligen Gouverneurs Arnold Schwarzenegger, erklärte er ihr, dass Kalifornien etwas gegen den Mangel an Spenderorganen unternehmen müsse. Es bedürfe schnell eines neuen Gesetzes, das die Zahl der Organ-spender erhöhe. Sie solle das ihrem Mann sagen. „Er hatte das Gefühl, dass bei ihm alles schneller ging, einfach nur, weil er

Geld hatte“, sagt Schwarzenegger. „Das wollte er ändern. Er wollte, dass alle die Chance haben, die er hatte.“

Steve Jobs war keiner, der mit den Schwarzeneggers über sein Leid redete, über Ängste, den nahenden Tod. Er war, so erinnert sich Schwarzenegger, „professionell, zielbewusst“. Ein gutes halbes Jahr dauerte es, bis das Gesetz verabschiedet wurde, einstimmig, ein Ergebnis der Lobbyarbeit von Steve Jobs. Von nun an muss sich jeder Kalifornier in seinem neuen Führerschein festlegen, ob er Organe spenden will oder nicht.

Jobs war dabei, als Schwarzenegger das Gesetz im Oktober 2010 unterzeichnete, es war einer seiner letzten Auftritte. Jobs sah schlecht aus, geschwächt, er redete nur kurz, verhuscht, er sagte, das neue Gesetz könne für viele Menschen ein „wertvolles Geschenk namens Leben“ bedeuten. Nach der Diagnose hielt Steve Jobs sieben Jahre lang durch.

Schon 2005, bei seiner Rede vor den Studenten von Stanford, hatte er gesagt: „Niemand will sterben. Sogar die Menschen, die in den Himmel kommen wollen, wollen dafür nicht sterben.“ Dennoch sei der Tod „wohl die mit Abstand beste Erfindung des Lebens“. Er sei der Katalysator des Wandels, eine bessere Motivation als die Sterblichkeit gebe es nicht. Der Tod, sagte Jobs, „räumt das Alte weg, damit Platz für Neues geschaffen wird“.

PHILIP BETHGE, RAFAELA VON BREDOW,
KLAUS BRINKBÄUMER, GEORG DIEZ,
ULLRICH FICHTNER, DIETMAR HAWRANEK,
MARC HUJER, STEFAN NIGGEMEIER,
MARTIN U. MÜLLER, TOBIAS RAPP,
GREGOR PETER SCHMITZ, HILMAR SCHMUNDT,
MARTIN WOLF



Video: Wie Steve Jobs das

Apple-Design prägte

Für Smartphone-Benutzer:
Bildcode scannen, etwa mit
der App „Scanlife“.

... und seine Rivalen mit ihren Konzernlenkern

Marktführer bei Internet-suchmaschinen. Dank des Geschäftserfolgs mit stichwortbasierter Werbung bietet Google inzwischen verschiedene Dienste an; das Android-Betriebssystem bietet iPhone-Konkurrenten eine starke Basis. Mit YouTube ist Google Marktführer beim Bewegtbild im Netz.



Internetversandhändler, anfangs für Bücher, mittlerweile auch für viele andere Waren. Download-Angebote für Musik und Film stehen in direkter Konkurrenz zu Apples iTunes. Mit dem Kindle erwächst auch dem iPad ernste Konkurrenz.



Soziales Netzwerk. Verdient sein Geld mit an Nutzerangaben angelehnte Werbung. Die persönlichen Daten sollen Einblicke in das Kaufverhalten, die Wünsche, das Lebensgefühl der Kunden geben. Einstieg ins E-Commerce-Geschäft nicht ausgeschlossen.



Unternehmenswert
Marktkapitalisierung am 7. Oktober

166 Mrd. \$

Gewinn
Geschäftsjahr 2010

8,5 Mrd. \$

Mitarbeiter
Ende 2010

24 400

PAUL SAKUMA / AP

Larry Page

SPENCER PLATT / GETTY IMAGES



Unternehmenswert
Marktkapitalisierung am 7. Oktober

102 Mrd. \$

Gewinn
Geschäftsjahr 2010

1,2 Mrd. \$

Mitarbeiter
Ende 2010

33 700



JUSTIN SULLIVAN / GETTY IMAGES

Unternehmenswert
geschätzt

80 – 100 Mrd. \$

Gewinn
2010 (geschätzt)

0,6 Mrd. \$

Mitarbeiter
geschätzt

über 2000

DER SPIEGEL



Designer Ive, Konzernlenker Jobs 2002

MICHAEL O'NEILL / CORBIS OUTLINE

J OBS U ND I VE

VON WALTER ISAACSON

Im September 1997, kurz nachdem Jobs seinen Posten als iCEO angetreten hatte, rief er seine Führungsmannschaft zu einem Motivationsvortrag zusammen. Unter den Zuhörern befand sich auch der Leiter der Design-Abteilung, ein 30 Jahre alter, sensibler und gleichzeitig leidenschaftlich engagierter Brite. Jonathan Ive, der von allen nur Jony genannt wurde, war drauf und dran zu kündigen. Er hatte die Nase voll davon, dass die Firma sich vor allem mit Profitmaximierung beschäftigte anstatt mit Produktdesign. Der Vortrag von Jobs jedoch brachte ihn dazu, seine Pläne zu überdenken. „Ich erinnere mich sehr genau daran, wie Steve verkündete, dass unser Ziel nicht allein darin bestehe, Geld zu verdienen, sondern darin, tolle Produkte herzustellen“, erinnerte sich Ive. „Und Entscheidungen, die man auf dieser Grundlage trifft, sind vollkommen andere als jene, die wir bisher bei Apple getroffen hatten.“ Aus der bald folgenden Verbindung zwischen Ive und Jobs entstand eine der wichtigsten Kooperationen ihrer Zeit auf dem Gebiet des Industriedesigns.

Ive stammte aus Chingford, einer Stadt am Nordostrand von London. Sein Vater war Silberschmied und lehrte am örtlichen College. „Er war ein großartiger Handwerker“, erinnerte sich Ive. „Als Weihnachtsgeschenk verbrachte er mit mir immer einen ganzen Tag allein in seiner Werkstatt am College, während der Weihnachtsferien, wenn sonst niemand dort war. Und er half mir dabei, etwas herzustellen, das ich mir erträumt hatte.“ Die einzige Bedingung war, dass Jony von Hand zeichnen musste, was er plante. „Ich hatte immer ein Empfinden für die Schönheit handgemachter Dinge. Ich verstand, dass eine Sache letztlich wirklich wichtig war: die darin investierte Sorgfalt. Und es gibt etwas, das ich wirklich verachte: wenn ich das Gefühl habe, dass man bei einem Produkt nachlässig war.“

Ive begann sein Studium am Newcastle Polytechnic (heute die Northumbria University) und arbeitete während seiner Freizeit und in der Sommerpause bei einer Beratungsfirma für Design. Er entwarf unter anderem einen Stift, auf dem oben eine kleine Kugel befestigt war, an der man beim Schreiben einfach nur zum Spaß herumspielen konnte. Das sollte dazu führen, dass der Benutzer eine spielerisch-emotionale Beziehung zu dem Stift aufbaute. Seine Abschlussarbeit war eine Kombination aus Mikrofon und Kopfhörer – einfach in weißem Plastik gehalten –, die zur Verständigung mit hörgeschädigten Kindern diente. Seine Wohnung war vollgestellt mit Schaummodellen, mit denen er seine Designs perfektionierte. Außerdem entwarf er einen Geldautomaten und ein Telefon mit geschwungener Form; mit beiden Entwürfen gewann er Preise der Royal Society of Arts. Im Gegensatz zu anderen Designern produzierte er nicht einfach nur schöne Zeichnungen, sondern legte auch einen Schwerpunkt auf den späteren Produktionsprozess und die Funktionsweise der inneren Komponenten. Die Möglichkeit, während des Studiums an einem Macintosh zu arbeiten, war für Ive eine regelrechte Erleuchtung: „Ich entdeckte den Mac für mich, und ich merkte, dass ich mit den Leuten, die dieses Produkt entwarfen, etwas verband“, erinnerte er sich. „Ich verstand mit einem Mal, was eine Firma ausmachte beziehungsweise was eine Firma ausmachen sollte.“

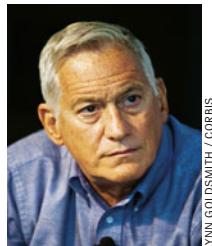
Nach seinem Abschluss arbeitete Ive am Aufbau einer Londoner Design-Firma namens Tangerine mit, die später einen Beratervertrag mit Apple abschloss. 1992 zog er nach Cupertino und trat dort eine Stelle in der Design-Abteilung von Apple an. 1996, im Jahr vor Jobs' Rückkehr, wurde er Leiter der Abteilung, war jedoch nicht zufrieden. Gil Amelio hatte für Design nicht viel übrig. „Man hatte nicht mehr das

Walter Isaacson bekam im Frühsommer 2004 einen Anruf, der sein Leben verändern sollte. Steve Jobs war am Apparat, der Apple-Gründer. Isaacson kannte ihn noch aus der Zeit als Chefredakteur des US-Magazins „Time“. Jetzt leitete er das einflussreiche Aspen-Institut in Washington. Isaacson schlug Jobs vor, auf dem Sommer-Campus in Colorado einen Vortrag zu halten. Jobs aber hatte eine andere Absicht: Er wollte mit ihm dort einen Spaziergang machen.

Also trafen sich die beiden, und Jobs fragte ihn, ob er Lust habe, eine Biografie über ihn zu schreiben. Isaacson hatte zuvor bereits Bücher über den US-Gründervater Benjamin Franklin und das Wissenschaftsgenie Albert Einstein verfasst. Es amüsierte ihn, dass sich Jobs offenbar in einer Reihe mit ihnen sah.

Und er wunderte sich, dass der Unternehmer schon jetzt mit diesem Wunsch an ihn herangetreten war, mit Ende vierzig. Isaacson lehnte zunächst ab. „Vielleicht in einem oder zwei Jahrzehnten, wenn du im Ruhestand bist“, beschied er ihm.

Später wurde ihm klar, dass Jobs unmittelbar vor seiner ersten Krebsoperation den Kontakt gesucht hatte. Er sah, wie intensiv



der Mann mit der Krankheit kämpfte, und er erkannte, „wie tief seine Persönlichkeit in die Produkte eingebettet ist, die er geschaffen hat“. Isaacson entschied sich, die Geschichte von Steve Jobs aufzuschreiben, und zwar als „Fallstudie über Kreativität“. Innerhalb von zwei Jahren trafen sich die beiden ungefähr 50-mal, das letzte Gespräch fand vor wenigen Wochen statt.

Da besuchte Isaacson den Todkranken in dessen Haus im kalifornischen Palo Alto. Jobs war ins Schlafzimmer im Parterre gezogen, er war schon zu schwach, die Treppe hochzusteigen. Erst da stellte Isaacson die Frage, die ihn schon lange umgetrieben hatte, die Frage nämlich, warum der Apple-Gründer, dieser sonst so verschlossene Mensch, sich für dieses Buch geöffnet habe. „Ich wollte, dass meine Kinder mich kennen“, antwortete Jobs. „Ich war nicht immer für sie da, und ich wollte, dass sie die Gründe erfahren und verstehen, was ich getan habe.“

Der SPIEGEL veröffentlicht vorab ein Kapitel aus „Steve Jobs. Die autorisierte Biografie des Apple-Gründers“.

Das Buch geht mit einer Startauflage von 1,2 Millionen Exemplaren in den USA und 150 000 in Deutschland in den Handel.

Gefühl, dass wir wirklich Sorgfalt in ein Produkt investierten, denn wir waren nur darauf aus, so viel Geld wie möglich zu verdienen“, berichtete Ive. „Von uns Designern wollten sie nicht mehr als ein Modell dafür, wie etwas von außen betrachtet aussehen sollte. Und die Ingenieure waren angehalten, das Ganze so billig wie möglich herzustellen. Ich war drauf und dran zu kündigen.“

Nachdem jedoch Jobs das Ruder wieder übernommen und seinen Motivationsvortrag gehalten hatte, entschied sich Ive zu bleiben. Doch Jobs wollte zunächst einen Weltklasse-Designer von außen holen. Er verhandelte mit Richard Sapper, dem Designer des IBM ThinkPad, und mit Giorgetto Giugiaro, dem Designer des Ferrari 250 und des Maserati Ghibli I. Dann sah er sich jedoch auch einmal genauer im Design-Studio von Apple um und kam dort mit Ive, dem freundlichen, hochmotivierten und ernsthaften Leiter der Abteilung in Kontakt. „Wir diskutierten über verschiedene Zugänge zu Form und Material“, erinnerte sich Ive. „Wir waren auf der gleichen Wellenlänge. Plötzlich wurde mir klar, was ich an dieser Firma so liebte.“

Ive unterstand zunächst Jon Rubinstein, den Jobs als Leiter der Hardware-Abteilung eingesetzt hatte. Doch gleichzeitig entwickelte er eine ganz direkte und ungewöhnlich starke Beziehung zu Jobs. Sie aßen regelmäßig gemeinsam zu Mittag, und Jobs schaute kurz vor Feierabend immer noch in Ives Design-Studio vorbei, um mit ihm zu plaudern. „Jony hatte eine besondere Stellung“, berichtete Powell. „Er kam immer wieder zu uns nach Hause, und unsere Familien freundeten sich an. Steve ist ihm gegenüber nie verletzend. Die meisten Leute in Steves Leben sind ersetztbar, nicht aber Jony.“

Jobs beschrieb seine Achtung vor Ive mir gegenüber später so: „Jony hat Großes bewirkt, nicht nur bei Apple, sondern in der ganzen Welt. Er ist extrem intelligent, in jeder Hinsicht. Er versteht sowohl Geschäftsmodelle als auch Marketingkonzepte. Er eignet sich Sachen von jetzt auf gleich an, es macht einfach nur ‚klick‘ bei ihm. Er versteht mehr als sonst jemand davon, was der Kern unserer Aktivitäten ist. Wenn ich je einen Partner im Geiste bei Apple hatte, dann ist es Jony. Jony und ich denken uns die meisten Produkte gemeinsam aus und holen erst dann andere mit ins Boot, indem wir sagen: ‚Hey, was haltet ihr davon?‘ Bei jedem Produkt versteht er alles: vom großen Ganzen bis hin zum kleinsten Detail. Und ihm ist auch klar, dass Apple eine Firma ist, die Produkte herstellt. Er ist nicht nur einfach

ein Designer. Genau deshalb arbeitet er direkt für mich. Abgesehen von mir hat niemand mehr operative Befugnisse bei Apple als er. Es gibt niemanden, der ihm sagen könnte, was er zu tun hat oder dass er sich irgendwo raushalten soll. So habe ich das Ganze eingerichtet.“

Ebenso wie die meisten Designer schätzte auch Ive es, die zugrunde liegende Philosophie und die einzelnen Denkschritte, die in ein bestimmtes Design einflossen, analytisch zu durchdringen. Jobs dagegen ging an den Entwicklungsprozess eher intuitiv heran. Er hob Modelle und Zeichnungen hervor, die ihm gefielen, und warf diejenigen weg, die er nicht mochte. Ive griff diese Hinweise auf und entwarf Konzepte, die Jobs guthieß.

Ive bewunderte den deutschen Industriedesigner Dieter Rams, der für den Elektrogerätehersteller Braun tätig war. Rams’ Evangelium war der Grundsatz des „Weniger, aber besser“, und ebenso mühlen sich Jobs und Ive bei jedem neuen Entwurf mit der Frage ab, wie sie das Design noch weiter vereinfachen könnten. Von Beginn an hatte Jobs’ erste Apple-Broschüre den Grundsatz ausgegeben: „Simplicity is the Ultimate Sophistication“ („Einfachheit ist die höchste Form der Raffinesse“). Und seit dieser Zeit hatte Jobs es sich zum Ziel gesetzt, eine Form der Einfachheit zu erreichen, die darauf beruhte, Komplexität zu überwinden, nicht, sie zu ignorieren. „Es erfordert eine Menge harter Arbeit“, so Jobs, „etwas Einfaches zu schaffen, die Herausforderungen zu verstehen, die dem Ganzen zugrunde liegen, und eine elegante Lösung zu entwickeln.“

In Ive hatte Jobs einen Seelenverwandten getroffen, was seine Suche nach echter und nicht nur nach oberflächlicher Einfachheit betraf. Ive fasste einmal, als wir im Design-Studio saßen, seine Philosophie folgendermaßen zusammen: „Wie kommen wir dazu, anzunehmen, dass einfach auch gut bedeutet? Weil wir bei körperlich fassbaren Produkten das Gefühl haben müssen, diese unter Kontrolle zu haben. Indem man Komplexität ordnet, erreicht man gleichzeitig, dass sich das Produkt einem im Grunde unterordnet. Einfachheit ist nicht einfach nur ein visueller Stil. Sie bedeutet nicht einfach nur Minimalismus oder dass etwas nicht überladen ist. Einfachheit heißt, sich durch die Tiefen der Komplexität hindurchzuarbeiten. Um wirklich einfach zu sein, muss man ziemlich tief eintauchen. Wenn man beispielsweise möchte, dass etwas keine

Schrauben hat, kommt möglicherweise am Ende ein sehr verschachteltes und komplexes Produkt dabei heraus. Man geht besser so vor, die Einfachheit weiter unten, tiefer anzusetzen, das Produkt ganz zu verstehen, auch seinen Herstellungsprozess. Man muss das Wesen eines Produkts ganz und gar verstehen, damit man dazu in der Lage ist, die nicht wesentlichen Teile loszuwerden.“

Jobs und Ive teilten diese grundlegende Überzeugung. Design in diesem Sinne bezog sich nicht nur auf das äußere Aussehen eines Produkts. Es musste vielmehr das Wesen eines Produkts widerspiegeln. „Im Sprachgebrauch der meisten Leute heißt Design nichts anderes als Fassade“, sagte Jobs gegenüber „Fortune“, kurz nachdem er bei Apple das Ruder wieder übernommen hatte. „Für mich allerdings ist diese Auffassung so weit wie nur möglich entfernt von dem, was Design bedeutet. Design ist die Seele, die jedem von Menschen geschaffenen Werk zugrunde liegt und die letztendlich in aufeinanderfolgenden äußeren Schichten zum Ausdruck kommt.“

Die Folge dieser Auffassung war, dass der Design-Prozess für ein Produkt bei Apple vollständig mit der späteren Konstruktion und Herstellung verbunden wurde. Ive beschrieb dies am Beispiel eines Modells des Apple PowerMac: „Wir wollten all das loswerden, was nicht absolut notwendig war. Um das zu erreichen, war eine perfekte Zusammenarbeit zwischen Designern, Produktentwicklern, Ingenieuren und dem Team der Fertigung notwendig. Wir fingen immer wieder von vorn an, immer und immer wieder. Brauchen wir dieses Teil wirklich? Schaffen wir es, dass es die Funktion dieser anderen vier Teile übernimmt?“

Wie eng das Design eines Produkts, sein Wesen und seine Herstellung miteinander zusammenhingen, zeigte sich für Jobs und Ive besonders plastisch während einer Reise nach Frankreich. Sie gingen dort in ein Küchenfachgeschäft, und Ive griff nach einem Messer, das ihm sehr gut gefiel. Doch dann legte er es enttäuscht zurück. Jobs tat es ihm nach. „Uns fiel beiden auf, dass zwischen Griff und Klinge etwas Klebstoff zu sehen war“, erinnerte sich Ive. Sie tauschten sich darüber aus, dass man das an sich gute Design des Messers durch die Art und Weise der Herstellung ruiniert hatte. „Uns gefiel der Gedanke überhaupt nicht, dass unsere Messer zusammengeklebt sein könnten“, sagte Ive. „Sowohl für Steve als auch für mich sind solche Dinge sehr wichtig, Dinge, die die Klarheit eines Gegenstands zunichtemachen und seinem Wesen Abbruch tun. Wir sind beide einer Meinung darüber, wie Produkte gemacht sein sollten, um klar und nahtlos auszusehen.“

Bei den meisten anderen Firmen bestimmt eher die technische Planung das Design. Die Entwickler legen ihre Spezifikationen und Anforderungen dar, und die Designer liefern dann die dazu passenden Gehäuse und Hüllen. Aus Jobs' Sicht sollte dieser Prozess genau andersherum verlaufen. In der Anfangszeit von Apple war es so, dass Jobs zunächst das Gehäusedesign des Ur-Macintosh für gut befunden hatte, und die Entwickler hatten ihre Platinen und Komponenten daran anpassen müssen.

Nachdem man ihn hinausgedrängt hatte, wurden die Prozesse bei Apple wieder von der Entwicklerseite her bestimmt. „In der Zeit, bevor Steve zurückkam, sagten die Entwickler einfach: ‚Hier habt ihr das Innenleben‘ – Prozessor, Festplatte. Dann war es Aufgabe der Designer, das Ganze in eine Kiste zu pa-

cken“, sagte der Apple-Marketingleiter Phil Schiller. „Wenn man so vorgeht, kommen grässliche Produkte dabei heraus.“ Als Jobs schließlich zurückkehrte und eine Beziehung zu Ive aufbaute, verschob sich das Gewicht wieder in Richtung der Designer. „Steve versuchte uns fortlaufend davon zu überzeugen, dass Design ganz wesentlich dafür sei, uns erfolgreich werden zu lassen“, so Schiller. „Jetzt bestimmte wieder das Design die technische Planung und nicht umgekehrt.“

Manchmal konnte dies jedoch auch nach hinten losgehen. So bestanden Jobs und Ive etwa darauf, für den Rahmen des iPhone 4 ein massives Bauteil aus gebürstetem Aluminium zu verwenden, obwohl die Entwickler Bedenken hatten, dass damit die Leistung der Antenne beeinträchtigt werde. Doch normalerweise war es gerade die Unverwechselbarkeit des Designs – für den iMac, das iPhone und das iPad –, die Apple herausragen ließ und für den Erfolg des Unternehmens nach Jobs' Rückkehr verantwortlich war.

Im Innern des Studios

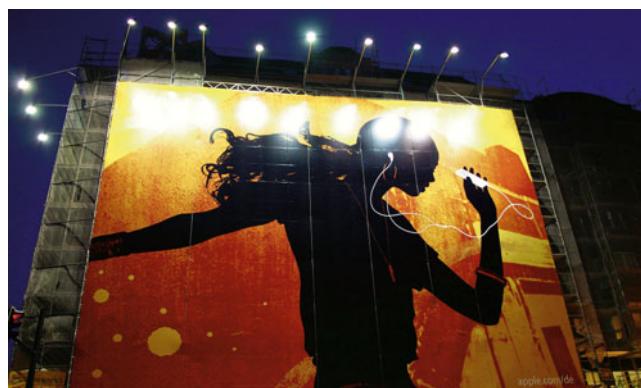
Das Design-Studio, von dem Jony Ive aus regiert, liegt im Erdgeschoss des Gebäudes am Infinite Loop 2 auf dem Apple-Campus. Es ist nach außen abgeschirmt durch getönte Scheiben und eine verschlossene, gepanzerte Tür. Dahinter befindet sich ein Empfangsschalter hinter einer Glasscheibe, von wo aus zwei Mitarbeiter den Zugang kontrollieren.

Selbst den meisten Apple-Angestellten ist es nicht erlaubt, dort herumzulaufen. Ein Großteil der Interviews, die ich mit Jony Ive für dieses Buch führte, fand anderswo statt. Doch eines Tages im Jahr 2010 richtete er es schließlich ein, dass ich mir einen Nachmittag lang das Studio ansehen konnte, und wir sprachen darüber, auf welche Weise er und Jobs dort zusammenarbeiten.

Links neben dem Eingang befindet sich ein mit den Schreibtischen junger Designer vollgestelltes Großraumbüro. Rechts befindet sich der höhlenartige Hauptaum, in dem sechs lange Stahltücher stehen. Hier werden laufende Arbeiten ausgestellt, und es kann mit ihnen herumgespielt werden. Hinter dem Hauptaum befindet sich ein Studio für computergestütztes Design mit zahlreichen Arbeitsplätzen, und von dort geht es weiter in einen Raum mit Spritzgussmaschinen, die Schaummodelle nach den Entwürfen auf den Monitoren herstellen. Dahinter liegt eine robotergesteuerte Spritzlackkammer, in der den Modellen ein reales Aussehen verpasst wird. Der Gesamtanblick wirkt spartanisch und industriell, mit einer grauglänzenden Innenausstattung aus Metall. Die Bäume werfen von draußen bewegte Muster aus Licht und Schatten auf die getönten Scheiben. Man hört Jazz und Techno als Hintergrundmusik.

Praktisch jeden Tag, sofern Jobs gesund war und ins Büro kam, aß er mit Ive zu Mittag und schaute am Nachmittag dann im Studio vorbei. Wenn er hereinkam, hatte er sofort den Überblick über die Tische und sah das ganze Spektrum an Produkten, die gerade in Planung waren. Er konnte direkt erspüren, ob und wie sie in die Strategie von Apple hineinpassen. Er konnte mit seinen Fingern das in Entwicklung befindliche Design befühlen und begreifen.

Normalerweise gingen die beiden immer allein herum. Die anderen Designer schauten nur kurz von ihrer Arbeit auf, hielten ansonsten aber respektvolle Distanz. Wenn Jobs ein spezielles Anliegen hatte, konnte es durchaus sein, dass er den Leiter des mechanischen Designs oder einen anderen Stellver-



Apple-Werbung in Berlin 2005

SABA LUDWIG

treter von Ive zu sich rief. Wenn er sich für etwas begeisterte oder einen Geistesblitz zur Unternehmensstrategie hatte, bat er auch gern einmal COO Tim Cook oder Marketingleiter Phil Schiller, herüberzukommen und sich ihnen anzuschließen.

Ive beschreibt den ganzen Ablauf so: „Dieser große Raum ist der einzige Ort in der ganzen Firma, wo man sich einfach nur umzuschauen braucht und alles sieht, was wir gerade in Arbeit haben. Wenn Steve hereinkommt, setzt er sich erst einmal an einen Tisch. Und wenn wir gerade zum Beispiel an einem neuen iPhone arbeiten, dann greift er sich einen Hocker und spielt mit den verschiedenen Modellen herum, wiegt sie in der Hand und äußert sich dazu, welches ihm am besten gefällt. Danach schaut er noch an den anderen Tischen vorbei, nur er und ich, um zu sehen, in welche Richtung es mit den anderen Produkten weitergeht. Auf diese Weise bekommt er einen Eindruck vom gesamten Spektrum der Firma, vom iPhone, vom iPad, vom iMac und dem Laptop, von allem, worüber wir gerade nachdenken. So sieht er, wo die Firma ihre Energie investiert und wie die Dinge miteinander verbunden sind. Und es gibt ihm die Möglichkeit, Fragen zu stellen wie: ‚Ist das hier wirklich sinnvoll, denn eigentlich wachsen wir in dem Bereich da drüben sehr stark?‘ Er kann hier die Dinge und ihr Verhältnis zueinander sehen. Und das ist etwas, was in einer großen Firma ziemlich schwer zu erreichen ist. Indem er die

Modelle auf diesen Tischen betrachtet, sieht er drei Jahre in die Zukunft. Ein großer Teil des gesamten Design-Prozesses besteht aus Gesprächen, aus dem Hin und Her beim Rundgang um die Tische und dem Spiel mit den Modellen. Er mag es nicht, komplexe Zeichnungen zu entziffern. Er möchte die Modelle sehen und anfassen können. Und da hat er recht. Es überrascht mich immer wieder, wenn wir ein Modell bauen und dann schließlich merken, dass es Müll ist, obwohl es als CAD-Rendering wirklich toll aussah. Er kommt auch deshalb sehr gern hierher, weil es hier ruhig und gemächlich zugeht. Ein wahres Paradies für einen visuell orientierten Menschen. Es gibt keine formellen Entwurfsprüfungen und somit auch keine festen Zeitpunkte für wichtige Entscheidungen. Stattdessen treffen wir Entscheidungen aus dem Fließen heraus. Und weil wir das jeden Tag immer wieder tun und niemals blödsinnige Präsentationen veranstalten, entwickeln wir auch keine größeren Meinungsverschiedenheiten.“

An diesem Tag überwachte Ive die Entwicklung einer neuen europäischen Steckerverbindung für den Macintosh. Man hatte mehrere Dutzend Modelle, die jeweils nur in kleinsten Details von einander abweichen, zur Prüfung hergestellt und lackiert. In mancher Augen mag es vielleicht seltsam erscheinen, dass der Leiter einer Design-Abteilung sich über so etwas Gedanken macht, doch selbst Jobs war in die Sache involviert. Seit der Zeit, als Jobs ein spezielles Netzteil für den Apple II hatte bauen lassen, war für ihn nicht nur die Konstruktion, sondern auch das Design solcher Komponenten von Bedeutung. Er wurde namentlich erwähnt im Patent für das mobile Netzteil des MacBook ebenso

wie für die magnetische Steckerverbindung, die mit einem befriedigenden Klicken einrastet. Tatsächlich wird sein Name Anfang 2011 als Inhaber von 212 unterschiedlichen US-Patenten genannt.

Ive und Jobs beschäftigten sich selbst intensiv mit der Verpackung diverser Apple-Produkte und ließen diese patentieren. Das US-Patent mit der Nummer D558 572 etwa, erteilt am 1. Januar 2008, bezieht sich auf die Box für den iPod nano. Auf den vier zum Patent gehörigen Zeichnungen ist zu sehen, wie das Gerät beim Öffnen der Box in einer Schale liegt, die es exakt aufnimmt. Das Patent mit der Nummer D596 485, ausgestellt am 21. Juli 2009, schützt die Verpackung des iPhone, mit einem stabilen Deckel und einem kleinen glänzenden Plastikeinsatz im Innern.

Mike Markkula war derjenige, der Jobs schon früh gelehrt hatte, zu „imputieren“ – zu begreifen, dass die Leute ein Buch tatsächlich nach dem Cover beurteilen – und infolgedessen sicherzustellen, dass die Verpackungen von Apple immer eines ausstrahlten: Im Innern befindet sich ein wertvoller Edelstein. Ob es sich nun um einen iPod mini oder ein MacBook Pro handelt: Alle Apple-Kunden kennen das Gefühl, wenn sie die hochwertig verarbeitete Verpackung öffnen und das auf einladende Art und Weise darin eingepasste

Produkt vorfinden. „Steve und ich haben eine Menge Zeit auf die Verpackungen verwendet“, so Ive. „Ich mag es sehr, etwas auszupacken. Man entwirft ein Ritual des Auspackens, um einem Produkt etwas Besonderes zu verleihen. Eine Verpackung kann wie Theater sein, sie kann eine Geschichte erzählen.“

Ive besitzt das sensible Naturell eines Künstlers. Doch von Zeit zu Zeit ärgerte er sich auch darüber, dass Jobs zu viel Ruhm für sich einstrich, eine Angewohnheit, an der auch andere Weggefährten sich über die Jahre hinweg immer wieder gestört haben. Seine freundschaftlichen Gefühle für Jobs waren zeitweise so stark, dass er sich leicht verletzen ließ. „Es kommt vor, dass er im Lauf eines Prozesses meine Ideen begutachtet und sagt: ‚Das ist gut, das ist nicht so gut, aber das mag ich‘“, so Ive. „Und später sitze ich im Publikum, und er stellt das Ganze so vor, als sei es seine Idee. Ich achte wahnsinnig genau darauf, wo eine Idee herkommt, und führe sogar Notizbücher, in die ich meine Ideen eintrage. Es tut mir deshalb weh, wenn er den Ruhm für meine Designs erntet.“ Ive reagierte außerdem

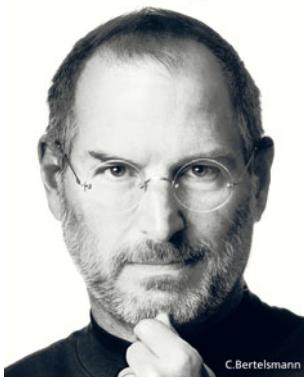
äußerst gereizt darauf, wenn Außenstehende Jobs als den Ideengeber bei Apple darstellten. „So etwas macht uns als Firma angreifbar“, sagte Ive ernsthaft, aber mit leiser Stimme. Nach einer Pause hebt er jedoch anerkennend hervor, welche Rolle Jobs tatsächlich spielt. „Es gibt so viele andere Firmen, in denen Ideen und große Designs im Lauf des Prozesses verlorengehen“, sagte er. „Die Ideen, die ich und mein Team liefern, wären einfach vollkommen irrelevant, sie wären im Nirgendwo gelandet, wenn Steve nicht gewesen wäre, wenn er uns nicht gefördert und mit uns gearbeitet hätte, wenn er nicht all die Widerstände überwunden hätte, um aus Ideen schließlich Produkte werden zu lassen.“ ♦



Apple-Geschäft in Boston

Walter Isaacson
Steve Jobs

Die autorisierte Biografie des Apple-Gründers



WALTER ISAACSON
„Steve Jobs. Die autorisierte Biografie des Apple-Gründers“
Aus dem amerikanischen Englisch von Antoinette Gittinger, Oliver Grasmück, Dagmar Mallett, Elfi Martin, Andrea Stumpf, Gabriele Werbeck.
704 Seiten; 24,99 Euro. Erscheint am 27. Oktober im C. Bertelsmann Verlag, München



Weltbank-Chef Zoellick, IWF-Chefin Lagarde, Kanzlerin Merkel: Beratungen über neues Radikalprogramm

FINANZKRISIE

Das zweite Beben

Wieder trauen die Banken einander nicht mehr, wieder pumpt die Zentralbank Geld in den Markt: Die Krise strebt einem neuen Höhepunkt zu. Um das Schlimmste zu verhindern, erwägen Europas Politiker, den Kreditinstituten zwangsweise Kapital zuzuführen.

Es gab kein Abschiedsgeschenk und keinen Blumenstrauß, nur ein paar lobende Worte von Bundesbank-Präsident Jens Weidmann. Betont nüchtern ging es zu, als Jean-Claude Trichet am vergangenen Donnerstag seinen letzten Auftritt nach einer Ratssitzung der Europäischen Zentralbank (EZB) hatte.

Der Franzose bekannte knapp, dass ihn die Huldigung des deutschen Kollegen „tief bewegt“ habe. Dann wandte sich Trichet, der sein Amt als Chef der Währungshüter Ende des Monats an den Italiener Mario Draghi abgibt, dem neuesten Problemfall der Euro-Krise zu, den Banken.

Drei Jahre nach der Pleite des Bankhauses Lehman strebt die Krise einem neuen Höhepunkt entgegen. Die Banken trauen einander nicht mehr über den Weg. Versicherungen, mit denen sich Investoren gegen die Pleite von Kreditinstituten absichern können, sind in der vergangenen Woche auf den höchsten jemals beobachteten Stand geklettert. Nur noch die Zentralbanken gelten als sicherer Hort und werden von Finanzinstituten mit Geld überschwemmt.

Selbst US-Präsident Barack Obama schaut gebannt auf die Ereignisse in Europa. Das, was jenseits des Atlantiks passiere, sei zurzeit die größte Bedrohung für die amerikanische Wirtschaft, ließ er die Öffentlichkeit wissen. „Sie müssen schnell handeln“, riet er den Europäern. Es brauche „einen ganz klaren und effizienten Aktionsplan, der die Lage in den Griff bekommen kann“.

2008 noch kam die Gefahr aus Amerika. Damals ließ die US-Regierung die New Yorker Investmentbank Lehman in den Konkurs treiben – und verursachte ein Finanzbeben, das große Teile der Weltwirtschaft in die Rezession trieb und Millionen Arbeitsplätze kostete.

Nun zeigt sich, dass die Gefahr im Herzen der Geldindustrie nicht gebannt ist. Diesmal ist es Europa, das für Erschrecken sorgt. Seit die Eliten in Politik und Wirtschaft davon ausgehen, dass die klammen Griechen vor einem scharfen Schuldenschnitt stehen, gelten Europas Geldinstitute als höchst gefährdet.

Viele Banken haben noch immer im Milliardenumfang Schuldenpapiere aus Athen und anderen europäischen Krisenländern im Depot. Werden die massiv entwertet, stehen die betreffenden Institute möglicherweise selbst vor der Pleite. Im Finanzsektor wächst die Furcht vor einer Kettenreaktion – und einem zweiten Bankenbeben. Die Geldversorgung der Wirtschaft könnte bald stocken, es droht eine neue Kreditklemme.

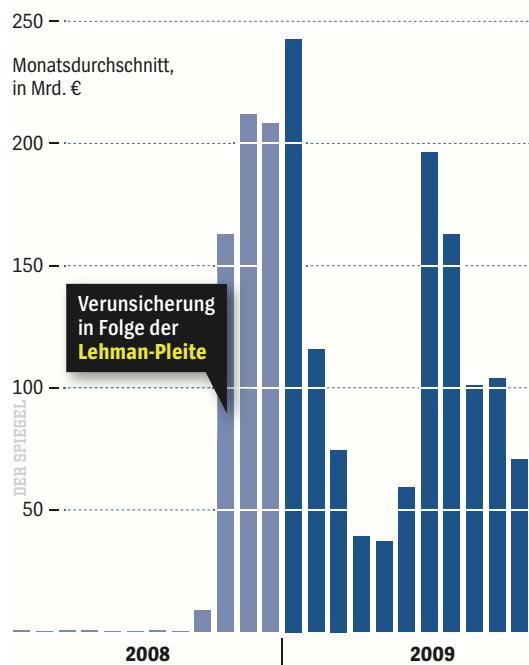
Vorsorglich hat Zentralbank-Präsident Trichet wieder die Geldpumpe angeworfen: Die Banken können sich für über ein Jahr nahezu unbegrenzte Liquidität bei der EZB besorgen.

Und die Regierungschefs beraten über ein neues Radikalprogramm. Etliche europäische Banken, so zeichnet sich ab, müssen verstaatlicht werden, und das Geld dafür soll, zumindest zum Teil, aus dem neuen europäischen Rettungsfonds EFSF kommen.

Was hatte die Französin Christine Lagarde noch an Hohn und Spott ertragen müssen, als sie Anfang September als neue Chefin des IWF einen zusätzlichen Kapitalbedarf bei europäischen Banken in Höhe von 200 Milliarden Euro diagnostiziert hatte. Als sie in der vergangenen Woche mit Merkel und Weltbank-

Die Rückkehr der Angst

Overnight-Einlagen der Banken bei der Europäischen Zentralbank (EZB)



Umbruch



ALEX DOMANSKI / REUTERS

Deutsche-Bank-Chef Ackermann: Aversionen gegen staatliche Zwangsmaßnahmen

Präsident Robert Zoellick in Berlin die Lage beriet, waren sich dagegen alle über den Ernst der Lage einig.

Denn mit der aktuellen Schuldenkrise ist eine Anlageklasse ins Gerede gekommen, die bei Bankern lange als eine der konservativsten Anlagen überhaupt galt: die der europäischen Staatsanleihen. Dass auch die Politik deren Sprengkraft völlig verkannt hat, zeigen schon die Regeln für die Risikoeinschätzung der Papiere. Die Ausfallgefahr von Staatsbonds wird schlicht mit null berechnet, wenn es darum geht zu ermitteln, wie viel Eigenkapitalpuffer eine Bank benötigt.

Mitte des Jahres mussten viele Banken ihre Griechen-Bonds wegen des anstehenden Schuldenschnitts schon um 21 Prozent abschreiben. Doch das wird nicht reichen. Möglicherweise wird demnächst

die Hälfte des Wertes dieser Anleihen verloren sein – oder noch mehr.

Die deutschen Kreditinstitute könnten das wohl verkraften, die 13 größten haben ihre Griechenland-Risiken auf 5,6 Milliarden Euro heruntergefahren.

Doch was ist, wenn weitere europäische Länder in den Strudel geraten? Schon jetzt werden Staatsanleihen aus Italien oder Portugal nur noch mit hohen Abschlägen am Markt gehandelt. Bei einer Pleite Griechenlands würden sich diese Abschläge kräftig ausweiten.

Die amerikanische Investmentbank J.P. Morgan unterstellt ein Szenario, bei dem griechische Anleihen um 60, portugiesische und irische um 40 und italienische und spanische Anleihen um 20 Prozent in den Bankbilanzen abgewertet werden müssten. Allein wegen dieses Effekts brauchten die europäischen Banken 54 Milliarden Euro mehr Geld. Die Kollegen von Morgan Stanley empfehlen sogar bis zu 150 Milliarden Euro mehr Kapital.

Vor allem die französischen Banken sind anfällig. Das wurde vergangene Woche bei dem Zusammenbruch der belgisch-französischen Krisenbank Dexia deutlich. Sie muss nach 2008 ein zweites Mal mit Staatsgeldern aus Frankreich, Belgien und Luxemburg gerettet werden. Der Dexia-Konzern hat Staatsanleihen kriselnder Euro-Länder im Wert von 21 Milliarden Euro in der Bilanz liegen. Auch die BNP Paribas hat mehr als 20 Milliarden Euro an italienischen Staatsanleihen in den Büchern stehen, Spanien ist mit rund 2,5 Milliarden Euro bei den Franzosen verschuldet – und für Griechenland ist die BNP zusammen mit Dexia mit rund vier Milliarden Euro der wichtigste ausländische Geldgeber überhaupt.

So geraten Frankreichs Banken nun in Schwierigkeiten. Die altehrwürdige Geschäftsbank Société Générale verlor seit Jahresbeginn 50 Prozent an Wert. Gemeinsam mit der genossenschaftlich organisierten Crédit Agricole wurde sie kürzlich von der Rating-Agentur Moody's abgestraft. Beide Banken haben zu allem

Unglück Tochterinstitute in Griechenland, die von der Krise mitgerissen werden.

Noch dazu wird die tägliche Geldbeschaffung für das laufende Geschäft für die Franzosen immer schwieriger. Sie sind beispielsweise weit stärker als andere Institute in Europa auf Geldspritzen der mächtigen US-Geldmarktfonds angewiesen. Diese Investitionsfonds, die insgesamt 1,5 Billionen Dollar verwalten, sind auf solche kurzfristigen Geschäfte spezialisiert.

Doch diese Geldgeber ziehen sich auch sofort zurück, wenn Zweifel aufkommen, ob sie ihr kurzfristig vergebenes Geld wiederbekommen. Die gewährten Fristen werden laut Rating-Agentur Fitch immer kürzer. Knapp 30 Prozent der von den zehn größten US-Geldmarktfonds gehandelten französischen Papiere haben nur noch Laufzeiten von bis zu sieben Tagen. Das schnelle Aus für die Dexia zeigt, was passiert, wenn der Geldstrom plötzlich versiegt.

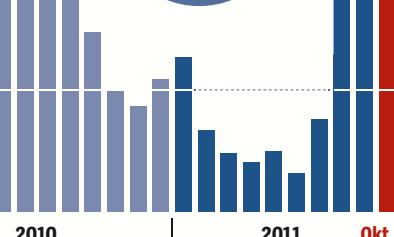
Dünner ist er schon geworden. Seit Ende Juli haben die US-Fonds fast 20 Prozent ihrer Anlagen von französischen Banken abgezogen. Allein die Société Générale verlor auf diese Weise im Sommer innerhalb weniger Wochen fast 20 Milliarden Euro Finanzierung.

Spanische und italienische Banken sind schon länger vom wichtigen Dollar-Strom weitgehend abgekoppelt. In einer dramatischen Rettungsaktion haben sich deshalb die amerikanische, die europäische, die britische, die schweizerische und die japanische Notenbank vor einigen Wochen zusammengetan, um den Banken bis Jahresende Dollars zur Verfügung zu stellen. Ohne die regelmäßige Feuerwehrhilfe der Währungshüter wäre der Geldfluss wohl schon ausgetrocknet.

In Griechenland haben die Geldinstitute die Finanzierung vieler Geschäfte und Investitionen schon notgedrungen eingestellt. Selbst viele gesunde Unternehmen können sich kaum noch Geld besorgen. „Das ist der Tod der griechischen Wirtschaft“, sagt der griechische Wirt-

Die Banken können bei der EZB über Nacht Geld zu einem Zinssatz deponieren, der in der Regel niedriger ist als auf dem Interbankenmarkt. Steigen die Einlagen stark an, kann das ein Indiz dafür sein, dass die Banken sich gegenseitig misstrauen.

Der Euro-Rettungsschirm (EFSF) wird beschlossen



schaftsminister Michalis Chrysochoidis düster. Die Banken des Landes sind die ersten Kandidaten für ein europäisches Rettungsprogramm.

In Deutschland sieht es bei den Instituten dank der guten konjunkturellen Entwicklung deutlich besser aus. Doch Banken wie die Nord/LB oder die Helaba haben auch zu wenig Eigenkapital, um als wirklich sturmfest zu gelten. Etwa 20 Milliarden Euro Kapital sollen insgesamt fehlen.

Die Commerzbank wurde 2008 durch zwei Kapitalspritzen gerettet. Kaum hat Commerzbank-Chef Martin Blessing einen Großteil der Staatsgarantien zurückgegeben, muss er möglicherweise wieder in Berlin vorstellig werden. Ihm machen weniger die Schulden der Griechen Sorge: 2,2 Milliarden Euro hatte die Commerzbank Ende Juni an den griechischen Staat

vergeben, weitere 900 Millionen an Banken und andere Unternehmen. „Selbst einen Schuldenschnitt von 100 Prozent in Griechenland könnte die Commerzbank einigermaßen verkraften“, sagt Merck-Finck-Analyst Konrad Becker.

Anders freilich sieht es aus, wenn Italien und Spanien nach einer Pleite Griechenlands in noch größere Schwierigkeiten geraten. Die Regierungen der beiden Länder schulden Blessings Bank 11,6 Milliarden Euro. Hinzu kommen Kredite und andere Finanzierungen für den Privat- und Bankensektor von knapp 19 Milliarden Euro.

Sollte die Krise tatsächlich eskalieren, sollten also auch Schuldenschnitte in Spanien oder Italien notwendig werden, „wäre die Commerzbank sicher nicht mehr in der Lage, das allein zu

meistern“, sagt Analyst Becker. Somit wäre die Commerzbank ein Kandidat für eine Rekapitalisierung. Notfalls wird ihr die Medizin zwangsweise eingeflößt.

Noch mehr Aversionen würde eine solche Zwangsmaßnahme, wie sie schon in Brüssel diskutiert wird, bei der Deutschen Bank auslösen. „Wir sind sehr gut kapitalisiert“, betonte deren Chef Josef Ackermann vergangene Woche auf einer Analystenkonferenz in London. Detailliert rechnete er vor, dass die Bank dank ihrer zu erwartenden Milliardengewinne ihre Kapitalausstattung verbessern könne und bis Ende 2013 im Risiko stehende Wertpapiere in Höhe von knapp hundert Mil-

„Hoffen auf ein Wunder“

Die deutsche Tochter der angeschlagenen Dexia-Bank betreibt von Berlin aus riskante Geschäfte.

Vergangene Woche rückte die Finanzkrise bis auf wenige Kilometer an das Berliner Kanzleramt heran. In der Charlottenstraße, nicht weit vom Checkpoint Charlie, liegt die Zentrale der Dexia Kommunalbank Deutschland AG. Dieser Kommunalfinanzierer ist mit einer Bilanzsumme von 47 Milliarden Euro nicht gerade ein Branchengigant. Aber die Bank ging Risiken wie die ganz Großen ein. Sie hat staatlichen Stellen in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien Kredite in Höhe von 5,4 Milliarden Euro gegeben – und stand vergangene Woche kurz vor dem Exitus.

Für die deutschen Bankenaufseher von der BaFin und der Deutschen Bundesbank ist der Spezialfinanzierer, der deutschen Städten und Gemeinden knapp zehn Milliarden Euro geliehen hat, keine unbekannte Größe. Denn sein Mutterkonzern, die französisch-belgische Dexia, gilt schon lange als Pleitekandidat, 2008 musste er von Frankreich, Belgien und Luxemburg ein erstes Mal mit 6,4 Milliarden Euro gerettet werden. Mit einem Bilanzvolumen von rund 520 Milliarden Euro zählt das Institut zu den systemrelevanten Banken in Europa.

Das Geschäftsmodell des Staatsfinanzierers Dexia ist ähnlich riskant wie das der Münchner Hypo Real Estate, die von der Bundesregierung verstaatlicht wurde. Risiken in Höhe

von 173 Milliarden Euro mussten in eine gigantische Bad Bank ausgelagert werden. „Die Franzosen verschleppten stattdessen das Problem und hofften auf ein Wunder“, sagt einer der deutschen Kontrolleure.

Die Skepsis wuchs, als die Franzosen damit begannen, mit Hilfe ihrer deutschen Tochter in Berlin die Risiken des Dexia-Konzerns bei den Investoren abzuladen. Denn die deutsche Dexia kann deutsche Pfandbriefe emittieren, die immer noch als besonders sicher gelten.

Im Halbjahresbericht zum 30. Juni 2011 schrieben die Vorstände, dass die Dexia Kommunalbank „einen wichtigen Beitrag zur Restrukturierung und Konsolidierung der Dexia-Gruppe leistet mit dem primären Ziel, die Abhängigkeit der Gruppe von kurzfristigen Refinanzierungsquellen zu verringern“. In die deutschen Pfandbriefe wurden vor allem belgische Kommunaldarlehen aus dem Bestand der französischen Dexia gepackt.

Schulden aus den PIIGS-Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien sollen in Zukunft allerdings nicht mehr zur Sicherung von Pfandbriefen verwendet werden, versicherte die Dexia. Das hatte sie in der Vergangenheit mit PIIGS-Forderungen von 2,2 Milliarden Euro getan.

Den deutschen Aufsehern, besorgt um den Ruf der deutschen Pfandbrie-

fe, wurde das Geschäftsgebaren der deutschen Dexia-Tochter immer unheimlicher. Die betreibt mit minimalem Eigenkapital (2009: 330 Millionen Euro) gigantische Bankgeschäfte in Höhe von fast 50 Milliarden Euro.

Schließlich zwang die BaFin die französische Muttergesellschaft Dexia Crédit Local, 2010 und 2011 das Eigenkapital ihrer deutschen Tochter zu erhöhen.

Die Franzosen mussten zudem auf Veranlassung der Bonner Aufsicht zwei Patronatserklärungen für die Griechenland-Forderungen ihrer deutschen Tochter in Höhe von 1,2 Milliarden Euro und für die Liquiditätsversorgung der Berliner Bank abgeben.

Doch was ist dieses Versprechen im Ernstfall wert? Es waren vor allem die Liquiditätsprobleme der französischen Dexia Crédit Local, die den gesamten Dexia-Konzern mit seinen 35 000 Beschäftigten an den Rand des Einsturzes gebracht haben.

Um das Problem aus der Welt zu schaffen, will Frankreich zwei staatlich kontrollierte Banken zwingen, den Kommunalfinanzierer zu übernehmen. Dann wäre auch die Pleite von deren deutscher Tochter in Berlin abgewendet, hoffen die deutschen Finanzaufseher.

CHRISTOPH PAULY



ISOPIX SPRL / ACTION PRESS

liarden Euro abbauen wolle. Allerdings musste Ackermann bei gleicher Gelegenheit sein Gewinnziel für 2011 von zehn Milliarden Euro einkassieren. Zwar hat die Bank ihre Risiken in Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Irland bis Ende Juni auf 3,7 Milliarden Euro reduziert. Klar ist aber auch: Wenn nach Griechenland weitere Euro-Staaten ins Trudeln geraten, könnte es selbst für den deutschen Marktführer eng werden.

Schon gibt es einen Analysten von J.P. Morgan, der der Deutschen Bank in ihrem Szenario einen zusätzlichen Kapitalbedarf von knapp zehn Milliarden Euro vorrechnet. Auch die Liquiditätsausstattung sei nicht über jeden Zweifel erhaben, wenn in den nächsten Jahren neue Bestimmungen der Regulatoren greifen. Solche Kritik versucht Ackermann mit großen Zahlen zu widerlegen. Die Bank habe sich 180 Milliarden Euro Liquidität beschafft.

So groß ist die Angst vor einem zweiten Bankenbeben, dass die Beamten im Berliner Finanzministerium daran arbeiten, ein Instrument wieder einsatzbereit zu machen, das sich in der Finanzkrise 2008 und 2009 bereits bewährt hat – den Sonderfonds Finanzmarkttabilisierung, kurz Soffin. Der Fonds konnte angeschlagenen Banken Garantien in Höhe von insgesamt bis zu 400 Milliarden Euro gewähren. Er ist allerdings 2010 ausgelaufen und kümmert sich seither nur noch um Altfälle. Doch er ließe sich leicht wiederbeleben. „Wir müssten nur das Datum im Gesetzestext austauschen“, sagen die Mitarbeiter von Finanzminister Wolfgang Schäuble, die zudem davon ausgehen, dass die Abgeordneten von Union und FDP zustimmen würden.

Auch in Europa hat das Thema Bankenrettung Priorität, eine Grundsatzentscheidung soll bereits beim nächsten Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 17. und 18. Oktober in Brüssel fallen. Dabei strebt die deutsche Seite an, für alle Banken der Euro-Zone und Großbritanniens eine einheitliche Eigenkapitalquote von beispielsweise zehn Prozent vorzuschreiben.

Experten in Brüssel erwägen darüber hinaus, notfalls Zwangshilfen für Banken einzuführen – im Gegensatz zu den bisherigen nationalen Regeln, die keine Möglichkeit vorsehen, widerspenstige Banken mit Hilfsmitteln zu versorgen. Wer sich kein privates Aktienkapital beschaffen kann, würde nach dem Konzept aus dem Staatshaushalt finanziert.

Die Maßnahme würde aber auf einige systemrelevante Banken beschränkt, heißt es im Ministerium. Zudem würde den betroffenen Banken zunächst eine Frist gesetzt, bis zu deren Ablauf sie ihre Eigenkapitalreserven selbst auf die notwendige Höhe bringen könnten. „Die Zwangskapitalisierung ist sicher ein hei-



RALPH OLOWSKI / GETTY IMAGES

Bankenviertel in Frankfurt am Main: Diesmal sorgt Europa für Erschrecken

bes Eisen“, sagt Unionsfraktionsvize Michael Meister.

Noch ist unklar, ob der Plan in Deutschland und Europa eine Mehrheit erhält. Frankreich will, dass der erweiterte Euro-Rettungsschirm EFSF angegeschlagenen Banken schnell und unbürokratisch mit Kapital hilft. Französische Banken könnten so unauffälliger und für die Franzosen kostengünstiger rekapitalisiert werden.

Die Bundesregierung dagegen möchte EFSF-Einsätze auf den äußersten Notfall beschränken. Zunächst müssten sich die angeschlagenen Banken bei privaten Investoren um frisches Kapital bemühen. Wenn das nicht gelinge, müsse der betroffene Staat einspringen.

Frankreich steht allerdings mit seiner Forderung, den Rettungsschirm zur Rekapitalisierung der Banken zu nutzen, nicht allein. Unterstützung kommt auch von Ländern, die gemeinhin für den spar-

samen Umgang mit Steuergeldern plädieren. So lehnt zum Beispiel Österreich, dessen Banken ebenfalls bedroht sind, eine Nutzung der EFSF nicht grundsätzlich ab.

Umstritten sind auch die zusätzlichen Mitbestimmungsrechte für den Bundestag, die Deutschland durchsetzen will. So soll ein neunköpfiger Kontrollausschuss des Berliner Parlaments künftig für einen Großteil der EFSF-Geschäfte seine Zustimmung geben. Das Verfahren stößt bei den EU-Partnern auf Vorbehalte. „Eine Regierung muss das generelle Vertrauen des Parlaments haben, um bei Entscheidungen, die die Finanzmärkte betreffen, handlungsfähig zu sein“, sagt der luxemburgische Finanzminister Luc Frieden. „Das gilt für große Länder umso mehr.“

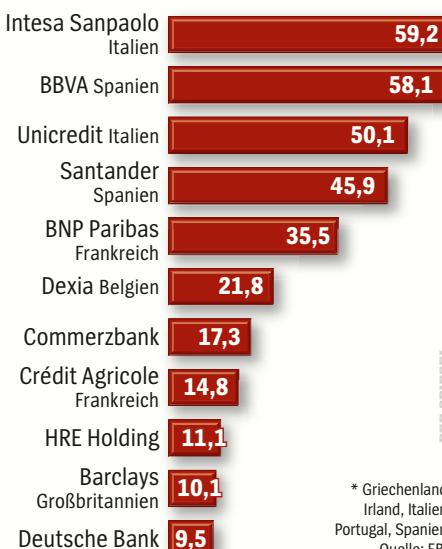
Einen ganz anderen Vorschlag, den neuen Rettungsschirm effizienter einzusetzen, macht der frühere Spitzenbeamte im Wirtschafts- und Finanzministerium, Walther Otremba. Der ehemalige Staatssekretär schlägt in einem SPIEGEL-Beitrag vor, eine europaweite Versicherung für gefährdete Staaten wie Portugal, Italien, Spanien oder Irland zu schaffen (siehe Seite 86). Das Konzept, das sich aus den Risikoauflagen der entsprechenden Anleihen finanziert, bietet laut Otremba die Chance, nach einer Griechenland-Insolvenz die Ansteckung auf andere Euro-Mitglieder einzudämmen.

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet machte am vergangenen Donnerstag in Berlin klar, dass zunächst die nationalen Programme zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Banken genutzt werden sollen. Außerdem sei demnächst auch der europäische Rettungsschirm EFSF in der Lage, Mitgliedstaaten Geld zur Rekapitalisierung ihrer Banken zu leihen. „Je schneller die EFSF die Ursachen der Krise an der Wurzel packen kann“, sagte Trichet, „desto besser.“

PETER MÜLLER, CHRISTOPH PAULY,
MICHAEL SAUGA, CHRISTOPH SCHULT,
ANNE SEITH

Gefährdetes Geld

Staatsanleihen der Euro-Krisenländer* bei ausgewählten europäischen Banken Dezember 2010, in Mrd. €



DER SPIEGEL

* Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien;
Quelle: EBA

WÄHRUNG

Profite abschöpfen

Der ehemalige Staatssekretär Walther Otremba über seinen Plan zur Eindämmung der Euro-Krise

Otremba, 60, war bis März dieses Jahres nacheinander Staatssekretär im Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungsministerium.

Die aktuelle Krise im Euro-Raum wurde ausgelöst durch steigende Zinsen auf griechische, spanische oder italienische Staatsanleihen. Ursache dafür war die Erkenntnis, dass Euro-Anleihen entgegen der bisherigen Einschätzung nicht risikofrei sind.

Gemeinsame Kredite der Euro-Länder („Euro-Bonds“) könnten die Lage vielleicht stabilisieren, würden aber wichtige Anreize für eine Begrenzung der staatlichen Kreditfinanzierung zerstören. Der europäische Stabilitätsmechanismus wiederum, der nach IWF-Muster aus Krediten, Bürgschaften und Stabilisierungsvorschriften besteht, ist hoch regulativ und mit der grundsätzlichen Eigenverantwortung souveräner Staaten kaum in Übereinstimmung zu bringen.

Eine andere Möglichkeit, die Krise einzudämmen, wäre der Aufbau einer staatlichen europäischen Kreditversicherung. Sie würde die Anreizfunktion von Risikoauschlägen auf nationale Anleihen erhalten, Sicherheit für die Staatsfinanzierer schaffen und die stabilen Länder nicht mehr als unbedingt erforderlich belasten. Die Basisidee besteht darin, die Risikozuschläge für Staatsanleihen in eine europäisch garantierte Anleiheversicherung zu lenken. Konkret: Wer einen Italien-Bond kauft, würde aus seiner Rendite von 5,6 Prozent jährlich eine Versicherungsprämie von 3,6 Prozent zahlen. Dafür erhielt er ein sicheres Wertpapier mit einer leicht höheren Rendite als diejenige der deutschen Anleihe.

Ein solches Modell wäre, anders als die vielfach geforderte Wirtschaftsregierung, auch kurzfristig realisierbar. Es würde die Profite der Anleihekäufer abschöpfen und die Rettungsstrategie von denjenigen bezahlen lassen, die sie durch unsolide Finanzpolitik und unvorsichtige Kreditengagements verursacht haben. Das könnte die politische Akzeptanz in den Hilfeleistenden Ländern spürbar verbessern.

Das Konstrukt sieht nur auf den ersten Blick aus wie der vielzitierte Euro-Bond in komplizierter Gestalt. Tatsächlich gibt



DOMINIK BUTZMANN / WIRTSCHAFTSWOCHE

Ex-Beamter Otremba
Sicherheit für Staatsfinanzierer

es zwei entscheidende Unterschiede. Zwar haftet am Ende die Gemeinschaft aller Euro-Länder für alle versicherten Staatsschulden. Aber es zahlen nicht alle Staaten die gleichen Zinsen, sondern jeder zahlt entsprechend seinem Standing an den Finanzmärkten beziehungsweise entsprechend der Stabilität der jeweiligen Staatsfinanzen. Der zweite Unterschied ist ebenso bedeutend: Schuldner und Gläubiger zahlen die (potentielle) Insolvenz im Voraus selbst.

Gegenüber der heutigen Situation könnte dauerhafte Sicherheit für die Finanzmärkte gewonnen werden. Solange Europa die Kraft für die Rückzahlung aller Staatsanleihen im Währungsraum zugelassen wird – und davon ist bis auf weiteres auszugehen –, sind Spekulationen gegen einzelne Länder, deren Anleihen



WIKTOR DABROWSKI / ACTION PRESS

Finanzminister Schäuble, EU-Kollegen*
Schuldner und Gläubiger zahlen selbst

versichert sind, sinnlos. Ständige Diskussionen über die ausreichende Ausstattung eines Rettungsfonds, die Werthaltigkeit von Banken mit hohen Anleihebeständen oder die Eigenkapitalausstattung der Banks wären ausgestanden.

Die Wirksamkeit des Modells hängt natürlich von der Glaubwürdigkeit des Garantievertrags ab – aber diese Voraussetzung muss bei allen Hilfskonstruktionen erfüllt sein. Deshalb sind auch hier Anpassungs- und Konsolidierungsanstrengungen unverzichtbar, aber sie werden vom Druck der Finanzierungskosten geleitet und vorangetrieben.

Der Verkauf solcher Anleihen könnte erhebliche Einnahmen generieren. In den vergangenen drei Jahren haben die Anleger im Euro-Raum schon über 100 Milliarden Euro an Risikozuschlägen eingenommen – genug, um zum Beispiel eine Umschuldung Griechenlands mit 30 Prozent Abschlag zu finanzieren. Allein Italien hat im nächsten Jahr eine Bruttokreditaufnahme von über 300 Milliarden Euro. Die Differenz zu deutschen Anleihen beträgt zurzeit über 3,5 Prozentpunkte. Die Versicherung brächte nur auf dieses eine Land bezogen schon im ersten Jahr Einnahmen von rund zehn Milliarden Euro.

Wäre im Endzustand die gesamte öffentliche Kreditsumme im Euro-Raum versichert, würde ein Prozent Kreditversicherung pro Jahr rund 80 Milliarden Euro an Einnahmen erzeugen. Diese Mittel könnten zur Entschädigung der Stabilitätsländer, zur Reservebildung und schließlich auch für Ausschüttungen an Länder genutzt werden, die nachweislich bei der Gesundung ihrer Staatsfinanzen schnell vorankommen.

Die Finanzanleger könnten natürlich weiter auf die staatliche Absicherung verzichten. Das wäre aber nur für diejenigen eine Option, die bewusst auf Risikostrategien setzen. Vor dem Hintergrund staatlicher Absicherungsangebote wäre klar, dass die ungeschützten Papiere im Fall von staatlichen Zahlungsschwierigkeiten als erste betroffen wären.

Das Modell ist vergleichsweise einfach zu administrieren. Man braucht eine Institution, die die Preise für die Versicherungspolicen ermittelt und die Gewährleistungen ausstellt. Eine eigene, die nationalen Parlamente entmündigende Kreditaufnahme wie bei Euro-Bonds wäre nicht erforderlich. Insofern würden auch die verfassungsrechtlichen Risiken verringert.

Der entscheidende Vorteil des Vorschlags liegt in der Umwandlung der unangegangenen Garantien für Staatsanleihen in eine kostenpflichtige, explizite Versicherung. Die Staatsversicherung nähme die Restunsicherheit aus dem Markt, indem sie explizit verspricht, was aus Gründen des Euro-Zusammenhalts und der Finanzmarktstabilität ohnehin erforderlich wäre: Mitglieder des Euro-Raums nicht in die Insolvenz gehen zu lassen. ♦

* Giulio Tremonti (Italien); hinten: Elena Salgado (Spanien), Jan Kees de Jager (Niederlande), Luc Frieden (Luxemburg) am 11. Juli in Brüssel.



SUTTON MOTORSPORT IMAGES / AP / DDP IMAGES

BayernLB-Vorstand Gribkowsky mit Ecclestones Ehefrau Slavica beim Großen Preis von Italien 2005 in Monza: Nur die Kohle zählt

AFFÄREN

Der Bernie-Bonus

Er gilt als Prototyp des „Gier-Bankers“: In München beginnt der Prozess gegen Gerhard Gribkowsky.

Er verkaufte die Anteile der Bayerischen Landesbank an der Formel 1 – und kassierte heimlich Millionen aus dem Umfeld des Formel-1-Chefs. Die Geschichte einer Verführung.

Als Gerhard Gribkowsky noch eine große Nummer war, in der Formel 1, in der größten Show auf Erden, da ging er mal zu einem Treffen mit den Rennstallchefs. Er betrat den Raum; für die anderen war er hier der Deutsche, der neuerdings was zu sagen hatte, der „Görrr-harrrd“ von der Bayerischen Landesbank, die eine Milliarde Dollar in die Formel 1 gesteckt hatte. Und dann nahm sich Gribkowsky den freien Stuhl. Bernies Stuhl. Den Stuhl, den sonst niemand angerührt hätte. Setzte sich und steckte sich eine Zigarette an.

Bei Bernard Charles Ecclestone hat sich dieses Bild so fest eingebrannt, dass er die Szene vor ein paar Monaten bei einem Gespräch mit deutschen Staatsanwälten noch sehr genau beschreiben konnte: Wie er, Bernie, der mächtigste Mann der Formel 1, an jenem Tag zu spät gekommen war – und auf seinem Stuhl schon Gribkowsky saß. Und wie Flavio Briatore, Ecclestones dickster Kumpel, schimpfend aus dem Meeting rannte, weil er sich gerade das Rauchen abgewöhnen wollte. Was Gribkowsky mit seiner Zigarette offenbar schnurzegal war.

Sechs Jahre ist das her. Damals war Gribkowsky wirklich eine große Num-

mer; heute hat er sie nur noch: Gerhard Gribkowsky, Häftling 47111 in der Justizvollzugsanstalt München Stadelheim. Am übernächsten Montag beginnt nun vor dem Landgericht München I der Prozess gegen den Ex-Vorstand der Bayerischen Landesbank. Gribkowsky, 53, war 2005 der Verhandlungsführer, als die Bank ihre Anteile an der Formel 1 verkaufte. Kurz danach kassierte er 44 Millionen Dollar, heimlich und ausgerechnet von Bernie Ecclestone und dessen Familienstiftung, die unbedingt den Einfluss der Deutschen auf die Formel 1 abschütteln wollten.

Für die Ermittler ist das ein Fall von Bestechlichkeit und Untreue, vielleicht steckt auch noch eine Erpressung dahinter; Gribkowsky soll viel über Ecclestone gewusst haben. Und danach hat der Banker die Millionen in eine Privatstiftung in Österreich gepackt. Um Steuerhinterziehung geht es deshalb also auch noch.

Aber das ist nur die rechtliche Seite. Was diesen Fall so einzigartig macht, sind andere Fragen: die der Moral. Gribkowsky gilt als Prototyp des Casino-Bankers, der nur an sich, nur ans Cash denkt, und wenn die ganze Welt daran kaputtginge. Vor Freunden und Kollegen brüstete er sich damit, dass seine Stiftung Familien

von krebskranken Kindern versorgen werde. Dabei ging es in Wahrheit wohl erst mal nur darum, dass er und seine Frau ausgesorgt hatten und der deutsche Fiskus auf möglichst elegante Art und Weise leer ausgehen sollte.

Für die „Bild-Zeitung“ heißt er deshalb nur „der Gier-Banker“, und das scheint nicht mal übertrieben. Denn als ein Mitarbeiter ihm schmeichelte, dass er doch sicher mit Ruhm und Ehre in der Landesbank überschüttet werde, nach dem erfolgreichen Verkauf, soll Gribkowsky das mit einem „So ein Quatsch“ abgebürstet haben. Am Ende zähle doch nur eines: nämlich „die Kohle“.

So um die acht Millionen Euro Sonderbonus hätte er angemessen gefunden. Er schlug das 2005 seinem Vorstandschef allen Ernstes vor, dem Chef einer staatlichen Bank, eines Bürokratenbetriebs, und das allein zeigt schon, wie weit sich Gribkowsky damals unter der Anziehungskraft des Planeten Formel 1 von der Wirklichkeit entfernt hatte.

Selbst wenn unklar ist, ob die Beweise gegen ihn reichen werden, eines wird das Verfahren daher ganz sicher herausarbeiten: ein Sittenbild dieser Glitzer-, Geld- und Größenwahnwelt Formel 1. Einer

Welt, in der sich alle ständig im Grenzbereich bewegen, die Fahrer und die Finanziers. Und oft auch im Graubereich. „In der Formel 1 betrügt jeder jeden“, hat Bernie Ecclestone mal gesagt. Man dürfe sich halt nur nicht erwischen lassen.

Gribkowsky aber hat es nun erwischt. Der steile Aufstieg des Gerhard Gribkowsky ist eng verknüpft mit dem Absturz anderer. Nach dem Jura-Studium war er bei der Deutschen Bank gelandet, in der Geschäftsleitung für Bayern, zuständig für große Firmenkredite, die zum Problem geworden waren. Grundig. Foto Porst. Walter Bau. Die New-Economy-Rakete EM.TV, die gerade verglühte.

Gribkowsky war der Mann, der für die Deutsche Bank retten sollte, was zu retten war. Aber weil in München eine Bank saß, die noch leichtsinniger Kredite verteilt hatte und deshalb auch sich selbst retten musste, bekam der Trouble-Shooter ein Angebot. Zum 1. Januar 2003 stieg Gerhard Gribkowsky auf, zum Vorstand der Bayerischen Landesbank.

Eigentlich passte einer wie er aber gar nicht hierhin. In eine Bank, deren wichtigster Versorgungsauftrag traditionell darin bestanden hatte, Freunde der Landesregierung mit Krediten zu versorgen und verdiente Regierungskräfte mit gut-dotierten Posten. Eine Bank, in der Verträge auf Englisch erst mal ins Deutsche übersetzt werden mussten, Anweisung von ganz oben, damit alle verstanden, was da eigentlich geschrieben stand. Und in der Gribkowsky überhaupt erst ein Risikomanagement aufbauen sollte, weil es das bis dahin schlicht nicht gegeben habe, wie er seinen Verteidiger vortragen ließ.

Gribkowsky war in eine kleine, miefige Welt gewechselt; ihre Bräsigkeit muss ihn schier angeödet haben. Nicht nur als Bänker, wo er bei der „Deutschen“ ein ganz anderes Auftreten gelernt hatte: voller Charme, aber im nächsten Moment auch aggressiv, hart, selbstbewusst bis zur Arroganz, eine Mischung, die ihm bei einem Workshop zur Teamarbeit mal das Prädikat „Kuschel-Django“ eingetragen hatte.

Auch als Mensch war er bei der Landesbank fremd: Er hatte keinen Apparat für seinen Aufstieg gebraucht, keinen Stallgeruch. Er kam aus einer wohlhabenden Familie, aus Bremen; Sohn eines Vorstands bei der Beck's-Brauerei, in erster Ehe verheiratet mit einer Frau, die von Haus aus so reich war, dass sie vermutlich jedem ihrer drei gemeinsamen Kinder mal ein paar Millionen vererben würde.

Und dann seine Freunde: Wenn er seine „Sportlerrunde“ an jedem 11. November zur Martinsgans einlud, dann war die Ski-Weltmeisterin Marile Epple dabei und ihr Mann Florian Beck, vierfacher deutscher Slalommeister. Und wenn Gribkowsky manchmal von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann sprach, dann vom „Joe“. Ob er den Ackermann



Formel-1-Chef Ecclestone mit Freundin Fabiana
Ohne Haus und Armbanduhr?

nung, Kirch, der Münchner Medien tycoon, war pleite, und die Landesbank blieb auf 987 Millionen Dollar Krediten sitzen, allein für die Rennserie. Dafür gehörten ihr jetzt fast die Hälfte der Anteile an der Formel-1-Mutter SLEC. Und weil auch noch zwei US-Banken mit der Kirch-Pleite in die Formel 1 gerutscht waren, hatten die Geldhäuser sogar eine Dreiviertelmehrheit. Was aber damit tun?

Erst mal heuerte die Landesbank Thomas Fischer an, Ex-Vorstand der Deutschen Bank, einen der Glamour-Boys der Bankenszene, einen, der nicht gleich verkrampfte, wenn er es mit lauter Millionären und lauten Millionären zu tun bekam, den Formel-1-Leuten eben. Fischer erhielt als Berater ein Büro in London, einen Stab und den Auftrag, die Anteile der Bank zu einem guten Preis zu verkaufen.

Doch so geschmeidig Fischer auch war, gewieft war ein anderer: Bernie Ecclestone. Der Mann, den sie Mister Formel 1 nannten. Der seit 31 Jahren Chef der Rennserie war, und in diesem Geschäft hieß das: seit 31 Jahren jedes Jahr ein paar andere überlebt hatte. Auf der Strecke oder daneben.

Ecclestone kam nicht aus der Glanzwelt, die er erschaffen hatte, mit Shrimps und Schampus und VIP-Zuschauerplätzen, die 1500 Euro kosteten. Er war keiner dieser Fischers, er war nur der Sohn eines Heringsfischers, hatte seine ersten Lebensjahre in einem Kaff an der englischen Küste verbracht, in einem Haus, in dem es nicht mal fließend Wasser gab. Seine ersten Pfunde verdiente er sich damit, dass er Zeitungen austrug, von dem Geld Gebäck kaufte, mit 25 Prozent Aufschlag an seiner Schule losschlug und sich von dem Gewinn gleich noch ein paar starke Jungs leistete, die dafür sorgten, dass er das Geld auch behielt. Ecclestone war der Kleinste, sein Wachstum endete bei 1,60 Meter. Sein Ehrgeiz nirgendwo.

Was er lernte, lehrte ihn das Leben dort, wo es die Menschen hart machte, schlau und schlitzohrig, als Autohändler. Als er 40 wurde, hatte er schon ausgesorgt. „Mit 40 beschloss ich, in Rente zu gehen und habe deswegen das Brabham-Formel-1-Team gekauft“, kokettierte er im April, als er in München vernommen wurde. In Wahrheit aber begann jetzt erst

wirklich gut kannte? Jedenfalls traute ihm das jeder zu.

Gribkowsky lebte in der Bank dieses Andersseins, und er pflegte die Distanz, die es schuf. Wenn einer seiner Vorstandskollegen mit ihm reden wollte, musste er sich erst mal einen Termin bei ihm geben lassen, sagte Theo Harnischmacher aus, der damals mit ihm in der Führung saß. Und der Ex-Vorstandschef Werner Schmidt beschreibt das Fremdeln heute mit einem einzigen Satz: „Er war ein Deutschbanker.“

Was also konnte die Bank einem wie Gribkowsky schon bieten außer den Titel Vorstand? Nichts außer: Kirch. Leo Kirch, und mit ihm die Eintrittskarte in das grellste, größte Showbiz der Welt, die Formel 1. Das sollte Gribkowskys Thema werden, mehr als alles andere. Die Sache, in der er ganz aufging – und die ihn dann über eine dünne Grenze trieb: die zwischen Selbstbewusstsein und Selbstüber-schätzung.

Leo Kirch war 2001 in die Formel 1 eingestiegen, damit mehr Zuschauer seinen dümpelnden Bezahlsender Premiere einschalteten. Schon 2002 endete alle Hoff-

Verdächtiger Deal

→ BayernLB

Mit der Kirch-Insolvenz 2002 erhält die BayernLB knapp 50 Prozent des Anteils an der Formel 1.

Gerhard Gribkowsky
ab 2003
Risikovorstand
der BayernLB

Verkauf der
Formel-1-Anteile
2005

Kaufpreis
839
Mio. \$

Provisionen und
Ausgleichszahlung
rund
66
Mio. \$

Bernie
Ecclestone,
Bambino
Ecclestons
Familienstiftung

rund
44
Mio. \$

DER SPIEGEL

</div

ein Aufstieg, der ihn zum mehrfachen Milliardär machen sollte.

Nicht als Rennstallchef, da wäre er nur einer von einigen gewesen. Er köderte die anderen Teamchefs, damals noch eine ziemliche Amateurtruppe, mit dem Angebot, er werde ihnen aus Gutmütigkeit und für ein paar Prozent Provision den lästigen Organisationskrempe für die Rennserie abnehmen: die Verträge mit den Streckenbesitzern, den Transport der Rennwagen, alles.

Seitdem ist die Formel 1 eine Gewinnformel Ecclestone, er spielt die Teams gegeneinander aus, die Rennstreckenbesitzer, und jeder Herr Fischer, der glaubte, er habe hier etwas mitzureden, dem bewies Bernie Ecclestone das Gegenteil.

Allerdings hatte Ecclestone schon um die Jahrtausendwende jene 75 Prozent an der Formel 1, die später bei Kirch gelandet waren, zu Geld gemacht und dafür weit über zwei Milliarden Dollar kassiert. Um mögliche Steuern zu sparen, hatte er den Erlös in eine Familienstiftung geschoben. Das Geld lag deshalb nun, 2002, bei einer Bambino Holding, die seiner damaligen Frau Slavica gehörte – einer Firma, mit der Ecclestone selbst absolut nichts mehr zu tun haben durfte. Zumindest nicht nachweisbar. Sonst nämlich hätte das britische Finanzamt zuschlagen können, mit einer Steuernachforderung in Milliardenhöhe.

Diese Bambino war es auch, der die übrigen 25 Prozent an der Formel 1 gehörten. Und sie arbeitete nun so gegen Fischer und die Bayerische Landesbank, als wäre sie Ecclestone persönlich. Ecclestone nämlich hasste die Banken. Hasste den Einfluss, den sie nehmen wollten, die Ahnungslosigkeit, mit der sie das tun würden, und wohl auch ihren Mangel an Respekt, ihm gegenüber.

Da kam ein Zerwürfnis gerade recht. Fischer, so ein Landesbank-Manager gegenüber der Staatsanwaltschaft, stritt sich im Oktober 2002 mit dem eigenen Vorstand und zog sich überraschend aus den Führungsgremien der Formel 1 zurück. Sofort nutzte das die Bambino-Truppe, besetzte Fischers Posten mit eigenen Leuten und sorgte flugs mit einer Satzungsänderung dafür, dass die Bambino auch vorerst das Sagen behalten würde. Was nützte es da, dass die Landesbank mit Abstand größter Anteilseigner war? Bambino hatte sie ausgetrickst – ein typischer Ecclestone, auch wenn der ja, wie er stets betont, damit gar nichts zu tun hatte.

Da kam Gribkowsky in die Bank, als Risk Officer, Spezialist für faule Kredite. Er übernahm sofort das Thema Formel 1, er kündigte den Vertrag mit Fischer, schickte fast alle aus dem London-Team nach Hause. Und begann, sich mit dem Mann anzulegen, dessen Ego so groß war wie sein eigenes. Ecclestone.

Gut ein Jahr tasteten sie sich ab, Ecclestone machte die üblichen Mätzchen. Er

strebe scheinbar Vereinbarungen an, die er selbst torpedierte, er hielt die Bank hin. Dann reichte es Gribkowsky.

Im März 2004 klagte die Bank gegen die Satzungsänderung, mit der sich die Bambino in den Formel-1-Gremien die Mehrheit gesichert hatte. Und im Dezember gab ein Londoner Gericht den Bayern auch recht. Damit hätten sie nun tatsächlich die Macht in der Formel 1 übernehmen können, die Bedingung für alles Weitere, auch den Verkauf. Was für eine Schlappe für Ecclestone, der aber nur den nächsten Winkelzug folgen ließ: Wieder drehten Ecclestone und die Bambino es

ANZEIGE

Einmal, im März 2005, rief direkt ein Bambino-Mann an: Die Bank und die Bambino, das passt doch einfach nicht. „Er bot ernsthaft Mexican Shoot-out an“, notierte danach ein Banker perplex in einer Vorlage für den Vorstand. „Mexican Shoot-out“, das bedeutete, die Bambino würde einen Preis für die Anteile der Bank nennen, und entweder die Bank verkaufe dazu oder war umgekehrt gezwungen, selbst die Bambino herauszukaufen, zum selben Preis pro Anteil. Raué Sitten.

Oder noch viel rauere? Am 17. Dezember 2004 ging Gribkowsky zur Kripo München, Kommissariat 131, um einen Vorfall zu melden. Vor ein paar Monaten hätten sich zwei Männer morgens beim Joggen in seinen Weg gestellt. Kein Zufall. Sie hätten ihn angerempelt, dieselben Männer, die er ein paar Tage vorher schon gesehen habe; seitdem laufe er morgens nicht mehr durch den Wald. Was dahinterstecken könne, wer? Gribkowsky sagte: Ecclestone. Der habe ihm klargemacht, dass er mit Konsequenzen rechnen müsse, persönlichen Konsequenzen, wenn er im Rechtsstreit nicht zurückziehe.

Die Drohung soll gekommen sein, nachdem er, Gribkowsky, zehn Millionen Dollar abgelehnt habe, die ihm Ecclestone beim Großen Preis von Frankreich angeboten habe. Offenbar Bestechungsgeld. Bei der Polizei nannte Gribkowsky den Engländer damals einen „Diktator“, dem jedes Mittel recht sei.

Ecclestone hat in seiner Aussage beides bestritten, die Geschichte mit den zehn Millionen Dollar genauso wie den Vorwurf, er habe Gribkowsky Männer auf den Hals gehetzt.

Immerhin ließ Gribkowsky damals öfters anklingen, dass man Ecclestone als Formel-1-Chef rausschmeißen sollte – die ultimative Drohung. Das schätzt sein Vorstandskollege Rudolf Hanisch heute zwar als reines „Säbelrasseln“ ein; Ecclestone sei in der Formel 1 viel zu gut verdrahtet gewesen, als dass die Bank „den Kampf hätte gewinnen können“, bestätigt auch ein anderer Vorstand.

Aber Ecclestone nahm die Sache offenbar ernst: „Gribkowsky wollte Mister Formel 1 sein“, sagte er in seiner Vernehmung, ja, der Mann habe ihn loswerden wollen. Und in der Vorstandsvorlage im März 2005 heißt es: Weil eine faire Kooperation nicht zu erwarten sei, „können wir irgendwann gezwungen werden, unser stärkstes Druckmittel einzusetzen zu müssen, nämlich BE abzusetzen“. Deshalb müsse man sich auch fragen, ob man BE, Bernie Ecclestone, nicht besser schnell entsorge; bei Ecclestons hohem Alter, damals 74, sei das „Regime BE“ sowieso nicht mehr „lange haltbar“.

Tatsächlich beschloss der Vorstand kurz danach zwei Dinge: so schnell wie möglich aussteigen, wenn denn der Preis

so hin, dass gegen ihn in den Formel-1-Firmen nichts ging. Und wieder schickte Gribkowsky seine Anwälte los, im Januar 2005.

Es war das Duell zweier Männer, die es nicht ertragen konnten zu verlieren, und ihnen war offenbar jeder schmutzige Trick recht. Die Bank bekam mehrere Kaufangebote, Summen zwischen 250 und 400 Millionen Dollar. In allen Fällen, glaubte Gribkowsky, waren es Leute aus dem Umfeld von Ecclestone, der testen wollte, wie sehr die Bank an der Formel 1 hing – und wie billig er sich die Mehrheit zurückholen konnte.

stimmt. Falls man aber keinen Käufer findet, dann eine neue Allianz bilden. Nicht länger auf Ecclestone als Maestro der Formel 1 setzen, sondern auf die großen Autohersteller, BMW, Mercedes, Renault oder Ford. Die lagen damals selbst im Streit mit Ecclestone, wollten mehr vom Gewinn der Formel 1 abbekommen und drohten damit, eine Konkurrenzserie aufzuziehen.

„Ich hätte den Aufbau wirklich durchgezogen“, erinnert sich heute Burkhard Göschel, 2005 Vorstand bei BMW, an die Pläne für einen eigenen Grand-Prix-Zirkus; nie sei die Lage für Ecclestone so gefährlich gewesen wie damals. So wie es aussah, hätte der bockige Brite dann nicht mehr die großen Namen in seiner Formel 1 gehabt, nur noch Teams wie Jordan oder Minardi.

Das war die Gemengelage, in der im Sommer 2005 plötzlich aus Feinden Verbündete wurden und zwei Männer beschlossen, dass man besser zusammen überleben würde. Denn Ecclestone wehrte sich mit allem, was er hatte, gegen die Autobauer-Allianz, hielt mit zig Millionen Ferrari davon ab, zu den anderen Herstellern überzulaufen. Und die Bank bekam immer mehr Angst vor ihrem Vabanquespiel: Möglich, dass die Hersteller eine eigene Rennserie gründeten, die Ecclestones Formel 1 den Rang ablieft. Aber würden die Konzerne dazu ausgerechnet auf die SLEC zurückgreifen, an der die Landesbank seit der Kirch-Pleite beteiligt war? Wenn nicht, dann hatte nicht nur Ecclestone verloren. Dann war auch die SLEC plötzlich nicht mehr viel wert. Die Bank hatte Angst vor einem Totalverlust.

Also endete nun plötzlich der Krieg, wurde aus „BE“ nun „der Bernie“. Im August gab Ecclestone im Rechtsstreit auf, kurz vorher hatte sich überraschend Donald Mackenzie bei ihm gemeldet, Chef des Private Equity Fonds CVC Capital Partners. Der bot an, beide aus der Formel 1 herauszukaufen, die Bambino und die Banken. Ecclestone, das war der Köder, sollte auch danach als Chef der Formel 1 weitermachen dürfen. Und den Bayern wollte die CVC 839 Millionen Dollar zahlen. Ein Preis, zu dem die Bank dann tatsächlich im Januar 2006 aus der Formel 1 ausstieg.

Nachdem die Staatsanwaltschaft München Ende vergangenen Jahres erfahren hatte, dass Gribkowsky hinterher 44 Millionen Dollar bekam – von Ecclestone und der Bambino, wie sich herausstellte –, suchte sie verbissen nach dem Beweis, dass Gribkowsky die Anteile zu billig verkauft hatte. Klassische Untreue also, klassische Bestechung, mit einer Kick-back-Zahlung für einen Mann, der die eigene Seite verraten haben sollte. Tatsächlich haben die Ermittler nicht mal einen Hinweis gefunden, der diese Variante gestützt hätte.



THOMAS EINBERGER / ARGUM

BayernLB-Zentrale in München: Eine kleine miefige Welt

Im Gegenteil: Noch im Jahresabschluss 2004 hatten die Wirtschaftsprüfer der KPMG der Bank dringend geraten, ihr Formel-1-Geschäft um bis zu 290 Millionen Dollar abzuwerten, auf höchstens noch 370 Millionen. Außerdem hatte es noch nie ein Angebot gegeben, das auch nur entfernt an das der CVC herangebracht hätte. Und: Die Bank verkaufte immer noch zu einem Zeitpunkt, als nicht klar war, ob die Rennserie der Hersteller kommt, die Anteile dann wertlos geworden wären. Die Hersteller gaben erst im Mai 2006 auf, verlängerten mit Ecclestone. „Man kann tatsächlich sagen, dass Vorstand und Verwaltungsrat glücklich waren“, fasste Ex-Vorstand Stefan Ropers vor kurzem die Arbeit von Gribkowsky zusammen.

Das Problem war und ist deshalb nicht der Preis. Es sind die Nebenabsprachen des Deals und wie es dazu kam. Gribkowsky hatte sich offenbar an die Formel 1 gewöhnt. An die Milliardenwelt des Bernie Ecclestone. Und an dessen Lebensweisheit, frei zitiert von dessen damaliger Frau Slavica: „Erst musst du auf die Beine kommen, dann wirst du reich und dann ehrlich.“

Zuerst wollte sich Gribkowsky einen Anteil bei der Bank holen: Schon am 31. August hatte sich CVC-Mann Mackenzie bei ihm gemeldet, am 9. September ging das erste Angebot ein; zwei Tage vorher, da wusste Gribkowsky offenbar, dass et-

was kam, schickte er seinem Vorstandschef Werner Schmidt einen Brief: Er habe „intensiv“ gearbeitet und schlage eine Sonderprämie vor. Ein Prozent, wenn der Kaufpreis unter 500 Millionen Euro liege, 1,25 Prozent, wenn es 500 Millionen bis eine Milliarde würden. Das hätte ihm also gut acht Millionen Euro gebracht.

Acht Millionen, und das bei einer Bank, in der es für Vorstände keine Sonderprämien gab, stattdessen nur eine „Tantieme“, die für alle einfachen Vorstandsmitglieder gleich ausfiel und meist nicht einmal 80 000 Euro im Jahr erreichte: Als Ex-Verwaltungsratschef Siegfried Naser in seiner Vernehmung danach gefragt wurde, nannte er das schlicht „unverschämt“. Gribkowsky soll seiner Sekretärin dagegen gesagt haben, bei so einem Erfolg zahlten andere Banken einen Bonus, der noch viel höher sei als das, was er verlangt habe.

So ging er nun in die Abschlussgespräche für den CVC-Deal, er führte sie nicht nur selbst, er führte sie auch weitgehend allein. Vor allem bei Treffen mit Ecclestone durfte keiner mehr von der Bank dabei sein. Gribkowsky sei doch sonst immer ein „Teamplayer“ gewesen, wunderte sich ein Mitarbeiter, der seit Jahren mit ihm im Formel-1-Team der BayernLB gegen Ecclestone gekämpft hatte. Angeblich hatte aber Ecclestone darauf bestanden, dass der Kreis ganz klein bleibe, erklärte Gribkowsky seinen Alleingang.

Selbst als er den Vorvertrag mit der CVC unterschrieb, am 8. November 2005, flog er allein nach London, und auch der CVC-Anwalt staunte: Er habe Gribkowsky vier Varianten für den Verkauf vorgeschlagen, der aber habe nur gesagt, er sei mit allen einverstanden und werde heute noch unterschreiben. Einzige Bedingung: dass der Entwurf in den nächsten drei Stunden fertig werde.

Die Vorstandskollegen erfuhren dann erst aus der Beschlussvorlage, warum es noch zwei Nebenabreden geben sollte, die den Preis drückten: eine Provision über fünf Prozent, die man Ecclestone unter anderem dafür zahlen müsse, dass



DIRK HOPPE / NETZHAUT
BayernLB-Berater Fischer
Glamour-Boy der Bankenszene

er das Geschäft mit Mackenzie an Land gezogen habe. Machte 41 Millionen Dollar. Und noch mal rund 25 Millionen an die Familienstiftung Bambino. Angeblich hatte die noch Darlehen an die Formel-1-Mutter SLEC ausstehen. Das müsse vom Verkaufserlös abgehen, an die Bambino.

Tatsächlich stimmte der Vorstand auch den Sonderklauseln zu. Gribkowsky hatte behauptet, ohne die Zahlungen platze das ganze Geschäft, beide Bedingungen seien „Deal-Breaker“.

Seine Mannschaft hatte das zwar ganz anders gesehen; die Bambino und Ecclestone würden auch so mitmachen, weil doch auch die Bambino ihre Anteile zu diesem unglaublich guten Preis abstoßen wolle. Und außerdem habe die Bambino die Sache mit den Krediten gar nicht richtig belegt. Doch am Ende habe Gribkowsky ihm die Begründung für die Extra-Gelder persönlich in die Feder diktiert, sagte sein Mitarbeiter Harald G. aus. Der musste die Vorlage für die Vorstandssitzung schreiben.

Eine Absprache behielt Gribkowsky die nächsten Jahre jedoch für sich: dass ihm Ecclestone und Bambino später über Beraterverträge 50 Millionen Dollar zahlen sollten. Die Staatsanwaltschaft glaubt: Diese 50 Millionen für Gribkowsky waren dann auch der Grund, warum Ecclestone und Bambino von der Bank insgesamt 66 Millionen aus den Nebenabreden verlangt hatten – als Ausgleich gewissermaßen. Zumindest, so vermuten die Ermittler, hätten sie ohne Gribkowskys Forderung den Deal nicht daran scheitern lassen. Das ist die Untreue, die ihm die Fahnder vorwerfen, und auch die Bestechlichkeit: Weil die Bank staatlich ist, soll Gribkowsky Amtsträger gewesen sein.

Noch 2006 schloss Gribkowsky einen Beratervertrag mit einer Firma auf Mauritius, ein Jahr später mit einer auf den British Virgin Islands, reinen Briefkastenfirmen, hinter denen sich Ecclestone und die Bambino versteckten. Sie zahlten ihm 44 der 50 vereinbarten Millionen Dollar. Ein Teil ging an seine Beratungsfirma, die er in Österreich schon gegründet hatte, als die Verkaufsgespräche noch liefen. Und schließlich, als er wohl Angst vor dem deutschen Finanzamt bekam, an seine Familienstiftung. Gribkowsky war damit am Ziel, und selbst das Stiftungskonstrukt hatte er sich offenbar abgeschaut, vom großen Bernie.

Gribkowsky, Ecclestone, beide weisen heute den Verdacht zurück, dass Bestechungsgelder geflossen sind. Er, Ecclestone, habe doch Mackenzie und die CVC erst mit der Bank zusammengebracht und außerdem Millionenrisiken aus dem Deal getragen. Damit sei die Provision verdient gewesen. Mit den Zahlungen an Gribkowsky habe das nichts zu tun, kein Kreislaufgeschäft also, um mit Geld aus der Bank Gribkowsky zu bedienen.

Der lässt über seinen Anwalt vortragen, die gutdotierten Beraterverträge stammten beide aus einer Zeit deutlich nach dem Verkauf der Formel-1-Anteile. Da gebe es also keinen Zusammenhang. Und: Er habe durchaus seine Zukunft in der Formel 1 gesehen. Die Verträge seien deshalb auch keine Scheinverträge gewesen. Er habe Ecclestone tatsächlich helfen wollen. Dass der ihn aber, wie sich leider herausgestellt habe, kaum noch gebraucht habe, dafür könne man ja nichts. So gesehen sei die „sensationell“ hohe Summe, die er bekommen habe, natürlich „Glück“. Aber eine legale Sache.

Doch warum hat Ecclestone, hat die Bambino dann gezahlt? Für nichts? Ausgerechnet Ecclestone, der als extrem geizig gilt? Alles nur, damit Gribkowsky mit seiner Formel-1-Erfahrung nicht woanders andockte, wie der Bunker behauptet?

Als Ecclestone im April mit den Staatsanwälten zusammensaß, nannte er die Sache überraschend offen beim Namen. „Blackmail“, Erpressung. Vielleicht wollte er damit nur vom Bestechungsvorwurf ablenken, denn die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen auch gegen ihn. Aber einiges spricht dafür, dass er damals tatsächlich zum Opfer geworden war.

Gegenüber den Staatsanwälten sprach Ecclestone offen von „Blackmail“ – Erpressung.

Anfangs, so Ecclestone, habe Gribkowsky nur gesagt, er wolle für ihn arbeiten. Dazu passt die Aussage eines Gribkowsky-Mitarbeiters, sein Chef habe mal bei einem Essen ganz versonnen erzählt, der Alte sehe ihn fast schon als Sohn, wolle ihn zum Nachfolger aufbauen.

Doch als der Formel-1-Chef Gribkowsky angeblich klargemacht hatte, dass er ihn nicht brauche, schon gar nicht in seiner Nähe, soll der Deutsche aufdringlicher geworden sein. Gribkowsky habe dauernd Anspielungen gemacht. Dass Ecclestone doch in Wahrheit den Bambino-Trust seiner Frau steuere. Dass es da viel zu erzählen gebe, aber man könne doch auch Partner sein. „Es ist immer besser, Leute zu haben, die von drinnen nach draußen pissen als von draußen nach drinnen“, soll ein Spruch gewesen sein, den Gribkowsky gern mal fallen ließ.

Eine Verbindung zur Bambino also. Nicht, dass es die gegeben habe, beteuerte Ecclestone. Doch damals sei das englische Finanzamt hinter ihm und seiner Frau her gewesen, und einer wie Gribkowsky, der das Feuer geschürt hätte, das hätte mächtig Ärger geben können. „Ich habe selten Angst“, sagte Ecclestone – aber auch, dass er damals mit seinen 76 Jahren richtig pleite gewesen wäre, wenn Gribkowsky ernst gemacht hätte. Ohne Haus und „ohne Armbanduhr“. Deshalb,



SAEED KHAN / AFP

Formel-1-Rennen in Singapur 2011: Eine „sexy“ Sache – bis zu 50 Millionen Dollar schwer

nur deshalb, habe er die Millionen an diesen Herrn gezahlt.

Gribkowsky bestreitet jede Erpressung, Nötigung, jeden unzulässigen Druck, vielleicht habe Ecclestone das so empfunden, dann aber ohne Grund. Und wie hätte auch ein billiges Gerücht, mit dem Gribkowsky hausieren gegangen wäre, ausreichen können, um Ecclestone Angst zu machen? Auf die Idee, dass Ecclestone die Bambino lenkte, kamen englische Steuerfahnder auch von allein – die ganze Formel 1 vermutete das.

Doch die Story, die Gribkowsky 2010 Tom Bower mal erzählte, dem Biografen von Ecclestone, ist brisanterer Stoff. Und eine Ex-Mitarbeiterin von Gribkowsky bestätigte sie in einer Vernehmung. Im Juni 2004 hatte die Frau im Auftrag der Bank einen TV-Rechtehändler in Heidelberg besucht, der auch schon gegen Ecclestone geklagt hatte. Glaubt man der Zeugin, dann drückte ihr der Mann ein Papier in die Hand, das sie sofort Gribkowsky weitergab. Ein Papier, das die Ecclestone-Bambino-Connection untermauerte.

Nicht lange danach soll Gribkowsky sie triumphierend angerufen haben: Bei einem Treffen mit Ecclestone in London habe er das Blatt unauffällig auf Bernies Schreibtisch geschoben. Im Taxi, auf dem Weg zum Flughafen, habe sich dann ein empörter Ecclestone auf seinem Handy gemeldet. Was das denn solle und woher er das Papier habe.

Die Ermittler haben das Papier gesucht, aber nicht gefunden, der TV-Rechtehändler bestreitet, so etwas übergeben zu haben; Gribkowskys Anwalt reagiert schmalrippig. Und auch Ecclestone behauptet, nichts davon zu wissen. Was aber auch besser für ihn ist: Sonst könnten die englischen Behörden ihr 2008 eingestelltes Verfahren gegen seine Frau wieder aufmachen, das mit einem millionenschweren Vergleich geendet hatte.

Und noch etwas würde dazu passen, dass Ecclestone mit den 44 Millionen

Dollar Gribkowskys Schweigen kaufen wollte: dass Gribkowsky seinem Steuerberater schon Mitte Mai 2005 erzählt haben soll, er werde womöglich bald einen lukrativen Beratervertrag aus der Formel 1 bekommen. Eine „sexy“ Sache, bis zu 50 Millionen schwer, die aber ganz geheim bleiben müsse. Mitte Mai 2005? Glaubt man der CVC, war ihr Angebot da noch gar nicht in Sicht. Warum hätte Gribkowsky damals also schon an Millionen denken sollen? Weil er sich, einfach so, ohne besonderen Grund, ausmalte, dass ihn Ecclestone mit Geld überschütten würde, für ein paar gute Ratschläge? Oder doch eher, weil eine Erpressung auch so funktioniert hätte, ohne Beratervertrag? Und auch ohne Milliardendeal?

Drei Jahre lang sah es danach für Gribkowsky jedenfalls so aus, als habe er alles richtig gemacht. Erst blieb er noch bei der Landesbank. Der Vorstandsposten, ein bewaffneter Fahrer, für seine Freunde war er weiter der „Begleitschutz-Gerhard“, ganz, ganz wichtig. Dann stellte ihn die Bank 2008 frei, bei vollem Gehalt, weil er sich nicht damit abfinden wollte, dass man einen anderen zum neuen Vorstandschef gemacht hatte.

Gribkowsky verabschiedete sich dafür mit einem seiner größten Sprüche, vor dem versammelten Vorstand: Keine Sorge, dann werde er sich jetzt eben um seine Krebstiftung in Österreich kümmern, apropos, zehn Millionen Euro schwer, damit es jetzt alle wussten. Und das war ja nicht mal die ganze Wahrheit.

Aber wirklich mit der Krebshilfe beginnen sollte er erst Ende 2010, als die „Süddeutsche Zeitung“ ihm schon wegen seiner Stiftung hinterhertelefonierte. Bei der Gründung seiner Stiftung, so jedenfalls sein Steuerberater, sei es Gribkowsky nur darum gegangen, sein Geld in Sicherheit zu bringen, für sich, seine Freundin, vor dem Fiskus und vor einem seiner Söhne, dem er nicht traute.

Geholfen hatte ihm dabei dieser Steuerberater, gegen den heute auch ermittelt wird. Einer, der unbedingt Gribkowskys Millionen betreuen wollte, selbst wenn er ihm dafür eine Steuerkonstruktion bauen musste, mit Stiftung und Treuhänder-Vertrag, von der er wusste, dass er damit mutmaßlich bei der Steuerhinterziehung in Deutschland half. Gribkowsky behauptet heute, er habe dem Mann vertraut, sogar mehrfach nachgefragt, ob das alles so gehe. Natürlich habe er die Steuer umgehen wollen, doch nur legal.

Wenn man die Schreiben seines Anwalts recht versteht, dann hat Gribkowsky deshalb auch gar nichts falsch gemacht. Er hat doch nur getrickst, so wie sein Vorbild Bernie Ecclestone all die Jahre getrickst hatte. Der Bernie, den er im Grunde nur nachgeahmt hatte. In seiner Geldgier: wenn Gribkowsky sich die Arbeit für eine Firma, die Gewinne für seine Krebshilfe erwirtschaften sollte, mit einem Tagessatz von 3000 Euro bezahlen ließ. In seiner Sturheit: wenn er sich nicht mal von einem Geldwäscheverfahren in Österreich abschrecken ließ, sondern die Einstellung abwartete. Und sogar in seinem Geiz: „Jede Honorarnote hat er mehrfach nachgefragt; er erwies sich als extrem kleinlich“, hat die Kollegin des Steuerberaters geklagt.

Gribkowsky war selbst zu einem Ecclestone geworden, und dann, Nachahmung in Vollendung, hatte er seinen Meister geschlagen. Hatte 44 Millionen aus ihm und der Bambino herausgeholt. Was also sollte daran falsch gewesen sein?

Nach seiner Verhaftung schrieb ihm seine Mutter einen Brief in die Zelle. Er solle sich seiner Tränen nicht schämen, auch Odysseus habe auf einem Felsen gesessen und geweint. Ja, er habe auch Tage des Odysseus, schrieb Gribkowsky zurück.

Irgendetwas muss für ihn falsch gelaufen sein. Nur was?

JÜRGEN DAHLKAMP, DINAH DECKSTEIN,
CONNIE NEUMANN, JÖRG SCHMITT

Leck im System

Die Server des bayerischen Internetunternehmens Hetzner waren für Hacker zugänglich. Zahlreiche Firmen und Tausende Kunden könnten betroffen sein.

Auf ihren raschen Aufstieg und die zahlreichen Auszeichnungen ist die Firma Hetzner aus dem bayerischen Gunzenhausen mächtig stolz. Schon auf der Internetseite des weltweiten Betreibers von Rechenzentren und Internetseiten erfahren die Kunden, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young die Firma 2007 wegen des herausragenden Umsatz- und Mitarbeiterwachstums zu einem der besten 50 bayerischen Unternehmen gekürt hat. Danach folgten Auszeichnungen fast im Jahrestakt: „Bester Anbieter“, „Technik-Sieger“, „Marke des Jahres“.

Da wundert es wenig, dass unter den Referenzkunden des Online- und Computerspezialisten zahlreiche namhafte Firmen zu finden sind. Branchenführer wie der Unterhaltungselektronikhersteller Sony, der Internetreisevermittler Opodo, Woolworth oder der Web-Buchversender buch.de vertrauen ihre sensiblen Daten den Hochleistungscomputern des bayerischen Vorzeugeunternehmens an.

Als sogenannter Web-Hoster stellt Hetzner ihnen und Tausenden weiteren Kunden Internetseiten, Computer, Speicherplätze und spezielle Programme zur Verfügung, mit denen sie dann auf relativ einfache Weise Web-Seiten betreiben und Internetgeschäfte abwickeln können.

Doch was sich bei Hetzner auf den Servern, wie die Hochleistungsrechner im Fachjargon heißen, in den vergangenen Wochen und Monaten abspielte, dürfte bei den Kunden auf wenig Gegenliebe stoßen. Mit offenbar relativ einfachen Mitteln konnten Computerspezialisten von außen auf die hochsensiblen Daten der Hetzner-Kunden zugreifen. Nachdem der SPIEGEL das Unternehmen auf das Datenleck aufmerksam gemacht hatte, forderte Hetzner seine Kunden am vergangenen Donnerstag auf, sämtliche Passwörter zu ändern.

Selbst eine Fremdsteuerung von Hetzner-Computern und -Eingabemasken soll zeitweise möglich gewesen sein. So zumindest lautet die Information einer Eingabe beim Datenschutzbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz. Abgegeben hat die Erklärung der Mainzer Medienunternehmer Tobias Huch. Der früher im Interneterotikbereich tätige Huch hatte vor drei Jahren schon einmal eine Rolle bei der Aufdeckung einer Datenaffäre gespielt. Er hatte zuvor im Internet eine Telekom-Datenbank mit rund 17 Millionen sensiblen Kundendatensätzen aufgespürt.

Doch im Vergleich zur jetzt entdeckten Hetzner-Lücke, sagt Huch, sei die Telekom-Datenpanne eher klein gewesen. Über Wochen und Monate hinweg seien auf den Hetzner-Rechnern Tausende Datensätze großer Firmen und die Daten

die im Verdacht standen, kriminelle Geschäfte zu tätigen oder kinderpornografische Inhalte über Hetzner-Server zu vertreiben.

Auf Anfrage räumte Martin Hetzner, Geschäftsführer des Unternehmens, ein, dass die ihm vorgelegten Daten authentisch seien und dass es ganz offensichtlich einen „weitreichenden Zugriff“ auf Computer seiner Firma gegeben habe. Dies sei offenbar mit Passwörtern geschehen, die bei einer älteren, inzwischen nicht mehr vorhandenen Sicherheitslücke aufgefunden worden seien. Schon in der Vergangenheit habe man hohen Wert auf die Sicherheit der Systeme gelegt. Doch gegen kriminelle Energie könne man sich nie vollständig schützen.

Doch genau die, sagt Huch, sei überhaupt nicht nötig gewesen. Die Entde-



Hochleistungsrechner, Computer-Freak Huch: Datenlücken eher zufällig entdeckt



JOCHEM ZICK / KEYSTONE (L.); DAVIDS (R.)

von deren Kunden zugänglich gewesen. Kontoverbindungen, Schrift- und Mail-Verkehr und selbst Listen mit Passwörtern, die den Zugriff auf weitere Rechner des Unternehmens ermöglichten, seien in offenen Ordner und Unterverzeichnissen abgespeichert gewesen.

Dem SPIEGEL liegen entsprechende Datenproben vor. So konnte sich der Mainzer Unternehmer etwa problemlos in einen eigens zu diesem Zweck bei dem bayerischen Internetspezialisten angemieteten Web-Zugang einloggen und die dort hinterlegten Adressen, Kontoverbindungen und Passwörter auslesen.

Selbst hochsensible Korrespondenz zwischen polizeilichen Dienststellen und Hetzner war unverschlüsselt und offenbar leicht zugänglich. In den Briefen geht es um die Überwachung von Kunden,

ckung der massiven Datenlücke sei eher zufällig geschehen, als man einem Bekannten beim Einrichten seines bei Hetzner angemieteten Internetauftritts geholfen habe.

Nach dem Einrichten der Seiten sei man ohne Probleme in normalerweise nicht zugängliche Bereiche der Server gelangt. Dort seien Listen mit Passwörtern gespeichert gewesen, die den Zugang zu zahlreichen weiteren Rechnern im Unternehmen ermöglicht hätten.

Bei Hetzner will man an eine solch simple Vorgehensweise nicht so recht glauben. Trotzdem wollten sich die Techniker des Unternehmens bereits am Wochenende mit Huch austauschen. Spätestens dann sollen möglicherweise noch vorhandene Lücken geschlossen werden.

FRANK DOHmen



AHMED JADALAH / REUTERS

„Wir wollen ein modernes Land werden“

Die jemenitische Menschenrechtsaktivistin Tawakkul Karman, 32, über ihre Ehrung durch das Nobelpreiskomitee

SPIEGEL: Hatten Sie mit der Auszeichnung gerechnet?

Karman: Ich war völlig überrascht. Ich verstehe sie als Ehrung für alle arabischen Revolutionäre – ganz gleich, ob wir in Tunis oder Kairo leben, in Damaskus oder Tripolis.

SPIEGEL: Mit Hilfe Ihrer Vereinigung „Journalistinnen ohne Ketten“ haben Sie die Massendemonstrationen in Sanaa mitorganisiert. Setzen sich die Volkserhebungen in den arabischen Ländern nicht ganz unterschiedliche Ziele?

Karman: Uns verbindet ein gemeinsamer Nenner: der Sturz der Unterdrücker und ihrer Regime und die Verwirklichung einer wahren Demokratie. Der Preis wird den Sieg unserer Revolution beschleunigen.

SPIEGEL: Präsident Ali Abdullah Salih sitzt fest im Sattel. **Karman:** Er hält sich nicht mehr lange. Die Einmischung des Auslands ist es, die uns behindert.

SPIEGEL: Wen konkret meinen Sie?

Karman: Jene Regierungen, die mit sogenannten Verhandlungen eine radikale Lösung hintertreiben wollen.

SPIEGEL: Wird der neue Jemen ein islamischer Staat?

Karman: Wir wollen eine moderne Zivilgesellschaft, weltoffen und zukunftsorientiert.

SPIEGEL: Welche Rolle wird der Islam spielen? Sie selbst sind Mitglied einer islamischen Partei.

Karman: Uns schwebt ein System wie in der Türkei vor.

SPIEGEL: Der Jemen leidet unter den Terroristen von al-Qaida. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

Karman: Die verschwinden, sobald Salih entmachtet ist.



ORLANDO SIERRA / AFP

ZAHL DER WOCHE

6239

Morde in Honduras

gab es im Jahr 2010 laut einer Uno-Studie. Bei rund acht Millionen Einwohnern hat das mittelamerikanische Land damit die höchste Mordrate weltweit.

USA Verbrecherjagd per Computer

Eine verfeinerte Technik der Polizei verblüfft in Kalifornien Kriminelle. Beamte in Santa Cruz versuchen derzeit, mit einer speziellen Software Ort und Zeitpunkt von Straftaten vorherzusagen. Noch läuft die Testphase,



Sheriff in Santa Cruz

doch der Polizist Zach Friend spricht bereits von einem Erfolg: Die Zahl der Einbrüche in der 60 000-Einwohner-Stadt sei seit Juli um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken. Die Polizisten füttern Computer mit Verbrechensstatistiken aus dem vergangenen Jahrzehnt und täglich aktualisierten Daten. Dann lassen sie berechnen, welche Gegenden und Uhrzeiten etwa für Autodiebstähle oder Einbrüche besonders beliebt sind. Darauf steckt die These, dass Kriminelle dazu neigen, ihre Tat am selben Ort zur gleichen Zeit zu wiederholen, wenn sie einmal erfolgreich waren. Jeden Tag errechnet der Computer zehn „Hot Spots“, an denen Beamte Verdächtige beobachten und gegebenenfalls festnehmen. Sieben Kriminelle konnten so seit Juli verhaftet werden. Behörden in Los Angeles, Chicago und New York arbeiten bereits mit ähnlichen Programmen.

VÖLKERSTRAFRECHT

Elfenbeinküste im Visier

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag untersucht nun auch Verbrechen in der Elfenbeinküste – er ermittelt damit zum ersten Mal auf eigene Initiative in einem Nicht-Mitgliedstaat. Präsident Laurent Gbagbo hatte sich im Dezember 2010 geweigert, seinem gewählten Nachfolger Alassane Ouattara Platz zu machen. Daraufhin waren zwischen der Söldnerarmee Gbagbos und den Truppen Ouattaras heftige Kämpfe entbrannt. Der Chefankläger des Gerichts, Luis Moreno-Ocampo, spricht von mehr als 1500 Ermordeten und Hunderten Fällen von Vergewaltigung, von Folter und Hinrichtungen. Er will nun klären, wer für die Verbrechen hauptsächlich verantwortlich ist, und zwar auf beiden Seiten. Die Gerichte des Landes verfolgen bisher nur Gbagbo-Anhänger niederer Ränge; der frühere Präsident selbst befindet sich wegen Wirtschaftsvergehen, nicht aber wegen Kriegsverbrechen in Haft. Die Elfenbeinküste ist dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofes nicht beigetreten, hat aber mehrfach dessen Zuständigkeit anerkannt.

Seit Ende September befasst sich auch eine Wahrheitskommission mit den Folgen des Bürgerkriegs, der 2002 begann. Ihr gehören Prominente wie Fußballstar Didier Drogba an. Die Kommission kann zwar keine rechtswirksamen Strafurteile fällen, soll aber Opfer und Täter miteinander versöhnen.



Ouattara-Milizen in Abidjan



Putin 2004



Putin 2011

NATALIA KOLESNIKOVA / AFP

RUSSLAND

„Wie ein Mongole“

Wladimir Putin, derzeit noch Premier, aber bald wieder Präsident, ist erst 59 und damit 16 Jahre jünger als sein Freund Silvio Berlusconi. Aber er scheint schon jetzt die Erfahrungen des Italiener zu nutzen: Fachleute sind sich einig, dass Putin sein Aussehen schönt. Fotos hatten ihn im Oktober 2010 mit blauen Flecken unter den Augen gezeigt, selbst starker Puder konnte sie nicht verdecken – das nährte Gerüchte, er habe sich in die Hände von plastischen Chirurgen begeben. Seit August dieses Jahres präsentiert er sich nun mit auffällig verändertem Gesicht. Putin sei „sich selbst nicht mehr ähnlich“, staunte die Moskauer Zeitschrift „The New Times“:

Von der Stirn seien die Falten verschwunden, auch die Krähenfüße seien weg und die Furchen unter den Augen. Wenn der Premier lache, wirkten die Wangenknochen nun wie angeschwollen und glänzten – er sehe dann „wie ein Mongole“ aus. Experten glauben, Putin habe sich einer dreifachen Prozedur unterzogen: Er habe Botox unter die Stirnhaut gespritzt bekommen, eine Lidstraffung vornehmen und das Jochbein aufpolstern lassen – seine Gesichtshaut ist nun gestrafft, frisches Aussehen garantiert. Putins Pressesprecher gab sich vorige Woche ahnungslos: „Da ich ihn praktisch jeden Tag sehe, kann ich nicht einschätzen, ob sich sein Äußeres verändert.“

GROSSBRITANNIEN

Rebellische Tories

Eine europakritische Gruppe innerhalb der konservativen Partei fordert eine grundsätzliche Neuordnung der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union. „Die EU muss weniger zentralistisch sein, sie sollte nur noch das Funktionieren des Binnenmarktes regeln“, sagt der Anführer der Europa-Skeptiker im britischen Parlament, George Eustice, 40. Er will die nationalen Parlamente stärken, insbesondere in der Sozialpolitik. Ein Drittel der Fraktion hat

sich dieser Haltung angeschlossen und auf dem Tory-Parteitag vorige Woche eine heftige Debatte um den Europa-Kurs ausgelöst. Premier David Cameron lehnt die Forderungen Eustices ab. „Er will vermeiden, dass das EU-Thema wieder zur Obsession wird“, kommentiert der Rebell die Haltung Camerons, „im Kern denkt er aber europaskeptisch.“ Seine Regierung habe bereits eine Befragung des Volkes beschlossen, falls künftige EU-Verträge einen weiteren Souveränitätstransfer von London nach Brüssel vorsehen. Dies allein, so Eustice, „dürfte zusätzlichen Integrationsbemühungen einen Riegel vorschieben“.

TUNESIEN

Der lächelnde Islamist

In dem Land, in dem die erste arabische Revolution stattfand, gibt es Ende kommender Woche auch die ersten freien Wahlen. Die Islamisten um den aus dem Londoner Exil zurückgekehrten Rachid al-Ghannouchi könnten dabei zur stärksten Partei werden.



JEAN REUILARD / REZO / DER SPIEGEL

Ghannouchi-Anhänger in Bizerte: „Der Hidschab ist eine Grundlage des Islam“

Aus dem älteren pausbäckigen Herrn mit dem weißen Bart wird in diesem Leben kein großer Redner mehr, und trotzdem sind seine Anhänger auch heute wieder zu Tausenden gekommen. Seine Helfer karren ihn seit Monaten von Amphitheater zu Turnhalle, und die Massen bejubeln seine bleiernen Vorträge, seine steifen Gesten, als ob er der Charismatiker wäre, der er nicht ist.

Rachid al-Ghannouchi, 70, Anführer der Islamistenpartei al-Nahda, spricht an diesem Tag zu den Menschen von Sidi Bouzid, wo im Dezember vergangenen Jahres die tunesische Revolution ihren Anfang nahm. Er preist die Märtyrer des Aufstands, er spricht vom Islam und der Freiheit und lächelt sein großväterliches Lächeln, während die Bodyguards düster in die Menge blicken. Es ist der vorvergangene Samstag, der offizielle Beginn des tunesischen Wahlkampfs.

Ghannouchi ist die politische Attraktion Tunisiens, seit er zu Beginn des Jahres aus dem Londoner Exil in seine Heimat zurückkehrte. Warum dieser professoral wirkende Mann so viele Menschen

bewegt, warum er solche Verehrung hervorruft und solchen Hass, ist schwer zu verstehen, wenn man ihn reden hört. Aber wenn die Tunisiern am 23. Oktober zum ersten Mal frei wählen, wird sich fast alles um ihn drehen. Es geht an diesem Tag um die Seele und die Zukunft Tunisiens.

Das Land, das in diesem Jahr als erstes in der arabischen Welt seinen Diktator stürzte, den korrupten Zine el-Abidine Ben Ali, lässt seine Bürger auch als erstes frei wählen, eine verfassunggebende Versammlung. Deshalb ist der Ausgang der Wahlen auch ein Signal für die ganze arabische Welt.

Natürlich ist Tunesien diesen freien Wahlen nicht gewachsen, weder der Staat noch die Medien, noch die Bürger sind es. Aus der rohen Wucht einer Revolution entwickelt sich so schnell kein staatsbürgерliches Bewusstsein, ein repressiver Staat wird nicht über Nacht liberal. Und eine Presse, die lange über gar nichts berichten durfte, muss auch erst lernen, dass das wilde Verbreiten von Gerüchten kein Journalismus ist.

Dennoch sind die Aussichten auf einen erfolgreichen demokratischen Prozess in keinem anderen arabischen Land so gut wie hier. Die Überreste des alten Regimes sind, anders als in Ägypten, nicht besonders mächtig. Und im Vergleich zu Libyen verfügt Tunesien über eine gutgebildete, homogene Bevölkerung.

Ghannouchi ist nach Sidi Bouzid gekommen, wo sich vor zehn Monaten ein Früchtehändler selbst anzündete und damit Feuer im ganzen Land legte. Er kehrt symbolisch dahin zurück, wo alles begann, ins konservative Landesinnere, wo soziale Proteste die Revolution erst auslösten. Hier hofft seine Partei auf einen überwältigenden Sieg.

Es sind 6000 Menschen gekommen, um ihn zu sehen, so viele waren es oft in den vergangenen Monaten. In den kommenden Tagen, wenn er durch das Landesinnere tourt, wird er eine Massenveranstaltung nach der anderen absolvieren.

Er schärft bei seinen Auftritten die Botschaft, die er und seine Sprecher seit seiner Rückkehr verkünden: Al-Nahda sei eine gemäßigte Partei, vergleichbar der AKP in der Türkei oder den Christdemokraten in Deutschland. Die Antwort auf die Frage, ob das wirklich stimmt, weiß niemand mit Sicherheit.

Ghannouchi wurde in den sechziger Jahren in Syrien politisiert, er steht der Muslimbruderschaft nahe und hat in der Vergangenheit die Selbstmordattentäter der Hamas geprispen. 1991 verübten radikale Anhänger seiner Bewegung einen Säureanschlag auf Mitglieder der Regierungspartei, in den Achtzigern legten sie Bomben in Hotels. In seinen Schriften lässt sich nachlesen, dass eine islamische Demokratie undenkbar sei, in der die Scharia nicht über allem stehe.

Vieles davon liegt lange zurück, und wer sich seit dem Sieg der Revolution mit ihm unterhält, bekommt zu hören, dass er ein Moderator sei, der niemandem seine Religiosität aufzwinge und für die Gleichberechtigung der Frau einstehe, seine beiden Töchter arbeiteten als Anwältin und Journalistin, beide tragen Kopftuch. Gern spricht er von den türkischen Islamisten, denen er sich nahe sieht.

Ghannouchis Gegner bezichtigen ihn der Doppelzüngigkeit, sie glauben nicht,



Islamistenführer Ghannouchi: Kulturkampf gegen das koloniale Erbe

dass der Mann sich in seinem Londoner Exil so sehr verändert haben soll.

Als er am 30. Januar, zwei Wochen nach Ben Alis Sturz, mit einem British-Airways-Flug in Tunis landete, verglichen manche dieses Ereignis mit der Rückkehr Ajatollah Chomeinis nach Teheran aus dem Exil im Jahr 1979. Die tunesischen Behörden waren so nervös, dass sie am Flughafen von Tunis versuchten, Bilder zu verhindern, die Ghannouchi beim Aussteigen aus dem Flugzeug zeigten.

Tausende Anhänger erwarteten ihn, vor lauter Ekstase erdrückten sie Ghannouchi fast, als er sich den Weg aus dem Flughafengebäude bahnte, und der Mann, der an diesem Tag aus der Vertrautheit seiner Londoner Studierstube gerissen worden war, sah in der Menschenmenge nicht glücklich aus, sondern hatte angstgeweitete Augen. Für die islamistische Bewegung in Tunesien war seine Heimkehr ein Triumph. Noch nie hatte man sie in dieser Stärke gesehen. Jahrzehntelang hatten die Machthaber sie verfolgt.

Auf dem Flug von London nach Tunis begleiteten ihn Dutzende exilierte Mitglieder seiner Partei, er selbst saß ungeheuer zufrieden auf seinem Platz und beteuerte im Interview, dass er keinem Mädchen ein Kopftuch aufzwingen werde, dass er ein Demokrat sei. Er gab den lächelnden Opa, vor dem sich niemand zu fürchten braucht. Abends empfing er seine Anhänger im Haus seines Bruders, im Stadtteil Menzah VI, und der Mann, den sie Scheich nennen, war umschwärmt von seinen engsten Getreuen. Sie spürten, dass jetzt alles möglich war.

Und viele säkulare Tunesier im Land bekamen es mit der Angst zu tun. Sie fragten sich: War das der Preis für die Revolution?

Tunesien ist das liberalste Land der arabischen Welt. Die Gleichberechtigung der Frauen ist in der bisherigen Verfassung verankert. Frauen genießen gesellschaftliche, berufliche und sexuelle Freiheiten wie in keinem anderen islamisch geprägten Land. Alkohol ist im ganzen Land verfügbar, westliche Touristinnen, die barbusig am Strand liegen, werden toleriert.

Der Mann, der diese Weltlichkeit begründete, war Tunisiens erster Präsident Habib Bourguiba. Nach dem Abzug der französischen Kolonialmacht im Jahr 1956 gestaltete er einen Staat nach französischem Vorbild. Bourguiba war kein religiöser Mensch, er forderte seine Bürger auf, lieber die Unterentwicklung des Landes zu bekämpfen, als den Ramadan zu befolgen, und ließ sich sogar filmen, wie er trotz des Fastengebots am helllichten Tag einen Orangensaft trank.

Es ist eine französisch geprägte und oft auch in Frankreich ausgebildete Elite aus den Städten der Küsten, die dem Land ihren Stempel aufgedrückt hat. Wer gebildet ist, spricht Französisch und lässt gern ganze Sätze in sein Arabisch ein-

fließen. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich machen rund ein Drittel der Wirtschaftsleistung aus. Der Journalist Mongi Khadraoui von der Tageszeitung „al-Chourouk“ sagt: „Wir Tunesier sind Araber, die gern Europäer wären.“

Es ist diese Elite, die Rachid al-Ghannouchi verachtet, und es sind ihre Werte, denen er den Kampf angesagt hat. Der säkulare Präsident Bourguiba war sein Widersacher, er ließ Ghannouchi wegen islamistischer Umtriebe zu elf Jahren Gefängnis, zu Zwangsarbeit und zur Todesstrafe verurteilen. Was auch immer seine konkreten politischen Ziele sind, der Kulturmampf, den er führt, ist Jahrzehntealt. Es ist auch ein Kampf gegen die Folgen des Kolonialismus und für die Rückkehr zu den arabisch-islamischen Wurzeln.

Im Juni, auf einer Wahlkampfreise nach Bizerte, im Norden des Landes, wird Ghannouchi von seinem Sohn Moadh begleitet, der in London aufgewachsen ist, er drückt es so aus: „Die Franzosen haben in diesem Land eine Elite geschaffen, die sein will wie sie, die sich unwohl fühlt mit ihrer arabischen Identität und dies überträgt auf ihr Volk.“ Al-Nahda hingegen wolle eine Modernität schaffen, die aus der tunesischen Kultur komme.

Ghannouchi sitzt an diesem Tag im Amphitheater von Bizerte unter einem Sonnenschirm, es warten 8000 Menschen auf ihn, eine hübsche junge Frau, die ihren Hidschab so streng trägt wie in den TV-Serien vom Golf, hebt ein lautes Klagnell auf das palästinensische Volk an, bei dem sich ihre Stimme dramatisch überschlägt. Dann erst spricht Ghannouchi. „Ich grüße die Frauen, die Säule der Familie“, sagt er, „sie sind es, die unsere Bewegung gestützt haben.“ Er fügt hinzu: „Der Hidschab ist eine Grundlage des Islam, aber wir grüßen alle revolutionären Frauen. In Tunesien haben wir jene, die beten, und jene, die es nicht tun. Die werden es hoffentlich morgen tun.“

Es wird ihm bei diesem Ausflug nach Bizerte auch vor Augen geführt, dass Tunesien alles andere als ein islamisches Musterland ist. Als er an jenem Tag eine Gruppe von Geschäftsleuten trifft, die er vom sozial ausgerichteten Kapitalismus seiner Partei überzeugen will, betrinken sich in der Bar des Konferenzhotels schon seit dem Morgen die Stammgäste. Es ist ein absurdes Bild, als die Betrunkenen an den Islamisten vorbeitorkeln.

Will er Alkohol verbieten? Will er noch Badeurlauber zulassen? Ghannouchi sagt, man müsse die Tunesier fragen, ob sie diese Dinge wollten, es gebe ja noch andere Arten von Tourismus als Badeurlaub. Er lächelt wieder, eine Sphinx.

Al-Nahda wird aus den Wahlen gestärkt hervorgehen, daran bestehen keine Zweifel. Es gibt Umfragen, nach denen Ghannouchis Partei mit einem Anteil von 20 bis 30 Prozent stärkste Partei würde.



JEAN REVILLARD / REZO / DER SPIEGEL

Redner Ghannouchi

Ein Boom wie in der Türkei?

Wie verlässlich solche Umfragen sind, kann niemand sagen.

Al-Nahda ist von allen Parteien die am besten organisierte, sie verfügt offensichtlich über gewaltige Geldmittel, deren Herkunft ungeklärt ist, sie hat Hunderte Orts- und Jugendgruppen, die seit Monaten aktiv sind. Und obwohl die Islamisten zur Revolution wenig beigetragen haben, genießen ihre Politiker eine hohe Glaubwürdigkeit, weil viele von ihnen verfolgt und gefoltert wurden.

Doch selbst wenn al-Nahda die Wahlen gewinnen würde, könnte eine Koalition säkularer Parteien die neue verfassunggebende Versammlung dominieren. In den Umfragen folgen knapp hinter den Islamisten zwei liberale Parteien, darunter die PDP von Ghannouchis wohl größtem Gegenspieler Ahmed Néjib Chebbi, einem Mitglied der säkularen Elite.

Trotz aller Aufregung wird der Kulturmampf zwischen Islamisten und Säkularen die Wahlen wohl nicht allein entscheiden, sondern das Thema Wirtschaft. Die schweren sozialen Probleme, die zur Revolution führten, haben sich in diesem Jahr massiv verschärft, das Wachstum ist von durchschnittlich 4,5 Prozent jährlich auf 0,3 Prozent eingebrochen, die Einnahmen aus dem Tourismus sind um 40 Prozent gefallen, die hohe Arbeitslosigkeit weiter angestiegen.

Die größte Gefahr ist nun, dass die Menschen sich um die Früchte ihrer Revolution betrogen fühlen und es zu neuen Unruhen kommt.

Rachid al-Ghannouchi hat seinen Wählern bei einem Wahlsieg einen Boom versprochen wie in der Türkei, seinem großen Vorbild. Auch dort regieren schließlich Islamisten.

MATHIEU VON ROHR

N O R W E G E N

„Geweint habe ich erst später“

Premierminister Jens Stoltenberg über die Anschläge in Oslo und auf der Insel Utøya – und seine Popularität, die inzwischen größer als die des Königs ist

SPIEGEL: Herr Premierminister, womit waren Sie gerade beschäftigt, als am 22. Juli in Oslo der Sprengsatz im Regierungsviertel hochging?

Stoltenberg: Ich war dabei, die Rede zu schreiben, die ich am nächsten Tag bei den Jungsozialisten auf Utøya halten wollte. Ich hörte eine Explosion und begriff gar nicht, dass etwas Ernstes passiert war. Sekunden später wurde ich von Mitarbeitern angerufen, die im Regierungssitz waren, wo die Bombe explodiert war. „Bist du verwundet?“, fragten sie mich. Ich verstand immer noch nicht, was sie wollten. Ich saß doch ruhig und friedlich hier in meinem Büro.

SPIEGEL: Ihre Mitarbeiter wussten nicht, dass Sie nicht im Regierungssitz waren?

Stoltenberg: Na ja, ich hätte eigentlich dort sein müssen. Aber weil ich an der Rede schreiben wollte, entschied ich mich, zu Hause zu bleiben, wo ich mich besser konzentrieren kann.

SPIEGEL: Wann haben Sie dann das ganze Ausmaß des Anschlags begriffen?

Stoltenberg: Meine Kollegen erzählten mir, während sie die 15 Stockwerke des Regierungsbürogebäudes hinunterliefen, welche Kraft die Explosion gehabt hatte. So richtig verstanden habe ich das Ganze aber erst, als sie später zu mir kamen, mit Blut an ihren Kleidern und Verbänden im Gesicht. Dabei waren sie doch im 15. Stock gewesen. Das konnte nur eine gewaltige Explosion gewesen sein, und mir war klar, da müssen Menschen in den unteren Stockwerken umgekommen sein!

SPIEGEL: Wie reagierten Ihre Sicherheitsleute?

Stoltenberg: Sie drängten mich, in einen speziell gesicherten Raum im Keller dieses Hauses hier mitzukommen.

SPIEGEL: So als wäre auf einmal ein Krieg ausgebrochen ...

Stoltenberg: Ja, so ähnlich. Die meinten, bei solchen Ereignissen bleibe es nicht bei einem Angriff. Ich dachte nur: Die übertreiben doch. Aber dann,

Das Gespräch führten die Redakteure Martin Doerry und Gerald Traufetter.

als wir alle in diesem Kellerraum saßen, bekamen wir auch schon die Nachricht von dem Angriff auf das Jugendcamp.

SPIEGEL: Wie konnten Sie sich ein Bild von der Lage dort machen?

Stoltenberg: Zunächst waren die Nachrichten sehr verwirrend. Ich bekam auf mein Handy zahlreiche SMS von Freunden, von Parteimitgliedern auf Utøya. Zehn Tote, so lauteten die ersten Schätzungen der Polizei. Doch dann riefen mich Überlebende nach ihrer Rettung an und sagten, das können nie im Leben so wenige sein.

SPIEGEL: Haben Sie sofort einen Zusammenhang zwischen den beiden Angriffen gesehen?

Stoltenberg: Das war mein erster Gedanke. Und als der Täter gegen halb sieben verhaftet war, stand das für uns fest. Wir hatten hier einen Krisenstab gebildet, mit den zuständigen Ministern, der Polizei und dem Militär. Danach gab ich meine erste Pressekonferenz, besuchte Verletzte in den Krankenhäusern, und wir beschlos-

sen, ins Bett zu gehen, weil ein sehr, sehr schwieriger Tag bevorstand.

SPIEGEL: Konnten Sie denn schlafen?

Stoltenberg: Nein, ich war schon im Bett, telefonierte, als mir der Polizeichef die SMS mit einer ersten Opferzahl schickte: 80 Tote. Ich schrieb ihm zurück: „schrecklich“. An Schlaf war nicht mehr zu denken. Da war so ein riesiges Gefühl von Trauer und gleichzeitig das Gefühl, dass das doch nicht wirklich passiert sein konnte.

SPIEGEL: Fernsehzuschauer in der ganzen Welt konnten am nächsten Tag sehen, wie Sie in einem Hotel nahe Utøya auf die Angehörigen zugegangen sind.

Stoltenberg: Das war für mich der größte Moment der Trauer. Sie müssen sich vorstellen, es war ja gerade eine Liste all jener verlesen worden, die gerettet wurden und im Krankenhaus waren. Es war schon zwei Uhr nachmittags, und wer da den Namen seiner Tochter, seines Sohnes nicht gehört hat, der musste davon ausgehen, dass die Überlebenschancen praktisch bei null waren. Und dennoch lebten die Familien in einer seltsamen Hoffnung.

SPIEGEL: Wie haben Sie damals die richtigen Worte gefunden?

Stoltenberg: Zunächst einmal brauchte es keine Worte, man musste einfach nur da sein, sie in die Arme nehmen. Dann sagte ich ihnen, sie sollen die guten Erinnerungen an ihr Kind behalten, und dass die für immer weiterleben würden. Und dann habe ich sie gebeten, mir über ihre Tochter, über ihren Sohn zu erzählen. Das Schockierende war, dass wir in diesem Hotelrestaurant saßen und an einem Tisch war eine Familie und an einem anderen die nächste, und nach 15 Minuten mit der einen Familie bin ich nur zwei Schritte weitergegangen und hörte die gleichen verzweifelten Geschichten. Eine dritte, eine vierte.

SPIEGEL: Wie verhielten sich die Angehörigen der Opfer?

Stoltenberg: Sie waren einfach ruhig, sie sind nicht aufgestanden oder waren formell, wie es sonst der Fall ist, wenn der Pre-



Jens Stoltenberg

wurde 1959 als Sohn einer Politikerfamilie in Oslo geboren. Er studierte Volkswirtschaft und engagierte sich in der Jugendorganisation der Arbeiterpartei. Regelmäßig besuchte er das Jugendcamp auf der Insel Utøya. Im Jahr 2000 wurde er zum ersten Mal Premierminister, der bis dahin jüngste Norwegens. 2005 kam er erneut ins Amt des Regierungschefs, 2009 wurde er wiedergewählt. Zum Gespräch empfängt der Premier in seinem privaten Amtssitz, in dem der Krisenstab in den Wochen nach den Anschlägen tagte und der überraschend wohnlich aussieht. Vor Stoltenberg flackern Kerzen in violettem Rauchglas auf dem Tisch, hinter ihm steht die norwegische Fahne.



Regierungschef Stoltenberg, Trauernde am Tag nach dem Anschlag: „Wir kennen eher rechten Terrorismus“

BJOERN LARSSON ROSVALL / DPA

mierminister kommt. Es ist ja auch schwer, formell zu sein, wenn man weint.

SPIEGEL: Haben Sie auch geweint?

Stoltenberg: Nicht in diesem Moment. Meine Aufgabe war doch, die Menschen zu trösten, sie zu stützen. Geweint habe ich erst später: Ich las die Schlagzeile der größten Tageszeitung im Lande, die da lautete: „Heute sind wir alle Mitglieder der Jungsozialisten.“ Da musste ich auf einmal weinen, das hat mir eine Ahnung davon gegeben, wie unerwartet sich Menschen in einer extremen Situation verhalten.

SPIEGEL: Sie haben damals eine sehr beeindruckende Rede gehalten. Hatten Sie die lange vorbereitet?

Stoltenberg: Ich hatte ja kaum Zeit, sie zu schreiben. Ich erinnere mich, wie ich im Hubschrauber nach Utøya saß und noch daran gearbeitet habe. Und als ich sie hörte: „Ein feiger Anschlag auf die Bürger Norwegens“, da dachte ich mir: Das ist doch viel zu stark. Aber genau das hat sich dann als richtig herausgestellt.

SPIEGEL: Einen Satz haben Sie vor allem immer wiederholt: „Norwegen wird diesen Angriff beantworten mit noch mehr Demokratie, noch mehr Offenheit ...“

Stoltenberg: ... aber nicht mit Naivität!“

SPIEGEL: Wie konnten Sie sich sicher sein, dass die Norweger Ihnen bei diesen Worten zustimmen würden?

Stoltenberg: Das konnte ich nicht. Aber ich war sehr beeindruckt, schon in den nächsten Tagen nach dem Anschlag zu sehen, dass die Norweger sich genau so verhielten, sich nicht von dieser Gewalt einschüchtern ließen, ihre Sprache nicht verloren. Das Ziel eines solchen Anschlages ist es ja, eine Gesellschaft zu schaffen, die sich aus Angst verschließt, erstarrt. Aber das ist nicht passiert.

SPIEGEL: Hat es Sie verstört, dass der Täter ein Norweger war?

Stoltenberg: Selbstverständlich. Wir sind zwar ein kleines Land, aber mit immerhin fünf Millionen Einwohnern, fünf Millionen Individuen. Aber es bedarf nur eines Individuums, um eine ganze Nation in ihren Grundfesten zu treffen. Schon am Freitagabend war klar, dass der Täter sich gezielt die Jugendorganisation meiner Partei als Rekrutierungsbasis einer künftigen Politikergeneration als Ziel ausgesucht hatte.

SPIEGEL: Haben Sie sich gefragt, warum er nicht Sie persönlich angegriffen hat?

Stoltenberg: Ich habe darüber nachgedacht. Und ich kann nicht ausschließen, dass die Explosion in Oslo mir gegolten hat. Eines der Opfer ist eine enge Mitarbeiterin aus meinem Büro.

SPIEGEL: Glauben Sie inzwischen, dass Anders Behring Breivik tatsächlich ernsthaft politische Motive gehabt hat?

Stoltenberg: Ich weiß auch nicht mehr, als die Richter bislang nach den Vernehmungen haben verlauten lassen. Wir werden erst im Prozess seine wahren Motive begreifen, fürchte ich.

SPIEGEL: Hassen Sie Breivik?

Stoltenberg: Nein. Ich benutze solche Wörter nicht.

SPIEGEL: Seinen Namen nehmen Sie auf jeden Fall nie in den Mund.

Stoltenberg: Aber das ist kein Prinzip, keine Entscheidung, niemals seinen Namen zu verwenden. Ich kann seinen Namen aussprechen: Anders Behring Breivik.

SPIEGEL: Aber ganz intuitiv tun Sie es nicht?

Stoltenberg: Ja, ich vermeide es. Ich mag nicht, dass er zu viel Aufmerksamkeit bekommt. Weil eines seiner Motive doch genau das war: Aufmerksamkeit zu bekommen. Deshalb konzentriere ich mich



FARTEIN RUDJORD / AP

Verwüstetes Regierungsviertel in Oslo nach dem Anschlag: „Ich hätte eigentlich dort sein müssen“

auf seine Opfer, auf alle, die geliebte Menschen verloren haben, die überlebt und grausame Dinge durchgemacht haben.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich politisch verantwortlich für das, was geschehen ist?

Stoltenberg: Es gibt zunächst nur einen, der verantwortlich dafür ist, was geschehen ist, nämlich den Täter selbst. Aber natürlich trage ich Verantwortung dafür, wie Polizei und Sicherheitskräfte die Norweger auf eine solche Situation vorbereitet haben.

SPIEGEL: War das ausreichend?

Stoltenberg: Wir haben eine unabhängige Kommission gegründet, die das herausfinden soll. Ich glaube aber, dass wir in vielen Bereichen gut vorbereitet waren. Das Gesundheitswesen etwa ist mit der Ausnahmesituation sehr gut zurechtgekommen und hat effizient reagiert. Viele Freiwillige haben sich vorbildlich verhalten, denken Sie an die Deutschen auf dem Campingplatz, die Flüchtende aus dem Wasser retteten.

SPIEGEL: Die Polizei aber brauchte über eine halbe Stunde bis zum Einsatzort.

Stoltenberg: Auch das wird untersucht. Wir hatten Transportkapazitäten in der Luft, aber sie waren nicht einsatzbereit in so kurzer Zeit: Wir hätten den Hubschrauber erst nach Oslo bekommen, die Polizeikräfte einladen und anschließend zum Tatort fliegen müssen. Die Verantwortlichen dachten damals, es wäre schneller, mit dem Auto nach Utøya zu fahren.

SPIEGEL: Aber es muss doch schmerhaft sein, wenn Angehörige Ihnen solche Fragen stellen?

Stoltenberg: Noch mal: Ich bin der Erste, der diese Fragen beantwortet wissen will. Schon allein, weil Mitglieder meiner Partei, Freunde von mir, die Opfer sind. Ich will wissen, ob wir etwas hätten besser machen können, und es wäre eine Überraschung, wenn es von einer solch hinterhältigen Attacke nichts zu lernen gäbe. Aber ich bin auch stolz auf unsere offene Gesellschaft. Stellen Sie sich vor, als ich in den Jahren 2000/2001 Ministerpräsident war, hatte ich keine Leibwächter. Ich wohnte in einer normalen Wohnung, wo Sie jederzeit hätten klingeln können, und ich hätte Ihnen geöffnet.

SPIEGEL: War man in Norwegen so naiv zu glauben, niemals Opfer eines Terroranschlags zu werden?

Stoltenberg: Wir haben nach den Anschlägen des 11. September 2001, nach dem Mord an der schwedischen Außenministerin Anna Lindh und unserem Einsatz in Afghanistan die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt. Jetzt werden wir diskutieren müssen, ob mehr offensichtliche Sicherheitsmaßnahmen notwendig sind. Ich gebe nur zu bedenken: Selbst Länder, die das getan haben, sind schon Opfer von Terroranschlägen geworden. Denken Sie an Spanien und die Erfahrungen mit der Eta. Trotzdem konnten in Madrid Bomben von islamistischen Attentätern gezündet werden. Es ist einfach schwer, sich gegen einsame Wölfe zu schützen, gegen Einzeltäter ohne große Organisation im Hintergrund.

SPIEGEL: Aber haben Sie nicht die Gefahr, die in Ihrem Land vom antiislamistischen Milieu ausgeht, unterschätzt?

Stoltenberg: Uns war bewusst, dass wir ein Gewaltpotential haben aus dem antiislamistischen genauso wie dem islamistischen Lager. Rechte, Linke, christliche und islamische Terrororganisationen haben viel mehr miteinander gemeinsam als diese mit dem demokratischen Teil der Gesellschaft. Das politische Motiv ist da nebensächlich. Wir wussten, dass es diese Kreise gibt. In Norwegen haben wir im Übrigen schon politisch motivierte Taten erlebt, etwa durch Neonazis. Wir hatten rassistisch motivierte Morde, einen Angriff auf eine Kundgebung am 1. Mai. Wir kennen also eher rechten Terrorismus.

SPIEGEL: Aber Einwanderung ist ein neues Phänomen in Norwegen. Glauben Sie, dass die große antiislamistische Szene in Ihrem Land unter diesem Eindruck entstanden ist?

Stoltenberg: Das Bild einer Gesellschaft, die sich nicht der Konflikte durch die Immigration bewusst war, ist ein falsches. Wir haben hier Debatten und extreme Positionen auf beiden Seiten erlebt. Wir haben erst im vergangenen Sommer drei Personen festgenommen, die terroristische Angriffe in Dänemark vorbereitet haben. Aber wir waren sicher nicht darauf vorbereitet, dass ein weißer, christlicher Norweger einen Anschlag vorbereitet.

SPIEGEL: Entsprach es nicht auch der norwegischen Political Correctness, über die Probleme einer multikulturellen Gesellschaft zu schweigen?

Stoltenberg: Nein, das ist ein Mythos, den hier einige schaffen wollen, dass es angeblich illegal oder nicht akzeptabel sei,

in Norwegen verschiedene Auffassungen über Immigration zu haben. Ich akzeptiere durchaus, dass es Parteien gibt, die weniger liberale Auffassungen zur Immigration haben als andere.

SPIEGEL: Wie weit kann denn die freie Meinungsäußerung in einer solchen Debatte gehen?

Stoltenberg: Ich würde ihr keine Grenzen setzen. Aber jeder muss sich seiner Verantwortung bewusst sein, ob er Worte verwendet, die mehr Konflikte, mehr Vorurteile gegen Ausländer verursachen.

SPIEGEL: Breivik hat seine Gewalttat unter anderem damit gerechtfertigt, dass die Regierung den Islamisten das Land überlassen habe. Wie halten Sie es aus, dass auch die Fortschrittspartei, zweitgrößte Fraktion im Parlament, diese Meinung vertritt?

Stoltenberg: Es gibt einen großen Unterschied zwischen extremen Ansichten und extremistischen Taten. Und es ist legal, extreme Ansichten zu haben. Zweitens: Ich habe die Möglichkeit, gegen diese Meinung zu argumentieren, aber nicht das Recht, diese Meinung zu ignorieren oder gar zu verbieten. Ich glaube im Übrigen auch, dass dies den Extremen nur mehr Macht geben würde, weil es sie zu Märtyrern mache.

SPIEGEL: Umfragen zeigen, dass die Norweger seit den Anschlägen mehr Sicher-

heit, schärfere Gesetze verlangen. Wie wollen Sie da die Offenheit Ihrer Gesellschaft verteidigen?

Stoltenberg: Die Mehrheit der Norweger sind Verfechter einer solchen Gesellschaft, und die Offenheit zwischen Politikern und Bürgern wird bleiben. Wir werden aber für mehr Sicherheit vor öffentlichen Gebäuden sorgen.

SPIEGEL: Im Ausland war man sehr beeindruckt von der besonnenen Reaktion der

„Es bedarf nur eines Individuums, um eine ganze Nation in ihren Grundfesten zu treffen.“

Norweger. Hätten wir die gleiche Reaktion gesehen, wenn Islamisten die Anschläge begangen hätten?

Stoltenberg: Nun, ich befürchte, dass wir nicht eine so tolerante Reaktion erlebt hätten, wäre der Täter nicht ein weißer Attentäter gewesen. Andererseits haben wir am 22. Juli gelernt, dass Individuen für Taten verantwortlich sein können, nicht nur Organisationen. Vor diesem Datum konnten wir uns nicht vorstellen, dass ein Mann aus dem reichen Westen Oslos solche Anschläge verüben würde.

SPIEGEL: Wie lange wird das Gefühl von Einigkeit, das sich auch mit den Anschlägen vom 22. Juli verbindet, anhalten?

Stoltenberg: Es wird Teil unserer Geschichte, unserer Identität werden. Wir werden nicht jeden Tag daran denken, aber dieser dramatische Moment wird uns viele, viele Jahre begleiten. Aber wir sind schon wieder zurück im normalen Leben und werden auch wieder Beispiele für Intoleranz und Vorurteile erleben.

SPIEGEL: Ihre Partei hat bei der ersten Wahl nach den Anschlägen nicht so überragend abgeschnitten wie erwartet. Ist das ein Zeichen für die Rückkehr zur Normalität?

Stoltenberg: Ja sicher, und trotzdem wird der 22. Juli in unserem Bewusstsein stets verankert sein. Meine Partei hat das beste Ergebnis seit 24 Jahren eingefahren. Aber es ist schwer zu beurteilen, wie viel Anteil die Anschläge daran hatten, weil wir nicht wissen, wie die Wahlen sonst ausgegangen wären.

SPIEGEL: Und wie lange noch, glauben Sie, werden Sie populärer sein als der König?

Stoltenberg: Wir haben gerade ein Haushaltsbudget vorstellen müssen, das für norwegische Verhältnisse sehr knapp bemessen ist. Meine Aufgabe als Premierminister ist es, die Bürger auch mit unpopulären Entscheidungen zu konfrontieren. Der König wird mich also schon bald wieder einholen.

SPIEGEL: Herr Premierminister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



PAUL MARTINKA / POLARIS / LAIF

Wall-Street-Gegner in Downtown Manhattan: „Klassenkampf voraus“

USA

Banker, hört die Signale

In New York weiten sich die Proteste gegen die Wall Street aus. Die neue, antikapitalistische Rhetorik spiegelt die chronischen sozialen Probleme Amerikas.

Auf dem Zuccotti-Platz zwischen Wall Street und Ground Zero campierten vergangene Woche mal 300, mal 400 Besetzer, auch in der Nacht umstellt von der Polizei und den Übertragungswagen des US-Fernsehs. Tagsüber wurde getrommelt und getwittert, mobile Büros entstanden, Laptops flimmerten auf Kisten und Klapptischen, Feldküchen versorgten müde Aktivisten. Es gab Diskussionsrunden und tibetische Meditation, viele lustige Masken, und Menschen gingen mit kernigen Schildern herum: „Wirtschaftskriminelle in den Knast“, „Banken verstaatlichen – jetzt“, „Der amerikanische Traum ist tot“, oder einfach: „The Wall must fall“. Es geht etwas vor an der Südspitze von Manhattan.

In den Straßenschluchten des auch tagsüber lichtarmen Finanzdistrikts treffen sich seit dem 17. September Studenten und bankrote Hausbesitzer, Kleinunternehmer und Gewerkschafter, ein paar Stadtindianer sind da und auch ein paar

Verrückte. Erst waren es wenige, die den Ruf diverser Web-Seiten hörten, allen voran von „adbusters.org“, dann blockierten sie mit viel Hallo die Brooklyn Bridge, und in der vergangenen Woche kamen stetig mehr herunter in den Süden Manhattans.

„Occupy Wall Street“ lautet ihr Slogan, das heißt: Besetzt die Wall Street. Es geht, diffus, aber lautstark, gegen die Gier der Finanzmärkte. Gegen die Macht der Banken. Gegen die „fat cats“, die Bonzen auf den Vorstandsetagen, die sich die Taschen vollstopfen, während das Gros der Amerikaner messbar ärmer wird.

Keine drei Blocks von der Börse und den Hauptquartieren jener Banken entfernt, die die Geschäfte der Welt entscheidend betreiben, sind das giftige Botschaften, und für Amerika sind es ungewöhnliche dazu. Fundamentale Systemkritik ist hier, anders als in Europa, noch immer rar. Wer sie übt, wurde die längste Zeit als naiv abgetan oder gleich als unameri-

kanisch, aber es ist gut möglich, dass sich dieser Geist gerade wandelt.

In den heutigen Zeiten der chronischen Krise – und nach den wilden Erfahrungen des arabischen Frühlings – ist nicht mehr mit letzter Sicherheit zu sagen, ob Szenen wie die aktuellen in New York Teil einer kurzen Komödie oder eines langen Dramas werden, Teil eines oft gesehenen Films oder womöglich der Beginn einer amerikanischen Revolution.

Nachdem die rechte Tea-Party-Bewegung ihren anfangs ausgestellten Zorn auf Amerikas Banker längst vergessen hat und nur noch gegen die Chimären eines angeblich drohenden Sozialismus kämpft, will nun eine linke populistische Bewegung entstehen.

„Verwandelt die Wall Street in den Tahrir-Platz“, war am Donnerstag auf einem der Schilder zu lesen, und das war nur bedingt witzig gemeint. Die kleine Schar der Aktivisten in New York darf sich inzwischen als Vorhut unzufriedener Massen verstehen, die spätestens seit dem Finanzcrash von 2008 und der viele Milliarden Dollar teuren Rettung für Banken und Versicherungskonzerne mit der Faust in der Tasche durch Amerika gehen.

Denn der Politikbetrieb in Washington wird von vielen Amerikanern längst der Komplizenchaft mit dem Kapital bezichtigt, und daran hat auch die Wahl Barack Obamas ins Weiße Haus nichts geändert. Der US-Präsident äußerte am Donnerstag

gar Verständnis für die Proteste, die Leute seien „frustriert“, sagte er; dass er sie überhaupt öffentlich erwähnte, ist der bislang größte Erfolg der kleinen, neuen Bewegung.

In Obamas Amtszeit haben sich jedoch die chronischen sozialen Probleme im Land weiter verschärft. Das linke Magazin „The Nation“ fasste in seiner aktuellen Ausgabe noch einmal zusammen: Die Durchschnittslöhne der Amerikaner sind in den vergangenen 40 Jahren teils deutlich gesunken; mehr als 46 Millionen Bürger gelten offiziell als arm, die höchste Zahl seit Beginn der Erhebung vor 52 Jahren; jeder vierte Hausbesitzer kann seine Kredite nicht mehr bedienen; die Krankenkosten sind drastisch gestiegen, während und weil 50 Millionen Amerikaner noch immer nicht krankenversichert sind; die Hälfte aller Amerikaner trifft keine Vorsorge für die Rente. Und nun sind auch noch 25 Millionen Menschen arbeitslos in einem Land, das jeden Monat die Nachricht fürchtet, in eine neue Rezession eingetreten zu sein.

Wenn die Besetzer der Wall Street jetzt Live-Interviews auf allen Fernsehkanälen geben, reden sie oft davon, dass nun der Moment gekommen sei, in dem „die 99 Prozent aufstehen gegen das eine Prozent“.

„Wir sind die 99 Prozent“ ist der Name eines Blogs, auf dem Tausende Amerika-

ner ihre verzweifelte finanzielle Lage darstellen: „Ich konnte meine Studiendarlehen nicht zurückzahlen“, „Ich bekomme kein Arbeitslosengeld mehr“, „Ich muss zwischen Studium und einer Knieoperation entscheiden“. Der 99-Prozent-Blog hat entscheidend dazu beigetragen, die Proteste über New York hinaus zu verbreiten. Denn die Botschaften sind überall zu verstehen in einem Land, in dem das reichste Prozent der Bevölkerung 40

Auf dem Zuccotti-Platz lebt der Traum vom Aufstand der Mühseligen und Beladenen.

Prozent des vorhandenen Vermögens kontrolliert.

Derlei Zahlen werden nicht mehr nur in linken Zirkeln herumgereicht, sondern können, glaubt selbst der ehemalige Notenbankchef Alan Greenspan, „in einer kapitalistisch-demokratischen Gesellschaft nicht ohne Abänderung hingenommen werden“. Soziale Ungerechtigkeit war vorige Woche der Aufmacher des „Time“-Magazins, dessen Autoren schreiben, Amerika sei eine „in Reich und Arm gespaltene Gesellschaft“, in der „die Armen und die arbeitenden Klassen ausgepresst werden“.

Dass diese Mühseligen nun aufstehen und das ganze System erledigen, ist ein

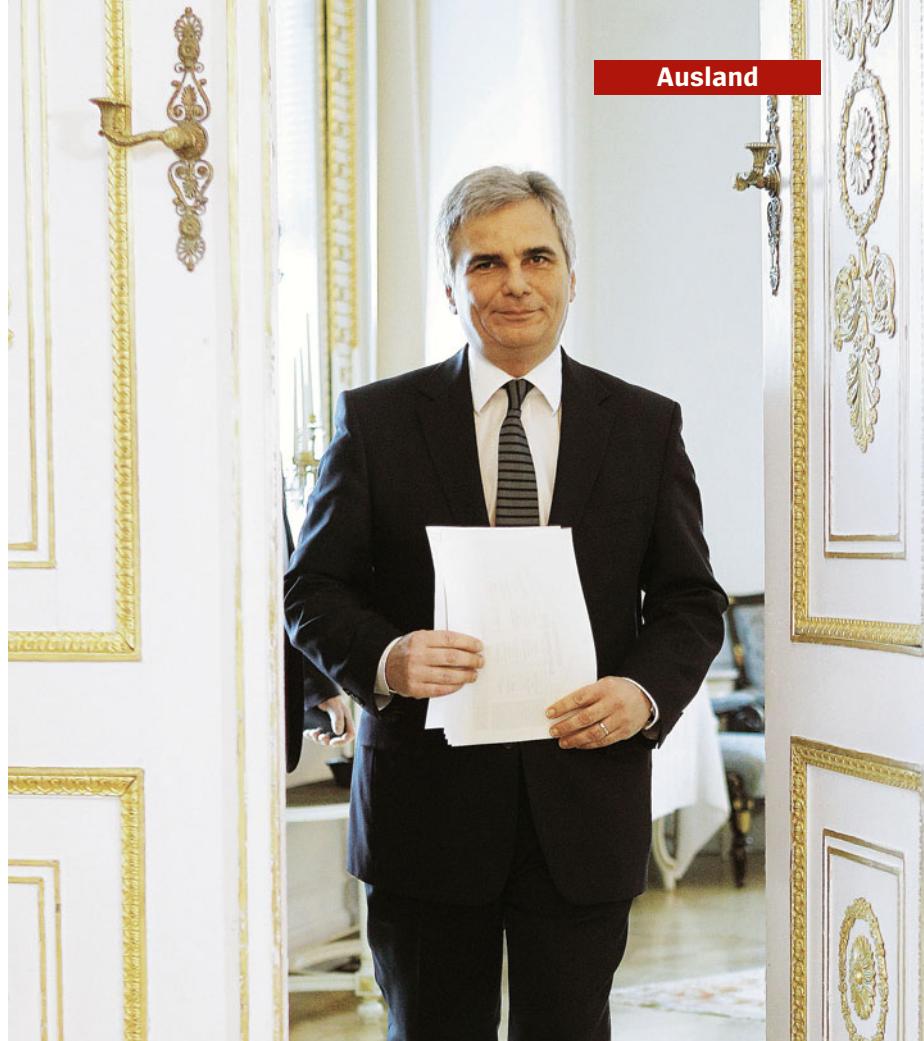
Traum, den so mancher auf dem Zuccotti-Platz träumt. Schon 291 Städte in Amerika hätten sich der Bewegung angeschlossen, steht auf der zentralen Info-Tafel in der Mitte des Platzes.

Das klingt gewaltig, aber die meisten dieser 291 Städte dürften die Demonstrationen kaum mitbekommen haben. Immerhin: Bilder von Protestkundgebungen gab es Mitte letzter Woche aus vielen Metropolen Nordamerikas zwischen Miami und Anchorage, Los Angeles und Chicago.

Die Empörung dieser neuen Generation von Demonstranten ist vor allem bemerkenswert aufgrund ihrer Stoßrichtung. Früher, noch nicht lange her, zielte aller Protest in den USA auf Washington – in der Hoffnung, dass Präsident und Kongress das Wünschenswerte umsetzen. Auch vor dem Weißen Haus versammelten sich Demonstranten, doch weitaus mehr hatten sich am Zuccotti-Platz von Manhattan eingefunden, im Park vor dem Rathaus von Los Angeles, in der Rose-Kennedy-Grünanlage von Boston, an den Zelten vor der Notenbank-Dependance von Chicago, wo überall gar nicht so sehr die Politiker im Zentrum wütender Angriffe standen.

Es geht jetzt, im Schatten der Wolkenkratzer im ganzen Land, direkt gegen den Kapitalismus.

ULLRICH FICHTNER



Kanzler Faymann: Wohlwollende Berichterstattung auf Kosten der Steuerzahler



Finanzminister Grasser, Ehefrau 2006: Lässig auf

HOCHTHUTH / PICTURE ALLIANCE / APA (L); RONALD ZAK / AP (R.)

ÖSTERREICH

Im Gedärn der Republik

Ex-Minister und millionenschwere Lobbyisten stehen unter Korruptionsverdacht, Regierungsmitglieder im Zwielicht: Eine der schwersten Krisen seit 1945 erschüttert das politische Wien. Doch die Gelegenheit zur Erneuerung droht im Parteiengezänk unterzugehen.

Der Fall spielt im Innersten Wiens. Zwischen Stephansdom und Ringstraße, im Ersten Bezirk. Hier, wo Touristen Süßes serviert wird, Sachertorte oder Sissi-Schmäh, sind hinter Prunkfassaden allem Anschein nach größere Dinger gedreht worden. Von Politikern, Lobbyisten, Strizzis im Nadelstreif. Von denen, die im Herzen Wiens dicht beieinandersitzen.

Das Establishment der Republik steht mittlerweile unter Generalverdacht. Wer über österreichische Innenpolitik noch mitreden wolle, sollte „Experte im Strafrecht sein“, schreibt der Wiener „Kurier“: Untreue gehöre für Politiker inzwischen zum „kleinen Einmaleins“, Amtsmissbrauch gelte als Lappalai.

„Beschämend und traurig“ sei, was da an Enthüllungen ans Licht komme, klagt Bundespräsident Heinz Fischer. Er fordert Schritte hin zu einer Politik der „sauberer

Hände“ – eine Anspielung auf den Kampf gegen die Mafia im Italien der Neunziger. Dort haben sie am Ende die Altparteien aufgelöst und von vorn angefangen.

In Österreich sind sie noch nicht so weit. Noch hagelt es vor allem Schuldzuweisungen zwischen den Parteizentralen. Noch sind sie uneins, was wann parlamentarisch untersucht und strafrechtlich geahndet werden sollte.

Aus Büros und Kanzleien im Zentrum Wiens heraus, so viel scheint sicher, hat seit der Jahrtausendwende ein Trupp regierungsnaher Raubritter den Staat in Milliardenhöhe geschädigt. Unter Verdacht geraten sind, unter anderen, fünf Minister aus Zeiten der konservativ-freiheitlichen Koalition (von 2000 bis 2007) unter Wolfgang Schüssel (ÖVP). Davon zählen zum freiheitlichen Lager (FPÖ und BZÖ): Ex-Vizekanzler Hubert Gorbach und der ehe-

male Minister für Infrastruktur, Mathias Reichhold, beide der Korruption verdächtig in der sogenannten Telekom-Affäre, einem von insgesamt vier Skandalen, die zurzeit Österreich erschüttern. Außerdem unter Verdacht wegen Bestechlichkeit und Geldwäsche: Ex-Verteidigungsminister Herbert Scheibner.

Affäre Nummer zwei ist die Buwog-Affäre, bei der sich der frühere Finanzminister Karl-Heinz Grasser im Rahmen der Privatisierung von 60 000 bundeseigenen Wohnungen des Amtmissbrauchs wie der Untreue schuldig gemacht haben soll. Und Ex-ÖVP-Innenminister Ernst Strasser soll – Affäre Nummer drei – in die Hunderte Millionen Euro schwere Auftragsvergabe für ein neues Polizeifunknetz eingegriffen und dafür Gegenleistungen erhalten haben. Alle Beschuldigten bestreiten die gegen sie erhobenen Vorwürfe.



der Terrasse des 600-Quadratmeter-Penthouses



Kanzler Schüssel 2004: Ein Trupp regierungsnaher Raubritter

ULLSTEIN BILD

Das allerdings ist schon das Einzige, was die Mitglieder der früheren mit denen der aktuellen Regierung unter Kanzler Werner Faymann (SPÖ) verbindet, gegen die in anderer Sache ermittelt wird. Der Kanzler selbst und sein Staatssekretär Josef Ostermayer – Affäre Nummer vier – sind des Amtsmissbrauchs und der Untreue in der sogenannten Inseraten-Affäre verdächtig. Sie sollen sich auf Kosten des Steuerzahlers wohlwollende Berichterstattung in den Medien erkauft haben, und zwar zu Zeiten, als Faymann noch Verkehrsminister war.

Ins Sittenbild fügen sich schließlich die nebulösen Geschäfte der Lobbyisten Peter Hochegger und Alfons Mensdorff-Pouilly. Beide haben Millionenprovisionen für nicht genau definierte Gegenleistungen kassiert, werden derzeit stundenlangen Verhören unterzogen und bestreiten alle Vorwürfe. Ihren Aussagen kommt zentrale Bedeutung zu in der Frage, welche Politiker bei Privatisierungen oder öffentlicher Auftragsvergabe über Umwege wie viel mitkassiert haben könnten.

Lobbyismus ist auch in Österreich legal, Bestechung im politischen Geschäft sei deshalb gewissermaßen an die Lobbyisten „outgesourced“ worden, sagt Walter Geyer, Leiter der 2009 eingerichteten Korruptionsstaatsanwaltschaft. Geyer sieht sich mit 14 eher mäßig be-

zahlten Kollegen durchschnittlich 2000 Anzeigen pro Jahr gegenüber. Um die besten Staatsanwälte zu bekommen, sagt er, seien mehr finanzielle Anreize nötig. Und um die größten Fälle zu klären, wären neue Regelungen und Gesetze hilfreich: strengere Bestimmungen für Lobbyisten, gesetzlicher Schutz für „Whistleblower“ genannte Informanten und ein neues Parteienfinanzierungsgesetz.

Doch bis auf weiteres entnehmen die Wiener ihren Morgenblättern täglich neue unappetitliche Details – sollte Österreich tatsächlich die „Eiterbeule Europas“ sein, wie Thomas Bernhard höhnte? Die Republik ein Selbstbedienungsladen, plündert von wildgewordenen Parvenüs?

„Wir lebten dem Genusse und freuten uns am Wein, und jeder wollt am Schlusse ein kleiner Rothschild sein“, so besang vor dem Zweiten Weltkrieg der Dichter Josef Weinheber, dem im Ersten Bezirk ein Denkmal gesetzt wurde, den Seelenzustand in Wien. Es ist, als habe sich seitdem wenig verändert.

Um die Tatorte oder die Kulissen der Affären zu begutachten, reicht eine Runde im Fiaker: Vom Weinheber-Denkmal aus ist es nicht weit ins innerstädtische Dickicht aus Politik und Wirtschaft. Rechter Hand liegt das Büro des landadligen Lobbyisten Mensdorff-Pouilly. Auf Treibjagden rund um sein burgenländisches

Schloss soll er mit Hilfe von Freunden aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft die Weichen für seine Millionenprovisionen gestellt haben.

Geradeaus geht's zum Hotel Sacher, wo sich bisweilen der diverser Delikte verdächtige Lobbyist Peter Hochegger gebräunt und unverzagt auf der Kaffeehaus-Terrasse zeigt. Links herum geht's zum 600-Quadratmeter-Penthouse von Ex-Vizekanzler Grasser und weiter zu einem Palais hinterm Burgtheater.

Hier hat „die Partei der Anständigen und Tüchtigen“ ihr Hauptquartier, wie todernst Peter Pilz sagt, der Sprecher der Grünen. Seit einem Vierteljahrhundert dampft Pilz wie Rumpelstilzchen durch die politische Landschaft Österreichs. „Was in dieser Republik passiert ist, das nenne ich organisierten Raub“, sagt er. „Man sollte diesen Saustall ausmisten und wenn nötig ein paar von denen einsperren.“

Wen klagt der Grüne an? Kanzler Faymann und die SPÖ hätten die Republik um allenfalls 1,5 Millionen Euro geschädigt, behauptet Pilz. Ex-Kanzler Schüssels ÖVP und die Freiheitlichen hingegen seien für bis zu 10 Milliarden Euro verantwortlich: „Das war und ist eine neue Qualität, früher haben Politiker, bildhaft gesprochen, an der Sahnehaub'n genascht. Bei Schüssel und Grasser aber sind das

Häferl und die Kaffeemaschine gleich mit verschwunden.“

Pilz’ grüne Parteifreundin Gabriela Moser, die den geplanten Untersuchungsausschuss im Nationalrat leiten soll, lässt lieber Zahlen sprechen. Neben ungezählten anderen Skandalen hätten vor allem die Buwog-Affäre und die Unregelmäßigkeiten bei der Telekom Austria samt Börsenverlust ein „Milliardengrab“ für den Steuerzahler geschaffen.

Zum Befund der „moralischen Verwahrlosung“ im Land fällt Moser ein Essen mit einem hohen Telekom-Manager ein. Sie habe ihn da gefragt, warum sein teilstaatlicher Konzern eine bulgarische Mobilfunkfirma nicht direkt, sondern über österreichische Zwischenhändler um einen dann 800 Millionen Euro höheren Preis erworben hatte. Der Manager erklärte darauf unverblümmt: Firmübernahmen, die „mit aufwendigen Vorarbeiten vor Ort wie Bestechungen“ verbunden seien, könne die Telekom leider nicht selbst durchführen.

Die Skandale rund um die Telekom sind gut dokumentiert und liefern ein Querschnittsdiagramm der Zustände im Inneren Österreichs. Denn der Konzern, bis heute zu mehr als einem Viertel in Staatsbesitz, hat offensichtlich ein ganzes Jahrzehnt des auf Führungsebene grassierenden Größenwahns hinter sich. Die ehemalige Konzernspitze, darunter auch Ex-Chef Heinz Sundt, die alle Beschuldigungen abstreitet, ist der Kursmanipulation verdächtig. Führende Mitarbeiter sollen dabei Millionengewinne mitgenommen haben. Außerdem wird der Telekom die überteuerte Übernahme von Mobilfunkanbietern in Osteuropa sowie verdeckte Bestechung oder Parteienfinanzierung durch Millionentüberweisungen an Beratungsfirmen vorgeworfen.

Dem Lobbyisten Hochegger etwa sind so über die Jahre 9,06 Millionen Euro an Honorar „ohne dokumentierte Gegenleistung“ zugeflossen – verbucht unter Rubriken wie „Regierungslobbying“. Zu diesem Ergebnis jedenfalls kam die konzerneigene Task-Force. Für zehn Jahre „Beratung“ der ohnehin üppig besetzten Telekom-Pressestelle durfte Hocheggers Firma weitere zehn Millionen Euro in Rechnung stellen. Spätere Geldflüsse von Hochegger an den Ex-Vizekanzler Gorbach und den ehemaligen Minister Reichold sind durch Dokumente belegt. Eine nachträgliche Anerkennung für im Amt geleistete Gefälligkeiten?

Auch dem zweiten großen Lobbyisten der Affären-Republik, dem Grafen Mensdorff-Pouilly, überwies die Telekom 1,1 Millionen Euro für Beraterdienste. Die



Ex-Telekom-Chef Sundt 2007: Unerquickliche Einblicke

haben, schreibt das Nachrichtenmagazin „profil“. Die moralische Empörung aber teilt nicht jeder. Österreich im Herbst 2011, das ist auch ein Land der „Lamperl“, der treuherzig dreinblickenden Unschuldslämmer. Da zeigt sich lässig auf dem Dach seines Fünf-Millionen-Euro-Penthouses der Ex-Finanzminister, der sich selbst anzeigte, weil er Teile seiner Steuern zu zahlen vergaß. Und da ist der Vorstand eines börsennotierten Unternehmens, der sagt, „was Untreue rechtlich ist“, wisse er nicht – er kenne den Begriff nur, „wenn’s darum geht, wie er an der Gattin vorbei ins Bordell kommt“, ergänzen Wiener Spötter.

Von unerquicklichen Einblicken ins „Gedärn der Republik“ spricht ein langgedienter ÖVP-Strategie angesichts der täglich neuen Enthüllungen. Hoch über dem Stephansplatz, im Restaurant Do&Co, beim „Dialog von Gänseleber und Kalbsbackerl“, verwahrt sich der Christkonservative dagegen, nur Bürgerliche an den Pranger zu stellen: Die „Sumpfkultur“ in Österreich habe unter SPÖ-Kanzler Faymann weitere Blüten getrieben.

Nur, war es nicht Ex-ÖVP-Bundeskanzler Schüssel, der im Februar 2000 mit dem Versprechen antrat, verkrustete Strukturen aufzubrechen? Schüssel wollte, flankiert von FPÖ-Chef Jörg Haider, damals das symbiotische Verhältnis zwischen staatsnaher Wirtschaft und Parteiapparaten entflechten. „Mehr privat, weniger Staat“ lautete seine Losung. „Wer, wenn nicht er?“, das war der Slogan für die Wiederwahl-Kampagne 2002. Inzwischen lautet die Frage: Wer, wenn nicht er, der Regierungschef, hätte die Geschäfte zu Lasten des Staatshaushalts, die Kungeleien verhindern müssen?

Am 5. September 2011, nach 32 Jahren im Nationalrat und 18 Jahren als Regierungsmitglied, verkündete der Altkanzler resigniert seinen Rückzug aus der Politik. Zwar werden ihm Erfolge bei der Budgetkonsolidierung und Reformen zugutegehalten. Ansonsten muss sich Schüssel nun als Zeuge für die Staatsanwaltschaft bereithalten. Österreich, so urteilt der OECD-Experte Mark Pieth, sei zu einer „Korruptionsoase“ verkommen.

In einem Büro am Kärntner Ring, zwischen ausgestopftem Mufflon und parfümierten Zedernholzscheiben, hat sich unlängst einer geäußert, der die Wahrheit kennen dürfte: Graf Mensdorff-Pouilly, Lobbyist und Ehemann der ehemaligen Generalsekretärin von Schüssels ÖVP. Der Graf ist nach jeweils kurzer Untersuchungshaft in London und Wien längst wieder auf freiem Fuß und möchte, dass



Lobbyist Hochegger 2010: Neun Millionen Euro Honorar

Staatsanwaltschaft geht in diesem Fall von einem Zusammenhang mit dem vom damaligen Innenminister Strasser zuvor erteilten Auftrag für ein neues digitales Polizeifunksystem aus. Jedenfalls erhielt die Telekom, in einem Konsortium mit Motorola und Alcatel, am Ende den Zuschlag. Ob es daran lag, dass hohe Beamte des ÖVP-geführten Innenministeriums Monate zuvor zum Dinner im Schloss des Grafen geladen waren?

Selbstredend gilt in jenen besseren Kreisen Wiens, wo man sich heute noch

„Szenen wie aus einem schmuddeligen Reißbrett-Krimi müssen sich da abgespielt haben.“

das Einstecktuch passend zum Sakko nähen lässt, Klauen ohne Stil als „ungastiös“, was so viel wie unappetitlich heißt. Umso größer ist nun der Schock über das, was sich in den vergangenen Jahren zugetragen haben soll. Und worüber die Zeitungen seit Monaten berichten.

Über einen leibhaften Telekom-Vorstand zum Beispiel, der in einer Nebengasse des Naschmarkts Hunderttausende Euro im Plastiksackerl persönlich überreicht haben soll. An einen Broker, der zuvor durch Kursmanipulation den Telekom-Leuten zu einem Zubrot von insgesamt 8,7 Millionen verholfen haben könnte. Szenen wie aus einem „schmuddeligen Reißbrett-Krimi“ müssen sich da abgespielt

das auch so bleibt. Acht Stunden lang wurde er zuletzt vernommen. Seit kurzem ermittelt sogar die New Yorker Börsenaufsicht SEC gegen Mensdorff-Pouilly. Für möglicherweise „unzulässige Zahlungen“ soll er vom Motorola-Konzern ein Honorar über 2,2 Millionen Euro erhalten haben. Er selbst beteuerte im Interview mit dem „Kurier“ nicht nur die eigene Unschuld: Auch Schüssel habe nichts gewusst.

Nicht abzusehen, was da noch alles auf die ÖVP zukommen kann, auch auf andere Parteien, vor allem aber auf Österreichs Justiz. Es ist, als falle ein Dominostein nach dem anderen, seit die Weltfinanzkrise die Skandalserie in Wien ausgelöst hat. Denn erst bei Ermittlungen zur Beinahepleite der Wiener Immofinanz AG waren Prüfer 2009 zufällig auf verdächtige Hinweise gestoßen: darunter auf ein Honorar von 9,6 Millionen Euro, das beim Erwerb von 60 000 Wohnungen aus Bundesbesitz durch die Immofinanz an den Lobbyisten Hochegger und seinen Spezi Walter Meischberger geflossen war. Der wiederum war Trauzeuge von Finanzminister Grasser.

Gegen Grasser, Meischberger und Hochegger wurden Ermittlungen eingeleitet, alle drei bestreiten die Vorwürfe. Seither kommt das Land nicht mehr zur Ruhe. Denn die Spuren aus dem PR-Imperium Hocheggers lenkten den Blick auf die dunklen Geschäfte der Telekom und anderer staatsnaher Unternehmen. Hochegger war als Händler politischer Insider-Informationen wie als Experte für die dazugehörigen „Nebengeräusche“ (Schmiergelder) offenkundig an vielen Fronten im Einsatz – er gilt als Fünf-Sterne-Quelle für die Ermittler. Allerdings, in Österreichs Rechtspflege ist das Räderwerk der Monarchie noch immer nicht stillgelegt. Noch immer gibt es vom Parteienproportz abhängige Staatsanwälte und hohe Justizbeamte, die weisungsbefugt sind. An der Grundkonstellation, die die Korruption im Land erst möglich macht, hat sich dabei seit Jahrzehnten nichts geändert. „Der sensible Bereich ist der, wo Politik auf staatsnahe Betriebe trifft“, sagt Staatsanwalt Geyer, also bei Telekom, Bahn, Energieversorger und der Autobahngesellschaft: „Das war schon zur Kreisky-Zeit so.“

Geyer weiß, wovon er spricht. Denn der Sozialdemokrat Bruno Kreisky war nicht nur von 1970 an 13 Jahre lang Kanzler, einte sein Volk und öffnete sein Land. Er hatte auch einen hoffnungsvollen Kronprinzen: Hannes Androsch, Finanzminister und zeitweilig Vizekanzler. Androsch stürzte am Ende über eine Fülle von Affären, und der junge Staatsanwalt,



Minister Reichhold 2002: Der Korruption verdächtig



Vizekanzler Gorbach*: Gefälligkeiten im Amt?

der ihn 1984 der Steuerhinterziehung anklagte, hieß: Walter Geyer. Androsch ist inzwischen 73 Jahre alt, ein auf mehrere hundert Millionen Euro geschätzter Unternehmer und noch immer so blendend vernetzt, dass regierende Genossen seinen Rat hören wollen.

Korruption? „Schwarze Schafe gab es auch zu unserer Zeit“, sagt Androsch, ohne mit der Wimper zu zucken, „aber wir haben sie nicht hochkommen lassen. Verglichen mit damals ist unter Schüssel schamlos kassiert worden, quasi auf off-

Schamloses Abkassieren, frei nach dem Prinzip: Jetzt samma am Trog, jetzt fress' ma uns voll.

ner Straße, bei Tageslicht, systematisch, frei nach dem Prinzip: Jetzt samma am Trog, jetzt fress' ma uns voll.“

Getreu dem Motto „A Schriftl is a Giftl“ tauchten zuletzt belastende Dokumente über SPÖ-Kanzler Faymann auf. Vor allem dem christsozialen, aber auch dem freiheitlichen Lager scheint daran gelegen, Korruptionsverdacht flächendeckend zu verbreiten. Und so erfahren die Österreicher nun, dass Faymann in seiner Zeit als Minister auf Steuerzahlerkosten Inserate in Millionenhöhe für ihm wohlgesinnte Presseorgane geordert ha-

* Mit dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider (r.) 2005.

ben soll („Auftrag lt. Hr. Faymann“) – bei staatseigenen oder staatsnahen Unternehmen wie der Bahn. Die hatten zu zahlen und im Inserat ihr Licht unter seinen Scheffel zu stellen. Gegen den Kanzler und seinen Mann fürs Grobe, Staatssekretär Josef Ostermayer, wird ermittelt, beide wehren sich gegen die Vorwürfe.

Die Wähler strafen derzeit alle Parteien mit dem Entzug von Respekt und Aufmerksamkeit. Die Zahl jener Österreicher, die sich für Innenpolitik interessieren, hat sich Umfragen zufolge seit 2000 halbiert, auf 26 Prozent. Wohl auch deshalb gab eine Riege Wiener Altpolitiker vor zwei Wochen die Gründung der Plattform „Das letzte Aufgebot“ bekannt. Per Volksbegehren soll die Reform demokratischer Strukturen im Land vorangetrieben werden. Zum Kreis der Unterstützer zählt der Kabarettist Florian Scheuba.

In Wien ist Scheuba spätestens eine Kultfigur, seit er vor Tausenden während der Lesung „Da bin i jetzt supernackert“ den Ex-FPÖ-Politiker Walter „Meisch“ Meischberger gab – Realsatire auf der Grundlage publik gewordener

Abhörprotokolle. Gipfel der Gaudi: Der mit Millionen bedachte Lobbyist versucht sich am Telefon zu erinnern, wofür er eigentlich sein Geld erhielt und fragt einen Mitverschwörer: „Wo woa mei Leistung?“

Der Kabarettist Scheuba glänzte auch früher schon, etwa in der ORF-Serie „Reicher leben mit Martin Schlick“, in der, mäßig verfremdet, der milliardenschwere Unternehmer Martin Schlaff als „Schlick“ zu sehen ist und Rezepte verrät, wie man sich eine Republik erkaufte.

Fast jeder Satz dieser ORF-Satire könnte von Wiener Staatsanwälten und Ermittlungsbeamten stammen. Der echte Schlaff hat dem SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer 2007, am Abend der Vereidigung, ein Fest mit Champagner und Austern geschmissen. Er ließ auch ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel im Privatjet mitfliegen und besorgte Ex-Vizekanzler Hubert Gorbach einen Aufsichtsrats-Job.

Gegen Schlaff, den Großmeister in politischer Landschaftspflege, wird in keiner laufenden Affäre ermittelt. Er hat ja auch, allenfalls, ein wenig mitgeholfen. Als Zwischenhändler bei Geschäften in Bulgarien oder Weißrussland – wenn die Telekom partout nicht weiterkam.

Konzernbosse mit Bestechungsgeld im Plasticsackerl und steuersäumige Finanzminister? Für einen, der in Österreichs Hauptstadt am großen Rad dreht, sind das peinliche, letztklassige Patzer.

Was so viel heißt wie: Fälle für den Staatsanwalt.

WALTER MAYR



Die Findmaschine

Global Village: Wie der spanische Starkoch Ferran Adrià in London Google-Mitarbeiter verzaubert

Manche der Männer kommen gern sockenlos und in Dreiviertelhose ins Büro, Flip-Flops an den bleichen Füßen, obwohl es draußen schon herbstlich ist; andere sehen aus wie Fahrradkuriere, Holzfäller, Nomaden. Und die Frauen könnten entweder im Naturkostladen arbeiten, oder sie sehen, mit ihren Kajal-Augen und schwarzen Minikleidern, aus wie verwilderte Gothic-Elfen, falls es so etwas gibt.

Aber sie sind die Elite.

Sie sind Mathematiker, Ingenieure, Informatiker, Ex-Hacker, Ex-Grafiker, sie jonglieren mit Algorithmen, designen Benutzeroberflächen, experimentieren mit Suchmustern, denn sie sind Mitarbeiter einer Weltmacht – sie sind Google.

London, 123 Buckingham Palace Road, um die Mittagszeit. Ein futuristischer Komplex, hier residiert Google United Kingdom, in Büros, die alles sein wollen, nur keine Büros, mit kugeligen Hockern überall, in den vier Österreichfarben, die man von der Suchmaske kennt.

Die britische Niederlassung der Betreiber der Suchmaschine, gleichzeitig so etwas wie die Europazentrale, feiert heute ihr zehnjähriges Bestehen.

Deshalb haben sie einen *special guest* eingeladen, ein Genie, und darum sind die meisten der Google-Mitarbeiter jetzt vor der luxuriösen Kantine aufmarschiert, als Empfangskomitee, neugierig auf den berühmten Mann, begierig auf sein Geheimnis.

Ah! *There he is!*

Die Fahrstuhltürnen gleiten auf. Applaus, Bravorufe, und ein kleiner, unrührter Herr in einem verbeulten schwarzen Jackett stapft heran, mit Gefolge, schnelle Schritte, er schiebt sich durch die Menge, die sich teilt, er winkt und grüßt nach allen Seiten, halb König, halb Fußballstar: Ferran Adrià, Superkoch, der Mann, der leuchtende Lutscher aus dem Protein fluoreszierender Fische herstellte, aus Brombeeren und Tabak ein Sorbet kreierte, als Nachtisch nur einen kühlen Duft servierte: Lakritz-Geruch auf Eisbein-Brise.

Er strahlt, bei aller Leutseligkeit, Konzentration aus. Intensiver Blick, braune, blanke Knopfaugen.

Señor Adrià könnte kein Englisch, sagt die Übersetzerin.

Ssank you, sagt der Mann.

Thank you, sagt die Übersetzerin.

Adriás Stimme klingt heiser, strapaziert. Er komme gerade aus China, interessante Küche, zuvor Peru, interessante Küche, morgen fliegt er nach Chicago, dann irgendwo anders hin, das hat er gerade vergessen.

Der Chef mit Brille begrüßt ihn, Hände werden geschüttelt, man lächelt und fo-

Doch dann hörte Adrià auf. Im Sommer dieses Jahres schloss das Restaurant, er wolle eine Auszeit bis 2014 nehmen. Vielleicht würde er eines Tages wieder kochen. Mal sehen. Aber erst mal nicht.

Adrià ist wie der Igel im Märchen: immer schon an einem Ort, wo er eigentlich nicht sein kann, ein Genie der Unberechenbarkeit. Sein neues Buch propagiert denn auch eine verblüffende Idee, die da heißt: Es geht auch einfach. Wie wäre es mit Spiegelei? Oder Kartoffelsalat? Schön, wenn es schmeckt.

Man hat Adrià gelegentlich mit Picasso, ebenfalls Spanier, verglichen. „Ich suche nicht, ich finde“, hat Picasso einst gesagt. Vielleicht ist dies der Grund, warum sie Adrià eingeladen haben, warum die elitären Suchmaschinen-Leute so scharf auf ihn sind – weil er etwas kann, was sie gern könnten, weil er nicht sucht, sondern findet? Was aber ist das Geheimnis seiner Kreativität, der Kreativität überhaupt?

Dann kommt Adriás Referat, im Google-Vortragssaal. Kleine Bühne, 180 Stühle, fast jeder hat einen Laptop auf den Knien, dahinter stehen sie in Reihen. Ferran Adrià erzählt vom Aufstieg des Ferran Adrià. Anfangs wird noch jedes Wort mitgekippt, Adrià spricht routiniert, charmant, aber das Publikum wird mit jedem Satz unkonzentrierter, unruhiger. Warum spricht er nicht über sein Geheimnis? Gibt es keines? Kann man Kreativität nur schmecken, aber nicht beschreiben, nicht in Rezeptform bringen? Enttäuschte Gesichter. Die Ersten gehen.

Da bittet Adrià eine Frau im Minirock auf die Bühne. Gekicher im Saal, schließlich erbarmt sich eine junge Frau. Wer hat den Minirock erfunden?, fragt er ins Publikum. Mary Quant? Nein! Eben nicht! Die Römer, die Griechen hatten auch schon solche Röcke, aber Mary Quant hat den Minirock *als Konzept* entwickelt, darauf kommt's an, ruft Adrià.

Das klingt nicht wirklich genial, aber alle tippen „Konzept“ in ihren Laptop, und dann ist der Vortrag auch schon fast beendet, und die Google-Leute stellen sich mit dem neuen Adrià-Kochbuch zur Signierstunde an.

RALF HOPPE



Spitzenkoch Adrià: Leuchtende Lutscher

tografiert. Die Google-Kantinenköche haben Ferran-Adrià-Gerichte nachgekocht, aus seinem neuen Kochbuch. Adrià schreitet die Gerichte ab wie Regimenter, aha, die Wachteln, die Sardinen, Rotbarsbe, *muy bien, ssank you*.

Es gibt Parallelen. Google schlug Schneisen durch die Unendlichkeit des Internets, Adrià erforschte zwei Jahrzehnte die Unendlichkeit dessen, was man braten, pürrieren, schäumen kann.

Während Google zum Weltkonzern wuchs, wurde auch Adrià zum Superstar. 34 Rezeptbücher voller faszinierend unbrauchbarer Ideen veröffentlichte er in den vergangenen Jahren. Immer länger wurden die Wartezeiten für einen Tisch in seinem Wunder-Restaurant „El Bulli“ in Roses nördlich von Barcelona, zuletzt wartete man angeblich drei Jahre.



RADSPORT

„Hart im Nehmen“

Dominik Schmengler, 43, Manager des deutschen Radteams, das bei der Tour du Faso Ende Oktober starten wird, über das größte Etappenrennen Afrikas

SPIEGEL: Zum ersten Mal seit 1996 fährt ein deutsches Team bei der Tour du Faso mit, dem wichtigsten Radrennen Afrikas. Wissen Sie, was Sie in Burkina Faso erwarten?

Schmengler: Ich habe vier Jahre in Burkina Faso gelebt und unter anderem für die Universität in Ouagadougou ge-

arbeitet. Ich weiß also, dass es extrem heiß sein wird, dass die Straßen nicht gerade gut sind. Das Rennen wird hart, zehn Etappen, 1280 Kilometer Staub. Ich kenne aber auch die Begeisterung der Menschen dort für den Radsport. Und unser Teamleiter schreibt seine Doktorarbeit über die Tour. Er war es auch, der vergangenes Jahr vom Veranstalter gefragt wurde, ob er ein deutsches Team organisieren könnte.

SPIEGEL: Haben Ihre Fahrer denn Afrika-Erfahrung?

Schmengler: Zum Teil. Unser Kapitän Karsten Keunecke ist die Tour du Faso

schon mitgefahren, für ein slowakisches Team. Er hat für uns die Mannschaft zusammengestellt. Die anderen Fahrer waren schon bei Rennen in Kamerun, Marokko und Brasilien. Die sind Globetrotter, allesamt hart im Nehmen. Wir werden uns intensiv vorbereiten. Und wohl alle ein Mittel gegen Malaria schlucken.

SPIEGEL: Was haben Sie sich sportlich vorgenommen?

Schmengler: Das Niveau der Fahrer ist ordentlich; der Vorjahressieger, ein Franzose, hat eine Profi-Lizenz erhalten. Ich hoffe, die Fahrer aus Burkina Faso zeigen uns, was eine Harke ist. Aber wir müssen am Ende besser sein als unsere Gegner. Wir haben besseres Material, sind austrainierter. Wir wollen um das Gelbe Trikot fahren.

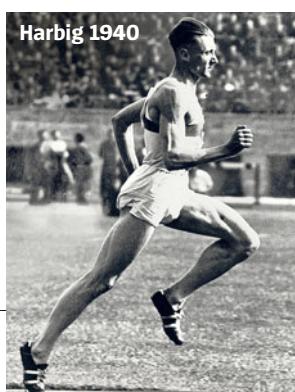
SPORTGESCHICHTE

Zwischenfall in Straßburg

Als Mittelstreckenläufer hat Rudolf Harbig einen Logenplatz in der Geschichte des deutschen Sports. Der gebürtige Dresdner, der zwischen 1939 und 1941 drei Weltrekorde über die Distanzen 400, 800 und 1000 Meter aufstellte, gehört wie Max Schmeling, Sepp Herberger oder Josef Neckermann zur Hall of Fame. Zudem vergibt der Deutsche Leichtathletik-Verband seit 1950 alljährlich den Rudolf-Harbig-Preis zu Ehren dieses „Jahrhundertläufers“, der 1944 im Alter von 30 Jahren als Oberfeldwebel an der Ostfront vermisst gemeldet wurde. Auch in der

DDR bewahrte man dem Arbeitersohn ein ehrendes Andenken, ein Verdienst seiner Witwe Gerda, die nach dem Krieg als Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees der DDR Karriere machte. Ruhm durch Harbigs Rekorde fiel auch auf dessen Entdecker Woldemar Gerschler, der hochangesehen 1982 in Freiburg starb und bis heute als einer der bedeutendsten deutschen Leichtathletik-Trainer gilt. Wie deutsch, wird deutlich in einer Passage des Buchs „Harbigs Aufstieg zum Weltrekord“, das Gerschler 1939 veröffentlichte. Unter dem Kapitel „Zwischenfall in Straßburg“, das bislang in keiner historischen Betrachtung des er-

folgreichen Duos erwähnt wird, schildert Gerschler, wie er auf dem Weg zur Europameisterschaft 1938 in Paris mit Harbig in der elsässischen Grenzstadt Station machte und das Münster betrachtete. „Mit einem Male stand, aufgeregt mit den Händen fuchtelnd, ein Mann vor mir, der unter lautem Schimpfen, auf französisch natürlich, Miene machte, mir mein Wappen von der Brust zu reißen.“ Es war das Hakenkreuz auf dem Reichsadler. In diesem Moment, so schildert es Gerschler, sprang ihm Harbig zur Seite. „Als wir merkten, dass es ein Jude war, nahmen wir eine solch unmissverständliche Haltung ein, dass er den Rückzug antrat.“





Hindernisrennen in England, Bootcamp im Münchener Eisbach, Läufer im Kletternetz: „Wir schaffen extreme Situationen, damit die Leute lernen,

FITNESS

Renaissance der Kniebeuge

Viele Freizeitsportler meiden die Wohlfühlatmosphäre in den Fitnessstudios. Stattdessen bekennen sie sich zum harten und manchmal sogar paramilitärischen Ganzkörpertraining – in alten Industrieanlagen oder gleich im Freien.

Beim Sprung auf die kniehohe Holzkiste bemerkt Philipp Grittman, dass der Schnürsenkel an seinem Turnschuh offen ist. Der Student aus Berlin, grüner Kapuzenpullover und Vollbart, will sich kurz setzen, nur schnell den Schuh zubinden, aber Pausen sind verpönt: „Weiter geht's!“, ruft sein Trainer. Grittman stopft den Schnürsenkel in den Schuh, legt sich auf den Boden und macht mit gequältem Gesicht neun Rumpfbeugen.

Und wieder von vorn: drei Klimmzüge, sechs Bocksprünge, neun Rumpfbeugen, sieben Minuten lang. Was aussieht wie Sportunterricht in den fünfziger Jahren,

ist das Workout-Programm, das sich Trainer Florian Haseloff für seine Gruppe ausgedacht hat. Mit einer Stoppuhr steht er in einer ehemaligen Lagerhalle der Malzfabrik, einem Zentrum für Kreative in Berlin-Schöneberg.

In der Ecke liegen abgefahrene Lkw-Reifen und Euro-Paletten. Sie sind kein Müll, sondern Fitnessgeräte. Von der Decke hängen Turnringe.

Das Programm, mit dem sich die acht Berliner in Form bringen, nennt sich Crossfit. Es hat eine wachsende Zahl von Anhängern. Immer mehr Freizeitsportler meiden Fitnessstudios und versuchen sich stattdessen an dieser Urform der Leibes-

ertüchtigung, einer Mischung aus Leichtathletik, Turnen und Gewichtheben.

Es sind simple Übungen der alten Schule, Turnvater Jahn im 21. Jahrhundert. Sie stärken das Herz-Kreislauf-System, verbessern die Ausdauer und steigern Kraft und Beweglichkeit. Die Kurse finden in alten Industrieanlagen oder gleich im Freien statt, ohne Hintergrundmusik und sonstigen Wellness-Schnickschnack.

„Freizeitsportler wollen sich zunehmend wieder auf die ursprüngliche Art in Form bringen“, sagt Niels Gronau, der für das Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen Deloitte mehrmals im Jahr den deutschen Fitnessmarkt analy-

meldet, ein Bäckermeister, viele Studenten, aber auch Manager von Siemens und BMW. Raus aus dem Anzug, ab in den Matsch.

Tanja, eine Betriebswirtin, keucht, stolpert, sie kann sich gerade noch auf den Beinen halten. Die schmächtige Frau muss ihren Partner, den hochgewachsenen Lutz, huckepack durch den Englischen Garten schleppen. Tanja bläst die Wangen auf, ihr Kopf glüht, aber die Einheit hat gerade erst begonnen, und die ausgefeilten Übungen kommen später noch.

Die Freizeitsportler trainieren eine Stunde, machen Kniebeugen, Klimmzüge an einer Verkehrsampel, sie klettern eine Brücke hoch und kämpfen sich viermal durch den Eisbach, dabei verbrennen sie etwa 1200 Kilokalorien. Als sie sich beim Bocksspringen vor der Bayerischen Staatskanzlei etwas ungeschickt anstellen, meldet sich ihr Trainer zu Wort: „Ihr Luschen“, brüllt Boris Beuke, „alle noch mal von vorn!“

Beuke, 28, trägt eine enge Laufhose und eine neongelbe Jacke. Er ist seit zehn Jahren Soldat, Offizier bei der Bundeswehr, er hat eine Einzelkämpfer-Ausbildung hinter sich und war zweimal am Hindukusch im Einsatz. Über ein Jahr lang hat er afghanische Militärs trainiert. „Die Menschen in Afghanistan haben kein Fitnessstudio, die müssen improvisieren“, sagt Beuke, „die hängen eine russische Panzerkette über eine Stange und machen damit Bankdrücken. Das hat mir gezeigt, dass es mit einfachsten Mitteln geht.“

Nun bietet Beuke sechswöchige Fitnesskurse an, „für Zivilisten“, wie er sagt. Der Kurs läuft ab wie ein Rekrutentraining, die Übungen sind einfach: Liegestütze, Klappmesser, Hampelmannsprünge. Die einzigen Hilfsmittel sind Baumstämmen oder Steine. Oft reicht das eigene Körpergewicht als Last.

Es herrscht Kasernenhofton, Beuke nennt seine Kursteilnehmer „Pfeifen“ oder „Weichlinge“. Er sagt: „Ich bin nicht abwertend, nur direkt. Meine Kurse sind 60 Minuten Ehrlichkeit. Der Kopf von Sportlern schaltet immer vor dem Körper ab. Ich sorge dafür, dass es nicht so ist.“

Die Sportler, die er antreibt, wuchten gemeinsam Fässer hin und her, einer muss beim Laufen eine schwere Eisenkette um den Hals tragen. Sie wird nach jeder Übung weitergegeben.

Mitte der neunziger Jahre führten amerikanische Armeeveteranen die neue Trainingsform ein. Ein englischer Major machte später Zivilisten mit Militärtraining im Londoner Hyde Park fit.

Das American College Of Sports Medicine, eine der größten Wissenschaftsorganisationen für Sportmedizin und Bewegung weltweit, veröffentlicht jährlich eine Rangliste mit Fitnesstrends: Boot-



wo ihre wahren Grenzen liegen“

siert, „wir erleben die Renaissance der Leibesübungen.“

Wie die meisten Fitnesstrends stammt auch Crossfit aus den Vereinigten Staaten. Der Amerikaner Greg Glassman, ein ehemaliger Leistungsturner aus Kalifornien, hatte die Idee, Sportlern zu zeigen, wie sie ihren Körper richtig bewegen. 1995 eröffnete Glassman die erste Crossfit-Halle in Santa Cruz. Sein Inventar: Kletterseile, Kugelhanteln, Turnringe für Armübungen und Holzkisten für das Beintraining.

Das Angebot zog und machte Glassman zu einem erfolgreichen Unternehmer. Mit seiner aufs Wesentliche reduzierten Fitnessidee expandierte er rund um den Globus. Im vergangenen Jahr gab es weltweit etwa 1700 lizenzierte Crossfit-Anbieter, mittlerweile sind es schon rund 2500 Filialen.

In den USA ist aus dieser Bewegung eine Sportart mit eigenen Wettkämpfen geworden. 2007 fanden erstmals die Crossfit Games statt, das sind die Weltspiele der Workout-Disziplinen: Die Teilnehmer müssen schwimmen, im Sand rennen, an Seilen klettern, Wasserkannister schleppen. Im Juli wurden die Crossfit Games im großen Stil ausgetragen. Ein Sportartikelhersteller sponserte das Event

in Carson, Kalifornien. Mehr als 2600 Freizeitsportler hatten sich angemeldet.

Und ständig erobern die Hobbyathleten neue Reviere. Wer früher die Kletterwand im Fitnessstudio hochkraxelte, erklimmt jetzt Brückenpfeiler, Hauswände und Mauern. Und wer früher stumpf seine Kilometer auf dem Rollband runterließ, der meldet sich nun zu einem Hindernisrennen an.

In Hamburg gibt es den Urbanathlon, ein Lauf über zehn Kilometer, bei dem 13 Hindernisse bewältigt werden müssen, darunter ein Geflecht aus Baugerüsten, eine steile Treppe mit 136 Stufen, ein nur halb aufgeblasenes Luftkissen.

Die härtere Variante ist der Strongman Run, 19,6 Kilometer lang, 14 Hindernisse. Premiere in Deutschland war vor vier Jahren. Inzwischen haben die Veranstalter den Nürburgring gebucht, fürs nächste Rennen rechnen sie mit über 10 000 Läufern. Auch diese Disziplin ist aus den USA nach Europa gekommen.

Wer für ein Hindernisrennen dieser Güte trainieren möchte, ist reif für ein Bootcamp. Dort mischt sich Sport mit militärischem Drill. Es gibt diese Camps zum Beispiel in Berlin und Leipzig. In München haben sich Handwerker ange-

camp Fitness landete dieses Jahr erstmals unter den ersten zehn.

In Gifhorn, Wolfsburg und Braunschweig bietet ein ehemaliger Fallschirmjäger „Military-Style-Workout“ an, angelehnt an das Training internationaler Spezialeinheiten. Und auf dem Gelände einer Firma in der Oberpfalz, des größten Fitnesscamp-Anbieters Deutschlands, steht ein Hindernisparcours, der Truppenübungsplätzen der US-Streitkräfte nachempfunden ist.

„Bei uns gibt es Trinkpausen, ansonsten unterscheidet sich das Training nicht von dem der Navy SEALs“, sagt Coach Wasilios Wamwakithis. An den sogenannten Drill Days scheucht er seine Kunden über Holzhürden, lässt sie durch Gummirifen springen, an Stangen hängeln und durch eine Sandgrube robben. „Viele Menschen haben das Gefühl für ihre Leistungsfähigkeit verloren“, sagt Wamwakithis. „Wir schaffen extreme Situationen, damit die Leute lernen, wo ihre wahren Grenzen liegen.“

Die Sportartikelfirmen haben auf den Trend reagiert. Technogym etwa, einer der führenden Hersteller von Fitnessgeräten, verkauft seit einem Jahr auch Klassiker aus dem Sportunterricht: Medizin- und Gymnastikbälle, Luftkissen für das Gleichgewichtstraining und Keulen, die man schwingen muss. „Der Markt verlangt in Zukunft noch mehr nach Trainingshilfen, mit denen alltägliche Bewegungsabläufe geübt werden können“, sagt Marketingassistent Holger Siegmund.

Auch viele Fitnessstudios haben inzwischen verstanden, dass ihr Angebot zeitgemäß bleiben muss. Sie bieten jetzt Kurse in funktionellem Training an. Doch es scheint, als säßen sie in der Glitzerfalle.

Crossfit lebt vom Charme des Alternativen, dem Flair des Untergrunds. „Wir wollen uns in allem von den großen Fitnessstempeln abheben“, sagt Florian Hasseloff, der Trainer aus Berlin. Sein Crossfit Werk ist 65 Quadratmeter groß, hinten in der Ecke steht noch eine alte Maschine, mit der früher Malzsäcke gefüllt wurden.

Nach dem Training sitzt Philipp Grittman vor der Halle auf einer Treppenstufe. Er schwitzt, um den Hals hat er ein Handtuch geschlungen. 14 Jahre lang hat der Freizeitsportler in einem Fitnessstudio Gewichte gestemmt, jetzt lässt er seinen Vertrag auslaufen. Crossfit-Training in einem Studio könne er sich gar nicht vorstellen, sagt der Student: „Hier schreibe ich meine neuen Bestleistungen mit Filzstift an die Wand. Wenn ich das im Fitnessstudio mache, fliege ich raus.“

LUKAS EBERLE, MAIK GROSSEKATHÖFER



Video: Sport in Ketten

Für Smartphone-Benutzer:
Bildcode scannen, etwa mit
der App „Scanlife“.

VERBÄNDE

„Wir wollen Gerechtigkeit“

Uefa-Präsident Michel Platini über die Eindämmung finanzieller Exzesse bei Europas Spaltenclubs und die Probleme der Ukraine beim Bau der Stadien für die EM 2012



GILLES BASSIGNAC / JDD / SIPA PRESS

Platini, 56, war von 1983 bis 1985 dreimal Europas Fußballer des Jahres, 1985 gewann er mit Juventus Turin den Europapokal der Landesmeister. 1984 hatte der Mittelfeldregisseur Frankreich zum EM-Titel geführt. Seit 2007 ist Platini Präsident der Uefa.

SPIEGEL: Monsieur Platini, wie stehen die Chancen, dass Sie am 1. Juli kommenden Jahres in Kiew den Deutschen den EM-Pokal überreichen müssen?

Platini: Die Chancen sind gut. Deutschland hat ein starkes Team, der DFB hat eine gute Jugendarbeit in den vergangenen Jahren gemacht. Auch von Frankreichs Nachwuchsförderung haben sich die Deutschen etwas abgeschaut.

SPIEGEL: Nach dem verlorenen Halbfinale bei der WM 1982 in Spanien hätten Sie nach eigenem Bekunden noch jeden Deutschen umbringen können.

Platini: So habe ich das nie gesagt.

SPIEGEL: Aber gedacht?

Platini: Nur direkt nach dem dramatischen Spiel. Noch lieber wollte ich da alle Niederländer umbringen, der Schiedsrichter kam aus Holland. Aber das ist nur so eine Art zu reden, da kann ich Sie beruhigen.

SPIEGEL: Heute, als Europas Fußballpräsident, müssen Sie sich mehr über organisatorische Unzulänglichkeiten ärgern. Wird

bei der EM in Polen und der Ukraine alles funktionieren?

Platini: Nun ja, die Infrastruktur steht. Das war schwer genug, eine große Herausforderung. Jetzt brauchen sie dort vor Ort ausländische Experten und die Hilfe der Uefa, es gibt kleine Probleme. Hier ein Flughafen, der nicht fertig ist, dort ein fehlendes Bussystem. Ich bin jedoch jeden Tag weniger beunruhigt.

SPIEGEL: Wurde wirklich ernsthaft erwogen, einige Spiele in Deutschland statt in der Ukraine austragen zu lassen?

Platini: Es war eine von vielen Möglichkeiten. Polen hätte es auf jeden Fall geschafft; ob die Ukraine vier oder nur zwei Stadien hinbekommt, war bis zuletzt die Frage.

SPIEGEL: Seit wann ist klar, dass die Ukraine die Anforderungen erfüllt?

Platini: Seit zwei Monaten erst.

SPIEGEL: Wie kein anderes Projekt treiben Sie das sogenannte Financial Fair Play voran. Es soll in Europa kein Finanzdoping durch Oligarchen, Scheichs und andere Investoren mehr geben. Hilft das dem FC Bayern München, künftig die Champions League zu gewinnen?

Platini: Das weiß ich nicht. Wir wollen einfach eine gewisse Gerechtigkeit einführen. Die Clubs sollen ihre Ausgaben nur noch durch ihre operativen Einnahmen bestreiten; ausgenommen sind Ausgaben für Infrastruktur und für die Jugend. Wir wollen das schrittweise einführen, und zum ersten Mal in meiner Präsidentschaft seit 2007 sind alle mit einer Maßnahme einverstanden: Politiker, Nationalverbände, auch die Clubs.

SPIEGEL: Von dieser Saison an sind die Finanzen Gegenstand der Uefa-Kontrolle. In den kommenden zwei Jahren darf jeder Club insgesamt noch höchstens 45 Millionen Euro Verlust machen ...

Platini: ... exakt, danach schrittweise immer weniger.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass jene Clubs das schaffen, die bisher auf die Zuwendungen reicher Eigentümer zurückgriffen?

Platini: Alle kennen seit zwei Jahren die Regeln. Sie hatten Zeit, sich darauf einzustellen.

SPIEGEL: Manchester City machte zuletzt 140 Millionen Euro Verlust, der FC Chelsea über 80 Millionen. Selbst für die TSG Hoffenheim wird es schwer, die Regeln einzuhalten; zuletzt glich Mäzen Dietmar Hopp Verluste von rund 30 Millionen aus.



Chelsea-Eigner Roman Abramowitsch (M.): „Es geht nicht darum, die Clubs zu killen“

Platini: Wie viele andere Clubs auch.

SPIEGEL: Laut einer Verfügung eines Schweizer Kantonsgerichts dürfte Sion in der Europa League antreten, obwohl der Club ausgeschlossen wurde. Die Uefa weigert sich, dem Urteil Folge zu leisten. Wie kommen Sie dazu, eine richterliche Entscheidung zu ignorieren?

Platini: Diese Frage wird mir am 19. Oktober der Staatsanwalt stellen. Da kann ich jetzt nicht voregrenzen. Die Sache ist aber einfach: Der Club hat ein Transferverbot unterlaufen, das die Fifa wegen Anstiftung zum Vertragsbruch bei einem Torwartkauf verhängt hatte. Sion hat trotz des Verbots sechs Spieler engagiert und spielen lassen.

SPIEGEL: Sion sagt, der Club habe das Transferverbot bereits schrittweise verbüßt. Warum reagieren Sportverbände so empfindlich, wenn einzelne Mitglieder die Autonomie der Sportgerichtsbarkeit unterlaufen und zivile Gerichte anrufen?

Platini: Wenn jeder jederzeit vor Gericht ziehen könnte, wäre das für den Sport eine Katastrophe. Stellen Sie sich vor, ein Spieler bekommt die Rote Karte und findet einen Richter, der sagt: Der Schiedsrichter und der Fußballverband hindern ihn daran, seine Arbeit auszuüben. Arbeitsverbot! Dann könnten wir alle aufhören mit unserem Sport.

SPIEGEL: Hat der Fall Sion deshalb so große Sprengkraft?

Platini: Wenn die sechs disqualifizierten Spieler per Gerichtsentscheid spielen dürfen, wäre das ein Desaster, das Ende des Fußballs.

SPIEGEL: Sie spielten in einer Zeit, als der Fußball noch nicht so ein globales Geschäft war. Würden Sie gern heute auf dem Rasen stehen?

Platini: Eher nicht. Zu meiner Zeit spielte man, weil es Spaß machte. Ich kam mit 17 Jahren in einen Profiverein, AS Nancy. Heute müsste man mit zehn, elf Jahren zu einem Proficlub wechseln. Wenn ich mit zehn ins Ausland hätte gehen sollen, wäre ich vielleicht unglücklich geworden und hätte mit dem Fußball aufgehört.

SPIEGEL: Werden Sie Joseph Blatter begeistern, wenn 2015 seine letzte Amtszeit als Fifa-Chef endet?

Platini: Ich weiß es nicht. Als Uefa-Präsident muss mir auf jeden Fall daran gelegen sein, dass ein Europäer an die Spitze des Weltverbands kommt. Ob ich das bin oder ein anderer, muss man sehen.

SPIEGEL: Es heißt, Sie nähmen Englischunterricht.

Platini: Aber nicht wegen der Fifa. Die Uefa hat 53 Mitgliedsverbände, da muss ich auch mal eine Rede auf Englisch halten. Vor fünf Jahren habe ich schon einmal Kurse genommen, jetzt habe ich Lust, mehr zu verstehen. Wenn etwa Japaner Englisch sprechen, geht es noch – die Briten zu verstehen ist schwer.

INTERVIEW: JÖRG KRAMER, MICHAEL WULZINGER



DEFODI / PICTURE ALLIANCE / DPA

Champions-League-Spiel Bayern München gegen Manchester City: „Alle kennen die Regeln“

Platini: Ich weiß, ich weiß. Wir wissen es, aber die Clubs wissen es auch. Auch die amerikanischen Investoren, die beim FC Liverpool eingestiegen sind, wussten, dass es bald ein Financial Fair Play geben würde. Sie sagten, dies sei sogar ein Grund mehr, im Fußball zu investieren.

SPIEGEL: Bei Paris Saint Germain hat ein katarischer Investor im Sommer die Mehrheit übernommen und fast 90 Millionen Euro für neue Spieler ausgegeben. Diese Leute glauben offenbar nach wie vor, man könne sportlichen Erfolg kaufen. Vielleicht, weil Ihr Fair-Play-Reglement nicht mal konkrete Strafen vorsieht?

Platini: Es geht nicht darum, die Clubs zu killen; wir wollen ihnen helfen. Es gibt eine Skala möglicher Sanktionen, von der Geldstrafe über das Verbot, neue Spieler zu verpflichten, bis zum Ausschluss aus den Wettbewerben.

SPIEGEL: Die Clubs werden Schlupflöcher suchen. Manchester City bekommt nun sagenhafte 400 Millionen Pfund vermeintliches Werbegeld für zehn Jahre von der staatlichen Fluggesellschaft Abu Dhabi; diese Firma wird von einem Halbbruder des Clubeigners geführt. Ist das nicht Scheinsponsoring?

Platini: Auch das wird kontrolliert. Wir haben eine Expertenkommission, die er-

mitteln soll, welches Sponsoring marktgerecht ist. Dann werden wir entscheiden, ob das als operative Einnahme zu akzeptieren ist oder nicht. Es wird alles nicht einfach werden, und es wird zunächst nicht alles perfekt sein. Aber der politische Wille, einmal anzufangen, ist da.

SPIEGEL: Stellen Sie irgendwo schon Veränderungen fest?

Platini: Clubs, die keine hohen Transferausgaben getätigt haben und ihre Spiele jetzt nicht gewinnen, sagen: Der Platini ist schuld. Das ist neu.

SPIEGEL: Der Europäische Gerichtshof hat den nationalen Ligen untersagt, ihre TV-Rechte exklusiv im Heimatland zu vermarkten. Bislang werden auch die Champions-League-Rechte im Pay-TV einzeln für jedes Land verkauft. Muss die Uefa ihre Vermarktungsstrategie ändern?

Platini: Ich glaube nicht, dass dieses Urteil die Art, wie die Uefa Fernsehrechte zu teilt, radikal verändert. Wir tun unser Bestes, um dem Publikum einen maximalen Zugang zu unseren Wettkämpfen zu garantieren. Daran werden wir weiterhin arbeiten, im Rahmen der Gesetze der Europäischen Union.

SPIEGEL: Ebenfalls vor Gericht liegt ein Fall des schweizerischen Erstligaclubs FC Sion, der Ihnen derzeit Sorgen macht.

Europas Kannibalen

Die ältesten bekannten Bewohner Europas griffen womöglich nicht nur bei rituellen Festen zu Menschenfleisch, sondern auch dann, wenn ihnen der Magen knurrte. Diese neue Theorie vertreten spanische Forscher von der Universität Rovira i Virgili in Tarragona, nachdem sie mehr als 800 000 Jahre alte Hominidenknochen aus einer Karsthöhle nahe der Stadt Burgos untersucht hatten. Bei ihren Analysen entdeckten sie an den „Homo-antecessor-Überresten“ auffällige Kratzer, die auf gewohnheitsmäßigen Kannibalismus schließen lassen: „Die Schnitt- und Schlagspuren zeigen, dass die Körper dieser Individuen verarbeitet wurden wie die von Beutetieren – man hat sie gehäutet, ausgezogen, entbeint und das Knochenmark freigelegt“, erklärt der Anthropologe Eudald Carbonell. Auch die Tatsache, dass abgenagte Menschenknochen mit Steinwerkzeugen und anderen Küchenabfällen auf einer Art Müllhalde landeten, wertet Carbonell als Hinweis auf habituellen Verzehr von Menschenfleisch: „Die Ureuropäer praktizierten gastronomischen Kannibalismus.“



WERNER KRÜFER / EPD

Nierentransplantation

MEDIZIN

Die innere Uhr der Organspender

Der Erfolg einer Transplantation hängt davon ab, wie gesund das Spenderorgan ist. Versuche an Mäusen deuten darauf hin, dass auch die innere Uhr des Organspenders dabei eine wichtige Rolle spielen könnte. Schon länger ist bekannt, dass Menschen, deren Tag-Nacht-Rhythmus aus dem Takt geraten ist, häufiger an Herz-

Kreislauf-Erkrankungen leiden. US-Forscher setzten nun gesunden Mäusen die Blutgefäße von Tieren ein, deren innere Uhr durch eine Erbgutschädigung ausgefallen war – und prompt entwickelte sich an den transplantierten Blutgefäßen eine schwere Arteriosklerose. Ein ähnlicher Effekt sei auch beim Menschen zu erwarten, sagt der an dem Experiment beteiligte Gefäßbiologe Daniel Rudic: „Wenn ein Organspender an einer Schlafstörung litt oder Schichtarbeit verrichtete, kann das den Transplantationserfolg negativ beeinflussen.“

TIERE

Bedrohte Tagfalter

Am liebsten leben Schmetterlinge in den Bergen. Die höchste Artenvielfalt findet sich in den Pyrenäen, in den Alpen und auf dem Balkan; an manchen Orten sind dort rund 200 der 441 europäischen Tagfalterarten heimisch. Dies ist nur eines der erstaunlichen Ergebnisse eines europäischen Schmetterlingsatlas, den die Gesellschaft für Schmetterlingsschutz, der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) und das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung herausgegeben haben. Das Großwerk, an dem auch 272 ehrenamtliche Helfer mitwirkten, basiert auf 655 000 Datensätzen. Der Atlas zeige den „zerbrechlichen Zustand der Tagfaltervorkommen in Europa“, sagt Nabu-Präsident Olaf Tschimpke. Viele Schmetterlingsarten, so ergibt sich aus den Karten, kommen nur an sehr wenigen Orten in Europa vor; jede dritte Tagfalterspezies bevölkert sogar höchstens ein Prozent des Kontinents.



Alpenapollo



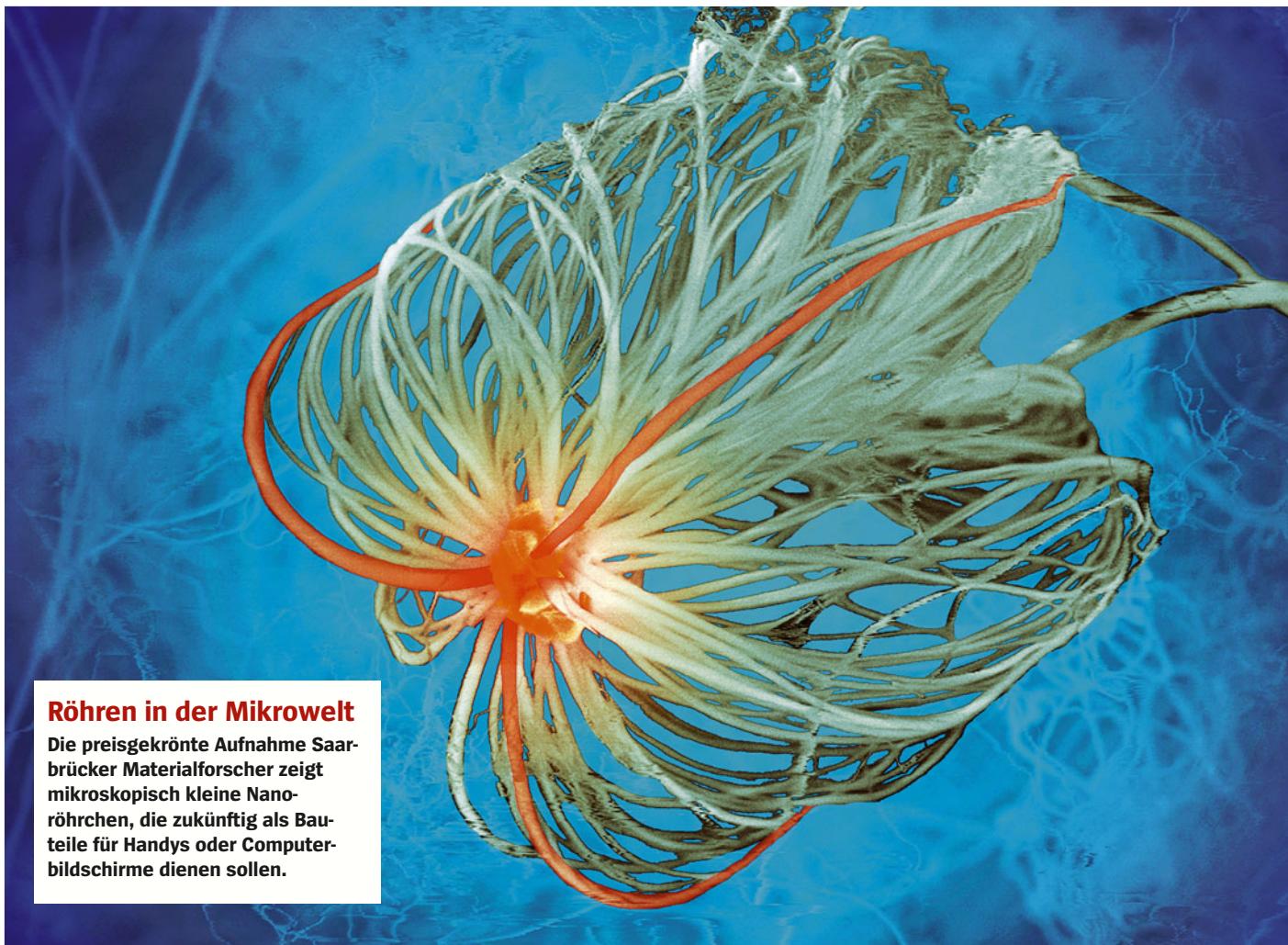
Mittlerer Weinschwärmer



Brauner Waldvogel



Natterwurz-Perlmuttfalter



ARCHÄOLOGIE

Die Sandalen von Camelot

Sie kamen, sahen – und hinterließen ihre Sandalen. Eine ungewöhnliche Entdeckung haben Archäologen in zwei römischen Lagern im schottischen Camelot gemacht. In einem Festungsgraben lagen 120 Ledersandalen mit genagelten Sohlen. Warum die römischen Soldaten so hoch im Norden derart viel Fußbekleidung horteten, ist für die Ausgräber ein Rätsel. Bislang glaubten die Forscher, die Römer hätten in dieser Region stets nur kurz ihre Lager aufgeschlagen. Tatsächlich aber scheinen sich die Besatzer in Camelot häuslich eingerichtet zu haben. Das Dorf gilt als einer der möglichen Orte für Camelot, den Hof des Sagen-Königs Artus. Einige Historiker glauben sogar, dass der angebliche Britenherrschler in Wahrheit ein Römer war.

UMWELT

Nadelbäume als Feinstaubfilter

London hat zwar schöne Parks, gilt aber nicht als grüne Stadt. Dennoch filtern die Bäume der Metropole jedes Jahr bis zu 2100 Tonnen Feinstaub aus der Großstadtluft. Und das funktioniert so: Die Blätter verlangsamen lokal den Luftstrom; daraufhin lagert sich der Feinstaub an den Pflanzen ab und wird vom Regen in den Boden gespült. Nun haben Biologen der University of Southampton am Computer simuliert, wie in London – und in jeder anderen Metropole auch – gezielt aufgeforstet werden müsste,

um noch mehr Feinstaub aus der Luft zu filtern. Nadelbäume, so das überraschende Ergebnis der Modellrechnungen, sind die effektivsten Feinstaubfilter. Zudem sollten die Bäume in den besonders verschmutzten Zonen gepflanzt werden – am besten direkt am Straßenrand.



Kiefern in Tokio

SORGE / CARO



Ölsand-Abbau in Alberta: Apokalyptisch anmutende Mondlandschaft

GARTH LENZ

U M W E L T

Der Gestank des Geldes

In Kanada liegen die drittgrößten Ölreserven der Erde. Eine neue Pipeline soll den kostbaren Rohstoff in großer Menge in die USA transportieren. Doch der Abbau aus Ölsanden zerstört die unberührte Wildnis und die Lebensgrundlage der Indianer.

Celina Harpe hält die Landkarte wie eine Anklageschrift in die Höhe. „Die Ölfirmen sind jetzt bis zum Moose Lake vorgedrungen“, sagt sie und tippt wütend auf das Papier. Die Arbeiter hätten bereits begonnen, das Land zu vermessen.

„Als ich das hörte, habe ich geweint“, erzählt die Stammesälteste der „Cree First Nation“ aus Fort MacKay in der ka-

nadischen Provinz Alberta, „ich bin doch dort geboren.“

Die Füße der Indianerin stecken in Mokassins aus Elchleder, die mit bunten Perlen verziert sind. Über der grauen Hose mit der akkuraten Bügelfalte trägt sie ein kariertes Holzfällerhemd.

Langsam erhebt sie sich von ihrem verschlissenen Sofa und tritt hinaus auf die Terrasse ihres blaugetünchten Blockhau-

ses. Einen Steinwurf entfernt fließt träge der mächtige Athabasca River. „Wir können das Wasser nicht mehr trinken“, sagt Harpe, 72. Im Wald wüchsen keine Beeren und keine Heilkräuter mehr. Der Elch mache sich rar. Harpe knetet ihre faltigen Hände. „Wir können nicht mehr von unserer Erde leben“, sagt sie. „Und die haben nicht einmal gefragt, ob sie das Land überhaupt nehmen dürfen.“

In Kanadas Provinz Alberta tobt ein ungleicher Kampf. Multinationale Konzerne rufen den größten Ölboom seit Jahrzehnten aus. Ihnen gegenüber stehen Menschen wie Celina Harpe, deren Kultur und Gesundheit auf dem Spiel stehen, weil unter ihren Füßen der drittgrößte Ölschatz des Planeten lagert.

Auf 170 Milliarden Barrel schätzen Experten die Menge an Rohöl, die aus den kanadischen Ölsanden geborgen werden könnte. Nur unter Saudi-Arabien und Venezuela liegt noch mehr Öl. Den Lagerstätten in Alberta kommt deshalb eine große geopolitische Bedeutung zu: Bereits heute beziehen die USA größere Mengen Öl aus Kanada als aus allen

weltschützer sehen zudem Feuchtgebiete und Wasserreservoirs entlang der geplanten Pipeline in Gefahr, darunter den Ogallala-Grundwasserleiter, der acht US-Bundesstaaten mit Wasser versorgt.

Vor allem würde die Erschließung der Ölsande die USA wohl auch weitere Jahrzehnte davon abhalten, ernsthaft auf erneuerbare Energien zu setzen. „Es geht darum, nicht vom nächsten Dreck abhängig zu werden“, sagt der US-Umweltschützer Bill McKibben, einer der Wurführer der Bewegung. Die Ausbeutung der Ölsande werde es unmöglich machen, die Klimaschutz-Ziele zu erreichen.

Der Nasa-Klimaforscher James Hansen formuliert es so: „Es ist, als würde ein

Die ersten Ölsucher kamen vor über hundert Jahren in die Gegend. Mitte der sechziger Jahre begann mit dem Bau der ersten Extraktionsanlagen die kommerzielle Nutzung der Ölsande. Suncor und Syncrude heißen die Traditionsfirmen. Doch steigende Ölpreise haben inzwischen auch Branchengrößen wie Shell, CenocoPhillips und ExxonMobil angelockt.

Mit schwerem Gerät graben sie nach einer Mischung aus Sand, Ton, Wasser und Schweröl, das einst aus dem Plankton eines Urozeans entstanden ist. Die Aufaltung der Rocky Mountains drückte die Vorräte vor rund 70 Millionen Jahren in ihre heutige Position. Doppelt so groß wie Bayern sind die Gebiete in Alberta,



Aktivistin Laboucan-Massimo, intakte Naturlandschaft in der Nähe von Fort McMurray: „Symbiotische Beziehung mit der Erde“

Nationen des Persischen Golfs zusammen.

Und bald könnte noch weit mehr des sogenannten Bitumens die US-Wirtschaft befeuern. Noch in diesem Jahr will Präsident Barack Obama entscheiden, ob es im Interesse der USA liegt, eine 2700 Kilometer lange Pipeline zwischen Alberta und Houston in Texas zu bauen.

Bis zu 1,3 Millionen Barrel Rohöl pro Tag könnte das Rohr mit dem Namen „Keystone XL“ künftig zu Raffinerien am Golf von Mexiko leiten. Doch während die Industrie von einem neuen Ölrausch träumt, nehmen die Proteste zu. Zwei Wochen lang demonstrierten im August und September Umweltschützer vor dem Weißen Haus gegen die Ausbeutung der Ölsande. Unterstützt werden sie unter anderem von zehn Friedensnobelpreisträgern, unter ihnen der Dalai Lama und der Klimaschützer Al Gore.

Ihr Zorn richtet sich gegen ein Öl, das als das schmutzigste der Welt gilt. Um-

Drogenabhängiger nach der dreckigen Nadel eines anderen greifen.“

Auch aus Europa kommt Kritik. Die EU-Kommission beschloss vorige Woche, Öl aus den Ölsanden als besonders klimaschädlich zu klassifizieren. Stimmen EU-Parlament und -Mitgliedsländer zu, dürfte der Import nach Europa teuer werden. Die Importeure müssten beispielsweise in Biokraftstoffe investieren, um den erhöhten CO₂-Ausstoß zu kompensieren. Die kanadische Regierung wehrt sich dagegen.

Das Epizentrum des Ölsand-Geschäfts ist die Gegend um das Städtchen Fort McMurray, eine lustlos zusammengewürfelte Sammlung hässlicher Zweckbauten im Nordosten Albertas. Bullige Allradfahrzeuge brettern hier über die Straßen. Im Winter fällt das Thermometer bis auf minus 25 Grad Celsius. Dann hilft nur noch die Flucht ins Boomtown Casino oder in die Oil Can Tavern, eine neongelb beleuchtete Bar von zweifelhaftem Ruf.

unter denen heute Ölsande liegen (siehe Grafik Seite 130).

Im Oil Sands Discovery Centre von Fort McMurray ist eine Probe der Substanz unter einer Glaskuppel ausgestellt. Besucher können eine kleine Luke öffnen und daran schnüffeln. Zerbröselter Ölsand sieht aus wie Kaffeesatz und stinkt wie Diesel. Es ist der Gestank des großen Geldes.

Rund 40 Kilometer von Fort McMurray entfernt hängt der Geruch Tag und Nacht in der Luft. Die Fahrt geht auf dem Highway 63 nach Norden in den schier endlosen Nadelwald der borealen Klimazone hinein. Bald öffnet sich der Wald jedoch wieder und gibt den Blick frei auf die Schlote einer monströsen Industrieanlage inmitten einer apokalyptisch anmutenden Mondlandschaft.

Gelbe Schwefelhalden leuchten in der Ferne. Erdwälle umgeben eine gewaltige Grube, in der Großmuldenkipper vom Typ Caterpillar 797F rangieren. Bis zu 360 Tonnen Ölsand können die Giganten

mit einer Fuhré transportieren. Allein ihre Reifen sind vier Meter hoch. Die Fábrík ist die Mildred Lake Mine der Firma Syncrude. Pro Tag werden hier etwa 300 000 Barrel Öl produziert.

Ölsande bestehen im Schnitt zu zehn Prozent aus Bitumen. Um das Material aus der Mischung zu lösen, wird der Ölsand mit etwa 50 Grad heißem Wasser und Ätznatron vermischt. Das Bitumen schwimmt obenauf und kann abgeschöpft werden. Anschließend wird die Substanz zu sogenanntem synthetischen Rohöl veredelt (siehe Grafik).

Über 90 Prozent des Bitumens können auf diese Weise aus den Ölsanden extrahiert werden. Problematisch sind die letzten paar Prozent der Masse. Mit Wasser,

direkter Blick auf die Tümpel werfen. Ölige Schlieren überziehen die Wasseroberfläche. Im vorigen Oktober landeten hier während eines Eisregens 350 Enten. Vom Bitumen verölt, mussten sie getötet werden. Um weitere Vögel vom Landen abzuschrecken, hallen dumpfe Schüsse aus Propangaskanonen über die endlos wirkende Ebene. An Ölfässer geflanschte Vögelscheuchen dümpeln auf den Teichen.

Biologen bemühen sich, das gebeutelte Land im Auftrag der Konzerne zu regenerieren. Die Anhöhe am Rand des Syncrude-Geländes liegt zum Beispiel direkt über einem alten Tagebau. Wer in 20 Jahren wiederkomme, verkündet eine Tafel, werde „eine Landschaft mit Seen, Wäldern und Sümpfen“ vorfinden, die

Zwar gibt es Verträge zwischen den Ureinwohnern und dem kanadischen Staat; diese räumen den First Nations Land- und Nutzungsrechte ein. Was diese Abkommen für die Erschließung der Ölsande bedeuten, ist jedoch strittig.

Mehrere First Nations klagen derzeit vor dem kanadischen Verfassungsgericht, um mehr Einfluss auf die Ölförderung zu bekommen. Rund 23 000 der Ureinwohner siedeln heute noch im Ölsand-Gebiet.

„Die Familie meines Vaters lebte von ihrem Land“, sagt Laboucan-Massimo, „meine Großeltern jagten, fischten und stellten Fallen; sie hatten eine fast symbiotische Beziehung mit der Erde.“ Doch nun arbeiteten viele Einheimische für die Ölindustrie: „Sie werden bezahlt, um die Zukunft ihrer Kinder zu zerstören.“

Seit Jahren führt die Aktivistin einen zermürbenden Kampf gegen die Industrie. „Bislang sind nur ungefähr drei Prozent der Ölsande erschlossen worden“, sagt sie: „Wenn die Firmen alle ihre Pläne wahr machen, habe ich nicht mehr viel Hoffnung für unser Land.“

Etliche neue Tagebaue sind bereits genehmigt, viele weitere befinden sich in der Planung. Die Aussicht auf eine direkte Pipeline zu den texanischen Schwerölraffinerien beflogt die Investoren.

Die Internationale Energieagentur prophezeite, dass die Produktion von konventionellem Öl bald ihren Höhepunkt erreicht haben wird. Die Ölproduktion in Alberta hingegen könnte sich bis 2025 auf 3,5 Millionen Barrel pro Tag mehr als verdoppeln. Zu heutigen Preisen sind die mit derzeitigster Technik nutzbaren Ölsande Kanadas rund 16 Billionen Dollar wert.

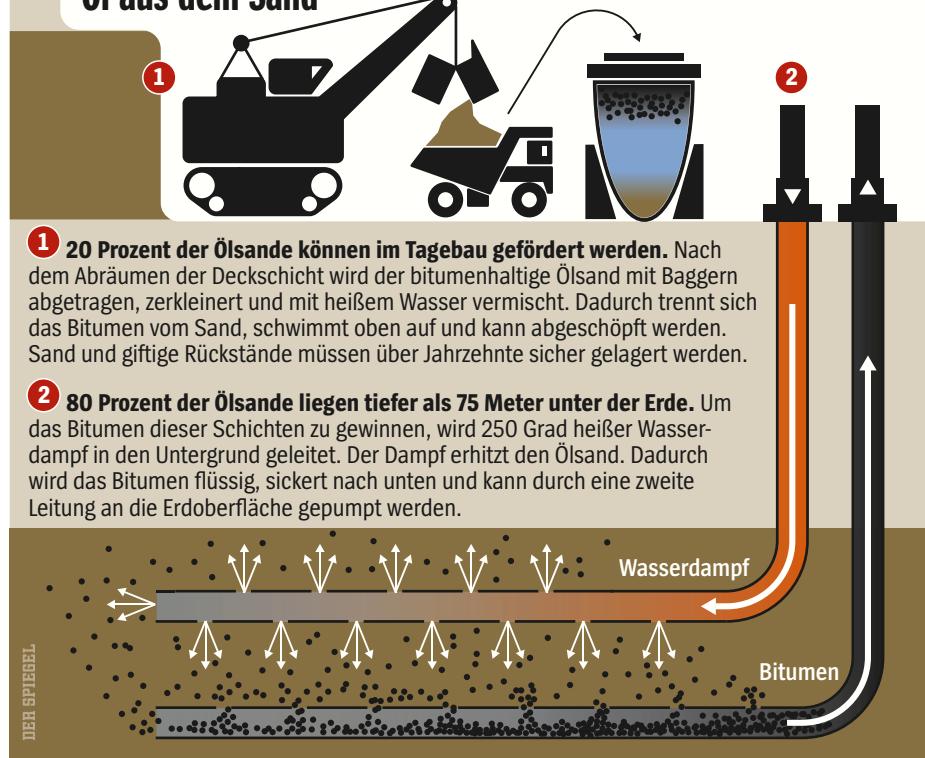
Und die Produktionskosten fallen steilig. Mit alter Technik ließ sich der Barrel Öl bislang für rund 75 Dollar produzieren. Neue Fördermethoden jedoch versprechen Kosten von rund 50 Dollar.

Die achtsitzige „Beechcraft Super King Air 350“, geleistet von der kanadischen Firma Cenovus Energy, hebt ab in den Himmel über Fort McMurray. Während das Flugzeug an Höhe gewinnt, kommt unten der glitzernde Athabasca River in Sicht. Dann kommen die Tagebaue ins Blickfeld. Aus der Luft sehen sie aus wie schwärzende Wunden im Grün des Waldes. Bald darauf sind quadratische Rodungen zu sehen, auf denen Bohrtürme stehen. Schnurgerade Straßen zerschneiden den Wald. Es sind die Messwege der Geologen, die im Untergrund nach den Ölsanden fahnden.

Als die Maschine in den Sinkflug geht, tauchen in unmittelbarer Nähe eines Sees Öltanks und Schornsteine auf. Christina Lake nennt Cenovus ihre Produktionsanlage, die zu den modernsten der Welt gehört. Ein Tagebau ist weit und breit nicht zu sehen. Denn hier wird nach Ölsand gebohrt und nicht geegraben.

Rund 80 Prozent der kanadischen Ölsande liegen zu tief, um sie im Tagebau

Öl aus dem Sand



Sand und Ton vermischt, landen sie in riesigen Absetzbecken, die in Alberta inzwischen rund 170 Quadratkilometer bedecken. Der Sand sinkt schnell nach unten. Übrig bleibt eine gelartige Suspension feinster Schwebstoffe, die bis zu 30 Jahre brauchen, um sich abzusetzen.

Die Brühe enthält giftige Schwermetalle und Chemikalien. Umweltschützer warnen den Betreibern vor, dass ein Teil des Wassers im Boden versickere. Erhöhte Konzentrationen von Blei, Cadmium und Quecksilber wurden im nahen Athabasca River gemessen. Die Einheimischen berichten von missgebildeten Fischen und klagen über seltene Krebserkrankungen. Ob ein Zusammenhang mit der Ölförderung besteht, ist noch unklar.

Von einer kleinen Anhöhe am Rand des Syncrude-Geländes aus lässt sich ein

zum „Wandern und Fischen“ einlädt. Vorläufig weiden Bisons auf einer nahen Wiese.

Für Umweltschützer ist das alles Grünbärferei. „Dieses Land ist für immer zerstört“, sagt Melina Laboucan-Massimo und blickt abschätzig über die künstliche Oase inmitten der aufgerissenen Erde. Die 30-Jährige arbeitet als Energieexpertin für Greenpeace – und sie kämpft für die Rechte der „First Nations“, wie die Indianerstämmen in Kanada genannt werden. Sie gehört selbst zum Stamm der Cree und ist in der Gegend geboren.

Wenn Laboucan-Massimo sieht, was mit dem traditionellen Land ihres Stammes geschieht, wirkt sie verzweifelt. Im April erst riss nur wenige Kilometer vom Haus ihrer Familie entfernt eine Pipeline. Rund 4,5 Millionen Liter Öl liefen aus.



Anlage zur Herstellung von synthetischem Öl aus Bitumen am kanadischen Athabasca River: „Die Industrie hat mehr Einfluss als Gott“

zu fördern. Der US-Geologe Manley Natland hatte daher schon vor über 50 Jahren die Idee, den Ölsand gar nicht erst aus der Erde zu holen, sondern das Öl noch im Untergrund vom Sand zu trennen. Er schlug vor, den Ölsand so stark zu erhitzen, dass sich das Bitumen verflüssigt und abgepumpt werden kann. Doch erst heute gibt es die dafür nötigen Maschinen: Die Ingenieure pressen 250 Grad heißen Wasserdampf durch ein Bohrloch in die Tiefe (siehe Grafik Seite 128).

In Christina Lake hat Cenovus das Verfahren perfektioniert. Die Anlage wird derzeit massiv ausgebaut. 258 000 Barrel Öl pro Tag sollen hier gegen Ende des Jahrzehnts produziert werden – genug, um gut vier Millionen US-Bürger für einen Tag mit Energie zu versorgen.

„Wir rechnen damit, dass wir hier mindestens 30 Jahre lang Öl fördern können“, sagt Drew Ziegelnberger von Cenovus. Im blauen Overall weist der jungenhaft wirkende Manager den Weg zu einem der fünf turmhohen Dampfgeneratoren, die das Herzstück der Ölfabrik bilden. Ziegelnberger erklimmt eine Leiter an der Vorderseite des Giganten. Durch ein Fensterchen ist das 1500 Grad Celsius heiße Feuer zu sehen, das hier Wasser in Dampf verwandelt. Die Leistung einer der Anlagen gleiche jener von „10 000 Gasgrills“, überschlägt der Manager stolz.

Der Riesenherd ist eine schmutzige Sache: Um die Anlagen auf Betriebstemperatur zu bringen, wird Erdgas verfeuert. Gas mit dem Energiegehalt von etwa einem Barrel Öl ist notwendig, um zehn Barrel Öl zu fördern. Die EU-Kommission hat errechnet, dass Öl aus den Ölsanden um rund 22 Prozent klimaschädlicher ist als konventionelles Öl. Die US-amerikanische Environmental Protection Agency geht sogar von 82 Prozent höheren Treibhausgasemissionen aus.

Zudem gelangen beim Erhitzen des Bitumens Schwefeldioxid, Stickoxide und Schwermetalle in die Luft, die später als

saurer Regen über dem Land niedergehen. Die Bohrtechnik verursache mehr als doppelt so viele Emissionen wie die konventionelle Ölförderung, bestätigt Kanadas Ministerium für Naturressourcen. Zudem scheint unbekannt, wie sich die Bohrungen auf den Wasserhaushalt auswirken. Derlei Kenntnisse seien „nicht existent“, bemängelt der unabhängige Council of Canadian Academies.

Ziegelnberger räumt die Probleme ein. „Ja, wir haben hier das dreckigste Öl der Erde“, sagt er offen. Doch es werde noch 50 Jahre dauern, bis erneuerbare Energien das Öl ersetzen könnten: „Um diese Zeit zu überbrücken, müssen wir die Ölsande erschließen.“

In Washington wächst der Druck der Industrielobby. Die Verflechtungen zwischen dem Pipeline-Betreiber TransCa-

nada und dem Büro von US-Außenministerin Hillary Clinton sind eng. Der heutige Cheflobbyist der Firma war einer von Clintons Top-Beratern während des Präsidentschaftswahlkampfs 2008.

Ohnehin gehen die meisten Analysten davon aus, dass US-Präsident Obama die Keystone-XL-Pipeline genehmigen wird. Zu viele Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel, und zu groß sei die strategische Bedeutung des Öls für die USA.

Dennoch machen die Pipeline-Gegner weiter mobil. Für Anfang November planen sie eine Menschenkette rund um das Weiße Haus. Aktivist McKibben glaubt allerdings kaum an einen Erfolg: „Die Ölindustrie hat mehr Einfluss als Gott.“

Für die Ureinwohner in Albertas Nordosten ist die Zeit wohl ohnehin abgelaufen. Ihre traditionelle Lebensweise scheint für immer verloren. Cenovus-Manager Ziegelnberger sieht die Sache nüchtern: „Wir sind jetzt Nachbarn – egal ob sie uns hier haben wollen oder nicht.“

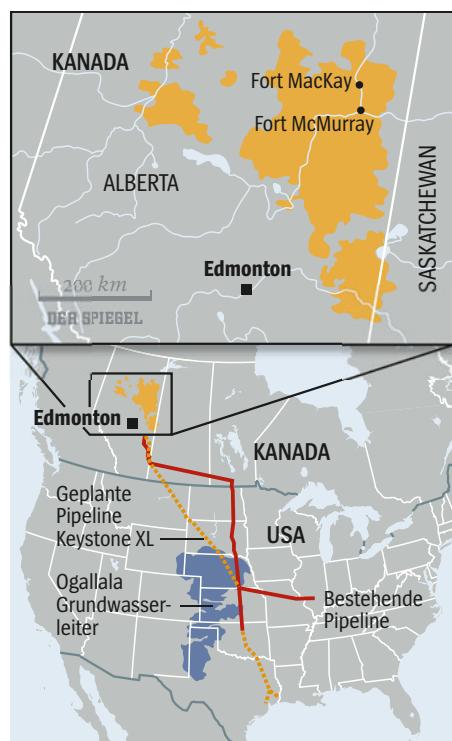
Der Industriemann röhrt sich, die Traditionen der Indianer zu achten. „Wir gehen mit den Einheimischen über das Land“, versichert Ziegelnberger, „bevor wir anfangen, es zu erschließen.“

Allzu weit geht die Rücksichtnahme allerdings nicht. Auf dem Gelände einer der Cenovus-Anlagen haben Stammesälteste eine traditionelle Grabstätte entdeckt. Die Öl firma erklärte sich daraufhin bereit, die heilige Stätte zu schonen.

Inzwischen liegt der Friedhof inmitten der Industrieanlage auf einem kleinen Planquadrat, das vom Kahlschlag ausgenommen wurde.

Nun müssen die Indianer direkt an den Öltanks vorbei, um ihre Toten zu ehren.

PHILIP BETHGE



Video: Expedition ins Ölsand-Land

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App „Scanlife“.

BILDUNG

Marktplatz für Ideen

Ausgerechnet im Zeitalter der Digitalisierung werden viele neue Bibliotheken errichtet. In den futuristischen Prestigebauten entstehen multimediale Erlebniszentren.

Wie eine Wolke scheint das Bauwerk am Nordufer des Genfer Sees zu schweben. Die neue Bibliothek der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Lausanne ist ein futuristischer Klotz aus Glas und Beton.

In dem Rolex Learning Center (so der offizielle Name) wurden zehn Fachbereichsbibliotheken zu einem neuen Lesezentrum zusammengelegt. Einsames Büffeln zwischen Stahlregalen war gestern. Die Bibliothek der Zukunft soll als Marktplatz der Ideen dienen.

Der Unterschied zu klassischen Lesesälen wird schon im Eingangsbereich deutlich. Vitrinen mit Elektronik-Schnickschnack der Firma Logitech stehen herum, an den Wänden hängen überdimensionale Rolex-Uhren – ein Zugeständnis an die Sponsoren.

In einem Café werden frische Croissants und Zeitungen auf Englisch, Französisch, Arabisch und Chinesisch angeboten. Ein Buchladen verkauft „Tim und Struppi“-Bücher und Kitschpostkarten. Sogar ein Nobelrestaurant ist vorhanden.

Barrierefrei mäandern die Wege auf und ab, geschwungen wie Skipisten. Die Fenster öffnen sich automatisch, wenn die Luft zu stickig wird. Spatzen flattern dann herein und fliegen zwischen den bunten Sitzkissen umher, in denen Studenten dösen oder palavern. Unter Designerlampen von Artemide flirten Paare.

Nur Bücher sieht man hier selten. Bildung sei nicht anstrengend, sondern Spaß, wird den Besuchern suggeriert.

„Noch nie wurden so viele neue Bibliotheken errichtet“, erklärt Winfried Nerdinger, Professor für Architekturgeschichte, der in München eine Ausstellung zu Vergangenheit und Zukunft der Bibliotheken organisiert hat. Titel: „Die Weisheit baut sich ein Haus“.

Die Bibliotheken des neuen Jahrtausends sind oft kathedralenhafte Repräsentationsbauten, erschaffen, um die Zukunftsfähigkeit einer Stadt unter Beweis zu stellen. „Die Liste der Baumeister dieser spektakulären Bücherbauten der letzten Jahre liest sich wie ein ‚Who's who‘ der Architektur“, heißt es im Begleitbuch der Münchner Ausstellung: Herzog & de Meuron etwa schufen in Cottbus eine amöbenhaft geschwungene Bücherwabe mit einer bonbonfarbenen Innenarchi-

erinnert an eine große Computerfestplatte. Das Gebäude bietet Platz für zwölf Millionen Bücher.

Sogar Kasachstan hofft auf das Prestige, das eine Nationalbibliothek verspricht: Das Bauwerk in Astana erinnert an die Form eines unendlichen Möbius-Bandes, scheinbar ohne Anfang und Ende – eine bibliophile Fata Morgana, finanziert aus Öl- und Gasverkäufen der ehemaligen Sowjetrepublik.



Lesesaal im Berliner Grimm-Zentrum: Einkehr, Ruhe, Konzentration

tuktur. Santiago Calatrava baute eine neue Bibliothek in Zürich, Zaha Hadid in Wien, Rem Koolhaas in Seattle, Toyo Ito in Tokio.

Auch China leistet sich eine moderne Superbibliothek. In Peking haben deutsche Architekten einen gleichsam schwelbenden Erweiterungsbau für die Nationalbibliothek in die Höhe wachsen lassen. Der verglaste Unterbau ist als Stütze kaum zu erkennen, die Form des Dachs

Es ist ein paradoyer Trend, nicht ohne Ironie. Eigentlich wird das klassische Buch durch die Digitalisierung verdrängt. So verkauft der Internetladen Amazon in den USA bereits mehr digitale als gedruckte Bücher. Das bleibt nicht ohne Folgen für die neuen Bibliotheken: Die Bücherdepots wandeln sich zu multimedialen Treffpunkten.

Die Rolex-Bibliothek steht dabei exemplarisch für die maximale Verwandlung

in Richtung Erlebniszentrum. Noch offener geht nicht, sonst würde sie vollends zum Freizeitpark mutieren.

„Wir haben hier so etwas wie ein Disneyland des Wissens gebaut“, sagt David Aymonin mit einem ironischen Lächeln. Der bärtige Mann hat den Aufbau des Rolex-Centers geleitet. „Wir Bibliothekare sind nicht mehr so sehr den Büchern verpflichtet, sondern mehr den Nutzern.“

Die Abkehr von klosterhaften Lesesälen hat auch eine Kehrseite. Ständig kommen Touristen vorbei und knipsen das Gebäude, um einen Blick in die Zukunft zu erhaschen. Aymonin: „Manchmal kommt man sich vor wie in einem Zoo.“

Wenn das Rolex-Center der Inbegriff einer extrovertierten Bibliothek ist, steht das Grimm-Zentrum an der Berliner Humboldt-Universität für das genaue Ge-

mit Formen – außen Quader, innen Trichter. Kritiker verhöhnen das spartanische Gebäude als „Hochbunker“ oder „Stammheim II“.

Doch der südkoreanische Architekt Eun Young Yi lässt sich nicht beirren. Der Mensch braucht mehr als die Verspieltheit kommerzieller Orte, entgegnet er. Und setzt noch eins drauf: Mitten in sein Gebäude platziert er großflächig einen vollständig leeren „Raum der Stille“.

Einen radikalen Weg beschreiten auch die Macher der Bibliotheca Alexandrina. An jenem Ort, wo vor gut 2000 Jahren die bedeutendste antike Wissenssammlung verbrannte, ist ein moderner Hightech-Palast entstanden. „We are born digital“, sagt Direktor Ismail Serageldin.

Gedruckte Bücher spielen in der Bibliothek von Alexandria kaum noch eine Rolle. Ihre Schätze lagern nicht in Regalen, sondern auf Servern; sie gilt als Inbegriff der digitalen Bibliothek.

Früher arbeitete Bibliotheksdirektor Serageldin für die Weltbank. Heute schwärmt er von den Möglichkeiten digitaler Bibliotheken: „Tote Texte werden lebendig!“

Selbst virtuelle Bibliotheken können indes nicht auf Gebäude aus Stein und Glas verzichten. Irgendwo müssen die Online-Werke schließlich gelesen werden. In Cafés fehlt oft der Netzanschluss. Und draußen in der Sonne spiegelt der Bildschirm meist zu sehr. So nimmt die Nachfrage nach öffentlichen Lesestuben auch wegen der Digitalisierung zu.

Nur, sind die Notebooks wirklich so hilfreich beim studentischen Lernen? „Wer ein Buch vor sich liegen hat, kann dabei gut diskutieren, aber ein Laptop-Bildschirm ist eine visuelle Barriere, die die Menschen voneinander trennt“, meint Frédéric Kaplan, der im Rolex-Center mit Pädagogen und Programmierern die Zukunft des Lesens erforscht. „Wir wollen den Personal Computer ablösen durch den Interpersonal Computer.“

Vor ihm steht ein Roboter, der Grafiken und Texte auf Tischplatten projizieren kann. Kaplan träumt von Datenbanken, die sich durch Berührung von Tischplatten gemeinsam durchforsten lassen.

„Bücherwissen kann sich jeder allein aneignen, aber es anzuwenden lernt man nur, wenn man diskutiert“, sagt Kaplan: „Wir erforschen hier, wie man kluge Diskussionen herbeiführt.“

Zu diesem Zweck sind in dem Tisch vor ihm Mikrofone eingebaut, die registrieren, an welcher Tischseite am meisten geredet wird.

„Wenn ein Gespräch in einen Monolog abdriftet, interveniert der Tisch, indem er sich verfärbt“, sagt Kaplan – und muss über sich selbst lachen: Der Tisch vor ihm leuchtet plötzlich alarmrot.

BERND MUSA, HILMAR SCHMUNDT



MARTIN KIRCHNER / LAIF



MARTIN RUETSCHI / PICTURE ALLIANCE / KEYSTONE

Neue Uni-Bibliotheken in Cottbus, an der ETH in Lausanne: „Disneyland des Wissens“

Die Digitalisierung der Bücher und die verkürzten Studienzeiten, so Aymonin, förderten den Bau neuartiger Bibliotheken: „Viele Studenten verbringen einen Großteil des Tages hier, wir befriedigen daher viele Grundbedürfnisse der Studenten: Essen, Ausruhen, Einkaufen und natürlich den Zugang zu Lehrbüchern.“ Insbesondere während der Prüfungszeit verdoppelt sich die Nachfrage nach Büchern, Essen und Kaffee.

genteil: Einkehr, Ruhe, Konzentration. Der architektonische Höhepunkt ist dabei ein terrassenförmiger Lesesaal mit 300 WLAN-Arbeitsplätzen. Hunderte schmale Fenster ähneln in ihrer symmetrischen Anordnung einem Regal voller Bücher, die in Reih und Glied aufgestellt sind.

Eine weitere introvertierte Bibliothek öffnet in wenigen Tagen in Stuttgart. Die Stadtbibliothek bietet ein elegantes Spiel



Pionier Lilienthal bei Flugversuch 1895: „Die Vernünftigen begnügen sich mit dem Erreichten, die Unvernünftigen basteln weiter“

GETTY IMAGES

LUFTFAHRT

Akrobaten der Lüfte

Kann der Mensch bald fliegen wie ein Vogel? Tüftler jagen dem Menschheitstraum des „Schwingenflugs“ mit beweglichen Flügeln nach.

Als die Sonne blutrot über dem Morgen Nebel in die Höhe steigt, fliegt Todd Reichert davon. Emportgetragen wird er vom Auf und Ab mächtiger Flügel. Kein Motor treibt sein Vehikel an. Mit bloßer Kraft der Beine, die er in die Pedale stemmt, hebt er ab. Sein Stampfen wird durch ein Seilsystem auf die Flügel übertragen.

Monatelang hat der kanadische Ingenieurstudent für diesen Moment trainiert. Er nahm acht Kilo ab und erhielt Unterricht von einem Kickboxer. Zusammen mit Kommilitonen der University of Toronto hatte er vier Jahre lang das einzigartige Superleichtflugzeug zusammengeschraubt. Der „Snowbird“ besteht großenteils aus Carbonstangen, Balsaholz und Plastikfolie und wiegt nur 44 Kilogramm – hat aber eine Spannweite von 32 Metern, fast so viel wie eine Boeing 737.

Reichert's Flug dauerte nur 19,3 Sekunden; nach 145 Metern verließen ihn die Kräfte, und er musste landen mit Hilfe des Kinderwagenrads, das er unter den Rumpf geschraubt hatte. Für den Piloten war der Hüpfen ein Triumph.

„Ein uralter Traum vom Fliegen ist wahr geworden“, sagt Reichert. Die Vision, sich aus eigener Kraft

in die Lüfte zu erheben, beschwore bereits der antike Mythos von Ikarus. Mit Schwingen aus Federn und Wachs erhob dieser sich in die Luft – bis er der Sonne zu nahe kam: Das Wachs schmolz, Ikarus stürzte zu Tode.

Vor über 500 Jahren skizzierte dann Leonardo da Vinci erstmals einen Schwingenflieger. „Seit Urzeiten haben Legionen von Menschen davon geträumt, wie ein Vogel zu fliegen“, sagt Reichert.

Sein erster erfolgreicher Schwingenflug vor einem Jahr soll nur ein Auftakt sein. „Ich schwebte seitdem noch immer über dem Boden“, sagt Professor James DeLaurier, der geistige Vater des Projekts. Der 70-jährige Emeritus hat weitere hochfliegende Pläne.

Noch in diesem Herbst will er zum nächsten großen Entwicklungssprung ansetzen: Er hat ein motorisiertes Sportflugzeug entwickelt, das statt eines Propellers auf die Kraft des Flügelschlags setzt. Ein solches Vogelflugzeug würde es nicht nur durchtrainierten Sportlern erlauben, ohne Turbine oder Propeller durch die Luft zu flattern.

Als Student war DeLaurier am „Apollo“-Programm beteiligt. Zwischenzeitlich arbeitete er beim Flugzeugbauer McDonnell Aircraft. Doch je älter er wurde, des-

to mehr faszinierte ihn der natürliche Ursprung der Fliegerei.

Der Schwingenflug hat von jeher etwas Magisches. Seit der Zeit der ersten Flugsaurier wurden die fließenden Flügelbewegungen von der Evolution immer wieder neu entwickelt. Mit einem theoretischen Wirkungsgrad von über 80 Prozent sind sie extrem effizient. Zum Vergleich: Ein herkömmliches Reiseflugzeug nutzt nur 37 Prozent der eingesetzten Energie; der Rest verpufft als Schall und Rauch und Hitze.

Mit dem Schwingenflug begann auch der Mensch die Eroberung der Lüfte; doch die Abstürze der Flattermänner sind legendär: Vor 200 Jahren, im Jahr 1811, purzelte der sogenannte Schneider von Ulm in die Donau. Otto Lilienthal tüftelte an einem „kleinen Schlagflügelapparat“ und brach sich schließlich das Genick.

Erst die Gebrüder Wright schafften 1903 den Durchbruch – mit Motor und starren Flügeln.

Nur ein paar Tüftler blieben dem Traum des Ikarus treu. Zu dieser verschworenen Gemeinde gehörte auch Alexander Lippisch, der in den dreißiger Jahren „Ornithopter“ baute, Schwingflügelapparate. Kaum jemand nahm davon Notiz. Erst eine andere Erfindung machte ihn während des Zweiten Weltkriegs berühmt: ein rasend schneller Raketenjäger.

Es ist schon vertrackt. Der Mensch hat es bis auf den Mond geschafft, scheitert aber an dem, was jeder Spatz vermag: sich flügelschlagend in die Lüfte zu erheben – und oben zu bleiben.

Der Homo sapiens ist zum Vogelflug aus eigener Kraft nun einmal ungeeignet: zu groß, zu schwer, zu schwache Muskeln. Rund 600 Watt Leistung braucht ein Mensch, um durch Flügelschlag abzuheben – das schaffen



Bemanntes Flugzeug „Snowbird“: Spannweite einer 737

selbst Leistungssportler nur für wenige Minuten.

Auch im Tierreich gilt die Faustformel: Klein startet leichter. Winzlinge wie die Kolibris sind wahre Akrobaten der Lüfte. Sie können auf der Stelle schweben und sogar rückwärtsfliegen.

Große Vögel wie der rund neun Kilogramm schwere Albatros dagegen, mit einer Flügelspanne von über drei Metern, setzen meist auf das majestätische Segeln im Wind mit relativ bewegungslosen Flügeln. Bei Flaute müssen sie landen oder wassern. Ihre Starts sind ein würdeloses Schauspiel: Sie watscheln energisch über den Strand, bis sie genug Tempo zum Abheben haben – träge wie vollbesetzte Urlaubsflieger.

Das Grundprinzip des Vogelflatters besteht darin, dass die Tragfläche gleichzeitig wie eine Turbine wirkt: Wenn der Vogel den Flügel hebt, knickt und dreht er ihn, so dass sich der Luftwiderstand verringert. Beim Absenken dagegen spreizt und verdreht er ihn senkrecht, um sich gegen den Luftwiderstand wie gegen eine Wand nach vorn abzustoßen.

Doch der Teufel steckt im Detail: Profil, Anstellwinkel und Fläche der Flügel müssen permanent angepasst werden. Selbst mit heutigen Hochleistungscomputern gelingt es kaum, die genauen Strömungsverhältnisse zu berechnen.

Die größten Fortschritte erzielt man daher durch Tüftelei, vor allem mit kleinen Flugobjekten. Das Pentagon hat mit dem „Hummingbird“ bereits eine winzige Kolibri-Drohne mit schlagenden Flügelchen getestet. Und an der Universität Michigan wird eine Modell-Fledermaus für die US-Armee entwickelt mit Namen „Com-Bat“.

Für Begeisterung sorgte auf einer Konferenz in Edinburgh neulich auch eine mechanische Silbermöwe, die wie ein leibhaftiger Vogel über den Köpfen der Teilnehmer kreiste. „Damit hat sich mein Lebenstraum erfüllt“, schwärmt Wolfgang Send, der das Konzept des „Smart-Bird“-Flugroboters am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Göttingen entworfen hat.

Send geht davon aus, dass in ein paar Jahren Sportflugzeuge energiesparender fliegen werden, indem sie zusätzlich zum bewährten Propellerantrieb ein wenig mit den Flügeln flattern.

Auch Professor DeLaurier aus Toronto setzt für die Zukunft auf solche Mischantriebe. Im Herbst will er das erste befehlte und motorisierte Flatterflugzeug testen, das nicht mehr wie ein Segelflieger angeschleppt werden muss, sondern aus eigener Kraft abzuheben vermag.

Um das nötige Starttempo zu erreichen, soll sein Schwingenflieger ein paar Sekunden lang einen Düsenantrieb zünden.

HILMAR SCHMUNDT

ZEITGESCHICHTE

Spion im Hundefell

Ein New Yorker Zauberkünstler brachte US-Agenten seine besten Täuschungstricks bei. Nun wird sein geheimes Handbuch erstmals veröffentlicht.

Nach Feierabend rückte der „Technische Dienst“ der CIA an und raffte Tausende hochgeheimer Dokumente zusammen. Stapelweise landeten die Unterlagen im Reißwolf. Wenig später protestierte der Leiter des betroffenen Staatsarchivs – zu spät. Eine der größten Vertuschungsaktionen in der Geschichte des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes war bereits abgeschlossen.

Gewissenhaft vernichteten die CIA-Männer an jenem 30. Januar 1973 jeden greifbaren Papierfetzen, der einen Hinweis auf das ominöse Projekt MK-Ultra liefern konnte – eine der bizarrsten Geheimoperationen des Kalten Krieges.

In Versuchslabors testete die CIA ab den frühen fünfziger Jahren biologische und chemische Substanzen. Hunderten Probanden wurde ohne deren Wissen die synthetische Droge LSD verabreicht. Parallel loteten Forscher für den Nachrichtendienst die Möglichkeiten der Hypnose aus.

Vor allem aber engagierte die Führung von MK-Ultra 1953 den damals populären Zauberkünstler John Mulholland im Kampf gegen den Kommunismus. Der Magier aus New York verfasste für die CIA ein Handbuch. Darin lieferte der Illusionskünstler unter anderem konkrete Ratschläge, wie US-Agenten feindliche Aktivisten mit Giftcocktails ausschalten könnten.

Lange galt das Werk als vernichtet. Alle Kopien seien bei der Säuberungsaktion in den Siebzigern geschreddert worden, vermuteten Historiker. Doch unlangst entdeckten Rechercheure unverhofft eine Kopie des Agentenschmökers. Nun erscheint eines der raren Zeugnisse aus der unheimlichen MK-Ultra-Ära erstmals in deutscher Sprache*.

Kenner wie der CIA-Insider und Mitherausgeber Robert Wallace gehen sogar davon aus, dass der Täu-

schungskünstler Mulholland in den Fünfziger Jahren etliche Geheimwaffen inspirierte, die dann in den Werkstätten des Nachrichtendienstes tatsächlich gebaut wurden. So montierten CIA-Techniker Mini-Pistolen in Zahnpastatuben, sie installierten Giftspritzen in Kugelschreibern und versteckten Mikrofilme in ausgehöhlten Dollar-Münzen.

Pate stand Illusionist Mulholland bei der Kunst der perfekten Tarnung. Verbrieft ist etwa der Plan, einen Spion der CIA aus dem feindlichen Ausland auszuschleusen, indem er das Fell eines Bernhardiners überstreifte und in einem Hundekäfig ausharrte.

Im Rausch der Vertuschung nutzten die Heimlichtuer der Agentenbehörde mit Vorliebe tote Briefkästen, die diese Bezeichnung wahrlich verdienten: Geheime Botschaften platzierten Spione zeitweilig in Rattenkadavern.

Geheimwaffen und Gifte ließ die CIA durch Spezialkommandos zum Einsatz

bringen. Dem Ministerpräsidenten des Kongo, Patrice Lumumba, sollte 1960 etwa ein CIA-Agent eine giftige Zahnpasta in den Kulturbetel schmuggeln. Die Operation wurde allerdings kurzfristig abgesagt; der zuständige CIA-Leiter in Léopoldville warf die giftige Zahnpasta in einen Fluss.

Mit ungewöhnlichen Methoden wollte der Geheimtrupp dem amerikanischen Staatsfeind Nummer eins beikommen: Ein Plan sah vor, Fidel Castro durch haluzinogene Sprays zu verwirren, die verdeckt auf seine Zigarren gesprüht werden sollten. In einem anderen Szenario sollten die Stiefel des kubanischen Revolutionsführers mit einer Chemikalie präpariert werden, die zum Ausfall seiner Barthaare hätte führen sollen.

Für seine Operationen benötigte der Geheimdienst geschulte Agenten, die sich unauffällig bewegten und den Gegner in die Irre führen konnten. Das Handbuch von Magier Mulholland lieferte die gewünschte Anleitung, wie man einen gegnerischen Spion heimlich mit Tabletten, Pulver oder einer Flüssigkeit vergiften konnte.

„Es kommt gar nicht auf die Fingerfertigkeit an“, belehrte Mulholland seine Leser, „sondern darauf, sich eine Folge von Bewegungen auszudenken und sie ganz natürlich auszuführen.“

Für diverse Tötungsarten hatte der Täuschungsspezialist einen bis ins Detail ausgearbeiteten Ablauf erstellt. Eine eisern zu befolgende Choreografie war etwa vonnöten, wenn ein Spion seinem Gegenüber Feuer gab und dabei unauffällig eine Giftpille in das Getränk der Zielperson schnipste.

„Indem man beim Ausführen eines Tricks einen leicht dümmlichen Gesichtsausdruck aufsetzt, wirkt man auf den Beobachter desinteressiert“, riet Mulholland der Agentenschar – ergänzt durch die Mahnung: „Natürlich sollte man es nicht übertreiben, denn wer von einem Moment auf den nächsten vollkommen schwachsinnig dreinsieht, erregt auch nur wieder Aufmerksamkeit.“

Weiblichen Geheimdienstlern empfahl Mulholland, „einfach so zu tun“, als hätten sie nichts kapiert. Sie schauen „also eher ratlos als dumm“.

Wie viele Gegner die CIA dank Mulhollands Methoden tatsächlich zur Strecke brachte, ist nicht bekannt. Dem Autor des Handbuchs, im Zivilberuf ein friedliebender Zauberer, lag jedenfalls wenig an dem Bekanntwerden seines Nebenjobs.

Bis zu seinem Tod im Jahre 1970 berichtete er weder Verwandten noch Freunden von seinem Doppel Leben als CIA-Berater für geheime Giftanschläge.

FRANK THADEUSZ



Magier Mulholland um 1935: Anleitung für Giftcocktails

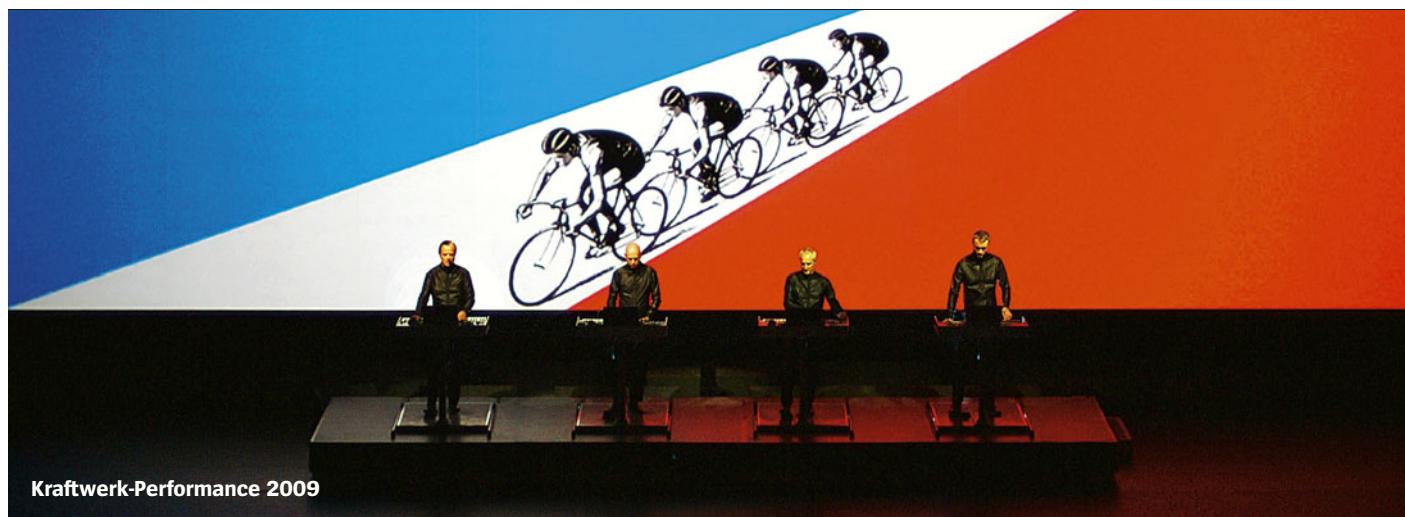


CIA-Zentrale in Virginia: Mikrofilme in Dollar-Münzen

THE GRANGER COLLECTION, NEW YORK

REX FEATURES / ACTION PRESS

* Keith Melton und Robert Wallace: „Das einzige wahre Handbuch für Agenten“. Heyne-Verlag, München; 256 Seiten; 16,99 Euro.



PETER BOETTCHER / LENBACHHAUS

Kraftwerk-Performance 2009

POP

Traum in 3-D

Der Erfolg der deutschen Band Kraftwerk beruht auf einem eigenartigen Paradox: Die Musiker sind Ikonen des Pop-Futurismus – und beschäftigen sich doch seit Jahrzehnten vor allem mit der Vergangenheit, ihrer eigenen Vergangenheit nämlich. Erst digitalisierten sie in jahrelanger Kleinarbeit ihr analoges Klangarchiv. Dann veröffentlichten sie ihr Werk noch einmal

digital remastered. Und im Grunde machen sie auch mit ihrer grandiosen Ausstellung „Kraftwerk“ (15. Oktober bis 13. November) im Münchener Lenbachhaus nichts anderes. Auf fünf Projektionsflächen präsentieren sie ihr Werk als 3-D-Video-Installation, ein großes retrofuturistisches Gesamtkunstwerk, mit Autobahnen, die noch Verheißung sind und nicht bloß Straße, mit einem Trans-Europa-Express, der noch hinaus in die weite Welt führt. Tatsächlich ist die 3-D-Technologie wie gemacht für Kraftwerk: hatte sie doch ihre erste große Zeit in den Kinos der Fünfziger, eines Jahrzehnts, dessen Zukunftsträume zwar längst historisch geworden sind, aber noch golden strahlen.

FILM

„Ein sträflich unterschätzter Job“



Der Münchner Schauspieler Elmar Wepper, 67, über die Kunst des Taxifahrens und seine Rolle in Christian Züberts Film „Dreiviertelmond“, der in dieser Woche in die Kinos kommt

SPIEGEL: Herr Wepper, in „Dreiviertelmond“ spielen Sie einen Nürnberger Taxifahrer, der sich um ein sechsjähriges türkisches Mädchen kümmert, gespielt von Mercan Türkoglu. Sieht die Welt vom Fahrersitz eines Taxis anders aus als von der Rückbank?

Wepper: Aber ja. Als Fahrgäst kann ich gedankenverloren aus dem Fenster schauen, der Fahrer dagegen muss die Straße vor sich und die Rückbank hinter sich im Blick haben. Er muss sehr aufmerksam sein, muss spüren, in welcher Stimmung sein Fahrgäst ist, ob er reden will oder nicht. Das erfordert viel Menschenkenntnis und Sensibilität. Ein sträflich unterschätzter Job.

SPIEGEL: Taxifahrer kommen von Berufs wegen mit Menschen aus vielen Kulturen in Kontakt. Deshalb sind sie nicht gleich weltoffen, oder?

Wepper: Schön wär's, aber der Kontakt mit einer fremden Kultur bedeutet keineswegs, dass man sie besser versteht. Wer zum Golfspielen an die türkische Mittelmeerküste reist, erweitert damit nicht zwangsläufig seiner Horizont. Hartmut, der Taxifahrer, den ich in



Türkoglu, Wepper

„Dreiviertelmond“ spielt, steckt voller rassistischer Vorurteile. Und wenn er in den Rückspiegel sieht, will er sie bestätigt sehen. Die kleine Türkin, die er am Anfang des Films mit ihrer Mutter vom Flughafen in die Stadt fährt, ist für ihn ein Kopftuchmädchen.

SPIEGEL: Aber dann ist die Mutter plötzlich verschwunden, die Oma liegt im Krankenhaus, und Hartmut wird das Mädchen nicht mehr los.

Wepper: Für ihn ist das im Grunde ein Frontalzusammenstoß mit einer fremden Kultur, dem er nicht ausweichen kann, der ihn vom Weg abbringt. Plötzlich lernt er, dass die türkische Kultur viel lebendiger und dynamischer ist als die spießige Idylle, aus der er stammt. Jetzt merkt er, dass in seinem Leben Stillstand herrschte.

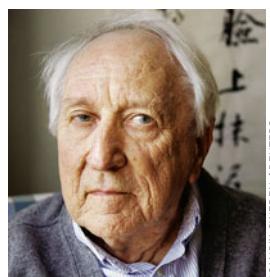
SPIEGEL: Der ADAC hat gerade die Ergebnisse eines europaweiten Taxifahrrertests veröffentlicht, bei dem München und Köln hinter Barcelona die Plätze zwei und drei belegen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Wepper: Bis vor kurzem waren wir Deutsche als Touristen europaweit gefürchtet, Höflichkeit und Zuvorkommenheit galten nicht als unsere Stärken. Dass man sich jetzt gern von uns durch die Gegend chauffieren lässt, nehm ich als gutes Zeichen.

LITERATURNOBELPREIS

Vertrauen ins Alphabet

Nachdem das Stockholmer Komitee es im vorigen Jahr ordentlich kraichen ließ mit dem Literaturnobelpreis für den Kraftkerl Mario Vargas Llosa aus Peru, hat es nun, nach 15 Jahren lyrischer Abstinenz, einen Stillen im Lande geehrt: Tomas Tranströmer, 1931 in der schwedischen Hauptstadt geboren, verfasste in den vergangenen 57 Jahren nicht mehr als 13 schmale Bände – Gedichte, die immer wortkarger wurden, und das Prosawerk „Die Erinnerungen sehen mich“ (1993). Von Politik und Zeitgeschehen hielt der Dichter, im Brotberuf Psychologe in einer Jugendstrafanstalt und später Berufsberater beim Arbeitsamt, sein Werk zeitlebens frei; er zielt auf eine Wahrnehmung der Welt, bei der die elementaren Phänome-



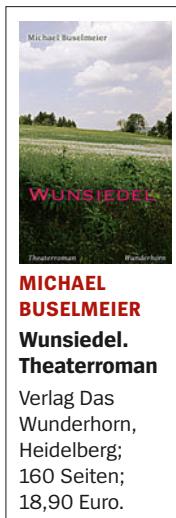
Tranströmer

ne und deren psychisches Erleben intensiv, aber unsentimental zur Sprache kommen. „In der Tiefe des Bodens“, heißt es in einem späten Gedicht über den Tod, „gleitet meine Seele/Schweigend wie ein Komet.“ Tranströmer, der 1990 einen Schlaganfall erlitt, ist seitdem halbseitig gelähmt. „Die Arbeit der linken Hand“, hatte er einmal geschrieben, „kommt in Fragmenten oder leuchtet wie ein Regenbogen.“ Wie die Polin Wislawa Szymborska, die 1996 den Literaturnobelpreis für ihr lyrisches Werk zugesprochen bekam, ist Tranströmer ein Dichter der einfachen Sprache; weder Geklägeltes noch Manierismen versperren den Zugang zu einem Werk, in dem das Vertrauen in den Zauber des Alphabets erneuert wird. Und Schweden hat nun, neben Wasa Knäcke, einen weiteren Exportartikel, der haltbar und trocken ist; poetische Wegzehrung für jedermann.

LITERATUR

Die Wut zur Lücke

Der deutsche Sommer von 1964 ist schön und heiß, der Held dieses Romans verbringt ihn inmitten prächtiger Natur – ist dabei aber leider von Idioten und Ignoranten umstellt. „Wunsiedel“ ist eines der sechs Bücher, die es in die enge Wahl für den am 10. Oktober verkündeten Deutschen Buchpreis geschafft haben. Erzählt wird die Leidensgeschichte des Jungschauspielers Moritz Schoppe, eines Mannes in Lederjacke und mit Flatterhaaren, der ein Engagement bei den Luisenburg-Festspielen im Fichtelgebirge ergattert hat. Dort aber werden seine Hoffnungen böse enttäuscht. Er sieht sich von saufenden Rüpelkollegen zurückgewiesen, er erlebt „Zynismus, Kunstverachtung, ja Kunstvernichtung“ und bricht in den Wochen von Wunsiedel dreimal in bittere Tränen aus. 44 Jahre später kehrt Schoppe an den Ort der Demütigungen zurück und erinnert sich, wie übel ihm einst mitgespielt wurde. Vom Theaterchef bekam er nur Minirollen zugeteilt. Seine Freundin zu Hause in Heidelberg beichtet ihm damals per Brief, dass sie einen anderen liebe.



**MICHAEL
BUSELMEIER**
Wunsiedel.
Theaterroman
Verlag Das
Wunderhorn,
Heidelberg;
160 Seiten;
18,90 Euro.

Und er selbst stand sich schrecklich im Weg, „zerrissen und böse auf alle Welt, hochfahrend, verängstigt und stumpfsinnig zugleich“ sei er gewesen, berichtet der Erzähler rückblickend. Michael Buselmeier, 72, hat ein langes Schriftstellerleben und einige Jahre Schauspielerei hinter sich. Hier spaziert er in einer etwas behäbigen, mit viel Naturlyrik aufgeladenen Sprache durch die eigene Biografie. Er ruft den in Wunsiedel geborenen Schriftsteller Jean Paul als Schutzheiligen an und zetert in Thomas-Bernhard-Manier, er lässt die Spechte hämmern und die Hummeln schwirren, dazu leuchten „das Blau des Vergissmeinnicht und das ganz andere Blau des Salbei“. Am stärksten aber ist diese Geschichte, wenn der Held von seinem Kindheitstrauma erzählt. Als kleiner Junge musste er ein halbes Jahr im Heim verbringen, weil sich die Mutter nicht um ihn kümmern konnte. Eine „entsetzliche Lücke“ klaffte ihm im Herzen, zitiert Moritz Schoppe einmal Goethe. Diese Lücke ist die

Quelle seines Zorns auf den Kunstverrat, und die Wurstigkeit, die er im Theater erlebt, ist der Grund einer Beschimpfungsarie, die oft röhrend ist, manchmal grobschlächtig und meist sehr komisch.

Nur die Natur ist gerecht

Mehr als 20 Jahre nach dem Ende der DDR erscheinen in diesem Herbst auffällig viele Romane über das Leben in dem untergegangenen Staat. Deren Helden fühlen sich beschädigt oder befreit – und bleiben in jedem Fall Gezeichnete.

So schön kann ein Roman anfangen. „Setzen“, sagt die Lehrerin Inge Lohmark zu ihrer Klasse. „Schlagen Sie das Buch auf Seite sieben auf.“ Und genau dort beginnt auch das erste Kapitel von Judith Schalanskys Roman „Der Hals der Giraffe“: auf Seite sieben.

Spielerischer Auftakt für ein faszinierendes Buch. Der Leser sieht sich in die Rolle des Schülers versetzt. Im Schulbuch ist von Ökosystemen und Naturhaushalten die Rede, von „den Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen unter den Arten, zwischen den Lebewesen und ihrer Umwelt, dem Wirkungsgefüge von Gemeinschaft und Raum“. Davon wird – im weitesten Sinne – auch der Roman handeln.

Was die neunte Klasse des Charles-Darwin-Gymnasiums irgendwo in Vorpommern von ihrer versierten und strengen Biologielehrerin vorgesetzt bekommt, bleibt dem Leser nicht erspart. Zum Glück. Es gibt eine Menge zu lernen, zu entdecken und zu staunen in diesem „Bildungsroman“, wie die 1980 in Greifswald geborene Autorin ihr Werk keineswegs ironisch nennt.

Die Romanheldin, die da 2008 vor ihrer Klasse steht, der letzten, die an dieser Schule Abitur machen wird, ist in der DDR ausgebildet worden und will von einigen ihrer pädagogischen Grundsätze durchaus nicht lassen. Sie hält viel vom Frontalunterricht, macht sich mit unangekündigten Tests unbeliebt, sie zieht die Schüler und hält überhaupt auf Distanz. Leistung ist ihr wichtig, das Gymnasium sollte nicht jedem offenstehen, findet sie.

Der Schulleiter, der aus dem Westen kommt, hält der Kollegin vor: „Kreide-lastiger Unterricht. Mangelhafte Sozialkompetenz. Verknöcherte Persönlichkeit.“ Das mag seine Richtigkeit haben, und doch ist die Lehrerin Lohmark eine Persönlichkeit, ein schräger Vogel, eine großartige Romanfigur.

Sie passt nicht recht in die neue Zeit, aber gerade das macht ihren Charme aus, dieser Trotz: „Neuerdings pochte ja jeder auf seine Selbstverwirklichung. Es war lächerlich. Nichts und niemand war gerecht. Eine Gesellschaft schon gar nicht. Nur die Natur vielleicht. Nicht umsonst hatte uns das Prinzip der Auslese zu dem gemacht, was wir heute waren: das Lebe-



Schriftsteller Schalansky, Ruge: Geschichten aus einem Land, das als gespenstisches Schattenreich

wesen mit dem am tiefsten gefurchten Gehirn.“

Und froh ist sie über ihr Fach, mehr denn je. Der Biologieunterricht sei „Tatsachenbericht“, glaubt sie, gesichertes Wissen, das „durch keine Umstellung auf ein anderes politisches System hinfällig wurde“. Auch so lässt sich über die Jahre kommen, lassen sich Umbrüche und Umwertungen überbrücken.

Fünf deutsche Schriftsteller – zwischen Anfang 30 und Mitte 50 – publizieren in diesem Herbst Romane, in denen die

DDR den Hintergrund und Hallraum abgibt. Die Romanhelden sind gezeichnet von ihrer DDR-Vergangenheit, manche beschädigt, manche befreit, alle verwohnen mit dem Land, das als gespenstisches Schattenreich in ihre Gegenwart ragt.

Die Bücher sind zugleich sehr gegenwärtig, sie spielen überwiegend nach der Jahrtausendwende. Der Staat, der seit mehr als 20 Jahren nicht mehr existiert und für die jüngeren Deutschen ein Fall für die Geschichtsbücher ist, tritt nur noch als Bezugspunkt in Erscheinung.

Der Roman, der das Leben in der DDR am lebendigsten vermittelt und vergegenwärtigt, stammt von einem späten Debütanten. Eugen Ruge, 57, in Sosswa am Ural geboren und in der DDR aufgewachsen (1988 siedelte er in den Westen über), hat Erfahrungen als Theaterautor gesammelt, bevor er sich an dieses Buch mit dem etwas umständlichen Titel „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ wagte.

Das Werk ist als Familien- und Generationenroman angelegt: eine Jahrzehnte übergreifende historische Erkundung, traditionelle Erzählkunst im besten Sinne, treffsichere Dialoge, stimmige Dramaturgie. Es gibt eine Gegenwartsebene, das Jahr 2001, es gibt Kapitel, die in der Vergangenheit spielen, zwischen 1952 und 1995, unchronologisch angeordnet, und es gibt jede Menge Erinnerungen, die noch weiter zurückreichen.

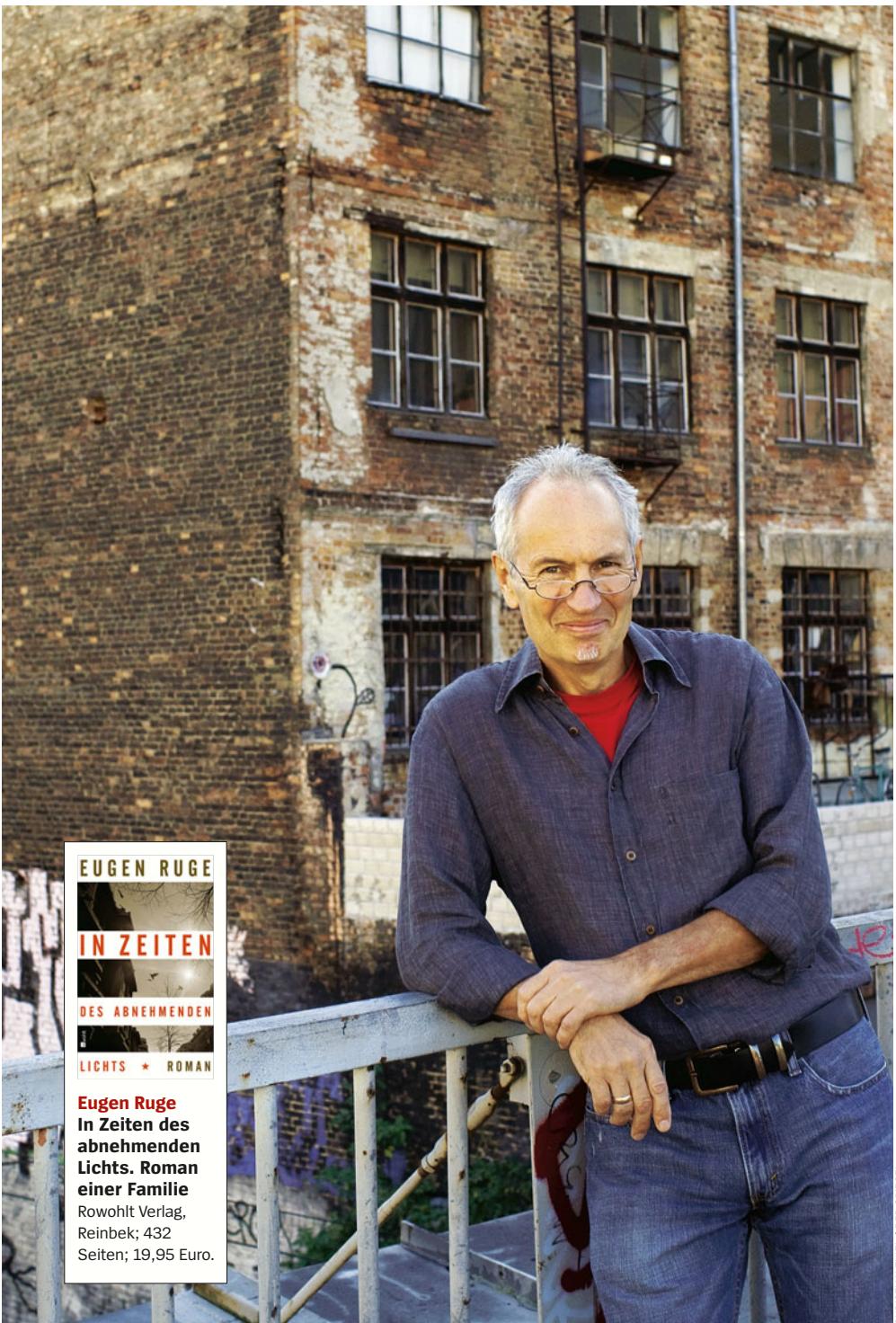
Da ist etwa das Jahr 1966: In der DDR zeichnet sich zwei Jahre nach der Ablösung des sowjetischen Machthabers Chruschtschow eine harte Linie ab. Der Historiker Kurt Powileit, die tragische Figur des Romans (am Ende wird er in Demenz versinken), ist Teilnehmer eines Tribunals am Ost-Berliner Institut für Geschichtswissenschaften. Ein Kollege ist in die Schusslinie geraten, weil er sich in einem Brief unvorsichtig geäußert hat.

Der Mann übt beflissen und unbeholfen Selbtkritik, er habe „feindlich“ und „verantwortungslos“ gehandelt, und er wird doch – auch mit Kurts Stimme – aus der Partei ausgeschlossen: mit allen bitteren Konsequenzen für die berufliche Zukunft.

Der Verhörton im Tribunal weckt bei Kurt – er vertritt die mittlere Generation im Roman – verdrängte Erinnerungen an das Jahr 1941 in Moskau, wo er als junger Exilant in die Fänge des Geheimdiensts geraten war. Er hatte sich in einem Brief an seinen ebenfalls in Moskau lebenden Bruder kritisch zum Hitler-Stalin-Pakt geäußert. Wegen „antisowjetischer Propaganda und Bildung einer konspirativen Organisation“ wurden beide ins Arbeitslager geschickt.

„Zählpappelle bei dreißig Grad minus; der morgendliche Anblick der vereisten Barackendecke, ein Anblick, der verbunden war mit der Erinnerung an die dumpfe Geschäftigkeit von zweihundert Barackenbewohnern“ – Kurt kann selbst kaum glauben, „dass er das alles erlebt, dass er es überlebt hatte.“ Dennoch hat er in der DDR Karriere als Wissenschaftler gemacht, nachdem er 1956 die Sowjetunion verlassen konnte.

Nun, 1966, als ihn die Vorgänge am Institut an all das erinnern, fragt Kurt sich, ob es nicht auch ein Fortschritt sei, „wenn man die Leute – anstatt sie zu erschießen – aus der Partei ausschloss“. Immerhin erkennt er sein opportunistisches Spiel. Anders als seine kommunistisch-orthodoxen



in die Gegenwart ragt



FOTOS: CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Autorinnen Strubel, Klüssendorf, Parei: Gefühle der Hilflosigkeit und Eingeschlossenheit als Metapher für die Diktatur

Eltern, die an ihren Idealen blind festhalten, treiben ihn Zweifel um.

Jedes Kapitel gibt die Perspektive eines Familienmitglieds wieder, quer durch die Generationen. Viele Erinnerungen kreuzen sich, widersprechen sich, familiäre Lügen und Legenden werden entlarvt.

Gegen die gepflegte Erzählkunst von Ruge, gegen seine unaufgeregte Präsenz von Geschichtswissen und seine anschauliche Darstellung menschlicher Tragödien und Komödien, wirkt ein anderer umfanglicher Roman (er umfasst sogar noch einige Seiten mehr als Ruges Werk) geradezu unbeholfen und auf Efekte getrimmt.

„Sturz der Tage in die Nacht“ heißt das Buch (noch so ein bemühter Titel) der 1974 in Potsdam geborenen Antje Rávic Strubel. Es ist der sechste Roman der Autorin, die dieses Mal offenbar vom Ehrgeiz getrieben wurde, ihrer in der DDR wurzelnden Geschichte eine archaische Dimension zu verleihen.

In Kurzfassung: Junger Mann verliebt sich auf einsamer Insel in ältere Frau. Eine Zufallsbegegnung. Der 1984 in der DDR geborene und Pflegeeltern anvertraute Erik kann nicht wissen, dass es sich bei der attraktiven Vogelforscherin Inez, mit der er einige Nächte verbringt, um seine Mutter handelt. Ihr wurde das Baby gleich nach der Geburt auf Betreiben der Stasi fortgenommen.

Der Zufall ist ein heikles literarisches Sujet. Max Frisch hat in seinem 1957 publizierten Inzest-Roman „Homo faber“ viel Aufwand betrieben, um der Begegnung von zwei Blutsverwandten, die nichts voneinander wussten (hier Vater und Tochter), Glaubwürdigkeit zu verleihen. Mit Geräune ist der ödipalen Konstellation jedenfalls nicht beizukommen: „Es hatte begonnen, wie es immer beginnt. Es beginnt auch jetzt noch

immer.“ So lautet der Anfang des Strubel-Romans.

„Das Mädchen“ heißt kurz und prägnant der Roman von Angelika Klüssendorf, Jahrgang 1958, die in Leipzig aufgewachsen und 1985 in den Westen ausgereist ist. Und so wird hier auch erzählt: ohne Umwege, knapp und zielgenau zur Sache.

Die Geschichte einer Jugendlichen, die von ihrer brutalen und oft betrunkenen Mutter gequält wird, ist ungeheuerlich. Es beginnt mit einer klastrophobischen Szene: Das Mädchen ist mit seinem kleinen Bruder tagelang in der Wohnung eingeschlossen. Die Autorin kommt ganz ohne Rückblenden aus, sie erzählt aus dem Moment heraus, von der ersten bis zur letzten Zeile im Präsens.

Schläge mit dem Ledergürtel, stundenlange Verbannung in den Kohlenkeller, hinterhältiger Psychoterror sind an der Tagesordnung. „Sie verschwindet in der Raserei der Mutter wie in einem Strudel, lässt sich nach unten auf den Grund sinken und ist einfach nicht mehr da“, heißt es schlicht und wahrhaft ergreifend.

Dass der Roman in der DDR spielt, zeigt sich nur in wenigen Szenen, wenigen Details. Im Fach Staatsbürgerkunde

bringt sie den Lehrer durch einfache Fragen in Verlegenheit. Warum, will sie wissen, müsse sie auf einem ihr zugewiesenen Territorium leben, das sie nicht verlassen darf? Was habe sie verbrochen, dass sie nie den Rest der Welt sehen darf?

Die Geschichte dieser Qual könnte sich auch andernorts, zu anderer Zeit abspielen. Das Gefühl der Hilflosigkeit und Eingeschlossenheit allerdings ist eine Metapher für die Befindlichkeit in dieser von Mauern umgebenen Diktatur.

Die klüssendorfsche Prosa wirkt wie eine Ich-Erzählung, doch bleibt sie streng bei der dritten Person, die drangsalierte Heldin ist „sie“ oder „das Mädchen“. Auch bei Schalansky, bei Ruge, teilweise bei Strubel findet sich dieses Stilmittel: eine eng an den Romanfiguren geführte Personalperspektive.

Anders als bei Klüssendorf, die ohne Wenn und Aber in ihre Geschichte eintaucht, finden sich bei den anderen Autoren auffällig viele Zweifel an der Genauigkeit der Erinnerung. Die Protagonisten verlieren die Sicherheit, was ihre eigene Geschichte, ihre Vergangenheit angeht.

Diese Zweifel werden in Inka Pareis drittem Roman „Die Kältezentrale“ auf die Spitze getrieben. Die Autorin wurde 1967 in Frankfurt am Main geboren und kam zwei Jahre vor dem Mauerfall als Studentin nach Berlin, sie hat den Osten, anders als ihre Kollegen, nur als Besucherin erlebt.

Und eine Ausnahme ist auch ihr Roman: Er wird durchgängig in der Ich-Form erzählt. Der namenlose Held bemüht sich im Jahr 2006, einen bestimmten Tag im Mai 1986 zu rekonstruieren. Er hat damals als Handwerker in der titelgebenden Kältezentrale gearbeitet, die nichts anderes ist als eine Art vorsintflutliche und störanfällige Klimaanlage im Verlagsgebäude des „Neuen Deutschland“.

In dem beklemmenden Roman finden sich zahlreiche klastrophobische Situationen, bis in die Erzählgegenwart hinein. Der Held lebt seit 1987 im Westen,

	Antje Rávic Strubel Sturz der Tage in die Nacht S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 448 Seiten; 19,95 Euro.		Angelika Klüssendorf Das Mädchen Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 192 Seiten; 18,99 Euro.		Inka Parei Die Kältezentrale Verlag Schöffling & Co., Frankfurt am Main; 216 Seiten; 19,95 Euro.
--	---	--	---	--	--

doch die Krebserkrankung seiner ersten Frau führt ihn zurück: in seine DDR-Vergangenheit, zum Franz-Mehring-Platz, wo das Zeitungsgebäude heute noch steht.

Den Handwerker quält die Frage, ob 1986 ein Lkw aus der Ukraine, der auf dem Werkhof stand, radioaktiv verseucht war. Unter dessen Plane verbrachte seine spätere Frau möglicherweise eine Nacht mit einem Nebenbuhler, eine Liebesnacht, die, so argwöhnt er, die Krebserkrankung ausgelöst haben könnte.

Auf der Suche nach der Wahrheit verwirrt sich die Erinnerung des Ich-Erzählers mehr und mehr. Er fragt sich: „Was blieb in einem übrig von Dingen, die zwei, drei Jahre zurücklagen, was von solchen, die vor Jahrzehnten stattgefunden hatten?“ Dem Buch aber gibt das einen unheimlichen Sog, eine innere Spannung bis zur letzten Seite.

Der Überblick, der Zusammenhang geht am Ende völlig verloren. Da hilft dem Helden auch das probate Hilfsmittel der Gegenwart nicht weiter: eine Satellitenaufnahme im Internet, die den Blick auf das Dach der ehemaligen Arbeitsstätte gestattet, wo noch immer in großen Buchstaben „Neues Deutschland“ steht. Inka Pareis Roman ist nicht zufällig ein Rückblick von sehr weit oben – das Vergangene erscheint in anderen Proportionen.

Die prinzipienfeste Biologielehrerin aus Vorpommern im Roman von Judith Schalansky sieht das menschliche Schicksal ohnehin von einer höheren Warte aus. Sie ist vom endgültigen Sieg der Natur über unsere Gattung überzeugt: „Die Rückgabe an die Alt-Eigentümer war nur eine Frage der Zeit ... Man musste größer, weiter denken, über das mickrige menschliche Maß hinaus.“

Sie schaut sich in ihrer Stadt um und persifliert in Gedanken das berühmteste Nachwende-Versprechen eines deutschen Politikers aufs Wunderbarste: „Noch war dieser Ort nur eine schrumpfende Stadt, die Produktion längst eingestellt, aber die wahren Produzenten waren schon am Werk. Nicht der Verfall würde diesen Ort heimsuchen, sondern die totale Verwilderung. Eine wuchernde Eingemeindung, eine friedliche Revolution. Blühende Landschaften.“

Auch wer vom Thema Ende und Erbe der DDR so gar nichts mehr wissen will, sollte die Romane von Judith Schalansky, von Eugen Ruge, von Angelika Klüssendorf und von Inka Parei unbedingt lesen. Es sind nämlich keine Romane über die DDR, sie spielen nur zufällig dort.

Es geht in ihnen um nichts anderes als unsere Lern- und Zukunftsfähigkeit, um familiäre Verwerfungen und die Deutungshoheit innerhalb der Generationen, um Brutalität und Lieblosigkeit, um den Verlust der Orientierung. Es sind Bücher von heute, erstaunlich und lesenswert.

VOLKER HAGE

INTELLEKTUELLE

Noch eine zweite Flasche

Der britisch-amerikanische Autor Christopher Hitchens hat sich mit allen angelegt: mit Henry Kissinger und Bill Clinton, mit den Linken und sogar mit dem lieben Gott. Nun ist er sterbenskrank.



Polemiker Hitchens: Worte wie Waffen

Der Agent Danny Baror ist ein Schwergewicht im amerikanischen Literaturgeschäft, einer, der am Telefon gern mal brüllt, einer, der ein „Nein“ nicht akzeptiert.

An diesem Nachmittag aber klingt Barors Stimme traurig und klein. Er hat Nachrichten von Christopher Hitchens, einem seiner Starautoren, und die Nachrichten sind nicht gut.

„Christopher stirbt“, sagt Baror. „So wie es aussieht, wird er das Krankenhaus nicht mehr verlassen.“ Einige Tage noch, Wochen vielleicht. „Es scheint, als wolle der Tod sich Christopher jung holen.“

Hitchens ist kein junger Mann mehr, 62 Jahre alt, aber lange schrieb und lebte er wie ein junger Bursche. Der Krebs packte ihn auf einer Lesereise im Sommer vergangenen Jahres, als er in einem Hotel in New York aufwachte und dachte, dies sei ein besonders schlimmer Kater.

Ein Kater, der sein Herz nur noch langsam schlagen ließ. Einer, der sich anfühlte, als hätte jemand seinen Brustkasten mit Zement gefüllt. Hitchens hatte am Abend vorher seine Autobiografie vorgestellt. Ein Buch, das unter dem Titel „The Hitch“, seinem Spitznamen, gerade auch auf Deutsch erschienen ist.

Es ist die Geschichte eines rastlosen Lebens, der Sturmlauf eines angelsächsischen Starintellektuellen, der als Kind im Internat lernte, Worte wie Waffen einzusetzen. Die Geschichte eines Dandys, der sich an der Elite-Universität Oxford den Trotzkisten anschloss und registrierte: „Wenn du eine ordentliche öffentliche Rede halten oder eine einigermaßen gute Figur auf dem Podium abgeben kannst, dann brauchst du nie allein zu dinieren oder zu schlafen.“

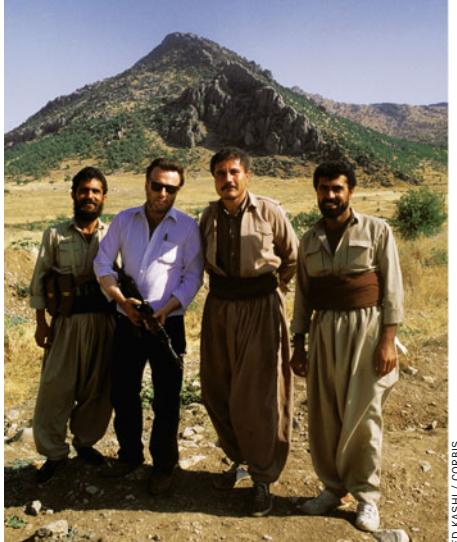
Hitchens avancierte zum Pyrotechniker des politischen Essays. Er konnte angreifen wie ein britischer Bullterrier und behielt trotzdem einen Sinn für die elegante Ironie eines Oscar Wilde. Niemals langweilen, das ist sein Motto, das war das Motto seiner Mutter, Hitchens bekam es so regelmäßig serviert wie andere Engländer den Porridge.

Seine Mutter hatte aber auch die Vorstellung: „Wenn es in diesem Land eine Upperclass gibt, dann wird Christopher dazugehören.“ Stattdessen arbeitete er für kleine radikale Zeitschriften, die zwar schlecht zahlten, aber trotzdem etwas boten: eine Heimat und die Gewissheit, auf der richtigen Seite zu stehen. Auch wenn Hitchens die in seinem Leben immer mal wieder wechselte.

Heute schreibt er für „Vanity Fair“, „Atlantic Monthly“, für das Online-Magazin „Slate“. Er hat mehr als 20 Bücher veröffentlicht, die meisten von ihnen sind Tiraden. Tiraden gegen

Henry Kissinger, Mutter Teresa, Bill Clinton und den lieben Gott, seinen größten Feind. Aber er hat auch viel über Literatur geschrieben, über George Orwell, Graham Greene, Somerset Maugham und auch über Harry Potter.

Bill Keller, der ehemalige Chefredakteur der „New York Times“ – nicht immer, möglicherweise fast nie Hitchens Meinung –, lobte ihn als einen Autor, dessen Texte man nicht vergisst, egal was man von ihnen hält. Hitchens schreibt über die



ED KASHI / CORBIS

Autor Hitchens (2. v. l.) im Irak 1991
Reue gehört nicht zum Repertoire

Zehn Gebote genauso wie über Fellatio, über Baader-Meinhof genauso wie über Heinrich VIII. Und auch darüber, warum Frauen keinen Humor haben.

Er war ein klassischer Linker, unterstützte den Kampf der Unterdrückten in der Dritten Welt. Aber als sein Freund Salman Rushdie 1989 Opfer einer Fatwa wurde, änderte sich sein Weltbild, und nach den Anschlägen im September 2001 schließlich betrieb er in Washington eine Kampagne für einen Einsatz im Irak.

„The Hitch“, das ist die Biografie eines Renegaten mit Prinzipien: gegen jeden Totalitarismus, für die Freiheit. Gegen den Glauben, für die Vernunft.

Ende vergangenen Jahres konnte man ihn noch besuchen in seiner Dachwohnung in Washington. Er stand im Flur, gerade wie ein Soldat, die oberen drei Knöpfe seines Hemds geöffnet. Es war 17 Uhr, Hitchens fragte, was man trinken wolle.

Einen Tee, vielleicht?

Sein Gesicht wird starr. Was das denn solle, fragt er. Später Nachmittag, Zeit für etwas Ordentliches. „Den Whisky mit Eis oder Wasser oder Ginger Ale?“

Nach seiner Erkrankung bekam er viel Post, vor allem von

seinen Feinden, die seine Krankheit als gerechte Strafe Gottes bejubelten. Post, in der ihm seine Gegner einen qualvollen Tod wünschten. Fahr zur Hölle, Hitch.

Reue aber gehört nicht zu Hitchens’ Repertoire. „Keine Chance“, sagt er.

Keinerlei Reue für seine ätzende Religionskritik.

Keine Reue für sein Kriegsgetrommel.

Keine Reue auch für seinen Lebensstil. „Ich habe die Kerze immer von beiden Seiten brennen lassen, ein besonders schönes Licht. Und selbst, wenn meine Stimme wegbleibt, werde ich weiterhin gegen die Religion polemisieren. Wobei ich nicht ausschließe, dass ich irgendwann, verängstigt, halbbewusst und dem Schwachsinn nahe, nach einem Priester rufen werde. Aber hier und jetzt, im Zustand absoluter Geistesgegenwärtigkeit, sage ich, dass ich mit diesem Wesen, das sich derart erniedrigt, nichts zu tun hätte.“

Hitchens geht auf die Dachterrasse, unten liegt Washington, er nippt an seinem Johnnie Walker und zündet sich eine Zigarette an. Er bittet, dies nicht zu erwähnen, er hasse die Tabakindustrie. Früher hat er sich gerühmt, sogar unter der Dusche zu rauchen. „Und es war mir immer klar, dass mein Boheme-Leben eine Gefahr für meine Zellen ist“, sagt Hitchens.

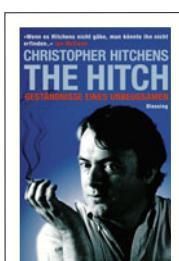
„Eine Wette, die ich verlieren könnte. Das ist jetzt passiert, und ich habe kein Recht, deshalb überrascht zu sein.“ Nichts würde er anders machen. Nicht den Tabak, nicht den Alkohol. Immer noch eine zweite Flasche Wein bestellen beim Abendessen mit einem Freund.

Hitchens hat trotzdem nie eine Deadline verpasst. Er arbeitete viel, gut und hart. Morgens las er, ab Mittag schrieb er an Büchern und Artikeln, und wenn dann abends noch jemand aus London anrief, um tausend Worte zu bestellen, dann war eben immer noch Zeit für eine „schnelle, kurze Sache“. Im „New Yorker“ stand einmal, Hitchens schreibe in dem Tempo, in dem normale Menschen lesen.

Im Gegensatz zu vielen Kollegen, die ihre Ansichten über die Welt vom sicheren Schreibtisch aus formulieren, ist Hitchens gern und viel gereist. Kuba, Simbabwe, Nicaragua, Bosnien, Polen, Rumänien, Irak, meist war Hitchens in den vergangenen 40 Jahren vor Ort, wenn Unterdrückte ihre Peiniger abschütteln wollten.

Es gebe nichts Berauschenderes, als in dieser großen Dampflokomotive namens Geschichte mitzufahren, sagt Hitchens, „keinen fröhlicheren Moment im Leben, als frei gewählte Führungspersönlichkeiten zu umarmen, die du kennengelernt hast, als sie sich im Untergrund verstecken mussten“.

Für viele Kritiker des Irak-Kriegs war Hitchens „ein nützlicher Idiot Bushs“. Doch selbst nach 100 000 Toten im Irak, einer langen, erfolglosen Suche nach Massenvernichtungswaffen, einem Krieg, der



Christopher Hitchens
The Hitch

Aus dem Englischen von Yvonne Badal.
Blessing Verlag,
München; 672
Seiten; 22,95 Euro.

auch nach acht Jahren keinen Frieden gebracht hat, glaubt er immer noch, damals die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Obwohl er nie Sympathien für Bush hatte. „Ich habe“, sagt Hitchens, „wahrscheinlich mehr Bücher geschrieben, als Bush gelesen hat. Aber wenn es nach den Pazifisten gegangen wäre, wäre Milošević immer noch an der Regierung, hätten die Taliban immer noch die absolute Macht in Afghanistan, wäre Saddam immer noch in Kuwait und inzwischen im Besitz von Nuklearwaffen.“

Hitchens ist längst das, was man hierzulande einen Bellizisten nennt, und das hat möglicherweise mit seiner Herkunft zu tun. Sein Vater kommandierte im Zweiten Weltkrieg ein Schiff der britischen Marine, das im Dezember 1943 beteiligt war an der Versenkung des deutschen Schlachtschiffs „Scharnhorst“. Jedes Weihnachten erhob die Familie Hitchens ein Glas auf diese Tat. Später zweifelte der Sohn gelegentlich, ob er es jemals mit den Leistungen seines Vaters würde aufnehmen können.

Während seines Studiums in Oxford, der Vietnam-Krieg mobilisierte die Jugend, zerbrach Hitchens’ Glaube an die traditionelle Politik.

Der große Gegner hieß nun Amerika, protzig, neureich, gewissensfrei. Sein größtes Feindbild wurde Henry Kissinger, über den Hitchens noch 2001 ein Buch veröffentlichte, in dem er forderte, ihm als Kriegsverbrecher den Prozess zu machen.

1981 ging Hitchens trotzdem in die USA, ein paar Besuche dort hatten ihn umgestimmt und vor allem eine Affäre mit der legendären Journalistin Anna Wintour, die heute Chefredakteurin der amerikanischen „Vogue“ ist. Nun drosch er für das linke Wochengeschehen „The Nation“ auf Ronald Reagan ein. Nachdem Chomeini 1989 schließlich die Fatwa gegen Rushdie verhängt hatte, sagte der: „Für Christopher war das mehr als nur der Versuch des radikalen Islam, einen Freund umzubringen. Es bedeutete für ihn die Bedrohung der Welt, in der er leben wollte.“

Hitchens hatte aber auch auf mehreren Reisen den Irak von innen kennengelernt und den Kampf der kurdischen Minderheit unterstützt.

Den ersten Golfkrieg hielt er damals noch für falsch, aber das änderte sich nach einer neuerlichen Reise. Er sah, was er heute Saddams „unstillbaren Durst nach Zerstörung“ nennt: gesprengte Dörfer, Massengräber. „Jeder, der sich wirklich um das Wohlergehen und Überleben der Iraker sorge“, so Hitchens in seinen Memoiren, musste „die Beseitigung dieser wahnsinnigen Despotie fordern, die das Land gerade bei lebendigem Leib auffraß“.



Journalist Hitchens beim Waterboarding*
Gepackt von Todesangst

Diktator Marcos zu kippen. „Es war das Gegenteil einer Kissinger-Politik“, sagte Wolfowitz stolz. Und er sagte auch, es sei riskanter, Diktatoren zu stützen, als Demokratien aufzubauen. Hitchens war beeindruckt.

Im Juli 2003 flog der ehemalige Trotzkist Hitchens mit einem der Hauptverantwortlichen des Irak-Kriegs nach Bagdad, um den vermeintlichen Sieg Amerikas zu bestaunen. „Die Art, wie die amerikanischen Soldaten willkommen geheißen werden, ist ziemlich außerordentlich“, sagte Hitchens in die Kameras des konservativen Fernsehsenders Fox News.

Es war der größte und peinlichste Irrtum seines Lebens, eines Lebens, in dem einer gern seine Angst besiegt, auch seine Angst vor Irrtümern.

Es wird nun dunkel auf der Dachterrasse in Washington. Hitchens gießt sich einen dritten Whisky ein. Er kennt die Vorhaltungen. Seit Jahren wird er verhöhnt, beschimpft, als neokonservativer Schuft, als jüdischer Spion, als Nutznießer des militärisch-industriellen Komplexes. Er kennt das alles. Und er hat immer jede Gelegenheit genutzt zurückzuschließen. Seine Kritiker beschrieb er einmal als diese Sorte Menschen, die, nachdem sie eine giftige Schlange im Bett ihres Kindes entdeckt haben, erst mal die Leute vom Tierschutz anrufen.

Er sagt aber auch, dass er dafür ist, die Verantwortlichen der Bush-Regierung gerichtlich zu verfolgen, für die Nachlässigkeit, mit der sie den Krieg im Irak führten, und die Schamlosigkeit, mit der sie ihn instrumentalisierten. Für einen Artikel in „Vanity Fair“ im August 2008 ließ er sich waterboarden, detailliert beschrieb er die Todesangst, die ihn dabei packte. Doch sein Image als Kriegstreiber, als Verbündeter skrupelloser Geschäftsmacher, ist ihm geblieben.

Gewisse Dinge könne man nicht ändern. „Die Frage ist doch“, sagt er, „ob dieser Krieg aus heutiger Sicht dennnoch notwendig war. Und die Antwort ist: ja!“

Wegen Saddam. Wegen der Möglichkeit eines anderen, demokratischen Irak. Vor allem aber wegen der Kurden.

„Mein Gebrauchswert für die Bush-Regierung war ungefähr gleich null“, sagt Hitchens. Mit dem Nordirak sei es anders. Dort hätten sich die Menschen vor 20 Jahren in Höhlen versteckt und seien mit Gas getötet worden. Heute sei es eine der erfolgreichsten Regionen des Nahen Ostens.

„Sich für diese Menschen einzusetzen“, sagt Hitchens, „das war meine Verantwortung als Sozialist.“

Es ist acht Uhr abends, früher hätte er jetzt die erste Flasche Wein geöffnet.

Zum Abschied sagt Hitchens, es sei unwahrscheinlich, dass man sich wiedersehen. Der Krebs arbeite schnell und gründlich.

THOMAS HÜETLIN

* Bei einem Selbstversuch in North Carolina 2008.

LEBENSLÄUFE

Die enthüllte Frau

Sie war einst das berühmteste Model der Welt. Heute arbeitet „Veruschka“ als Künstlerin. In einer Autobiografie erzählt sie vom Glanz und vom Schmerz ihres Lebens.



Star „Veruschka“ im Antonioni-Film „Blow up“, 1966: Und dann diese Füße, Größe 45

Festakt im Berliner Abgeordnetenhaus. Der Bundespräsident wird an diesem Morgen reden, der polnische Staatschef, die Kulturminister. Gefeiert wird die Eröffnung einer Ausstellung im Martin-Gropius-Bau, die die Geschichte beider Länder in den vergangenen tausend Jahren zeigt.

Vera Lehndorff ist eingeladen. Ihre Bilder hängen in der Ausstellung. Doch im Strom der Gäste ist sie nicht zu erblicken. Dabei ist sie eine auffallende Erscheinung mit ihrem langen Körper, mit ihrem Gesicht, das so oft fotografiert worden ist. Und dann diese Füße, Größe 45, über die sie als junge Frau so unglücklich war, dass sie die Zehen hat verkleinern lassen.

Die Türen werden schon geschlossen, als Vera Lehndorff doch noch erscheint. Sie läuft schnell, zieht dabei das Tuch fest, das sie wie beiläufig um ihre langen grauen Haare gewickelt hat. Sie sieht müde aus, ihre schwarze Strickhose schläbert an den Beinen. Sie trägt schwere Männerturnschuhe, die ihre Füße betonen. Nun, mit 72, scheint ihr das nichts mehr auszumachen.

Und so, wie Vera Lehndorff an diesem Morgen aussieht, nicht gerade ausgeschlafen, nicht gerade tipptopp, hat sie immer gewirkt. Sie war – unter dem Namen „Veruschka“ – das berühmteste Fotomodell der Welt, ohne je tipptopp zu sein. Sie hat verkörpert, dass etwas hinzukommen muss zur Schönheit, etwas Fremdes, Undurchdringliches.

Und so kam sie Anfang der Sechziger auf die Titelseiten der Magazine. Ihre wilde Ausstrahlung schien den Geist der Zeit einzufangen. Alle wollten sich mit ihr schmücken: Künstler wie Salvador Dalí und Andy Warhol, Regisseure wie Michelangelo Antonioni. Die Schauspielerin Audrey Hepburn – ausgerechnet die elegante Hepburn – flehte den Starfotografen Richard Avedon an: „Lass mich aussehen wie sie.“

Was war das Besondere an dieser Veruschka? Sah man ihr an, dass sie nicht ganz hineinpasste in die Glamourwelt? Aus Masuren stammt sie, von einem Schloss. Ihr Vater war Heinrich Graf von Lehndorff-Steinort, der das missglückte Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 mitgeplant hatte und hingerichtet wurde.

Nun veröffentlicht seine Tochter ihre Autobiografie. Das Buch erscheint am Mittwoch dieser Woche. Es wurde Zeit. Denn wer sich selbst selten äußert, wird von anderen gedeutet. Oft geht



Künstlerin Lehndorff: Fremde, undurchdringliche Schönheit

Für die Leser ist diese Form nicht ideal. Viele Fragen gerieten zu lang, auch ist die Stimmung zwischen dem Fragesteller – dem Publizisten Jörn Jacob Rohwer – und Vera Lehndorff kaum zu er spüren. Doch auch wenn ein echter, schöner Dialog nicht entstanden ist, hat sich das alles gelohnt. Das, was Vera Lehndorff erzählt, ist sehr bewegend.

Sie wurde am 14. Mai 1939 geboren, im September desselben Jahres brach der Zweite Weltkrieg aus. Vera ist die zweite Tochter von Heinrich Graf von Lehndorff und seiner Frau Gottliebe, einem Paar, das in die Ehe eher hineingeschlittert war. Gottliebe war schwanger, sie heirateten schnell und kamen dann offenbar gut miteinander zurecht. Und sie waren vollkommen einig darin, sich dem Hitler-Regime zu widersetzen.

Die ersten Lebensjahre von Vera waren voller äußerer Spannungen. Steinort, das Schloss der Lehndorffs, stand nur 14 Kilometer entfernt vom „Führerhauptquartier“ Wolfschanze – hier wurde das Attentat auf den Diktator am 20. Juli 1944 verübt. Wegen der Nähe zur Wolfschanze hatte sich der NS-Reichsaßenminister Joachim von Ribbentrop im Schloss Steinort einquartiert, er spielte gern mit den Töchtern des Hauses und ließ sich mit ihnen fotografieren.

Während Ribbentrop in dem einen Flügel lebte, überlegten Lehndorff und seine Vertrauten in anderen Ecken des Schlosses, wie das NS-Regime zu stürzen sei. Nachdem am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler misslungen war, fuhren am Tag darauf Wagen der SS die Auffahrt hin auf. Graf Lehndorff, 35 Jahre alt, wusste, dass er festgenommen werden sollte.

In der Haft wurde er schwer misshandelt und in Berlin-Plötzensee erhängt.

Zurück blieb Ehefrau Gottliebe mit drei Töchtern und hochschwanger mit einem vierten Kind. Schloss Steinort wurde beschlagnahmt. Gottliebe Lehndorff kam ins Gefängnis, entband, wurde entlassen und später, blutend und schwach, mit dem neugeborenen Kind im Arm, in ein Arbeitslager gebracht. Ihre drei älteren Töchter wurden in ein NS-Kinderheim in Bad Sachsa gesteckt, zusammen mit anderen Kindern von Eltern aus dem Widerstand. Sie bekamen neue Namen.

Die drei Monate im Heim reichten aus, um die Kinder für lange Zeit zu verschrecken. Vera, damals fünf Jahre alt, versuchte, sich um ihre kleinere Schwester Gabriele zu kümmern, die außer sich war und nur rief: „Mami rück, Hunger, Angst, Mami rück, Hunger, Angst.“

Nach dem Krieg begann die Suche nach einem Zuhause. Mutter und Kinder waren

das schief. Manchmal sind es große Missverständnisse, manchmal Nuancen – an so einer Nuance hat sich Vera Lehndorff bei der Ausstellungseröffnung gestört.

Sie war hinübergegangen in den Martin-Gropius-Bau, eilte durch die Säle und damit durch die Jahrhunderte. In den hinteren Räumen kommt die zeitgenössische Kunst, hängen ihre eigenen Bilder. Es sind Fotografien aus den siebziger Jahren. Auf einem Zyklus ist sie selbst zu sehen, vor einer Wand, nackt. Von Bild zu Bild nimmt ihr bemalter Körper mehr und mehr die Farbe der Wand an, bis er in der Wand zu verschwinden scheint.

Vera Lehndorff las den Text auf den erläuternden Tafeln. Da wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen dem Motiv des Verschwindens und der Tatsache, dass ihr Vater früh starb und ihre Kindheit „jäh unterbrochen“ wurde.

Vera Lehndorff findet das zu einfach: das Zusammenziehen einer Biografie auf einen Begriff. Die Interpretation eines Lebens über den Begriff des Verschwindens.

Mit ihrem Buch versucht sie das Gegenteil: sich zeigen. „Veruschka“ ist eine Autobiografie in Interviewform. Diese Form hat sie gewählt, weil sie sich das Schreiben allein nicht zutraute. „Mein eigenes Leben aber von einem Ghostwriter erzählen zu lassen, das wäre doch etwas komisch gewesen“, sagt sie und lacht ihr dunkles Lachen. Also ein Interview – auch weil es einfacher für sie war, auf Fragen zu antworten, als unaufgefordert zu sagen, dass sie oft im Leben am Rande des Todes war.



Vera Lehndorff,
Jörn Jacob
Rohwer
**Veruschka –
Mein Leben**
Dumont Buchverlag, Köln; 400 Seiten; 24 Euro.



geliehen. Geliehene Kraft reicht nicht immer aus.

Seit 2005 lebt Vera Lehndorff, nachdem sie Deutschland Jahrzehntelang gemieden hatte, in Berlin. Es ist nicht immer einfach, dort zu sein, wo ihr Vater gefoltert und erhängt wurde, und doch fühlt sie sich in dieser vom Krieg verwundeten Stadt wohl: „Berlin ist heute international, überall hört man fremde Sprachen. Die Stadt ist ein fruchtbare Terrain für künstlerische Arbeit. Die Menschen sind neugierig und offen“, sagt sie auf der Terrasse eines Berliner Hotels. Sie erzählt, dass sie auch nach Deutschland gekommen sei, um sich um das Vermächtnis ihrer Familie zu kümmern. Ihr Buch hat sie ihren Eltern gewidmet.

Es ist ja kein Zufall, dass im Mittelpunkt des Bildes vom Widerstand die Moltkes und Stauffenbergs stehen. Denn bei diesen Familien gab es Witwen, Töchter, Söhne, die das Andenken pflegten. Heinrich und Gottliebe Lehndorff rückten erst vergangenes Jahr durch die Biografie der Politikerin Antje Vollmer wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein*.

Was kann werden aus dem Schloss der Lehndorffs? Es gehört inzwischen der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturflege und Denkmalschutz. Vera Lehndorff möchte gern, dass es eine Begegnungsstätte wird zum Gedenken an die Widerstandsbewegungen in der ganzen Welt. Aber trägt so ein Konzept? Es gibt schon Kreisau, das Gut der Moltkes, als deutsch-polnische Begegnungsstätte.

Doch Vera Lehndorff kämpft um das schöne, marode Schloss. „Neulich habe ich den Architekten David Chipperfield, dessen Gestaltung des Neuen Museums in Berlin ich sehr bewundere, angesprochen, ob er bereit sei, ein Sanierungskonzept zu erarbeiten. Er war interessiert.“ Sie kämpft auch um die Rückgabe von Kunstwerken. Ziemlich viel Kampf, ziemlich viel Sichtbarkeit für jemanden, der so lange mit dem Verschwinden beschäftigt war.

Wer sie reden hört und merkt, wie gelassen sie wirkt, oft witzig, kann auf den Gedanken kommen, dass Vera, die Verletzte, und Veruschka, die Starke, zu einer Person verschmolzen sind.

Sie führt es vor, in einem Spiel. Zum Gespräch war sie ungeschminkt erschienen, bemalte aber währenddessen ihre Lippen und Lider. Dann zog sie eine durchsichtige Plastiktüte aus der Tasche und schlug vor, sich fürs Foto dahinter halb zu verstecken. Ihr Gesicht, sagte sie, wolle sie auf Fotos nicht mehr zeigen, einfach so.

Und da steht nun diese nicht mehr junge Frau in perfekter Modelpose auf einer Hotelterrasse und lässt sich fotografieren. Plastik knistert im Wind. Performance-Kunst: Vera-Veruschka, verschwunden und sichtbar.

SUSANNE BEYER

Nazi Ribbentrop, Kleinkind Vera um 1942: Feind als Nachbar

wieder zusammen, es ging von Ort zu Ort. Veras Patentante Marion Gräfin Dönhoff war keine große Hilfe – Vera Lehndorff beschreibt sie als desinteressiert und kalt. Marion Dönhoff habe Gottliebe Lehndorff abgelehnt und über sie gesagt, sie habe „schlechtes Blut“ in die Lehndorffsche Familie gebracht. „Schlechtes Blut“ ist ein Begriff aus NS-Zeiten.

Mit diesem „schlechten Blut“ waren offenbar die Depressionen gemeint, von denen Gottliebe bald heimgesucht wurde. Sie lag im Bett, starre an die Decke und konnte sich nicht um ihre Kinder kümmern. Die Phasen der Teilnahmslosigkeit wechselten mit Phasen der Rastlosigkeit, plötzlich wollte sie alles ändern, alles besser machen. Auch deswegen zog die Familie immer wieder um.

Vera Lehndorff wechselte oft die Schulen, nicht nur wegen der Umzüge, sondern auch, weil sie nicht gut zureckkam. Das Lernen fiel ihr so schwer, dass sie sich krank stellte, immer wieder. „Den Wunsch, am nächsten Tag nicht mehr zu sein, den kannte ich schon als Kind“, erzählt Vera Lehndorff in ihrem Buch. In der Schule zeigte eine Lehrerin vor der ganzen Klasse auf sie und behauptete, dass sie die Tochter eines Mörders sei.

Ihre Mutter beruhigte sie: „Es ist ganz anders. Dein Vater ist ein Held, aber das ist eine lange Geschichte, die ich dir erst erzählen kann, wenn du größer bist.“ In der Pubertät merkte Vera Lehndorff, dass Männer auf sie reagierten. In Hamburg besuchte sie eine Modeschule, wurde fotografiert und stellte fest, dass sie tatsächlich strahlend aussah auf diesen Fotos.

Sie ging nach Paris und New York. „Wenn ich aus der Masse der Models herausstechen wollte, musste ich mich beim Vorstellen oder bei einem Fototermin unvergesslich machen. Ich wollte auftreten wie keine andere, aussehen, wie keine aussah.“

Sie zog nun enganliegende Einteiler an, die bedruckt waren mit Tierfellmustern,

tern, breite Gürtel, kurze Röcke. Keine Frau lief so herum Anfang der Sechziger, doch bald wurde all das Mode. „Veruschka“ war erfunden. Vera wählte die russische Variante ihres Namens – kleine Vera –, auch weil es damals kaum Models aus Osteuropa gab: „Veruschka klang fremd und ungewöhnlich.“

Und Veruschka wurde der Liebling der Fotografen: Richard Avedon, Irving Penn, Helmut Newton, alle wollten mit ihr arbeiten. Veruschka bekam auch eine Rolle in Antonionis Film „Blow up“. Sie küsst Peter Fonda und Roger Vadim.

Eine große Liebe war der italienische Fotograf Franco Rubartelli. Mit ihm reiste sie, aus den Fotos wurden künstlerische Experimente. Sie fingen an, Körper so zu

„Ich wollte auftreten wie keine andere, aussehen, wie keine aussah.“

bemalen, dass sie auf den Bildern fast in der Umgebung verschwanden.

Die Liebe zu Rubartelli zerbrach, bald kam Holger Trülzsch, der gar nichts zu tun hatte mit der Modewelt, der ein Künstler, ein Intellektueller war. Mit ihm machte sie weiter mit Fotos, mit Körperfremdungen – Galeristen begannen, sich für diese Arbeiten zu interessieren.

Doch es war kein gerader Weg durch die Welt der Mode, hinein in die Welt der Kunst. Es gab Abstürze. Vera Lehndorff musste immer wieder in Kliniken gebracht werden, auch in geschlossene Abteilungen. Sie versuchte, sich umzubringen. Einmal, am Meer, stürzte sie sich von einem Felsen: „Endlich befreit, das war mein letzter Gedanke.“ Vera hatte sich ihre Souveränität, das Strahlende von ihrem Alter Ego Veruschka

* Antje Vollmer: „Doppel Leben. Heinrich und Gottliebe von Lehndorff im Widerstand gegen Hitler und von Ribbentrop“. Eichborn Verlag, Frankfurt am Main; 416 Seiten; 24,95 Euro.

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (4) Dora Heldt**
Bei Hitze ist es wenigstens nicht kalt dtv; 14,90 Euro

- 2 (1) Charlotte Roche**
Schoßgebete Piper; 16,99 Euro

- 3 (–) Sebastian Fitzek**
Der Augenjäger Droemer; 19,99 Euro

- 4 (6) S.J. Watson**
Ich. Darf. Nicht. Schlafen. Scherz; 14,95 Euro

- 5 (3) Jussi Adler-Olsen**
Erlösung dtv; 14,90 Euro

- 6 (2) Rebecca Gablé**
Der dunkle Thron Ehrenwirth; 24,99 Euro

- 7 (7) Jussi Adler-Olsen**
Schändung dtv; 14,90 Euro

- 8 (5) Ferdinand von Schirach**
Der Fall Collini Piper; 16,99 Euro

- 9 (9) Jonas Jonasson**
Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand Carl's Books; 14,99 Euro

- 10 (8) David Safier**
Happy Family Kindler; 18,95 Euro

- 11 (10) Thomas Enger**
Sterblich Blanvalet; 14,99 Euro

- 12 (12) Eugen Ruge**
In Zeiten des abnehmenden Lichts Rowohlt; 19,95 Euro

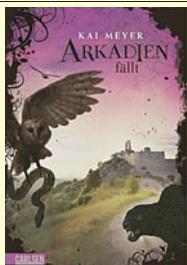
- 13 (–) Iny Lorentz**
Töchter der Sünde Knaur; 19,99 Euro

- 14 (14) Rita Falk**
Winterkartoffelknödel dtv; 12,90 Euro

- 15 (11) John Grisham**
Das Geständnis Heyne; 21,99 Euro

- 16 (13) Markus Heitz**
Die Legenden der Albae – Vernichtender Hass Piper; 15,99 Euro

- 17 (–) Kai Meyer**
Arkadien fällt Carlsen; 19,90 Euro



- Rasanter letzter Teil der Fantasy-Trilogie um einen sizilianischen Mafia-Clan

- 18 (15) Tom Rob Smith**
Agent 6 Manhattan; 21,99 Euro

- 19 (19) P.C. Cast / Kristin Cast**
Verbrannt – House of Night 7 FJB; 16,95 Euro

- 20 (18) Joy Fielding**
Herzstoß Goldmann; 19,99 Euro

Sachbücher

- 1 (1) Gaby Köster**
Ein Schnupfen hätte auch gereicht Scherz; 18,95 Euro

- 2 (2) Philipp Lahm mit Christian Seiler**
Der feine Unterschied Kunstmann; 19,90 Euro

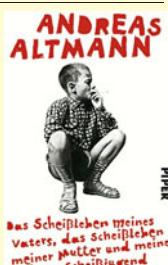
- 3 (3) Dirk Müller** Cashkurs Droemer; 19,99 Euro

- 4 (6) Dieter Nuhr**
Der ultimative Ratgeber für alles Bastei Lübbe; 12,99 Euro

- 5 (8) Loriot**
Bitte sagen Sie jetzt nichts ... Gespräche Diogenes; 21,90 Euro

- 6 (5) Martin Wehrle**
Ich arbeite in einem Irrenhaus Econ; 14,99 Euro

- 7 (13) Andreas Altmann**
Das Scheißleben meines Vaters, das Scheißleben meiner Mutter und meine eigene Scheißjugend Piper; 19,99 Euro



Aufwühlend und schonunglos offen: Psychogramm einer deutschen Nachkriegskindheit

- 8 (4) Heribert Schwan** Die Frau an seiner Seite – Leben und Leiden der Hannelore Kohl Heyne; 19,99 Euro

- 9 (10) Richard David Precht**
Wer bin ich – und wenn ja, wie viele? Goldmann; 14,95 Euro

- 10 (15) Joachim Fuchsberger**
Altwerden ist nichts für Feiglinge Gütersloher Verlagshaus; 19,99 Euro

- 11 (9) Thorsten Havener**
Denk doch, was du willst Wunderlich; 17,95 Euro

- 12 (12) Kevin Dutton**
Gehirnflüsterer dtv; 14,90 Euro

- 13 (11) Margot Käßmann**
Sehnsucht nach Leben adeo; 17,99 Euro

- 14 (7) Werner Bartens**
Glücksmedizin Droemer; 19,99 Euro

- 15 (16) Alice Schwarzer** Lebenslauf Kiepenheuer & Witsch; 22,99 Euro

- 16 (–) Fler mit Julia Kautz und Sascha Wernicke**
Im Bus ganz hinten Riva; 19,99 Euro

- 17 (14) Lilly Lindner**
Splitterfasernackt Droemer; 16,99 Euro

- 18 (17) Jacqueline Kennedy**
Gespräche über ein Leben mit John F. Kennedy Hoffmann und Campe; 24,99 Euro

- 19 (18) Dieter Lobenbrett**
Loriot – Biographie Riva; 17,99 Euro

- 20 (–) Bill Bryson**
Eine kurze Geschichte der alltäglichen Dinge Goldmann; 24,99 Euro

ESSAY

KANTE STATT KANT

ÜBER DEN VERFALL DER SITTEN

von Michael Jürgs

In vordemokratischen Jahrhunderten galt den Gebildeten die aus dem Lateinischen entliehene Lebensformel Quod licet lovi, non licet bovi. Wortgetreu übersetzt: Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt. Man konnte dies auch als Faustrecht interpretieren, denn es bedeutete, dass der Oberschicht gestattet war, was sich die Unterschicht niemals erlauben durfte.

Das hat sich geändert, seit vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind. Dich singe ich, Demokratie: Was in trauter gesamtdeutscher Eintracht rülpst, rotzt, rempelt, räsoniert, ist nicht etwa eine jugendliche Ochsen-schar, wie es sie immer gab, die man durch gezielte Schläge zwischen die Hörner zur Besinnung bringen könnte. Es sind Millionen. Alte und Junge, Frauen und Männer, Westler wie Ostler haben sich im „Verein zur Verwahrlosung der Sitten und Gebräuche e. V.“ (VzVdSuG) in die Mitte der Gesellschaft gepöbelt. Vereinszweck: Kante statt Kant.

Einer der Wortführer, Ronald Pofalla, ist sogar Minister im Kanzleramt und für die Zusammenarbeit von Regierung und Koalitionsfraktionen verantwortlich. In Krisenzeiten wie den jetzigen ein Sch...Job. Zudem einer, der Opfer verlangt: Um vom erbärmlichen Zustand der FDP abzulenken, muss er manchmal auch Sch...fressen und wie einst der römische Hauptmann Sebastian (der sich allerdings gegen die Staatsgewalt zum Christentum bekannte) alle Pfeile auf sich ziehen. So geschehen, als Pofalla, frei von christdemokratischer Nächstenliebe seines eigentlichen Vereins, dem Euro-Rettungsschirm-Skeptiker Wolfgang Bosbach zuriel: „Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen!“ Tagelang sprach niemand mehr über die Misere der Liberalen, sondern alle nur noch von Pöbel-King Ronald. Er bekam über Parteidgrenzen hinweg Klassenkeile. Um seinen Kopf zu retten, musste er sich im Zentralorgan der Unterschicht entschuldigen, das die Oberschicht angeblich ja nicht liest.

Ungebildete und Eingebildete, deutschstämmiges und deutschradabrechendes Volk, Unterschichtler wie Oberschichtler eint die Abscheu gegen Klasse. Bürgerliche Umgangsformen verletzendes Verhalten (wie das von Pofalla) wird als selbstverständliche Haltung in den Schlachten gegen Anstand und Sitte vorausgesetzt.

Schlachtenbummler aus den verschiedenen Schichten unterscheiden sich zwar im Aussehen, im Auftreten, im Anspruch, im Ambiente, in der Herkunft. Die einen geben nur aus, was sie haben, weil ihnen anderenfalls der Schuldenberater von RTL in die Tür fällt, die anderen geben an mit dem, was sie besitzen, weil sie sonst nichts Wesentliches zu sagen haben. Die einen haben durch die von skrupellosen Zöglingen der Ober-

schicht angestoßene Finanzkrise ihren Arbeitsplatz verloren, die anderen die Hälfte ihres Vermögens.

Alle aber, sowohl die Prolos wie die Protzler, Pöbler wie Populisten, gehören zum selben Verein. Ihr Benehmen bestimmt nicht nur ihren eigenen Alltag, was akzeptabel wäre, solange sie unter sich blieben und sich gegenseitig antun, was immer sie wollen. Doch man findet sie überall:

Den auf Bahnsteig sieben in Berlin wartenden Reisenden erster Klasse, in feines Tuch gekleidet, der einem Verkäufer der Obdachlosenzeitung nicht nur keinen „Straßenfeger“ abkauft, sondern ihm zusätzlich ungefragt empfiehlt, sich eine anständige Arbeit zu suchen, statt anständig Arbeitende wie ihn zu belästigen, und anschließend laut räsoniert, man werde überall von solchem Pack angebettelt.

Das fettarschige Leggingsmädchen, geschätzte 16 Jahre alt, das zunächst die Fahrgäste in der U-Bahn herausfordernd mustert, dann den Kaugummi aus dem Mund nimmt, an eine Haltestange klebt, noch mal kräftig Rotz hochzieht und sich dann zungenküßend seinem ebenfalls gepiercten Freund widmet.

Die silbern ondulierte Trenchcoatdame, der man den gebildeten gespreizten kleinen Finger an der im Salon gereichten Teetasse anzusehen glaubt, bis sie diesen Eindruck von Wohlerzogenheit verblassen lässt, sich in der auf ankommende Droschken wartenden Schlange von Passagieren nach vorn rempelt und das nächste Taxi besetzt.

An rüpelhaftem Benehmen in der Öffentlichkeit war früher gemeines Volk erkennbar. Doch vergaßen einst in Deutschland nicht Proleten Anstand und Moral, die ach so gebildeten Bürger waren es, die mehrheitlich den Prolo Hitler wählten. Als dann in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ausgerechnet bürgerliche Schreibtischträger, die sich nach der Befreiung den braunen Pelz flugs gegenseitig weißgewaschen hatten, über die Verwahrlosung der Sitten lamentierten – Langhaarige, Barbusige, Respektlose –, war es schlicht ein Gebot von Anstand, ihnen im Namen der Moral den Mittelfinger zu zeigen.

Kante statt Kant bestimmt ebenso das Verhalten einer Oberregierungsrätin aus München, eines Chefredakteurs aus Köln, eines Chirurgen aus Wuppertal, eines Ministers in Berlin. Ob man Klasse besitzt, ist unabhängig von der Klasse, in die man geboren wurde und in der man aufwuchs. Das ist auch gut so, oder wie es im deutschen Sprichwort heißt: Jeder ist seines Glückes Schmied. Keine Rücksicht auf andere zu nehmen dagegen ist alltäglich geworden. Vor allem Handy-Terroristen lau-



Kanzleramtschef Pofalla, Jugendlicher



UTE GRABOWSKY / PHOTOTHEK

fen frei herum. Sie nerven im Restaurant, sie labern laut in überfüllten Zügen, sie belästigen ihre Mitmenschen am Strand, in den Bergen, und selbst bei Trauerfeiern ertönt per Klingelton die Aufforderung an Carmens Torero, in die Schlacht zu ziehen. Wer nicht dauernd erreichbar ist, auch wenn ihn niemand erreichen will, ist so gut wie tot.

Schön wär's, schön simpel vereinfachend, ließen sich für die Verrohung der Sitten Verantwortliche von öffentlichen Bedürfnisanstalten verantwortlich machen. Geht nicht. Denn die Privatsender wollen eben keine klassenlose Gesellschaft, sondern zielen in ihrem Bestreben, Menschen nach ihrer Art glücklich zu schmieden, auf eine ganz bestimmte Klasse, in der Wünsche des Alltags direkt ohne irgendeinen geistigen Überbau am Schwanz gepackt werden. Würde es

ein quotenmäßig relevantes Potential an Pöbel geben, dem Manieren beizubringen sich lohnen könnte, weil es eine bisher verborgene Sehnsucht gibt nach anständigen Umgangsformen oder auch nur weil die Zielgruppe wissen will, ob sie Pizzas und Döner mit Messer und Gabel essen und Bier auch aus Gläsern statt aus Dosen trinken kann, bei welchen Anlässen sie Krawatte tragen soll zum Trainingsanzug und wann ein Kerl von Welt der Tussi seines Herzens die Tür nicht ins Kreuz fallen lässt, sondern sie vor ihr öffnet – längst hätten die Sender ein entsprechendes Format mit zehn, zwölf ausgesuchten Rüpelinnen und Rüpeln gestartet.

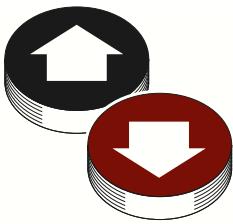
Täglich sichtbar sind Vandalen der Oberschicht, die es sich finanziell leisten können, mit Off-Roadern die Dschungel der Großstädte zu durchqueren, was gleichzeitig ihre herausgehobene Stellung beweist. Bürgerinnen parken ihre Dinos vor Kindergarten oder Schulen, in denen sie ihre Kleinen abgeben,

liebend gern in der zweiten Reihe. Das bezeichnen sie auf höfliche Nachfrage als Mutterrecht und unterbrechen nur widerwillig die Gespräche mit anderen Müttern, die hinter und vor ihnen auf gleiche Art ihre Autos abgestellt haben. Der Hinweis, dass sie den Verkehr aufhalten, in dem es gewisse Regeln gebe und dass die für alle Autofahrer gelten würden, ohne Ansehen des Einkommens, wird mit der Bemerkung gekontert, sie hätten ja rücksichtsvoll die Warnblinklampen eingeschaltet. Männer reden erst gar nicht von Menschenrechten, wie es Mütter tun, sondern kontern das Hupen von Geschlechtsgenossen, die nicht vorbeifahren können, mit dem klassischen Satz des Pöbels: „Ich geb dir gleich eins in die Fresse, Nervsack.“ Womit man wieder bei Pofalla gelandet wäre, aber der fährt ja nicht selbst, der hat einen Chauffeur.

Um den Trend weg von Kant, wonach das eigene Handeln stets anderen als Vorbild dienen sollte, hin zur Kante, wonach man rücksichtslos gegen andere handeln darf, belegen zu können, braucht es keine Trendforscher. Jene Propheten des Unbelegbaren, die auf ihre Art viele Jahre lang bei Gläubigen mit ihren in des Kaisers neuen Kleidern gehüllten Zukunftsprognosen – Horx, was kommt von draußen rein? – erfolgreich waren, haben auch ihre Zukunft hinter sich, seit Krisen in schnellerem Rhythmus passieren, als ihre Prognosen Makulatur sind.

Wichtiger wäre es, den Trend zu brechen. Die soziale Verwahrlosung nicht mehr hinzunehmen als Preis der Freiheit. Sonst kümmern sich, getarnt als Bürgerwehr, jene Prolos darum, für die Freiheit nur ein leeres Wort ist. Und deren Fressen wollen wir tatsächlich nie mehr sehen.

Jürgs, 66, ist Autor und lebt in Hamburg. Zuletzt erschien von ihm das Buch „BKA – die Jäger des Bösen“.



Leidende Fruchtfliegen

Literaturkritik: Die Filmemacherin Sonja Heiss schreibt in ihrem Erzähldebüt „Das Glück geht aus“ komisch und einprägsam von verstörten Menschen.

Sehr gut ausgesucht sind schon mal die beiden Patinnen, die auf dem rückwärtigen Buchdeckel dafür werben, diese Geschichten von Sonja Heiss unbedingt zu lesen.

Helene Hegemann und Miranda July haben lobende Worte spendiert, die umstrittene „Axolotl Roadkill“-Autorin aus Berlin und die für manchmal nervige Verrücktheiten berühmte Künstlerin, Filmerin und Schriftstellerin aus Los Angeles. Im Lob von Miranda July findet sich die Drohung: „Dieses Buch wird Sie beunruhigen.“

Die 35-jährige Sonja Heiss, die bisher vor allem durch ihren 2007 bei der Berlinale präsentierten Rucksacktouristenfilm „Hotel Very Welcome“ aufgefallen ist, berichtet in den Geschichten ihres literarischen Debüts „Das Glück geht aus“ in der Tat von allerhand Leuten, die offenbar nicht alle Tassen im Schrank haben. Das gilt vor allem für die jungen Frauen in diesem Buch.

Sie sitzen in Strandhütten in Panama und ängstigen sich vor tätowierten Männern und verseuchtem Essen, sie hätscheln ihr Baby und grübeln über ihren Mangel an Muttergefühlen, sie lesen manisch Inhaltsstofftabellen auf Kosmetikpackungen. Und sie sagen Sätze wie diesen: „Es macht mich schön und besonders, dass ich psychische Probleme habe. Ein bisschen so wie Sylvia Plath.“

Trotzdem erzählt Heiss, die da diese heilige Wahnsinnige der Literaturgeschichte anrufen lässt, keine Krankengeschichten im engeren Sinn.

Denn die Figuren in ihrer Storysamm lung sind durchaus funktionierende Mitglieder der Gesellschaft. Sie sind nur momentweise durch kleine Irritationen aus der Bahn geworfen. Durch einen Erdbeerkuchenfleck auf dem Kinn des Vaters zum Beispiel oder durch die banale Zeitungsnachricht, dass amerikanische Wissenschaftler herausgefunden ha-

ben, auch Fruchtfliegen littent unter Depressionen.

Der sichere, eigenwillige Ton, in dem diese Geschichten geschrieben sind, ist umwerfend lakonisch; die Sprache, in der Heiss von den alltäglichen Missgeschicken und jähnen Verzweiflungsattacken ihrer Helden berichtet, ist keineswegs besonders kunstvoll und erzeugt doch einen schönen Sog. Wann hat man zuletzt unter den vielen Debütanten, die Jahr für Jahr in der deutschsprachigen Literaturwelt ihr Glück versuchen, eine so lässig auftrumpfende neue Stimme vernommen?

Schachteln Pall Mall ohne Filter geraucht hatte, war ihm irgendwann schlicht die Luft ausgegangen.“

Schon in ihrem Film „Hotel Very Welcome“ verblüffte Heiss die Kinozuschauer mit einem Erzählstil, der die Menschen nur teilnehmend beobachtete, statt sie entschieden in einer Handlung voranzutreiben. Man sah europäischen Sinnsuchertouristen in Indien beim Tanzen im Ashram zu und beim Flirten im Pool von Poonia. Eine junge Deutsche im Hotelzimmer in Bangkok telefonierte endlos mit einem thailändischen Reisebüroangestellten und vereinbarte dann ein Rendezvous mit ihm. Zwei junge britische Prolltouristen stritten sich immer wieder ums Reisegeld. Das Resultat dieses filmischen Panoptikums aber war das schillernnde, oft herzzerreißend schöne Porträt einer Touristen-generation, die so selbstverständlich und eifrig um die Welt reist wie noch keine vor ihr und sich selbst dabei doch in den meisten Fällen seltsam fremd bleibt.

Auch „Das Glück geht aus“ erzählt meist nicht von Action, sondern von Stillstand. Auch hier sind die Sensationen und Enttäuschungen des Reisens ein zentrales Motiv, noch mehr aber ist es das Schuldgefühl, das viele Menschen überkommt, wenn sie sich verpflichtet fühlen zur Seligkeit – und sich das Glücksgefühl partout nicht einstellt.

In der Auftaktstory des Buchs hängt ein deutscher Vater ein bisschen kindisch am Rockzipfel seiner erwachsenen Tochter, als sie gemeinsam nach Vancouver reisen; hinterher aber schmückt der Mann das Erlebte aus „wie ein üppiges Barockgemälde, an dem stetig weitergearbeitet wird“.

Sonja Heiss hat eine Weile in Los Angeles verbracht, wo sie als Stipendiatin in der einst von Lion Feuchtwanger bewohnten Villa Aurora arbeitete, sie lebt nun wieder, mit ihrem Lebensgefährten und einem gemeinsamen Kind, in Berlin. Es heißt, sie arbeite an ihrem zweiten Spielfilm. Es wäre toll, wenn sie auch ein zweites Buch zustande brächte. Wie unruhig auch immer das ausfallen mag.

WOLFGANG HÖBEL



Autorin Heiss

Heiss' Gespür für Stimmungen, ihre Kunst der locker hinschraffierten Charakterskizzen erinnern manchmal an die Erzählanfänge von Ingo Schulze und Judith Hermann in den neunziger Jahren, manche Texte sind erkennbar an der Coolness amerikanischer Short Stories geschult, manche sind so komische Verwirrspiele wie die Geschichten des russischen Avantgardisten Daniil Charms.

Heiss nennt ihre Kurzgeschichten „Tee-wurst“ oder „Moonshine“, und es sind vor allem die amüsanten Details darin, die ihre Figuren dazu bringen, ihre Träume zu verfehlten. Über Franz zum Beispiel, einen einst gewalttätigen Kraftkerl, heißt es, er befindet sich „in nicht so guter körperlicher Verfassung. Seit zwei Jahren trug er einen Sauerstoffrucksack. Nachdem er sein Leben lang täglich drei

Sonja Heiss: „Das Glück geht aus“. Bloomsbury Verlag, Berlin; 192 Seiten; 9,95 Euro.



GETTY IMAGES

FUSSBALL - RECHTE

Geschütztes Logo

Die Freude von Kneipenbesitzern und Fans über ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Sachen Fußball-TV-Rechte dürfte nur kurz währen. Der EuGH hatte vergangene Woche einer Pub-Besitzerin in Portsmouth teilweise recht gegeben. Sie hatte die Spiele der britischen Premier League mit Hilfe einer griechischen Pay-TV-Karte empfangen und damit ein deutlich teureres Abo des lokalen Anbieters

BSkyB umgangen. Das Gericht urteilte, die exklusive Vergabe der TV-Rechte für nationale Märkte sei mit der Dienstleistungsfreiheit in der EU nicht vereinbar. Doch zeigen darf die Wirtin die Spiele trotzdem nicht: Die Premier League – und jede andere nationale Liga – besitzt laut Urteil ein Urheberrecht an Musik und Logos, die das Gericht als „eigene geistige Schöpfung“ anerkennt. Ohne Zustimmung der Liga dürfen die Spiele also nicht öffentlich ausgestrahlt werden. „Wir werden daher weiter juristisch gegen Pubs vorgehen, die ausländische Karten nutzen“, heißt es in der Premier League. Man gehe davon aus, die TV-Rechte auch künftig für jedes Land getrennt verkaufen zu können, ohne gegen EU-Recht zu verstößen. Die Liga erwägt zudem, weitere urheberrechtlich geschützte Elemente als eine Art „Wasserzeichen“ in die Übertragung einzubauen. Selbst der EuGH sieht darin keinen Widerspruch zur Absicht seines Urteils. Dieses lasse Fußballverbänden und TV-Sendern viel Spielraum für ihr Geschäft, heißt es in Luxemburg. Allerdings greift das Urheberrecht nur bei öffentlichen Vorführungen, Privatleute dürfen ab sofort legal eine Karte im EU-Ausland kaufen. Anders als für Gaststätten ist der Preisvorteil für Private jedoch eher gering, zum Teil zeigen ausländische Sender weniger Spiele, und der grenzübergreifende Service könnte sich schwierig gestalten. Selbst der Abo-Sender Sky, der die Live-Rechte in Deutschland für 240 Millionen Euro im Jahr gekauft hat, sieht seine Exklusivität nicht in Gefahr: „Wir haben ein hochwertiges Produkt, das so niemand im Ausland anbietet und anbieten kann“, sagt ein Sky-Sprecher.

ARD

Höchste Priorität

Seit Jahren müht sich die ARD, ein jüngeres Publikum zu erreichen – mit durchschlagender Erfolglosigkeit. Die Zuschauer werden älter statt jünger, aktuell ist der ARD-Kunde im Schnitt etwas über 60 Jahre alt. Harische Kritik übt deshalb die Gremien-vorsitzendenkonferenz (GVK), das oberste Aufsichtsgremium des Senderverbunds: Es gebe offensichtlich „keine ARD-Gesamtstrategie“, das „Flaggschiff der Familie „Das Erste“ sei „nicht strukturell einbezogen“, obwohl die Verjüngung eine „Daueraufgabe mit höchster Priorität“ sei. 2009 hatten die Intendanten versprochen, „jugendaffine Inseln“ zu schaffen – nach Ansicht der GVK sind diese jedoch aufgegeben worden. Auf dem eigens geschaffenen Entwicklungsplatz am



ARD-Soap „Verbotene Liebe“

späten Sonntagabend seien in diesem Jahr regelmäßig Spielfilme gezeigt worden. Zwar habe man weitere Arbeitsgruppen geschaffen, ein „nach innen wie außen kommunizierbares Gesamtkonzept“ sei aber nicht erreicht worden. Die veränderten „Kommunikations- und Informationsgewohnheiten der jungen Menschen über soziale Netzwerke“ würden zu wenig in die Angebote einfließen; eine Online-Platt-

form mit Angeboten für die junge Zielgruppe habe man nicht umgesetzt. Volker Herres, Programmdirektor des Ersten, relativiert die GVK-Kritik: „Ein informationsgeprägtes nationales Vollprogramm kann bei unserer Bevölkerungsstruktur und der hohen Fernsehnutzung gerade der Älteren niemals ein sehr junges Programm sein. Aber gerade im Ersten tun wir viel, um jüngere Publikum verstärkt anzusprechen.“

ZAHL DER WOCHE

45

Euro wird ein von der indischen Regierung initiiertes Tablet-Computer mit Internetzugang im Laden kosten. Das Android-Gerät heißt „Aakash“ („Himmel“) und soll insgesamt zehn Millionen Mal abgesetzt werden.



MICHAEL DANNENMANN

Herausgeber Neven DuMont: Ein alter König, der vom Podest aus spricht

DYNASTIEN

Der letzte Zar

Der Verleger Alfred Neven DuMont hat einen Roman über eine gestörte Vater-Sohn-Beziehung geschrieben und sorgt sich auch im wirklichen Leben um sein Vermächtnis in einem der ältesten Zeitungsunternehmen Deutschlands. Von Alexander Osang

Sein Buch ist gerade erschienen, und Alfred Neven DuMont, der große, alte Verleger, war heute Vormittag schon in ein paar Kölner Buchhandlungen, um nachzuschauen, wo es liegt. Er hat es nicht gefunden. Er kann sich nur noch auf sich selbst verlassen. Seine Zeitungen beispielsweise haben bereits am Erscheinungstag Besprechungen gedruckt. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“, die „Berliner Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“, die „Mitteldeutsche Zeitung“. Die waren alle gut. Im „Stadt-Anzeiger“ hat ihn ein emeritierter Germanistikprofessor mit E. T. A. Hoffmann ver-

gleichen. Er kann aus den Rezensionen zitieren, er redet über sie wie über Geschenke, die er eigentlich nicht annehmen kann, mit freundlichem, großväterlichem Ton tadeln er das Lob seiner Untergebenen, irgendwann merkt er das und teilt mit, dass er eigentlich gar nicht über sich reden wolle.

Alfred Neven DuMont steht im Foyer seines Hauses in der Nähe von Köln. Das Haus wirkt überraschend klein, er überraschend groß. Er trägt einen gepflegten Schnurrbart und eine Hausjacke von Yves Saint Laurent. In der Hand hält er nicht sein Buch, sondern die Erinnerun-

gen eines Künstlers, der bei einem Überfall in New York sein Augenlicht verloren hat. Darüber sollte man schreiben, erklärt er. Das wirkt seltsam heute am Erscheinungstag seines Romans, aber vielleicht ist er einfach so unsicher und dünnhäutig, wie man eben ist, wenn das Buch, das man geschrieben hat, unter die Leute kommt.

Alfred Neven DuMont weiß, dass er kaum über sein Buch reden kann, ohne über seinen Sohn Konstantin zu reden. Das Buch heißt „Vaters Rückkehr“ und beschreibt eine übermächtige Vaterfigur, die sich in das Leben des Sohns

drängt*. Der Sohn ist ein erfolgreicher Bankmanager mit einer glücklichen Kleinfamilie, bis an seinem 42. Geburtstag plötzlich sein Vater auftaucht, von dem er immer behauptet hatte, er sei tot. Obwohl der Vater bereits über 80 Jahre alt ist, wirkt er jünger, charmanter und auch fitter als der Sohn.

Es entwickelt sich ein Duell zwischen Vater und Sohn, und man denkt an die öffentliche Auseinandersetzung, die im vorigen Jahr um die Führung des Verlagshauses M. DuMont Schauberg geführt wurde. Alfred Neven DuMont hatte seinen Sohn Konstantin als Nachfolger eingesetzt. Aber der Sohn wirkte von dieser Aufgabe zunehmend überfordert. Als er darauf hingewiesen wurde, attackierte er in der Öffentlichkeit die Führung des Verlags und am Ende auch seinen Vater. Die Medien begleiteten den Streit in einer der ältesten deutschen Zeitungsdynastien wie eine Soap Opera. Am Ende wurde Konstantin vom Hof gejagt. Die Erklärung dazu unterzeichnete Alfred.

Es war wie im Roman: Vater kehrte zurück.

Alfred Neven DuMont bittet in den Wintergarten, wo ein Teller mit Käsekuchen wartet. Seine Frau Hedwig serviert Tee. Sie reden über den Kuchen, den Tee, über das Buch des blinden Künstlers und auch über den Kriminalroman, den Hedwig Neven DuMont soeben veröffentlicht hat. Alfred Neven DuMont erklärt, dass seine Frau ein viel interessanterer Gesprächspartner sei als er. Sie lächelt ihn an wie ein störrisches Kind.

„Lass mal“, sagt sie. „Ich glaube, das wird ein gutes Gespräch.“

Dann nimmt sie die Teekanne und zieht sich zurück. Alfred Neven DuMont sieht ihr hinterher. Seine Frau ist eine helle, beinahe durchsichtige Erscheinung, sie entstammt einem alten österreichischen Adelsgeschlecht, und es gibt Leute in seinem Verlag, die behaupten, dass er auf niemanden höre wie auf sie. Als die „Berliner Zeitung“ vor einem Jahr in einer Kolumne den Adel kritisierte und damit ja womöglich auch seine Frau Hedwig, soll Neven DuMont gefordert haben, dass die Kolumnistin nie wieder eine Zeile in einer seiner Zeitungen schreiben dürfe. Die Chefredakteure protestierten, und irgendwann ließ er sich von ihnen überzeugen. Alfred Neven DuMont ist 84 Jahre alt, seine Firma ist zu groß und zu unübersichtlich geworden, um sie vollständig



Neven-DuMont-Sohn Konstantin: Vater kehrt zurück

zu Guttenberg, dessen Familie er ebenfalls gut kennt, und von dort, über sein wohltätiges Engagement in Afrika, zu seinen journalistischen Anfängen in Hamburg, als Gerd Bucerius noch ein normaler Mensch war und Henri Nannen noch ein junger Mann. Er beschreibt seine erste Begegnung mit Axel Springer, bei der beide zufällig das gleiche beige-farbene Tweedjackett trugen, was Springer mehr schockierte als ihn, weil der Axel, wie er sagt, auch starke weibliche Züge hatte.

Am Ende seiner Ausführungen betont er, dass er den Roman „Vaters Rückkehr“ beendet habe, bevor die Streitigkeiten mit seinem Sohn begonnen hätten. Das habe mit dem anderen nichts zu tun. Seine Sekretärin könne das bezeugen.

Es ist eine zehnminütige Reise durch die ganze Welt. Bierbichler, Springer, Afrika und eine Sekretärin. In seinem Verlag bedauern manche Manager, dass der alte Mann immer ohne Manuskript zur Belegschaft spreche und so mitunter etwas unkonzentriert wirke.

Alfred Neven DuMont aber macht nicht das, was irgendwelche Manager von ihm erwarten. Er schafft sich ein Podest, von dem aus er redet. Von einer bestimmten Anhöhe aus ist es egal, was man sagt. Hauptsache, man spricht. Er verhält sich wie ein König, und die ganze Reise um die Welt soll sowieso nur den letzten Satz vorbereiten.

Sein Roman hat nichts mit seinem Sohn zu tun.

„Ich habe angefangen, Bücher zu schreiben, um mich aus dem Sog des großen Hauses zu befreien“, sagt Neven DuMont. „Man arbeitet und arbeitet. Und plötzlich sind da 4200 Beschäftigte. Das ist schon ein Moloch, den ich da geschaffen habe. Das ist manchmal auch erschreckend. Aber man kann das nicht wegscheuchen. Der Axel Springer ist daran beinahe zerbrochen, an der Größe seines Riesenkonzerns. Der wollte das loswerden, im Alter. Glücklicherweise bin ich nicht so beschaffen. Es muss irgendwie weitergehen. Wir sind schon eine kuriose Sippe. Ich bin ja die elfte Generation. Immer wieder war einer da, der das Unternehmen durch die Zeit gehauen hat.“

Er lächelt, und man muss an das weiße Banner denken, das im gläsernen Foyer des Neven-DuMont-Hauptquartiers von der Decke hängt. Da sind die Namen der Vorfäder aufgelistet, die das Zeitungshaus durch die Zeiten trugen. Unten ist noch Platz.

Alfred Neven DuMont hatte drei Kinder. Markus, sein älterer Sohn, hatte nie

dig zu kontrollieren. Aber es ist schwer, das zu akzeptieren.

In seinem Roman zieht sich der Vater am Ende zurück, im richtigen Leben funktionierte das so nicht.

„So“, sagt er, steht auf und beginnt durch sein Haus zu laufen, das ähnlich wie sein Unternehmen aus verschiedenen Anbauten besteht. Ab und zu bleibt er vor einem Bild stehen. Ein großer Picasso, ein Kandinsky, ein Polke, dessen Wert, wie er sagt, auf unfassbare Weise gestiegen sei. Als er schließlich auf einem hellen Sofa in einem hohen gläsernen Raum sitzt, ist ein Kontext erschaffen zu dem Buch, das er veröffentlicht hat, und all den unschönen Querelen um seinen Sohn, und Alfred Neven DuMont scheint die Kontrolle über seine Geschichte zurückerober zu haben. Es ist wieder eine Erfolgsgeschichte.

Er beginnt einen Kurzvortrag über den Unterschied zwischen dem literarischen und dem journalistischen Schreiben, der ihn über eine Rezension zum Roman von Josef Bierbichler, die er gerade gelesen hat, zur Familie Bierbichler führt, die er seit langem kennt, von da zur Mentalität der bayerischen Ureinwohner, zum Baron

* Alfred Neven DuMont: „Vaters Rückkehr“. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg; 160 Seiten; 17,99 Euro.



DIETER KLEIN / LAIF

Neven DuMont Haus in Köln: „Ein Moloch, den ich da geschaffen habe“

Interesse am Verlag, er war ein Künstler, wurde krank und starb früh. An die Tochter Isabella dachte er zunächst nicht, weil man, wie er sagt, nicht an Frauen dachte, damals. Es blieb Konstantin, ein Wirrkopf manchmal, aber voller Ideen. Der Sohn verbrachte ein paar Jahre an der Universität von Oregon in Eugene, und vor allem traute er sich zu, das Erbe des Vaters anzutreten. Das Blut konnte weiterfließen.

Er setzte den Jungen ein und übersah lange, dass der wie der tollpatschige Koch aus dem Zeichentrickfilm „Ratatouille“ durch die Zeitungslandschaft stolperete.

Konstantin Neven DuMont hielt vor den Belegschaften Vorträge, in denen er großmännisch die Zukunft der Zeitung verkündete, er rief seine Lieblingsfloskel „Paid Content“ in die Säle wie eine Zaubерformel, er trug seinen Abschluss in Eugene vor sich her wie ein Harvard-Degree, er traktierte seine Chefredakteure unentwegt mit wirren SMS-Nachrichten und reinigte während eines Geschäftsessens sein Gebiss mit Zahnseide. Er sei süchtig nach Öffentlichkeit gewesen, sagt jemand, der ihn häufig erlebt hat, und es sei ihm egal gewesen, ob es sich dabei um ein Internetforum gehandelt habe, an dem nur zehn Leute teilnahmen, oder um einen Verlegerkongress.

„Er sprühte ja, aber es war wohl nicht so geordnet“, sagt Alfred Neven DuMont. Manchmal rief er nach einem Auftritt Konstantins an und fragte einen der Zuhörer, wie er gewesen sei. Aber er wollte eigentlich nur hören, dass er gut war.

„Vielleicht wollte man mich schonen. Vielleicht war ich ja auch gar nicht in Deutschland, als sich die Dinge überschlu-

gen“, sagt er. „Der Ausbruch meines Sohns kam überraschend und auch unabgesprochen. Ich war von den Socken. Ich war sprachlos. Es hat mich überrollt.“

Als die Zeitungen im Land über die bizarren Auftritte Konstantins zu berichten begannen, versuchte Neven DuMont, das Feuer über seine alten Verbindungen auszutreten. Er rief die Leute an, die er kannte, und bat um Nachsicht mit dem verwirrten Kind. Aber die Zeiten hatten sich geändert. Rudolf Augstein, Henri Nannen und Axel Springer waren tot. Er kontaktierte Mathias Döpfner, den Springer-Vorstandsvorsitzenden, und beklagte sich, „sehr zart“, wie er sagt, über die Berichterstattung der „Bild“-Zeitung, die die Familienfehde besonders genüsslich ausbreite.

Seine Depesche liest sich wie das Kommuniqué eines afrikanischen Stammesfürsten in Not.

„Der Döpfner ist ja ein netter Mann, der hatte Verständnis“, sagt Alfred Neven DuMont. „Aber ich weiß nicht, ob der bei der ‚Bild‘-Zeitung überhaupt etwas zu sagen hat. Wenn der Axel noch gelebt hätte, hätte ich ihm gesagt: ‚Hört mit der Schweinerei auf, der Junge ist nicht bei Sinnen‘. Dann wäre am nächsten Tag Schluss gewesen. Aber das sind jetzt alles Manager, keine Verleger mehr. Ich bin doch einer der letzten Mohikaner. Es ist vorbei.“

Es falle dem alten Neven DuMont schwer, sich mit der neuen Ordnung in der deutschen Zeitungslandschaft anzu-

freunden, sagt jemand aus dem Verlag. Er spreche nur mit Leuten auf Augenhöhe. Mit anderen Zeitungskönigen. Mit dem Ebner von der „Südwest-Presse“ oder mit Dieter von Holtzbrinck. Als er nach langem Ringen die „Berliner Zeitung“ kaufen konnte, habe sich Neven DuMont geweigert, direkt mit dem britischen Investor Montgomery zu verhandeln, weil er den „fies“ gefunden habe.

Mit den alten Kontakten bekam Alfred Neven DuMont den Konflikt nicht unter Kontrolle. Die Chefredakteure und Geschäftsführer begannen zu rumoren, weil sie den Eindruck hatten, in aller Öffentlichkeit lächerlich gemacht zu werden. Seinen Sohn erreichte er nicht mehr. Konstantin sprach mit der „Bild“-Zeitung, die in Köln der schärfste Konkurrent der DuMont-Gruppe ist. Er hatte keinen Verbündeten im Haus mehr, sagt ein Mitarbeiter. Sein Vater Alfred aber schwieg. Er wollte sich nicht auf einen öffentlichen Streit mit seinem Sohn einlassen, weil er das als Familienangelegenheit betrachtete. Irgendwann drängten ihn seine leitenden Mitarbeiter, den Sohn zu beurlauben und eine Erklärung abzugeben. In einer innerbetrieblichen Depesche wandte er sich an die DuMont-Belegschaft, die sich las wie das Kommuniqué eines afrikanischen Stammesfürsten in großer Not.

Sein Sohn sei beurlaubt worden, seine Ämter ruhten, vieles, was in den Zeitungen stand, habe „einen gewissen Wahrheitsgehalt“, er wolle dazu nichts weiter sagen, Sorgen seien „nicht angebracht“, er sei gesund. Abschließend teilte er seinem Volk „nicht ohne Humor“ mit, „dass Sie mich noch eine Zeitlang ertragen müssen“. Man ahnt die Schmerzen, unter denen diese Erklärung abgegeben wurde, und sie sind auch jetzt, ein knappes Jahr später, immer noch da.

„Vielleicht hätte ich das nicht schreiben sollen“, ruft Alfred Neven DuMont und schlägt mit der Hand auf die Sofalehne.

„Da hat mein Herz wirklich geblutet. Ich hab ja nur diesen Sohn, den anderen habe ich verloren. Söhne sind Söhne. Er hat mir wahnsinnig leidgetan. Aber wenn man so ewig einem Unternehmen vorsteht, ist es auch wie ein Kind. Und als der Konstantin anfing, das Unternehmen zu attackieren, den Vorstand, unsere Chefredakteure, da kam ich natürlich in eine Zerreißprobe. Ich kann nicht das eine Kind vom anderen attackieren lassen und dazu schweigen. Man muss ja als Vater Gerechtigkeit walten lassen. Und wissen Sie was? Die ‚Bild‘-Zeitung hat mit ihrer ganzen persönlichen Kampagne in Köln nicht ein Zeitungsexemplar mehr verkauft. Ich hab das nachgerechnet.“

Er strahlt, als sei das ein gutes Ende der Geschichte. Aber natürlich ist da keine Moral. Man kann eine Zeitung schlecht mit einem Kind vergleichen. Und so redet er weiter.

„Ich hab ja gemerkt, dass er schwere Probleme mit sich hatte, aber dass ein Mensch, der einem so nah ist, nicht mehr zu kontrollieren ist, hat mich verzweifeln lassen. Er hat auch nicht mehr auf meine Frau gehört. Vielleicht hätten wir strenger sein müssen, als er ein Kind war. Ich weiß nicht“, sagt Neven DuMont, schweigt einen Moment, sieht aus dem Fenster und sagt: „Was mir viel Freude macht, ist der Garten. Die Natur ist auch was Schönes.“

Seine Rede treibt zu einem deutschen Spitzenkoch, der gleich um die Ecke wohnt und den er kürzlich nach einem Abendessen küsst, weil es so gut geschmeckt hatte. Ein Kuss, den er vor 20 Jahren auch noch nicht verteilt hätte, aber das Alter, es habe auch seine Vorzüge. Auch im Umgang mit Frauen. Die Jugend sei ja keineswegs nur fröhlich. Er erwähnt einen befreundeten Urologen.

man spürt, wie das Leben in ihn zurückkehrt, während er sie erzählt.

Er trieb einmal die Zeit vor sich her. Er bestimmte, was passierte. Im Kleinen wie im Großen. Wenn in Köln der Oberbürgermeister gewählt wurde, trafen sich die Kandidaten vorher bei ihm zum Essen. Zu seinem 80. Geburtstag redete die Kanzlerin. Weil er den Koch aus dem Nachbargarten so mochte, interviewte er ihn, und seine Zeitungen druckten das. Er kaufte die Mehrheit an der „Frankfurter Rundschau“, weil er sie interessant fand. Er sah sich gar nicht richtig die Zahlen an. Er dachte, das klang gut, half aber auch nichts. Die Zeitung sah schön aus, aber sie verkaufte sich immer schlechter. Es gab neue Ideen, jeder redete, alles rauschte. Man konnte nicht mehr mit einem Anruf oder einem Leit-

ter Isabella ersetzt, die früher mal zwei Pferdemagazine verantwortete und sich zuletzt um einen Kletterpark kümmerte, den sie zusammen mit ihrem Ehemann betreibt.

Sein Sohn sitzt zu Hause und kommentiert über Facebook die Weltlage und das Wetter. Alfred Neven DuMont hofft, dass der Sohn sich beruhigen wird. Ab und zu telefonieren sie miteinander, aber es sei so, dass der Junge ununterbrochen rede, manchmal eine Stunde lang, manchmal zwei, und irgendwann kämen die Vorwürfe. Konstantin müsse begreifen, dass er eine Schuld an seiner Lage trage. Erst dann könne er wieder neu beginnen.

Er weiß nicht, ob der Sohn das Buch gelesen hat. Aber der Vater hat ihm, kurz bevor es herauskam, mitgeteilt: Es ist nichts über dich.

„Isabella ist gut im Haus angenommen worden. Sie ist ja das Gegenteil von Kon-



STEFAN WORRIG / PICTURE ALLIANCE / DPA

KÖLN

M. DuMont Schauberg
Expedition der
Kölischen Zeitung
„Kölner Stadt-Anzeiger“
„Express“ Köln/Bonn/
Düsseldorf
„Kölische Rundschau“
(100 %)



Neven-DuMont-Erbin Isabella

HALLE

Mitteldeutsches
Druck- und
Verlagshaus
„Mitteldeutsche
Zeitung“
(100 %)

MEDIENGRUPPE M. DuMont Schauberg

Umsatz: **711,3 Mio. €**

Mitarbeiter: **4192**

BERLIN/HAMBURG

Presse- und
Medienhaus Berlin
Berliner Verlag:
„Berliner Zeitung“,
„Berliner Kurier“
„Hamburger Morgenpost“
(65 %)

Besitz: **50 % Familie Neven DuMont**
50 % Familie DuMont Schütte

FRANKFURT

Druck- und
Verlagshaus
Frankfurt
am Main
„Frankfurter
Rundschau“
(50 % und
1 Stimme)

BETEILIGUNGEN

(Auswahl)
Bundesanzeiger Verlag
Gesetzestexte und
Bekanntmachungen (100 %)
Haaretz-Verlag
„Israelische Tageszeitung“
(25 %)

Radio

u. a. Radio Köln, Radio
Bonn, Radio NRW

Fernsehen

Center.tv Köln
(Lokalfernsehen),
TV Halle

alle Unternehmenszahlen: 2010

DER SPIEGEL

Der Mann habe ihm freudig mitgeteilt, dass sein Sohn auch Arzt werden wolle.

„Der Wunsch steckt drin in einem Vater, dass der Sohn einem folge“, sagt er. „Aber letztlich leben wir in Zeiten, wo nichts mehr Bestand hat. Wir Deutschen haben ja immer wieder alles zusammenbrechen sehen.“

Er taucht in die Vergangenheit, in das Jahr 1969, als er mithalf, die sozial-liberale Koalition auf den Weg zu bringen. Als die Liberalen noch große Ideen hatten und großes Personal und nicht so ein armeliger Haufen waren wie heute, sagt er. Er habe an Willy Brandt geglaubt, die Lichtgestalt, und das auch in Leitartikeln geschrieben. Sie hätten ihn, den Verleger, als Nestbeschmutzer beschimpft, aber er habe die politische Veränderung gewollt, weil das Land erstarrt gewesen sei und keine Luft mehr zum Atmen gehabt habe. Und dann erzählt er noch, wie er mit der Hilfe von Hans-Dietrich Genscher, mit dem er das Geburtsjahr teile, nach dem Mauerfall die „Mitteldeutsche Zeitung“ aus Halle an der Saale ergattert habe. Es sind Geschichten von Neubeginnungen, und

artikel ins Getriebe greifen wie früher. Die Zeit trieb ihn jetzt vor sich her.

Sein Medium sei das Fax, sagen sie im Verlag. Seine Schrift sei Arial, 12 Punkt. Er habe keinen realistischen Blick in die Zukunft. Die Frage ist, ob den überhaupt jemand hat, nur weil jetzt auch viele ältere Verlagskollegen begeistert auf ihren iPads herumtippen, als hätten sie die Weltformel geknackt.

Am Ende vertraute er seinem Sohn, weil er ihm am nächsten war.

Es könnte sein, dass seine Familiengeschichte mit der Tragödie der Zeitungslandschaft zusammenhängt. Die Geschichte von Vater und Sohn ist womöglich nur ein Beispiel für den schweren Übergang der guten alten Zeitung in die schnelle neue Zeit. Er wolle jetzt erst mal keine weiteren Zeitungen kaufen, sagt Neven DuMont. Er hat auch die Farm in Maryland verkauft und die Wohnung in London. Das wurde alles zu viel. Der Vater in seinem jüngsten Roman reist mit leichtem Gepäck durchs Leben.

Vor ein paar Monaten hat Alfred Neven DuMont den Sohn durch seine Toch-

stantin, ruhig, freundlich, besonnen. Ich werde sie zum Zeitungskongress nach Berlin schicken, damit sie sich ein paar Leuten vorstellen kann. Da kann sie der Frau Merkel die Hand schütteln“, sagt er. Draußen wird es langsam dunkel. Der Herbst kommt, und Alfred Neven DuMont schaut jetzt abends oft in den Kamin.

„Das Feuer“, sagt er, „ist immer anders. Das ist mein Fernseher.“

Fünf Tage später, als der Zeitungskongress in Berlin beginnt, ist Alfred Neven DuMont bereits auf Mallorca, wo er ein Kastell in den Bergen besitzt. Er will mit seiner Yacht nach Menorca fahren, ein bisschen die Sonne genießen und an seinem nächsten Roman arbeiten. Sein Name steht auf der Teilnehmerliste des Kongresses, aber er weiß, dass er nichts verpasst. Er kennt sie ja alle, die Männer mit den grauen Haaren und den schwarzen Anzügen, die sich im Kongresssaal des Hotel Maritim in der Friedrichstraße versammelt haben. Helmut Heinen, der Chef des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, ist seinem Haus eng verbunden. Er weiß, was von den Kongress-

teilnehmern zu erwarten ist, und auch, was nicht.

Helmut Heinen spricht in seiner Rede über die deutschen Zeitungen im Zeitalter von Google und Facebook. „Wir akzeptieren selbstverständlich den Wettbewerb mit den Riesen dieser digitalen Welt“, sagt er, und es klingt, als griffen die Außerirdischen an. Hinter ihm steht das Motto des Kongresses. „Kleine Welt – große Player – Wer bestimmt die Regeln?“ Draußen rumpelt Berlin-Mitte. Isabella Neven DuMont sitzt in der zweiten Reihe, eine der wenigen Frauen zwischen all den Anzügen. Sie spricht kurz mit Mathias Döpfner und hört sich die Rede von Angela Merkel an, die zu den Zeitungsmenschen spricht wie zu einer Gruppe verunsicherter Kinder.

„Für Sie als Zeitungsverleger ist es geradezu lebenswichtig, am Puls der Zeit sein zu können“, sagt die Kanzlerin. Wegen der rasanten globalen Entwicklung stelle sich die Frage: „Ist Ihre Branche getriebene oder treibende Kraft des Wandels?“ Der Kongress schweigt, die Entscheidung scheint lange gefallen zu sein. Am Ende ihrer Rede sagt Merkel noch: „Ich lese immer wieder gern Zeitung.“ Dann rauscht sie mit ihrem Gefolge aus dem Saal, wenig später geht auch Isabella Neven DuMont nach Hause.

„Das war schon eine seltsame Veranstaltung“, sagt Isabella Neven DuMont ein paar Tage später. „Irgendwie männlich und auch ein wenig altmodisch. Die paar Frauen, die da waren, waren meistens nur die Begleitung der Männer. Besonders wohl habe ich mich da nicht gefühlt, aber ich kannte die meisten natürlich auch nicht.“

Sie sitzt an einem langen Tisch im Konferenzsaal des gläsernen Hauptquartiers ihres Unternehmens im Kölner Stadtteil Riehl. An den Wänden hängen Faksimiles von uralten Zeitungen des Verlags sowie Gemälde und Fotografien von Familienmitgliedern. Sie hat keinen der Ahnen kennengelernt. Der jüngste, ihr Großvater Kurt, starb ein Jahr, bevor sie geboren wurde. Sie sieht die Porträts lächelnd an.

Sieht sie sich in deren Tradition?

„Ich glaub schon“, sagt sie. „So eine Verlegerpersönlichkeit wie mein Vater werde ich sicher nicht. Aber das braucht's auch nicht mehr. Die Zeit hat sich verändert. Jetzt müssen wir gucken, wie wir mit dem digitalen Zeitalter zurechtkommen. Ich bin im Vorstand für die Veränderungen zuständig. Vielleicht ist es da gar nicht schlecht, dass ich einen anderen Blick habe als meine Vorstandskollegen. Ich bin ja eine völlige Quereinstiegerin.“



schäfte konzentrieren muss, um sich weiterhin anspruchsvolle Zeitungen leisten zu können. Sie weiß, dass es Schnitte geben wird, die schmerhaft sind, aber sie hofft, dass das nicht so bald passieren wird. Sie sagt, dass man sich mehr um junge Leser kümmern müsse. Leser wie ihre Kinder, die sich kaum noch für Zeitungen interessierten.

Früher hat sie Araberpferde gezüchtet, weil die so menschenfreundlich seien. Aber die Araberzucht ging in Deutschland den Bach runter, sagt sie. Da hat sie aufgehört. Vielleicht wird sie über ihre Zeitungen einmal so reden wie über ihre Pferde. Isabella Neven DuMont wirkt freundlich und interessiert und nicht besonders besorgt. Ein bisschen wie eine Praktikantin aus gutem Hause. Demnächst macht sie mit ihrer Mutter eine Reise für die DuMont-Stiftung nach Kenia und Tansania. Da freue sie sich natürlich auch drauf.

Von ihrem Platz am Konferenztisch kann sie das Büro ihres Vaters sehen. Es liegt hinter einer schwarzen Glasscheibe. Sie hofft, dass er nun, da sie hier ist, nicht mehr so oft in dieses Büro zu-

rückkommen muss, sagt sie. Sie lächelt, und man weiß nicht, ob sie das für ihn oder für sich hofft.

Am Ende des Romans „Vaters Rückkehr“ entsteht der Eindruck, dass sich der Junge die Rückkehr seines Vaters nur eingebildet haben könnte und der Alte wirklich tot ist. Er besucht den Friedhof, auf dem die Grabstätte der Eltern liegt. Auf dem Stein ist das Geburtsdatum des Vaters eingraviert, aber über die Stelle, wo sich der Todestag befinden könnte, hat sich eine Ranke festgeklammert, die der Sohn nicht abbekommt, so sehr er auch zerrt und kratzt. Der Autor, so sieht es aus, konnte sich nicht dazu durchringen, den alten Mann gehen zu lassen.

An einem Morgen ruft Alfred Neven DuMont dann noch einmal aus Mallorca an. Er bewertet den Zeitungsverlegerkongress, an dem er gar nicht teilgenommen hat, kritisiert die Bundeskanzlerin und die, wie er findet, unentschiedene Papstberichterstattung des SPIEGEL. Er bittet, seinen Sohn Konstantin in Frieden zu lassen und seine Tochter fair zu behandeln.

Es ist ein Kontrollanruf, fürsorglich, aber auch ein wenig bedrohlich. „Bitte beruhigen Sie mich“, sagt er, aber es klingt nicht wie eine Bitte. Es klingt wie ein Angebot, das man ihm nicht abschlagen kann. Der Mann in der Leitung erinnert eher an Don Alfredo als an Alfred. Das Wetter auf der Insel, sagt er noch, sei wunderbar. ♦

Ehepaar Neven DuMont: Getriebene oder treibende Kraft?

Sie habe eine Zeitlang überlegt, ob sie den Schritt in den Verlag gehen solle, sagt sie. Sie hatte ja ein ausgefülltes Leben, mit den Kindern, dem Mann und dem Kletterpark. Sie hat es gemacht, weil der Vater in Not war. Der Bruder fühle sich natürlich von ihr verdrängt, im Moment haben sie keinen Kontakt. Es war am Ende eine Familiensache. Sie hat sich nicht für ihre kleine Familie entschieden, sondern für die große, für all die Toten da an der Wand.

„Es hat die Mitarbeiter im Verlag beruhigt, dass jemand aus der Familie kam

Die Tochter weiß, dass es schmerzhafte Schnitte geben wird, wirkt aber nicht besorgt.

und nicht irgendein Manager“, sagt sie. „Die waren regelrecht erleichtert.“

Sie weiß natürlich nicht genau, was sie erwartet. Sie nimmt an Redaktionskonferenzen teil, das sei sehr interessant. Aber es gebe ja auch viele andere Sitzungen. Sie versuche, ihre Zeit hier im Verlag sehr „gebündelt“ einzusetzen. Sie habe eine gute Assistentin, die ihr viel abnehme, und mit der neuen Technik könne man ja auch mal von zu Hause aus arbeiten. Sie sei nicht so der Zahlenmensch, aber es gebe den Dr. Klein, der sei ein hervorragender Zahlenmensch. Sie weiß, dass man sich künftig mehr auf Nebenge-

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · Facebook www.facebook.com/DerSpiegel · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo (V. i. S. d. P.),
Mathias Müller von Blumenthal

STELLV. CHEFREDAKTEURE Klaus Brinkbäumer, Dr. Martin Doerry

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Dirk Kurbjuweit,
Michael Sauga (stellv.), Christoph Schwennicke (stellv.). *Redaktion:*
Politik: Ralf Beste, Peter Bornhoff, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Wiebke Hollersen, Kerstin Kullmann, Peter Müller, Ralf Neu, René Pfister, Christian Schwägerl, Merlin Theile. *Autor:* Marcus Feldenkirchen

Meinung: Dr. Gerhard Spörle

Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Katrin Elger, Alexander Neubacher, Christian Reiermann.

DEUTSCHLAND *Leitung:* Konstantin von Hammerstein, Alfred Weizier; Hans-Ulrich Stoldt (Panorama, Personalien). *Redaktion:* Jan Friedmann, Michael Fröhlingssdorf, Carsten Holm (Haussmitteilung, Online-Koordination), Anna Kistner, Peter Kleinau, Guido Kleinhubert, Bernd Kühl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Christoph Scheuermann, Katharina Stegelmann, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Holger Stark, Frank Horng (stellv.). *Redaktion:* Sven Becker, Markus Degerich, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren, Reporter:* Stefan Berg, Jan Fleischhauer

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Susanne Amann, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Jan-ko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Hans Hoyng, Dr. Christian Neef (stellv.), Britta Sandberg (stellv.), Bernhard Hörl (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Julia Amalia Heyer, Jan Puhl, Daniel Steinvoth, Helene Zuber. *Reporter:* Clemens Höges, Susanne Koelbl, Walter Mayr, Christoph Reuter

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Jörg Blech, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julius Koch, Cordula Meyer, Hilmar Schmidt, Matthias Schulz, Samihah Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autoren:* Rafaela von Brodow

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Nora Reinhardt, Elke Schmitter, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sander

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardingham, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Dialika Neufeld, Bettina Stieckel, Takis Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hüetlin, Guido Mingels, Alexander Osang

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Lukas Eberle, Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Annette Großbongardt (stellv.), Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Uwe Klüsemann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johanna Saltzwedel, Dr. Rainer Traub

MULTIMEDIA Jens Radt; Nicola Abé, Roman Höfner, Bernhard Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLÜSSERAKTION Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Büssmann, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuh, Anke Jensen, Maike Kunze, Stefanie Moos, Reiner Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Birnroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Michaela Herold (stellv.), Claudia Jeczwitz, Claus-Dietrich Schmidt; Sabrina Döting, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. E-Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unsell (stellv.); Cornelia Baumer,mann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gerhard Matzke, Cornelia Pfäuter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilfuß (stellv.), Reinilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Böllmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Rauff, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm

Sonderhefte: Jens Kuppi, Rainer Sennewald

TITELBILD Stefan Kiefer, Iris Kuhlmann, Gershon Schwalfenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Maximilian Popp, Wallgäfen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Anne Seith, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Diethard Deckstein, Conny Neumann, Steffen Winter, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ABU DHABI Alexander Smolczyk, P.O. Box 35 290, Abu Dhabi

BANGKOK Thilo Thielke, Tel. (0066) 22584037

BRÜSSEL Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (0322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2389558, Fax 2569769

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shar' Al Fawakihi, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Marco Evers, Suite 266, 33 Parkway, London NW1 7PN, Tel. (004420) 32394776, Fax 75045867

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 65065289

MOSKAU Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrovka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. (00254) 207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (00911) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Ullrich Fichtner, Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Mathieu von Rohr, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Dr. Wieland Wagner, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 560701, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

RIO Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 67977768

SAO FRANCISCO Dr. Philip Bethge, P.O. Box 151013, San Rafael, CA 94195, Tel. (001415) 7478940

SHANGHAI Sandra Schulz, Taiyuan Road, Lane 63, Block 7 (jia), Room 101, Xuhui District, Shanghai 200031, Tel. (008621) 34141703

STAVANGER Gerald Traufetter, Rygjaveien 33a, 4020 Stavanger, Tel. (0047) 51586252, Fax 51583543

TEL AVIV Julianne von Mittelstaedt, P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (00972) 6810998, Fax 6810999

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL-03-912 Warschau, Tel. (00422) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Marc Hujer, Dr. Gregor Peter Schmitz, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmuth Bott, Viola Broecker, Dr. Heike Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Heinrich Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Frey, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammay, Thorsten Hapke, Susanne Heitner, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensi, Jan Kerbusz, Ulrich Klötz, Anna Kovac, Peter Lakemeyer, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwald-Buchhorn, Dr. Andrease Meyhoff, Gerhard Minich, Corinna Moormann, Tobias Mülöt, Bernd Musa, Nicola Nabér, Margaret Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Öfner, Thorsten Olmter, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlosserack, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ülla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Winkelbad, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 65 vom 1. Januar 2011

Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden

Prinovis, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times News Service/Syndicate
E-Mail: nytsyn-paris@nytimes.com
Telefon: (00331) 41439757

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop

SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop
Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)

Telefon: (040) 3007-2948

Fax: (040) 3007-857050

E-Mail: bestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (08106) 66044 Fax: (08106) 34196

E-Mail: spodats@t-online.de

Kundenservice

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,

Sa. 10.00 – 16.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)*

Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)*

Fax: (040) 3007-857006

* aus dem Mobilfunk max. 0,42 €/Min.

Service allgemein: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-3070

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kundenservice Schweiz

Telefon: (0049) 40-3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070

E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259

E-Mail: info@blistra.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt

Frankfurt am Main

Telefon: (069) 955142-15 Fax: (069) 5976296

E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate € 197,60

Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 717,60

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl.

sechsmal UniSPIEGEL

Schweiz: zwölf Monate sfr 361,40

Europa: zwölf Monate € 252,20

Außenhalb Europas: zwölf Monate € 330,20

DER SPIEGEL als E-Paper:

zwölf Monate € 197,60

Halbjahresauflagen und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 3,80 pro Ausgabe (Normalieferung)

für € 13,80 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende zu kündigen.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte

bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle

bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstanz

nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP11-001-WT127





JASON DECROW / AP

THEMA DER WOCHE

Aufstand gegen die Finanzelite



P. HUDEC / PICTURE ALLIANCE / DPA



FRANCOIS LENOIR / REUTERS

In den USA marschieren Tausende gegen die Macht der Banken. Nun erreichen die Wall-Street-Proteste Europa. Für den 15. Oktober sind Demonstrationen in Frankfurt am Main, Berlin und Köln angekündigt. Ist das der Auftakt zu einer Massenbewegung?

Die G-20-Finanzminister beraten in Paris über die Euro-Krise.

Wie geht es weiter mit der Euro-Rettung nach dem entscheidenden Votum der Slowakei?

KULTUR | Buchmesse brutal

In Frankfurt am Main stellen Verlage neue Bestseller und spannende Entdeckungen vor, mit dabei ist Daniela Katzenberger, TV-Blondine und Literatur-Debütantin.

SPORT | Widerstand gegen rechts

Jahrelang haben sich die Einwohner eines fränkischen Dorfs Neonazis entgegengestellt. Acht Fußballvereine setzen den Kampf fort – und werden dafür vom DFB ausgezeichnet.

einstages.de | Unschöne Entwicklung



SHAAN KOKIN / AP

Mehr als ein Jahrhundert beherrschte Kodak die Welt der Fotografie und wurde mit bahnbrechenden Innovationen zum Weltkonzern. Doch vom Ruhm ist nicht viel geblieben, das Unternehmen steht vor dem Kollaps. einstages.de über den Abstieg des Giganten – und seine Geniestreichs fürs Foto-Volk.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

MONTAG, 10. 10., 20.15 – 21.00 UHR |

KABEL DEUTSCHLAND

SPIEGEL TV WISSEN

„Iss richtig!“: Frühstück

Welche Lebensmittel sind wirklich gesund, und welchen Effekt haben sie auf den menschlichen Körper? In jeder Folge von „Iss richtig!“ trifft ein bekannter Spitzenkoch auf einen Ernährungsexperten. Es wird gekocht, die richtige Zubereitung erklärt und dabei so mancher Küchenirrtum aufgeklärt. Im Dialog mit dem Experten gibt es profunde Warenkunde mit allem Wissenswerten über Zutaten und



Mälzer, Pollmer

deren gesundheitliche Aspekte. Dem Volksglauben nach ist das Frühstück die wichtigste Mahlzeit am Tag. Starkoch Tim Mälzer will wissen, ob sich diese These auch wissenschaftlich halten lässt. Dazu begrüßt er in der ersten Sendung den renommierten Lebensmittelchemiker Udo Pollmer. Gemeinsam erörtern sie Sinn und Unsinn der gängigsten Frühstücksrituale und beurteilen internationale Essgewohnheiten. Und sie verraten, welches Frühstück tatsächlich den besten Start in den Tag verspricht.

SONNTAG, 16. 10., 22.25 – 23.10 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Der Hähnchenkrieg – Widerstand gegen niedersächsischen Schlachtbetrieb; **Burn-out** – Was Unternehmen dagegen tun; **Das Ende des deutschen Schäferhundes** – Belgische Konkurrenz im Polizeidienst



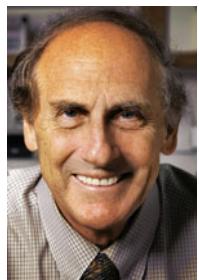
Belgischer Schäferhund

SPIEGEL TV

SPIEGEL TV

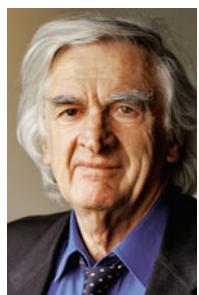
GESTORBEN

Ralph Steinman, 68. Es war der größte Moment seiner Forscherkarriere, aber der kanadische Immunologe erlebte ihn nicht mehr. Bei der Bekanntgabe des Nobelpreises für Medizin, den er zusammen mit zwei anderen Wissenschaftlern erhielt, war Steinman bereits tot – ein Novum in der Geschichte der Auszeichnung. Die Nobel-Stiftung, die von seinem Tod zu diesem Zeitpunkt noch nichts gewusst hatte, versetzte das vergangene Woche in ein Dilemma: Der Preis wird eigentlich nicht postum vergeben. Schließlich blieb die Stiftung aber bei ihrer Entscheidung. Bereits 1973 hatte Steinman mit Kollegen an der New Yorker Rockefeller University die dendritischen Zellen entdeckt. Anfangs stieß er bei seinen Mitstreitern auf starke Zweifel und forschte fast im Alleingang, bis er zeigen konnte, dass die Zellen die Schaltzentrale der Immunabwehr bilden. Im Körper verteilt, spüren sie Eindringlinge auf, fressen und zerlegen sie und geben dann ein molekulares Fahndungsbild an andere Immunzellen weiter, die damit auf Jagd gehen. Steinman nutzte das Potential dieser Zellen bei der Behandlung von Tumoren. Er ließ sich damit impfen, als er vor vier Jahren an Bauchspeicheldrüsenkrebs erkrankte. Retten konnte ihn das nicht. Ralph Steinman starb am 30. September in New York.



HANDOUT / GETTY IMAGES

Gökşin Sipahioglu, 84. Keiner in Frankreich verkörperte die Glanzzeit des Fotojournalismus der siebziger Jahre so sehr wie der charismatische Gründer der Pariser Bildagentur Sipa: ein eleganter Charmeur, mit langer weißer Mähne, der selbst immer ein gutes Bild abgab. Sipahioglu war ursprünglich als Korrespondent der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ nach Paris gekommen. 1973 gründete er Sipa Press, zunächst mit einem winzigen Büro an den Champs-Elysées, wo die Filme im Badezimmer entwickelt wurden. In ihren besten Jahren stieg Sipa zu einer der weltgrößten Agenturen auf. Später aber blieb auch Sipahioglu, der 1962 als erster westlicher Journalist von der Kuba-Krise berichtet hatte, von den Umwälzungen im Fotojournalismus nicht verschont. 2001 musste er Sipa verkaufen. Gökşin Sipahioglu starb am 5. Oktober in Neuilly-sur-Seine bei Paris.



ERIC FEFERBERG / AFP

Ramiz Alia, 85. Er hatte einen der un dankbarsten Posten, als die Wende in Osteuropa begann. Diktator Enver Hodscha war 1985 nach 41-jähriger Herrschaft gestorben, da machte sich Nachfolger Alia daran, Albanien vom Stigma des letzten stalinistischen Bollwerks in Europa zu befreien. Dies allerdings weniger aus Einsicht, denn aus Machtkalkül. Er setzte vorsichtige Reformen durch, gewann 1991 die ersten freien Wahlen, ein Jahr später trat er zurück. Der Westen habe stets „Angst vor dem wilden, unberechenbaren Balkan“ gehabt, spottete er 1996 im SPIEGEL. Ramiz Alia starb am 7. Oktober in Tirana.

Sylvia Robinson, 75. Dass sie die „Mutter des HipHop“ genannt wurde, war keine Metapher. Robinson fragte 1979 tatsächlich ihren Sohn, ob er nicht einen „Rapper“ kennen würde. Damals stand ihr Plattenlabel kurz vor der Pleite, sie brauchte einen Hit und dachte, wenn die Kids diese Musik hören, warum nicht versuchen, ein Stück auf Platte zu pressen? Ihr Sohn empfahl einen rappenden Pizzabäcker, Robinson buchte ihn und ein paar seiner Freunde, ließ einen Disco-Groove spielen, und heraus kam „Rapper’s Delight“ von der Sugar Hill Gang. Der erste Hit eines Musikstils, der die Welt erobern sollte. Die New Yorkerin hatte damals schon eine Karriere als Sängerin („Pillow Talk“, 1973) hinter sich.



GETTY IMAGES

Doch Popgeschichte schrieb sie erst als Chefin von Sugar Hill Records. Grandmaster Flash & the Furious Five veröffentlichten „The Message“ bei ihr, eines der stilprägenden HipHop-Stücke. Sylvia Robinson starb am 29. September in New Jersey.

Peter Przygodda, 69. Der in Berlin geborene Cutter war vier Jahrzehnte lang einer der Taktgeber des deutschen Films. Mit preußischem Pflichtbewusstsein gegenüber seinen Auftraggebern, den Filmproduzenten, aber auch getrieben von einem strengen Formbewusstsein, kürzte er Einstellungen, in die seine Regisseure sich verliebt hatten. Die Fähigkeit, auf den Punkt zu kommen, hatte er sich auch beim Schnitt von Sexfilmen angeeignet. Regisseure wie Wim Wenders, Volker Schlöndorff und Hans W. Geißendörfer profitierten von seinen Erfahrungen. „Im Lauf der Zeit“, „Linie 1“, „Das wilde Leben“ – schon die Titel verraten, dass es in seinen Filmen um Bewegungen ging. Immer wieder fand er für sie das perfekte Timing. Peter Przygodda starb am 2. Oktober in München.

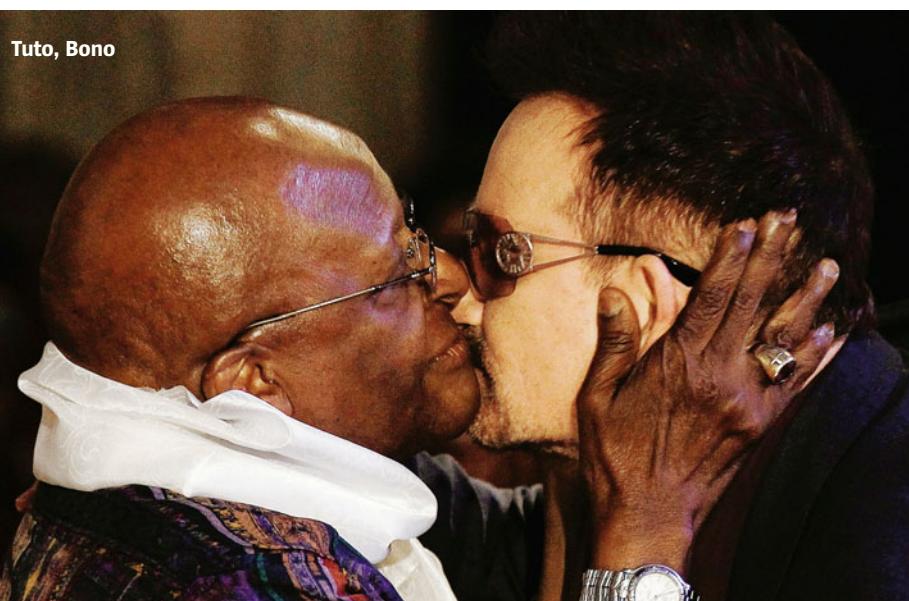
Personalien

Jonathan Franzen, 52, amerikanischer Schriftsteller, kämpft für Europas bedrohte Zugvögel. Der begeisterte Birdwatcher übernimmt in einem neuen Film der US-Produktionsfirma Pepper & Bones die Rolle des Erzählers, der die verbotene Jagd auf Zugvögel kommentiert. Die Crew hat in den vergangenen Wochen bereits in Südwestfrankreich, auf Zypern und in Norditalien gedreht, wo Aktivisten des deutschen „Komitees gegen den Vogelmord“ seit Jahren Netze und Leimruten zerstören und Singvögel befreien. Auch die Einsätze der Vogelschützer gegen Steinquetschfallen im französischen Zentralmassiv sollen jetzt dokumentiert werden. Nur mit Glück war Franzen im vorigen Jahr auf Zypern den Attacken wütender Einheimischer entkommen, die zwei Mitglieder des Komitees krankenhausreif geschlagen hatten. „Ich hätte nicht gedacht, dass ich hier in eine Art Kriegsgebiet geraten würde“, sagte Franzen, der Waldlaubsänger und Goldamern vom Leim befreien half. Seine Vogelfangrecherche habe ihn desillusioniert, berichtete der Literat im „New Yorker“: „Das Blau des Mittelmeers ist für mich nun nicht mehr schön.“



Franzen

Norbert Römer, 64, SPD-Fraktionschef im nordrhein-westfälischen Landtag, spottet über die jüngsten Annäherungsversuche der Liberalen an Sozialdemokraten und Grüne in Düsseldorf. FDP-Politiker haben der rot-grünen Minderheitsregierung jüngst für mehrere Projekte – etwa bei Nothilfen für klämme Kommunen – großzügige Unterstützung im Parlament signalisiert. Die Liberalen treibt offenbar die Sorge vor Neuwahlen. Während einer Klausurtagung seiner Fraktion in Neuss höhnte Römer am vergangenen Freitag gut gelaunt: „Selbst wenn wir im Moment vorschlagen würden, die Verfassung zu ändern und die laufende Legislaturperiode auf zehn Jahre zu verlängern, könnten wir uns wahrscheinlich vor Zustimmung kaum retten.“



NIC BOTHMA / DPA

Bono, 51, irischer Musiker und Philanthrop, hat auf dem Fest zum 80. Geburtstag von Friedensnobelpreisträger **Desmond Tutu** den Begriff des Rockstars neu definiert. Schon am Vorabend des Ehrentags bestieg Bono vergangenen Donnerstag in Kapstadt die Kanzel der St.-George-Kathedrale: „Hier im Raum gibt es nur einen Rockstar, und der sitzt vor mir. Mit 80 Jahren bist du einen Punk-Rock-Level weiter als ich.“ Bevor Bono zum Mikrofon griff und „Still Haven't Found What I'm Looking for“ schmetterte, gab er noch einen Seitenhieb auf die südafrikanische Regierung ab. Er sagte, er könne wohl nur deswegen im Land sein, weil er „nicht radikal genug“ sei, um *kein* Visum zu erhalten. Dem Dalai Lama war die Einreise verweigert worden; Südafrika pflegt enge Handelsbeziehungen mit China.

Jennifer Jackson, 66, erstes afroamerikanisches Playmate des Monats im Herrenmagazin „Playboy“, schämte sich jahrzehntelang für ihre Fotos aus dem Jahr 1965. Das gestand die pensionierte Sozialarbeiterin der „Huffington Post“. Besonders während ihrer Zeit als Jugendschutzbeauftragte, in der sie auch mit sexuellem Missbrauch von Kindern zu tun hatte, sei es ihr unangenehm gewesen, mit dem Playmate-Bild konfrontiert zu werden. Inzwischen sieht die Mutter dreier Kinder die Dinge entspannter. Gern hätte sie sich als Beraterin für die neue TV-Serie „The Playboy Club“ zur Verfügung gestellt, die Geschichten aus dem Nachtclub der sechziger Jahre erzählt, in dem Jackson damals gearbeitet hat. Doch weder die Fernsehproduktion noch die dunkelhäutige Schauspielerin, die ganz offensichtlich Jacksons junges Alter verkörperte, hätten versucht, bei ihr zu recherchieren. Jackson: „Wenn jemand plant, dich zu spielen, ist es ziemlich seltsam, wenn er dich nicht anspricht.“



Jackson 1965

Peter Altmaier, 53, parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, hat eine neue Leidenschaft: Er twittert mit wachsender Begeisterung. Dabei kam der Christdemokrat ohne sein Zutun zu seinem Account. Als Altmaier vor gut zwei Wochen bei „Anne Will“ durchaus wohlwollend-respektvoll den Berliner Wahlerefolg der Piratenpartei kommentierte, sicherten Fraktionsmitarbeiter die Twitter-Adresse @peteraltmaier. In den seither vergangenen knapp 14 Tagen hat er schon

mehr als 200 Kurznachrichten abgesetzt, bis vorigen Freitag hatten sich mehr als 1300 andere Nutzer entschieden, seinen Tweets zu folgen. Altmaier gibt seine politischen Positionen zum Besten, zeigt sich aber auch durchaus selbtkritisch: Ihm sei bei der Wahl in Berlin und während der Will-Sendung einiges klargeworden: „Manchmal dauert's halt, bis es klick macht.“ Das kommt sogar beim politischen Gegner an: Der Grüne Malte Spitz empfahl seinen Follower schon, Altmaier zu folgen, er sei „positiv überrascht von seinen tweets“.



STEVE ERLIE / CORBIS OUTLINE

Milla Jovovich, 35, in Kiew geborene Schauspielerin mit Wahlheimat Los Angeles, plant eine Auszeit. Das ehemalige Calvin-Klein-Model fürchtet offenbar, die dreijährige Tochter Ever könne in der Glitzerwelt der kalifornischen Metropole den Kontakt zur Realität verlieren. Jovovich, die mit dem Filmregisseur Paul A. S. Anderson verheiratet ist, befand gegenüber der „Sunday Times“: Als Kind zweier erfolgreicher Menschen in Beverly Hills aufzuwachsen sei „krass“. Die Aktrice will deshalb eine Zeitlang mit dem Mädchen in einem kleinen Ort in der Mongolei leben: „Dort könnten wir helfen, Yaks zu melken.“

Barack Obama, 50, Präsident der Vereinigten Staaten, verteidigt die Rechte der Homosexuellen. Beim Besuch des jährlichen Dinners der Human Rights Campaign in Washington ging der Demokrat ausführlich auf einen schwulenfeindlichen Vorfall während einer republikanischen Wahlkampfveranstaltung ein. Ein im Irak eingesetzter Soldat, der sich zu seiner Homosexualität bekannt hatte, war vom Publikum ausgebuht worden – und die Politiker auf der Bühne ignorierten den Vorfall. Obama verurteilte das Stillschweigen der potentiellen Präsidentschaftskandidaten: „Sie wollen Oberster Befehlshaber werden? Sie könnten damit anfangen, sich für die Männer und Frauen stark zu machen, die die Uniform der Vereinigten Staaten tragen – auch wenn es politisch nicht angenehm ist.“ Einen Tag nach Obamas Schelte meldete sich Herman Cain, einer der republikanischen Bewerber, zu Wort und räumte ein, dass es „angemessen“ gewesen wäre, wenn er den Soldaten verteidigt hätte. Erst letzten Monat ist das Verbot für offen homosexuelle Soldaten in der US-Armee von der Obama-Administration aufgehoben worden; bis dahin galt das ungeschriebene Gesetz des „Frag nicht, sag nichts“. Zu weiteren Schritten in Sachen Gleichstellung von Schwulen und Lesben mag sich der US-Präsident freilich noch nicht durchringen. Auf seine Einstellung zur Homo-Ehe angesprochen, sagte er lediglich, seine Ansichten dazu würden sich „permanent entwickeln“.

Lech Walesa, 68, ehemaliger polnischer Staatspräsident, will Geschichtsunterricht und Fitnesstraining verbinden. Der Friedensnobelpreisträger von 1983, der als Führer der Gewerkschaft Solidarność erheblich zur Destabilisierung des Ostblocks beigetragen hat, übernahm die Schirmherrschaft für den nördlichen Teil des entstehenden „Iron Curtain Trail“. Der insgesamt über 9000 Kilometer lange Radweg entlang dem ehemaligen Eisernen Vorhang wird von der Europäischen Union gefördert. Der mittlere Teilabschnitt führt durch Deutschland, der südliche bis ans Schwarze Meer. Michael Cramer, grüner Verkehrspolitiker im Europäischen Parlament, überreichte Walesa in Danzig einen Radwanderführer über den geschichtsträchtigen neuen Weg. Der Pole, dem wegen Herzproblemen Fahrradfahren als Therapie verordnet wurde, versprach dem Autor, der Fibel zu folgen: „Den Weg radel ich jetzt ab.“



EASTWAY
Walesa

Aus der „Süddeutschen Zeitung“: „Für heftigen politischen Streit sorgt die Gefahr einer Zahlungsfähigkeit in Griechenland.“

Ureuropas Revolution

Edward Hecker ist der Ur Europa des badi-schen Revolutionsführers Friedrich Hecker. Aus Amerika war der Nachfahre nach Karlsruhe gekommen, um die Aus-

Aus den „Badischen Neuesten Nachrichten“

Aus der „Rhein-Neckar-Zeitung“: „Von 68 Grünen bekennen sich elf als Protes-tanten, neun sind katholisch. Zum Ver-gleich: 131 von 237 Unions-Abgeordneten geben an, dass sie katholisch sind, 92 sind zudem evangelisch.“

Aus dem SPIEGEL: „Die Frage nach der medizinischen Sinnhaftigkeit stellt sich auch bei künstlichen Hüftoperationen.“

EU bietet Minsk Hilfspaket gegen Demokratisierung

Aus der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“

Aus dem „Pfälzischen Merkur“: „Bap-Sänger Wolfgang Niedecken und die WDR-Bigband: Beides vielversprechende Namen, die am Freitagabend in der Zwei-brücker Festhalle auftraten. Auch wenn es ein toller Abend war – beide sind bes-ser allein als getrennt.“

Licht deutlich schneller

Die Lichtgeschwindigkeit liegt nicht, wie irrtümlich berichtet, bei 299 792,458 Metern pro Sekunde, son-dern bei 299 792,458 Kilometern pro Sekunde.

Aus den „Nürnberger Nachrichten“

Bildunterschrift aus der „Bild“-Zeitung: „Spaß beiseite: Flavio macht weder im zu engen Shirt noch als Vater eine sonderlich gute Figur. Seine Frau dagegen schon!“

Aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Deutschlands schnellste Zwillinge laufen den Halbmarathon. Anna und Lisa Hah-ner, beide 21, also noch Juniorinnen, wol-len die 1:16:15 Stunden knacken.“

Zitate

Die „Daily Mail“ zur SPIEGEL-Szene-Meldung „Sportgeschichte – Verschnupf-te Legenden“, die enthüllt, dass drei deutsche Nationalspieler während der Fußball-WM 1966 bei Dopingkontrollen aufgefallen waren (Nr. 40/2011):

45 Jahre lang stand die Sternstunde des englischen Fußballs im Schatten des Verdachts, dass der Ball bei einem der Tore nicht hinter die Linie gekommen sei. Jetzt gibt es neuen Ärger, der unsere deutschen Gegner des WM-Endspiels von 1966 quält. Es tauchte ein Brief auf, der zeigt, dass drei deutsche Spieler bei Dopingkontrolle positiv getestet wurden ... Den Brief, den Historiker der Berliner Humboldt-Universität entdeckten, hat das deutsche Magazin DER SPIEGEL veröffentlicht. Der SPIEGEL schrieb: „Ephedrin stand auf der Liste der verbotenen Medikamente, die allen Delegationen vorlagen. Allerdings waren keine Grenzwerte festgelegt worden – streng genommen waren die Fußballer also gedopt.“

Das „Handelsblatt“ zur SPIEGEL Panoramameldung „Regierung – Kostspieliger Besuch“ (Nr. 40/2011):

Bundesbildungsministerin Annette Schavan ist durch eine Rom-Reise mit der Flugbereitschaft der Bundeswehr in Erklärunghsnot geraten ... Die Grünen kün-digten an, die Ministerin vor den Haushaltsausschuss laden zu wollen. Das Magazin DER SPIEGEL hatte ... berichtet, Schavan habe Ende März einen Kleinjet der Bundeswehr-Flugbereitschaft für eine dreitägige Reise mit einer kurzen per-so-nlichen Audienz beim Papst genutzt.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in der Titelgeschichte Nr. 17/2009 „Alarm und Fehlalarm“ über unsinnige und manchmal auch gefähr-liche Krebsvorsorgeuntersuchungen.

Vergangene Woche wurde bekannt, dass ein Gesundheitsgremium der US-Regie- rung sogenannte PSA-Tests zur Früh-erkennung von Prostatakrebs für unge-eignet hält. Die Kommission empfiehlt, PSA-Tests im Rahmen von Routineunter-suchungen bei Männern über 50 Jahren wieder auszusetzen.

Ehrung

Dirk Kurbjuweit, 48, Leiter des SPIEGEL-Hauptstadtbüros, wird mit dem Roman-Herzog-Medienpreis geehrt. Kurbjuweit erhält die Auszeichnung für seinen Essay „Ackermanns Herrschaft“ (22/2011) über die Macht der Finanzmärkte in der Politik.

